

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

MÄRZ 1952

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Februar/März 1952	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	13
Produktion, Absatz und Beschäftigung	21
Preise	27
Außenwirtschaft	32
Die Finanzierung der Anlageinvestitionen im 2. Halbjahr 1951	40
Die Entwicklung der Kredite, der Einlagen und des Refinanzierungsbetrages bei den einzelnen Gruppen des westdeutschen Bankensystems in den Jahren 1950 und 1951	49
Der gegenwärtige Stand der Kredit-Richtsätze	56
Statistischer Teil	57
Zentralbankausweise	58
Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	62
Mindestreservenstatistik	62
Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	63
Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	64
Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschl. des Zentralbanksystems	85
Kreditvolumen	86
Geldvolumen	98
Sonstige Geld- und Kreditstatistik	100
Öffentliche Finanzen	105
Außenhandel	109
Produktion, Beschäftigung und Preise	112
Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	115

Abgeschlossen am 24. März 1952

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Februar / März 1952

Geld und Kredit

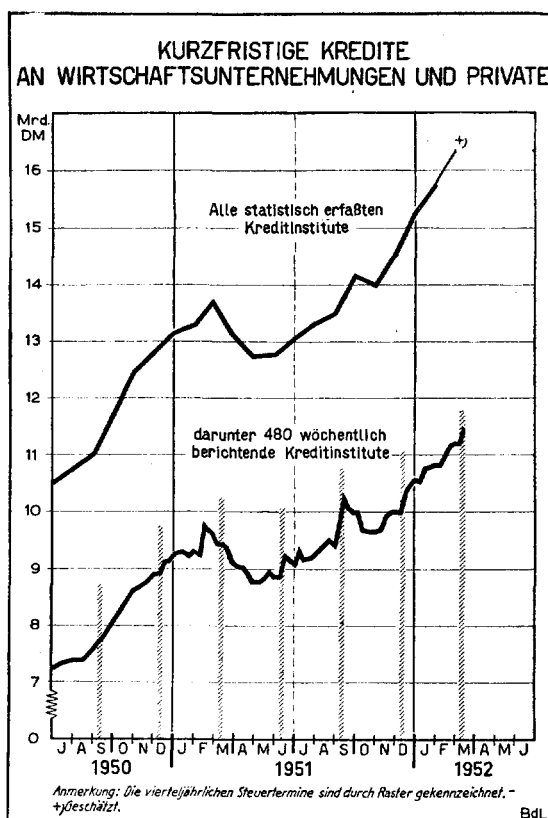
Expansive Faktoren der Geldversorgung

Wirtschaftskredite

Die kurzfristigen Kredite der Banken an Wirtschaftsunternehmen und Private haben in den letzten Wochen weiter beträchtlich zugenommen. Gegenüber dem ersten Monat des Jahres, in dem das Kreditvolumen zwar nicht, wie saisonmäßig eigentlich zu erwarten gewesen wäre, abgenommen hatte, aber doch nur verlangsamt gewachsen war, hat sich die Kreditexpansion sogar wieder wesentlich verstärkt. Allein bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, auf die ungefähr zwei Drittel des gesamten Kreditvolumens entfallen, betrug die Zunahme im Februar 377 Mill. DM und in der ersten März-Hälfte weitere 241 Mill. DM. Besonders in der zweiten Woche des März, in die der Quartalsteuertermin für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer fiel, war die Kreditnahme mit ungefähr 271 Mill. DM wieder außerordentlich stark. Im Januar hatte sich demgegenüber das Volumen der kurzfristigen Bankkredite an die Wirtschaft bei den wöchentlich berichtenden Banken um 257 Mill. DM und bei allen Banken um 470 Mill. DM erweitert.

Bis zu einem gewissen Grade hängt diese erneute Verstärkung der Kreditnahme sicher damit zusammen, daß sich Produktion und Beschäftigung nach der Überwindung des winterlichen Sautiefs nun fast allenthalben wieder ausdehnen. Daß im Verbrauchsgüterbereich der Endabsatz bisher noch relativ schwach war, verstärkt dabei eher sogar den Kreditbedarf, weil er, besonders in der Industrie, zu einer verstärkten Lagerhaltung zwingt, durch die nicht unbeträchtliche Mittel vorläufig gebunden werden. Auch die bankmäßige Vorfinanzierung von Investitionen scheint weiterhin eine beachtliche Rolle zu spielen. Um so mehr muß allerdings bedauert werden, daß sich die Aussichten für die spätere Konsolidierung solcher Kredite, zumindest soweit sie von der

Aufnahmefähigkeit des freien Kapitalmarkts abhängt, bisher noch kaum gebessert haben, da es noch immer ungewiß ist, ob schon in Kürze die insbesondere für eine stärkere Wiederbelebung der Wertpapiermärkte unerlässlichen Voraussetzungen erfüllt werden dürften. Daß diese Konsolidierungsmöglichkeiten fehlen, ist aber — wie hier schon öfters dargelegt wurde — neben der starken Liquiditätsvorliebe der Wirtschaft und des Publikums eine der wesentlichsten Ur-



sachen dafür, daß das Volumen der kurzfristigen Kredite und, gewissermaßen als Pendant hierzu, vor allem auch die liquiden Mittel der Wirtschaft fast ständig in einem Maße zunehmen, das bei der Ausrichtung der Kreditpolitik nicht übersehen werden darf.

Im Gegensatz zu der Entwicklung der kurzfristigen Bankkredite haben die längerfristigen Kredite in der letzten Zeit be-

Kurzfristige Kredite der Geldinstitute*)
Zunahme (+) bzw. Abnahme (–) in Mill. DM

Zeit	Kredite		
	insgesamt	an öffentl. Körper-schaften ¹⁾	an Wirt-schaftsunter-nehmungen und Private
alle monatlich berichtenden Geldinstitute ²⁾			
1951			
November	+ 368	– 179	+ 547
Dezember	+ 629	– 74	+ 703
1952			
Januar	+ 644	+ 175	+ 469
Februar			
darunter 480 wöchentlich berichtete Geldinstitute			
1951			
November	+ 188	– 170	+ 358
Dezember	+ 396	– 159	+ 555
1952			
Januar	+ 502	+ 245	+ 257
Februar	+ 257	– 120	+ 377
1. Februar-Woche	– 89	– 90	+ 1
2. Februar-Woche	+ 157	– 33	+ 190
3. Februar-Woche	+ 173	+ 21	+ 152
4. Februar-Woche	+ 16	– 18	+ 34
1. März-Woche	– 92 ³⁾	– 61	– 31 ³⁾
2. März-Woche	+ 281	+ 10	+ 271

*) Ohne Bank-an-Bank-Kredite. — ¹⁾ Kurzfristige Kredite, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ²⁾ Ohne Teilzahlungsbanken, KfW, Finag, Postscheck- und Postsparkassenämter. Die Ziffern sind infolgedessen nicht mit denen der Tabelle „Bankkredite und Geldkapitalbildung bei den Banken“ vergleichbar. — ³⁾ Statistisch bereinigt.

deutend weniger zugenommen als in den letzten Monaten des vergangenen Jahres und besonders im Dezember. Für Februar liegen diesbezügliche Angaben allerdings noch nicht vor, da in der wöchentlichen Bankenstatistik nur die kurzfristigen, nicht aber auch die mittel- und langfristigen Kredite der Banken erfaßt werden. Wahrscheinlich haben aber auch in diesem Monat die längerfristigen Kredite aus den bereits im letzten Bericht erwähnten Saisongründen nur relativ schwach zugenommen. Im Januar jedenfalls sind die mittel- und langfristigen Bankkredite, wie die nun vollständig vorliegenden Statistiken erkennen lassen, nur um 274 Mill. DM gegenüber 420 Mill. DM im Dezember und 365 Mill. DM im November gewachsen.

Zahlungsbilanzüberschuß

Auch im Februar und März sind aber die liquiden Geldbestände der Wirtschaft nicht allein durch die Kreditaufnahme bei den Banken, sondern auch — wie nun schon in allen Monaten seit März 1951 mit alleiniger Ausnahme des Dezember — durch den zur Zeit noch bestehenden Zahlungsbilanzüberschuß angereichert worden. Über die Komponenten dieses Zahlungsbilanzüberschusses und insbesondere über seine

Beziehung zu dem im Februar wieder recht beträchtlichen Passivsaldo der Warenhandelsbilanz wird im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher berichtet. Betrachtet man seine Wirkung auf die inländische Geldversorgung, so ist freilich zu berücksichtigen, daß die Zahlungssalden auf den bei der Bank deutscher Länder und den Außenhandelsbanken geführten DM-Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts aus zahlungs- und buchungstechnischen Gründen nicht immer genau den Devisensalden entsprechen, wenn sich auf längere Sicht die zeitweiligen Abweichungen auch ungefähr ausgleichen. Im Februar belief sich nun der Auszahlungsüberschuß auf den genannten DM-Konten auf ungefähr 150 Mill. DM (bei einem Nettodeviseneingang von 34 Mill. \$ nach Abzug der Tilgung von alten Schuldsalden und von ungefähr 43 Mill. \$ ohne den Abzug der Tilgungsbeträge). Er war damit zwar etwas geringer als im Januar (182 Mill. DM) und vor allem auch als im Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahrs 1951 (309 Mill. DM), aber doch wiederum höher als im Durchschnitt der letzten drei Monate von 1951 (83 Mill. DM), in denen der Auszahlungsüberschuß dadurch stark herabgedrückt worden war, daß — weitgehend zufallsbedingt — im Dezember zum ersten Mal seit vielen Monaten die Einzahlungen für Devisenkäufe von Seiten der Wirtschaft die Auszahlungen für die Deviseneingänge übertroffen hatten. Im einzelnen bildete der Auszahlungsüberschuß vom Februar den Saldo aus einem Einzahlungsüberschuß in Höhe von 25 Mill. DM bei den Außenhandelsbanken und aus einem Auszahlungsüberschuß in Höhe von 174 Mill. DM bei der Bank deutscher Länder. Für März ist wiederum mit einem Auszahlungsüberschuß zu rechnen. Bei der Bank deutscher Länder jedenfalls waren in der ersten Märzhälfte über die dem Devisengeschäft dienenden Konten per Saldo bereits wieder 124 Mill. DM in den Verkehr geflossen.

Geld absorbierende Faktoren

Bankkredite an öffentliche Stellen

Gegenüber den die Geldversorgung erweiternden Faktoren sind aber auch in letzter Zeit wieder kontraktive Faktoren von im ganzen beträchtlichem Gewicht wirksam gewesen. Ein solcher Faktor war zunächst die Entwicklung der Bankkredite an öffentliche Stellen. Zwar hat sich,

wie die nachfolgende Tabelle zeigt, im Februar der Gesamtbetrag dieser Kredite (einschließlich der im Besitz von Banken befindlichen Schatzwechsel und Schatzanweisungen) nur noch unwesentlich vermindert, nachdem er im Januar durch Tilgungen und vor allem durch Umlagerungen von Schatzwechseln und Schatzanweisungen auf andere Geldgeber als Banken abgebaut worden war. So hat zumindest der Bund im Fe-

Bankkredite an öffentliche Stellen
in Mill. DM

	1951	1952			Zum Vergleich: 15. Dez. 1951
	31. 12.	31. 1.	29. 2.	15. 3.	
1) 480 wöchentlich berichtende Kreditinstitute ¹⁾ davon Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ²⁾	710,1 (491,3)	954,7 (733,7)	834,4 (619,1)	782,6 (545,1)	784,5 (496,0)
2) Zentralbanksystem davon Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ²⁾	1 027,6 (859,6)	365,9 (250,5)	477,7 (301,6)	379,4 (302,3)	862,3 (800,1)
3) Gesamt (1 + 2)	1 737,7	1 320,6	1 312,1	1 162,0	1 646,8

¹⁾ Auf die 480 wöchentlich berichtenden Kreditinstitute entfallen rd. 85 vH der Kredite an öffentliche Stellen aller monatlich berichtenden Kreditinstitute. — ²⁾ Einschl. Reichsbahnleihe von 1949 bzw. die hiergegen ausgegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen der Bundesbahn.

bruar und in den ersten Tagen des März zum ersten Mal seit September 1951 wieder den Kassenkredit der Bank deutscher Länder in Anspruch genommen, und zwar bis zu rd. 125 Mill. DM am 10. März. Nach dem Quartalsteuertermin vom 10. März trat aber hierin wieder ein Umschwung ein, und obwohl sich die Kassenlage der großen Gebietskörperschaften infolge der wachsenden Ausgaben, vor allem beim Bund, auch in der Folgezeit nicht ganz so günstig gestaltet zu haben scheint wie in den beiden letzten Monaten mit Quartalsteuerterminen und im Januar, so scheint in der zweiten Märzdekade das Volumen der Bankkredite an öffentliche Stellen doch erneut gesunken zu sein. Am 15. März waren jedenfalls die an öffentliche Stellen gewährten Kassenkredite und die Schatzwechsel- und Schatzanweisungsbestände des Zentralbanksystems und der 480 wöchentlich berichtenden Banken mit 1162 Mill. DM um ungefähr 150 Mill. DM niedriger als Ende Februar, bis zu welchem Termin sie sich gegenüber Ende Januar bereits um 8 Mill. DM vermindert hatten.

**Gesamtumlauf an Schatzwechseln
und unverzinslichen Schatzanweisungen¹⁾**

	31. Dez. 1951	31. Jan. 1952	29. Febr. 1952	Zum Vergleich 28. Febr. 1951
Bund	1 306,0	1 175,0	1 062,9	539,8
Länder	134,7	185,3	182,5	252,5
Bundesbahn (einschl. Bundesbahnleihe von 1949)	1 132,7	1 108,9	1 088,6	1 036,0
Summe	2 573,4	2 469,2	2 334,0	1 828,3
davon				
im Besitz des Zentralbanksystems bei den 480 wöchentlich ²⁾ berichtenden Kreditinstituten	491,3	733,7	619,1	167,9
anderweitig untergebracht	1 222,5	1 485,0	1 413,3	815,6

¹⁾ Einschl. Reichsbahnleihe von 1949. — ²⁾ Auf die 480 wöchentlich berichtenden Kreditinstitute entfallen rd. 85 vH der Kredite an öffentliche Stellen aller monatlich berichtenden Kreditinstitute.

Spartätigkeit

Vor allem aber stand der teilweise verstärkten Expansion der Wirtschaftskredite auch in den letzten Wochen eine nicht unbeträchtliche, die Wirkung der Kreditexpansion auf das Geldvolumen wieder entsprechend neutralisierende Spartätigkeit gegenüber. So sind namentlich die Spareinlagen weiter in bemerkenswertem Maße gewachsen. Allein bei den 480 wöchentlich berichtenden Geldinstituten betrug ihre Zunahme im Februar rd. 100 Mill. DM und in der ersten Märzhälfte rd. 51 Mill. DM gegen 112 Mill. DM im Januar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Januar vom Gesamtzugang ungefähr 30 Mill. DM auf Zinsgutschriften entfallen waren, während im Februar und März dieser Faktor so gut wie keine Rolle gespielt haben dürfte. Der reine Einzahlungsüberschuß hat sich also gegenüber dem Januar sicher noch erhöht, obwohl aus Saisongründen die Entwicklung normalerweise umgekehrt zu verlaufen pflegt. Auf die wöchentlich berichtenden Banken entfiel dabei Ende Januar nur gut die Hälfte des Gesamtbestandes an Spareinlagen. Geht man hiervon aus, so ist also anzunehmen, daß bei allen Geldinstituten, für die genauere Angaben erst nach Vorliegen der monatlichen Bankenstatistik möglich sind, der Neuzugang an Spareinlagen ungefähr 180 bis 200 Mill. DM betragen haben dürfte. Im Vorjahr war demgegenüber von Januar bis März ohne die Zinsgutschriften noch

ein Auszahlungsüberschuß von gut 41 Mill. DM zu verzeichnen gewesen, und auch im weiteren Verlauf des Jahres war der monatliche Einzahlungsüberschuß mit Ausnahme von Dezember, wo vor allem steuerliche Gründe einen sprunghaften Anstieg bewirkten, niemals über 100 Mill. DM hinausgegangen.

Was die Spareinlagenentwicklung im Januar anbelangt, so kann auf Grund der nunmehr vorliegenden Ergebnisse der Monatsstatistik nachgetragen werden, daß der Bestand an steuerbegünstigten Spareinlagen in diesem Monat zum ersten Mal seit Einführung des steuerbegünstigten Sparens gesunken ist, und zwar um 23 Mill. DM oder etwa 4 vH. Dies geht darauf zurück, daß mit Beginn dieses Jahres die ersten (drei Jahre betragenden) Sperrfristen abgelaufen sind und die betreffenden Guthaben sich infolgedessen automatisch in nicht steuerbegünstigte verwandelten, sofern sie die Konteninhaber nicht sofort auf Grund neuer steuerbegünstigter Kapitalansammlungsverträge abermals auf drei Jahre festlegten. Wahrscheinlich ist dies jedoch bisher nur verhältnismäßig selten geschehen, da neue, mit Wirkung vom 1. Januar 1952 an laufende Sparverträge noch bis Mitte des Jahres abgeschlossen werden können und viele Sparer sicher diese Frist ausnutzen. Jedenfalls kann aus dem leichten Rückgang der steuerbegünstigten Einlagen nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß die betreffenden Mittel nach ihrem Freiwerden verbraucht oder auch nur anderweitig angelegt wurden.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Spareinlagen ließ der Wertpapierabsatz in den letzten Wochen wieder nach. Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen betrug im Februar nur 23 Mill. DM gegen 53 Mill. DM im Januar und 75 Mill. DM im Dezember. Die Ursachen dieses Rückgangs sind zuverlässig natürlich kaum zu ermitteln. Bis zu einem gewissen Grade mag er damit zusammenhängen, daß um diese Jahreszeit die Auszahlung von langfristigen Bankkrediten nur eine geringe Rolle spielt und daher öffentliche Stellen, die seit einiger Zeit hierbei nicht selten Pfandbriefe zwischengeschaltet haben, in geringem Maße als Käufer aufgetreten sind. Aber von entscheidender Bedeutung ist dem Vernehmen nach auch, daß in der Erwartung einer baldigen Revision der

bisherigen, für den Wertpapiermarkt besonders abträglichen Kapitalmarktpolitik die Bereitschaft des Marktes, noch zu den alten Bedingungen Rentenwerte zu erwerben, auf ein Minimum gesunken ist, und zwar nicht nur bei der ohnehin nur noch ganz dünnen Schicht privater Käufer, sondern auch bei den öffentlichen Stellen, die bisher einen Teil ihrer verfügbaren Mittel in Pfandbriefen und Kommunalobligationen anlegten. Diese Entwicklung zeigt deutlich, wie nötig es ist, daß in der Kapitalmarktpolitik so rasch wie möglich die befreienden Schritte unternommen werden, zumal gerade jetzt die psychologische Situation für die von immer weiteren Kreisen vertretenen Reformen außerordentlich günstig ist.

Nachgelassen hat vorläufig aber auch wieder der Absatz von Industrieobligationen. Er betrug im Februar nur 18 Mill. DM gegen 46 Mill. DM im Januar, 26 Mill. DM im Dezember und allerdings nur 3 Mill. DM im Durchschnitt der ersten elf Monate von 1951. Diese Abnahme dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß die bisher aufgelegten Emissionen von Wandelschuldverschreibungen, auf die sich die relativ hohen Absatzziffern vom Januar vornehmlich erstreckten, zum größten Teil ausverkauft sind. Wandelobligationen wurden jedenfalls im Februar nur noch für 17 Mill. DM (gegen 37 Mill. DM im Vormonat) abgesetzt. Weitere Emissionen dieses Wertpapiertyps stehen jedoch bevor.

Insgesamt sind somit im Februar für rd. 40 Mill. DM festverzinsliche Werte untergebracht worden. Zur „Geldkapitalbildung bei den Banken“, die diesen insbesondere für ihre längerfristigen Ausleihungen Mittel zuführt und geldpolitisch die Kreditausdehnung insoweit neutralisiert, gehörte davon allerdings nur der Erlös aus der Unterbringung der oben erwähnten Pfandbriefe und Kommunalobligationen in Höhe von 23 Mill. DM, während der Rest, d. h. der Erlös aus der Unterbringung von Industrieobligationen, direkt der Industrie zufließt. Auch dieser Betrag hat nun zwar zumindest der Tendenz nach auf die Entwicklung des Geldvolumens dämpfend gewirkt, weil er den Bedarf nach Bankkredit verminderte, ja vielleicht sogar die Emittenten zur Rückzahlung von Bankkrediten befähigte, aber gegenüber der tatsächlich erfolgten Ausdeh-

nung des Volumens der Bankkredite ist er nicht als Neutralisierungsfaktor zu betrachten.

Wohl aber sind als solche Faktoren noch die Gegenwertmittel und die sonstigen Kreditmittel der öffentlichen Stellen zu betrachten, die den Banken — gewöhnlich unter Übernahme einer gewissen Mithaftung — zur Weiterleitung an die letzten Kreditnehmer zuflossen. Die über die Banken eingesetzten Gegenwertmittel stellten sich im Februar nur noch auf etwa 20 Mill. DM gegen 52 Mill. DM im Januar und 137 Mill. DM im Dezember, obwohl an sich noch erhebliche Beträge an frei-

gegebenen Mitteln zur Verfügung stehen. In welchem Umfang den Banken im Februar sonstige Kreditmittel öffentlicher Stellen zur Weiterleitung zuflossen, läßt sich bei Abschluß des Berichts dagegen noch nicht sagen. Wenn sich ihr Betrag aber auch nur annähernd auf der Höhe des Vormonats (178 Mill. DM) gehalten haben sollte, so würde, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist, die „Geldkapitalbildung bei den Banken“ im Februar trotz des Rückgangs des Wertpapierabsatzes und des Einsatzes von Gegenwertmitteln immerhin noch ungefähr 400 Mill. DM erreicht und damit die Ausdehnung

Bankkredite und Geldkapitalbildung bei den Banken*)
Zunahme (+) oder Abnahme (—) in Mill. DM

	1951					1952	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	insgesamt	Januar	Februar () = geschätzt
I. Kreditgewährung							
1) Geldinstitute außerhalb des Zentralbanksystems ¹⁾							
Kurzfristige Kredite an							
Wirtschaftsunternehmen und Private	— 21	— 61	+1 115	+1 021	+2 054	+ 470	+(600)
Öffentliche Körperschaften	— 45	+ 32	+ 14	+ 50	+ 51	— 71	—(10)
Mittel- und langfristige Kredite an							
Wirtschaftsunternehmen und Private	+ 976	+ 869	+ 794	+ 902	+3 541	+ 194	.
Öffentliche Körperschaften	+ 95	+ 201	+ 158	+ 186	+ 640	+ 80	.
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	+ 77	— 18	+ 72	+ 255	+ 386	+ 166	—(170)
Geschäftsbanken insgesamt	+1 082	+1 023	+2 153	+2 414	+6 672	+ 839	.
2) Zentralbanksystem							
Kredite ²⁾ an							
Öffentliche Körperschaften							
Bund	— 345	+ 313	— 353	— 192	— 577	—280	+ 42
Bundesbahn	— 96 ³⁾	+ 193	—	+ 105	+ 202	—328	+ 98
Länder	— 28	— 23	— 58	+ 59	— 50	— 55	— 28
Sonstige öffentliche Körperschaften	+ 2	— 3	—	—	— 1	+ 1	—
Wirtschaft und Private	+ 3	— 1	+ 4	+ 9	+ 15	+ 5	— 2
Sonstige	— 2	+ 21	—	— 2	+ 17	+ 2	+ 3
Zentralbanksystem insgesamt	— 466	+ 500	— 407	— 21	— 394	— 655	+ 113
Insgesamt (1 + 2): Kreditgewährung des gesamten Bankensystems	+ 616	+1 523	+1 746	+2 393	+6 278	+ 184	.
II. Geldkapitalbildung bei den Banken, und zwar:							
Spareinlagen	— 1	+ 136	+ 252	+ 518	+ 905	+ 212	+(190)
Absatz von Bankschuldverschreibungen	+ 110	+ 132	+ 185	+ 202	+ 629	+ 53	+ 23
Von Banken im Bundesgebiet auf- genommene Gegenwertmittel	+ 223	+ 141	+ 221	+ 192	+ 777	+ 52	+ 20
Sonstige längerfristige Mittelaufnahme	+ 283	+ 262	+ 369	+ 504	+1 418	+ 178	.
Geldkapitalbildung insgesamt	+ 615	+ 671	+1 027	+1 416	+3 729	+ 495	.
III. Saldo (I - II)							
Geldschöpfung (+) oder Geldabsorption (—) ⁴⁾	+ 1	+ 852	+ 719	+ 977	+2 549	— 311	.

*) Bestandszahlen vgl. „Statistischer Teil“, S. 85. — ¹⁾ Kredite an Nichtbanken der für die monatliche Bankenstatistik berichtenden Geldinstitute, Teilzahlungsfinanzierungsinstitute, KfW, Finag, Postscheck- und Postsparkassenämter. Die Ziffern sind infolgedessen nicht mit denen der Tabelle „Kurzfristige Kredite der Geldinstitute“ vergleichbar. — ²⁾ Einschließlich Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, angekaufte längerfristige Wertpapiere und von Versicherungen und Bausparkassen angekaufte Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Einschließlich Südwestdeutsche Eisenbahn. — ⁴⁾ Vgl. Pos. A, 1 der Übersicht „Die Entwicklung des Geldvolumens“.

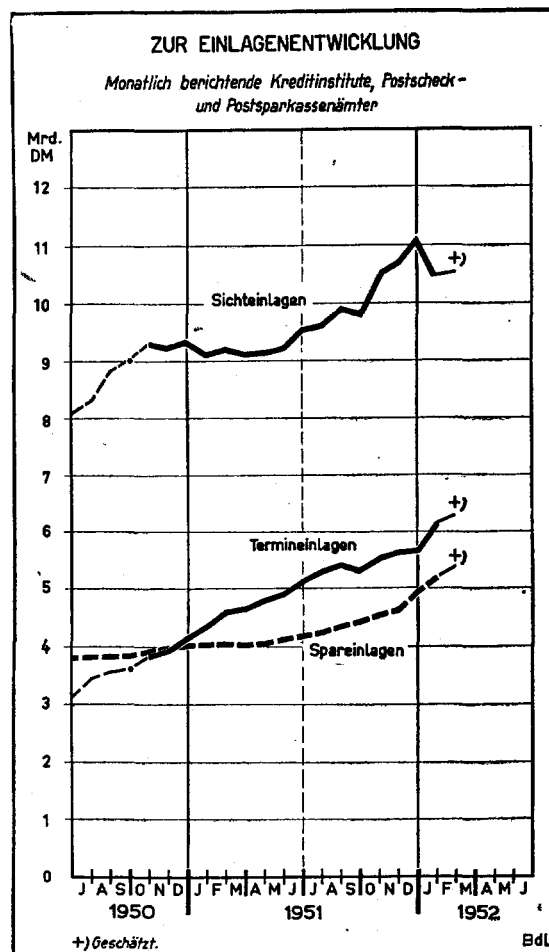
der längerfristigen Kredite (im Januar 274 Mill. DM, im Februar noch nicht bekannt, aber, wie oben erwähnt, eher geringer) übertroffen haben. Da aber gleichzeitig die Bankkredite an öffentliche Stellen nur noch wenig zurückgingen, die kurzfristigen Kredite beträchtlich stärker zunahmen als vordem und der Geldstrom auf Grund des Zahlungsbilanzüberschusses nach wie vor relativ bedeutend war, hatten im ganzen genommen die expansiven Faktoren in den letzten Wochen wieder eindeutig das Übergewicht.

Die Entwicklung des Geldvolumens

Das Geldvolumen dürfte daher im Februar und, soweit sich die Verhältnisse bisher übersehen lassen, auch im März wieder beträchtlich gewachsen sein, nachdem es im Januar, weitgehend unter dem Einfluß von Saisonfaktoren, nicht unerheblich zurückgegangen war. Wie groß die Zunahme war, kann bis zum Vorliegen der monatlichen Bankenstatistik zwar nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Nach den verfügbaren Teilergebnissen ist jedoch anzunehmen, daß sie bereits im Februar ungefähr 300 bis 400 Mill. DM betragen haben dürfte, womit der für den Januar zu verzeichnende Rückgang um (wie nunmehr feststeht) etwa 430 Mill. DM also schon im folgenden Monat zum größten Teil wieder wettgemacht worden wäre. Soweit sich bisher übersehen läßt, entfiel die Zunahme überwiegend auf den Bargeldumlauf und die Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten, während sich die öffentlichen Einlagen infolge der ungünstigeren Kassenposition der großen Gebietskörperschaften im Februar nur wenig erhöhten.

Auffällig ist vor allem die starke Zunahme des Bargeldumlaufs. Im Durchschnitt der vier Bankwochenstichtage war der Bargeldumlauf (ohne B-Noten) im Februar zwar nur um 58 Mill. DM höher als im Januar, aber am Monatsende lag er um nicht weniger als 237 Mill. DM über dem Stand von Ende Januar, und im Durchschnitt der ersten beiden Märzstichtage (7. und 15. d. M.) betrug die Steigerung gegenüber dem Stand an den beiden entsprechenden Daten des Vormonats 246 Mill. DM. Diese Niveauerhöhung liegt jedoch bisher völlig im Rahmen der üblichen Saisonbewegung, die von Januar bis März gewöhnlich

eine Zunahme des Bargeldumlaufs um gut 3 vH mit sich bringt, woraufhin sich dann normalerweise eine nur von geringen Schwankungen begleitete Stagnation bis etwa August anschließt. Freilich wird diese saisonübliche Bewegung sehr häufig durch konjunkturelle und strukturelle Veränderungen überlagert. Auch hinsichtlich der Entwicklung der letzten Wochen muß eingeräumt werden, daß die Zunahme möglicherweise nicht ganz durch die Entwicklung des Verkehrsbedarfs bedingt ist, sondern daß sich in ihr bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch die Ansammlung von Ersparnissen in Bargeldform widerspiegelt.



Für die Beurteilung der monetären Lage ist von einer gewissen Bedeutung im übrigen die Aufgliederung des Einlagenzuwachses nach Sicht- und Termineinlagen (vgl. das Schaubild und die Tabelle im „Statistischen Teil“ auf S. 82). Leider stehen für Februar die diesbezüglichen Angaben noch nicht zur Verfügung. Im Januar aber haben

Die Entwicklung des Geldvolumens *)
in Mill. DM

	1951					1952	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	insgesamt	Januar	Februar () = geschätzt
A. Expansive (+) und kontraktive (—) Einflüsse auf das Geldvolumen							
1) Saldo aus der Gewährung von Bankkrediten und der Geldkapitalbildung bei den Banken ¹⁾	+ 1	+ 852	+ 719	+ 977	+2 549	— 311	.
2) Münzgutschriften zu Gunsten des Bundes	+ 119	+ 118	+ 49	+ 10	+ 296	+ 13	+ 16
3) Nettodevisenankäufe (+) bzw. Nettodevisen- verkäufe (—) des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken	— 198	+1 084	+ 927	+ 250	+2 063	+ 182	+ 149
4) Sonstige Einflüsse ²⁾	— 100	— 74	— 99	— 254	— 527	— 315	.
Saldo A: Expansionswirkung (+) oder Kontrak- tionswirkung (—) auf die Geldversorgung	— 178	+1 980	+1 596	+ 983	+4 381	— 431	.
B. Veränderung des Geldvolumens Zunahme (+) oder Abnahme (—)							
1) Bargeldumlauf außerhalb der Banken (ohne „B“-Noten)	— 390	+ 490	+ 875	+ 147	+1 122	— 115	+ 237 ³⁾
2) Einlagen von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten (ohne Spareinlagen)	+ 297	+ 653	+ 518	+1 031	+2 499	— 120	+ (100)
Sichteinlagen	(— 75)	(+ 495)	(+ 359)	(+ 856)	(+1 635)	(— 447)	.
Termindepositen	(+ 372)	(+ 158)	(+ 159)	(+ 175)	(+ 864)	(+ 327)	.
3) Einlagen deutscher öffentlicher Stellen (ohne Gegenwertmittel)	— 92	+ 224	+ 92	+ 844	+1 068	— 207	+ (80)
4) Einlagen alliierter Stellen	+ 105	+ 83	— 163	+ 66	+ 91	+ 17	— 79
5) Gegenwertmittel im Zentralbanksystem ⁴⁾	+ 15	+ 60	+ 172	— 225	+ 22	— 5	+ 42
6) Bardepots für Einfuhrbewilligungen (Asservatenkonten bei den Landeszentralbanken)	— 113	+ 470	+ 102	— 880	— 421	— 1	—
Saldo B: Veränderung des Geldvolumens insgesamt	— 178	+1 980	+1 596	+ 983	+4 381	— 431	+ (380)

*) Bestandszahlen vgl. „Statistischer Teil“, S. 85 — 1) Vgl. Tabelle „Bankkredite und Geldkapitalbildung bei den Banken“, Pos. III.
— 2) Enthält die Veränderungen folgender Bilanzpositionen: Ausgleichsforderungen, Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, sonstige Aktiva; kurzfristig aufgenommene Gelder, Kapital, Rücklagen, Rückstellungen, Wertberichtigungen, sonstige Passiva; ferner die Veränderung des Saldos der Interbankverschuldung und die Veränderung des Umlaufs an „B“-Noten. —
3) Ohne Berücksichtigung der evtl. Veränderungen der Kassenbestände der Geschäftsbanken. — 4) Ohne STEG-Gelder des BfM.

die Sichteinlagen insgesamt um 526 Mill. DM abgenommen (wovon 371 Mill. DM auf Einlagen von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten entfallen), während die Termineinlagen ihren Anstieg mit einer geradezu sprunghaften Zunahme von nicht weniger als 484 Mill. DM (davon 327 Mill. DM auf Konten der Wirtschaft) fortsetzten. Die Termineinlagen haben damit im Januar dieses Jahres gut doppelt so stark wie im Januar 1951 und mehr als dreimal so stark wie im Januar 1950 zugenommen. Ihrem Ursprung nach dürften die Termineinlagen in erster Linie industrielle Rücklagen, vor allem Abschreibungsbeträge, und nur zu einem sehr geringen Teil längerfristig festgelegte Guthaben des breiten Publikums darstellen. Jedenfalls deutet hierauf auch ihre auffallend starke Zunahme gerade in der Zeit der schwachen Spartätigkeit während des ersten Jahres „nach Korea“ hin. Hier war es vielmehr die Übernachfrage und die dadurch geförderte

„Gewinnkonjunktur“ der Wirtschaft, die ihre Entwicklung förderte. Daß sie auch jetzt noch stark zunehmen, obwohl gleichzeitig die Investitionstätigkeit ziemlich lebhaft ist, zeigt also, daß die finanzielle Lage der Unternehmungen im allgemeinen noch immer recht günstig ist. Würde der Wertpapiermarkt nicht völlig unattraktiv sein, so würde dies freilich in viel stärkerem Maße als heute im Wertpapierabsatz und nicht in der Depositenzunahme seinen Niederschlag finden.

Die im Zentralbanksystem befindlichen, bis zu ihrer Freigabe „inaktiven“ Gegenwertmittel nahmen in den letzten Wochen infolge relativ geringer Auszahlungen wieder leicht zu, nachdem im Dezember ein stärkerer Abgang zu verzeichnen gewesen war und auch im Januar die Auszahlungen leicht die Einzahlungen übertrafen hatten. Die Zunahme im Februar betrug 42 Mill. DM. Insgesamt waren damit Ende Fe-

bruar 1952 an Gegenwertmitteln auf den verschiedenen Konten bei der Bank deutscher Länder (einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge) 1 223 Mill. DM (gegen 1186 Mill. DM Ende 1951 und 1243 Mill. DM Ende 1950) vorhanden, die sich wie folgt aufteilen:

ERP-Mittel	754 Mill. DM
GARIOA-Mittel	409 " "
Noch nicht aufgeteilte Eingänge	13 " "
ERP-Sonderkonto Berlin	47 " "
zusammen	1 223 Mill. DM

Von den ERP-Mitteln waren 355 Mill. DM im Rahmen des Ende Dezember 1951 aufgestockten III. ECA-Programms (Marshallplanjahr 1950/51), das sich auf einen Gesamtbetrag von insgesamt 1 500 Mill. DM beläuft, bereits verplant, aber noch nicht freigegeben. An freigegebenen ERP-Mitteln standen Ende Februar noch 249 Mill. DM zur Verfügung. Über die restlichen ERP-Mittel ist zunächst noch nicht disponiert. Über die Verwendung der GARIOA-Mittel befindet ausschließlich die US-Hochkommission. Sie werden zur Zeit hauptsächlich zur Unterstützung Berlins verwendet, und zwar in Höhe von gegenwärtig 15 Mill. DM pro Monat. Neben den vorstehend erwähnten eigentlichen Gegenwertmitteln waren Ende Februar noch rd. 64 Mill. DM sogenannter STEG-Mittel vorhanden, die auf dem Konto des Bundesfinanzministers stehen. Sie werden sukzessive für die Durchführung des sogenannten „Besonderen-Gegenwert-Programms“ verwendet, das vor allem industrielle Investitionen zum Ziele hat.

Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Liquiditätslage der Banken hat sich im Februar zunächst weiter gebessert. Eine wesentliche Rolle spielte dabei, daß die Kassensituation der großen Gebietskörperschaften im Februar — wie bereits erwähnt — weniger günstig war als in den vorangegangenen Monaten und infolgedessen der mit den bisherigen Kassenüberschüssen der öffentlichen Haushalte zusammenhängende Geldstrom ins Zentralbanksystem unterbrochen wurde. Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, sind im Durchschnitt der vier Ausweistage die öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem sogar gesunken, eine Entwicklung, deren günstige Wirkung auf die Bankenliquidität

Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem

nach dem „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“

in Mill. DM

	Veränderung im Monatsdurchschn.		29. Febr.	15. März
	Jan. 1952 gegen Dez. 1951	Febr. 1952 gegen Jan. 1952	gegen 31. Jan. 1952	gegen 15. Febr. 1952
Die einzelnen Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls)	<i>Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an</i>			
1. Noten- und Münzumlauf	+ 387	- 64	- 253	- 216
2. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken	+ 76	+ 337	+ 88	- 261
davon				
Einlagen deutscher öffentl. Stellen	(- 100)	(+ 271)	(- 3)	(- 324)
sonstige Einlagen (einschließlich schwebender Verrechnungen)	(+ 176)	(+ 66)	(+ 91)	(+ 63)
3. Zentralbankkredite an Nichtbanken	- 392	- 136	+ 139	+ 55
davon				
Kredite an deutsche öffentl. Stellen	(- 336)	(- 179)	(+ 112)	(+ 18)
a) Kassenkredite	(- 18)	(+ 15)	(+ 61)	(- 17)
b) Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen ¹⁾ 2)	(- 318)	(- 194)	(+ 51)	(+ 35)
Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbaukredite (über Kreditanstalt für Wiederaufbau)	(- 58)	(+ 35)	(+ 26)	(+ 38)
Sonstige Kredite an Nichtbanken ³⁾	(+ 2)	(+ 8)	(+ 1)	(- 1)
4. Münzgutschrift zu Gunsten des Bundes	+ 6	+ 20	+ 16	+ 19
5. Abwicklung des Auslandsgeschäfts ⁴⁾	+ 173	+ 146	+ 174	+ 241
6. Sonstige Faktoren, netto	- 209	+ 31	+ 31	- 58
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	+ 41	+ 334	+ 195	- 220
Kreditnahme⁵⁾ und Einlagen der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem	Zunahme (+) oder Abnahme (-)			
Einlagen	+ 21	- 53	- 50	- 117
darunter:				
Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls	(+ 65)	(+ 19)	-	-
Kredite	- 20	- 387	- 245	+ 103
Veränderung der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	- 41	- 334	- 195	+ 220
	Stand			
	im Monatsdurchschnitt d. 48 Bankwochenschluß		am 29. Febr. 1952	am 15. März 1952
Einlagen	2 217	2 238	2 185	1 892
Kredite	4 816	4 796	4 409	4 382
Stand der Nettoverschuldung (Kredite minus Einlagen)	2 599	2 558	2 224	2 490
			2 490	2 397

¹⁾ Einschließlich Reichsbahnleihe von 1949. — ²⁾ Zum Vergleich: Bestand der 480 wöchentlich berichtenden Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen: am 31. 1. 734 Mill. DM, am 29. 2. 619 Mill. DM, am 15. 3. 1952 545 Mill. DM. Gesamtumlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen: am 31. 1. 1952 2 469 Mill. DM, am 29. 2. 1952 2 334 Mill. DM. — ³⁾ Einschließlich der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen. — ⁴⁾ Saldo aus folgenden Positionen: Gold, Guthaben in ausländischer Währung, Sorten und Auslandsschecks minus Verbindlichkeiten gegenüber EZU, DM-Guthaben ausländischer Banken und Export-Akkreditive.

überdies noch dadurch verstärkt wurde, daß der Bund im Verlauf des Monats wieder Kassenkredite bei der Bank deutscher Länder in Anspruch nehmen mußte. Liquidisierend auf den Bankenapparat hat ferner — wie nun schon seit nahezu einem Jahr — der Auszahlungsüberschuß auf den der Abwicklung des Auslandsgeschäfts dienenden Konten der Bank deutscher Länder gewirkt. Die aus diesen Quellen stammenden Zuflüsse an Zentralbankgeld übertrafen bei weitem den Liquiditätsentzug, den die Banken im Februar durch den Anstieg des Bargeldumlaufs, den einzigen größeren Belastungsfaktor in ihrer Liquiditätsentwicklung während jenes Zeitabschnitts, erlitten. Ihre Kreditnahme beim Zentralbanksystem ist infolgedessen von reichlich 4,6 Mrd. DM am 31. Januar auf knapp 4,4 Mrd. DM am 29. Februar, ja im Durchschnitt der vier Ausweistage sogar von 4,8 Mrd. DM im Januar auf 4,4 Mrd. DM im Februar, zurückgegangen, während ihre Einlagen im Zentralbanksystem nur eine vergleichsweise geringe Verminderung (um 50 Mill. DM von Monatsende zu Monatsende und um 53 Mill. DM im Durchschnitt der vier Ausweistage) aufwies.

Der Geldmarkt war demgemäß im Februar ziemlich leicht. Trotzdem war die Neigung der Banken zu längerfristigen Engagements gering, da sie sich schon frühzeitig auf den Quartalssteuertermin vom 10. März vorzubereiten begannen. Teilweise verminderten sie sogar wieder ihren Bestand an Schatzwechseln und Schatzanweisungen, indem sie fällig werdendes Material nicht wieder erneuerten, wenn nicht sogar in gewissem Umfang Werte vor der Fälligkeit abgestoßen wurden. So ist jedenfalls bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken der Bestand an Schatzwechseln und Schatzanweisungen im Februar um 115 Mill. DM zurückgegangen, während beim Zentralbanksystem der entsprechende Ausweisposten im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 51 Mill. DM aufwies. Allerdings ist nicht bekannt, ob und in welchem Umfang der Bankenapparat dafür etwa andere Geldmarktpapiere aufgenommen hat. Dem Zentralbanksystem ist es jedenfalls bereits im Februar gelungen, Solawechsel der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel im Betrage von 48 Mill. DM abzugeben.

In der ersten Märzhälfte wurde die Bankenliquidität durch die Quartalsteuerzahlungen dann in der Tat einer fühlbaren Belastung unterworfen. Deutlichstes Symptom hierfür ist, daß der Rückgriff auf das Zentralbanksystem Mitte März mit fast 4,48 Mrd. DM im ganzen um nahezu 100 Mill. DM stärker war als Ende Februar, während sonst die Refinanzierungskredite in der ersten Monatshälfte stark zurückzugehen pflegen. Auch die Geldmarktsätze waren Mitte März höher als Ende Februar. Allerdings handelte es sich dabei nur um eine vorübergehende Anspannung. Noch im Verlauf der zweiten Märzdekade begannen sich wieder Verflüssigungstendenzen durchzusetzen, so daß Ende des Monats die Liquiditätslage der Banken kaum schlechter sein dürfte als zur gleichen Zeit des Vormonats. Typisch ist jedenfalls, daß sich die Banken für Geldmarktpapiere bereits wieder aufnahmefähiger zeigten, was neben den beträchtlichen Käufen öffentlicher Stellen wenigstens teilweise dazu beigetragen hat, daß das Zentralbanksystem die in seinem Besitz befindlichen Bestände an Schatzwechseln und Schatzanweisungen wieder erheblich reduzieren konnte. Maßgebend für diese Entwicklung ist neben dem ständigen Auszahlungsüberschuß auf den Zentralbankkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts vor allem, daß sich die um die Monatsmitte im Zentralbanksystem angesammelten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen (1,5 Mrd. DM gegen 1,0 Mrd. DM am 7. März und 1,1 Mrd. DM am 29. Februar) allmählich wieder verringern. Überhaupt hat es den Anschein, als würde die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte in Zukunft nicht mehr so günstig sein wie von September vorigen bis Januar dieses Jahres, so daß die Bankenliquidität kaum mehr im gleichen Umfang wie bisher durch den ständigen Zustrom öffentlicher Mittel ins Zentralbanksystem belastet werden dürfte. Im übrigen wird die weitere Entwicklung der Bankenliquidität vornehmlich davon abhängen, ob der Zahlungsbilanzüberschuß und das damit verbundene Übergewicht der Devisenkäufe des Zentralbanksystems über seine Devisenabgaben anhält oder ob mit der bevorstehenden Erweiterung der deutschen Liberalisierung bei gleichzeitigen Einfuhrbeschränkungen im Ausland hierin ein Umschwung eintritt, ob die Zahlungen auf die Investitionshilfe den Geschäftsbanken zunächst

Mittel entzogen werden, und ob der Bargeldumlauf weiter zunimmt oder ob er sich, der Saison-tendenz entsprechend, von den üblichen Wochenschwankungen abgesehen fürs erste nur wenig verändern wird. Eine genaue Prognose dieser Entwicklungen ist selbstverständlich unmöglich. Immerhin dürften zunächst eher die Verflüssigungstendenzen ein leichtes Übergewicht behalten, so daß eine automatische Zügelung der Kreditexpansion von dieser Seite her fürs erste kaum zu erwarten sein dürfte.

Revision der Kreditrichtlinien

Ende Januar 1951 hatte der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder Kreditrichtlinien beschlossen, die auf die Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen dem Volumen der Ausleihungen einer Bank und ihrem Gesamtstatus, insbesondere ihren haftenden Mitteln, hinzielten. Zu diesem Zweck wurden bestimmte Richtsätze festgelegt, in denen ziffernmäßig zum Ausdruck gebracht wurde, welche konkrete Relation zwischen den hierfür hauptsächlich in Betracht kommenden Statuspositionen bis auf weiteres als normal betrachtet und deshalb angestrebt werden sollte.¹⁾ Diese Richtsätze stellen also gewissermaßen Bonitätsanforderungen des Zentralbanksystems an die Kreditinstitute dar, die für die Bemessung des Refinanzierungskredits an die einzelnen Banken von Bedeutung sind,

¹⁾ Vgl. hierzu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar/Februar 1951, S. 16; sowie: Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1950, S. 93/94.

wenn ihre Innehaltung mit anderen Mitteln auch nicht erzwungen werden kann. Ende Januar 1951 waren derartige Kreditrichtsätze zunächst nur für die Kreditbanken aufgestellt worden. Mitte März 1951 wurden dann analoge Bestimmungen — mit allerdings etwas veränderten Sätzen — für Sparkassen und Kreditgenossenschaften getroffen und Anfang Juni 1951 wurden schließlich auch die Girozentralen und Zentralkassen in dieses Richtsatzsystem einbezogen. Von vornherein war dabei kein Zweifel daran gelassen worden, daß es sich bei den zunächst ziemlich liberalen Sätzen nur um provisorische Relationen handeln sollte, deren weitere Verengung in Aussicht genommen sei, wenn es die Normalisierung der Kreditverhältnisse und die allmähliche Anreicherung der bisher bekanntlich nur geringen haftenden Mittel der Banken gestatte. Demgemäß wurde auch angestrebt, daß nicht nur die anfangs noch ziemlich zahlreichen Überschreitungen der Richtsätze rückgängig gemacht würden, sondern auch diejenigen Institute, deren Ausleihungen unter den Richtsatzgrenzen lagen, dies nicht etwa als Freibrief für eine in Zukunft wesentlich expansivere Politik betrachteten. Tatsächlich wurden bereits Ende Juni 1951 die für die Kreditbanken geltenden Richtsätze und der für alle Institute geltende Richtsatz IV (Begrenzung der Akzeptkredite) herabgesetzt.

Gleichwohl war die Mehrzahl der Kreditinstitute in der Lage, sich in dem seit der Einführung der Kreditrichtsätze verstrichenen Jahr weitge-

Die Erfüllung der Kredit-Richtsätze
nach dem Stand vom 31. Januar 1952

Bankengruppe	Richtsatz I (Kurzfristige Kredite an Wirtschaft und Private haftende Mittel)		Richtsatz II (Debitoren haftende Mittel plus Einlagen)		Richtsatz III (Liquide Mittel fremde Gelder)		Richtsatz IV a (Gesamtes Akzeptkreditvolumen haftende Mittel)		Richtsatz IV b (Akzeptkreditvolumen für besondere Geschäfte haftende Mittel)	
	Norm	tatsächlicher Stand im Durchschnitt	Norm	tatsächlicher Stand im Durchschnitt	Norm	tatsächlicher Stand im Durchschnitt	Norm	tatsächlicher Stand im Durchschnitt	Norm	tatsächlicher Stand im Durchschnitt
Nachfolge-Institute	18-fache	22,7	60 vH	49,4	20 vH	36,6	5-fache	2,8	2-fache	0,4
Staats-, Regional- und Lokalbanken	18-fache	13,0	60 vH	52,7	20 vH	28,9	5-fache	1,9	2-fache	0,7
Privatbankiers	18-fache	8,9	60 vH	67,2	20 vH	28,3	5-fache	1,9	2-fache	0,3
Girozentralen	15-fache	8,0	70 vH	40,5	20 vH	42,4	5-fache	0,4	2-fache	0,1
Sparkassen	20-fache	7,6	70 vH	45,3	12,5 vH	18,9	5-fache	0,2	2-fache	0,1
Gewerbliche Zentralkassen	5-fache	1,3	80 vH	52,4	20 vH	37,4	5-fache	0,3	2-fache	0,2
Ländliche Zentralkassen	20-fache	9,8	—	—	—	—	5-fache	2,0	2-fache	1,1
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	15-fache	4,9	70 vH	56,5	12,5 vH	21,0	5-fache	0,6	2-fache	0,5
Ländliche Kreditgenossenschaften	15-fache	3,6	70 vH	39,7	12,5 vH	21,6	5-fache	0,1	2-fache	0,0

hend den damit statuierten Normen anzupassen. Die Zahl der Überschreitungen der Sätze ist jedenfalls im Vergleich zur ersten Phase wesentlich seltener geworden, so daß, wenngleich noch immer eine beträchtliche Streuung existierte, der Status der verschiedenen Bankengruppen den Richtsätzen im Durchschnitt zu Beginn dieses Jahres doch bedeutend besser entsprach als vor Jahresfrist.

Da die im Sommer 1951 teilweise revidierten Sätze im Vergleich zu den früheren Relationen aber noch immer als ziemlich großzügig betrachtet werden mußten und es außerdem die anhaltend starke Expansion der Wirtschaftskredite als durchaus angezeigt erscheinen läßt, den Banken im eigenen Interesse gewisse Warnsignale zu geben, hat der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder Anfang März 1952 beschlossen, einen Teil der Kreditrichtsätze wie folgt zu ändern:

- 1) Bestimmungen über die Begrenzung des Volumens der Bankakzepte und Bankziehungen (Kreditrichtsätze IV a und IVb).

Das gesamte Akzeptkreditvolumen jedes Kreditinstituts soll bis auf weiteres das Dreifache — statt bisher des Fünffachen — der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen. Das darin enthaltene Volumen der Akzeptkredite für besondere — weniger zu fördernde — Geschäfte (Gruppe IV b der geltenden Bestimmungen) soll höchstens das Einfache — statt bisher des Zweifachen — der haftenden Mittel des Kreditinstitutes betragen.

Ziehungen der Kreditinstitute auf ihre Debitoren (Bankziehungen oder Debitorenakzepte) werden im Rahmen dieser Regelung wie Bankakzepte behandelt.

- 2) Richtsätze I bis III für Sparkassen.

Richtsatz I: Die Summe der kurzfristigen Kredite einer Sparkasse an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das Fünfeinfache — statt bisher des Zwanzigfachen — der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der Sparkasse nicht übersteigen.

Richtsatz II: Die Summe der Debitoren zuzüglich der Debitorenziehungen einer Sparkasse soll 60 vH — statt bisher 70 vH — ihrer ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen unter Ausschaltung der Spareinlagen nicht übersteigen.

Richtsatz III: Die Summe der liquiden Mittel einer Sparkasse soll 15 vH — statt bisher 12,5 vH — der fremden Gelder nicht unterschreiten, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden.

- 3) Richtsatz III für gewerbliche und ländliche Kreditgenossenschaften.

Die Summe der liquiden Mittel einer gewerblichen oder ländlichen Kreditgenossenschaft soll 15 vH — statt bisher 12,5 vH — der fremden Gelder nicht unterschreiten, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden.

Die neuen Richtsätze IV (Bankakzepte) sollen grundsätzlich von den Kreditbanken (Nachfolgeinstituten der Berliner Filialgroßbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankgeschäften), den Girozentralen sowie den gewerblichen und den landwirtschaftlichen Zentralkassen bis zum 30. Juni 1952, von den Sparkassen, den gewerblichen und den ländlichen Kreditgenossenschaften bis zum 30. September 1952 erfüllt werden. Die Frist bis zum 30. September 1952 gilt auch für die Erfüllung der neuen Richtsätze I bis III für Sparkassen und Richtsatz III für Kreditgenossenschaften.

Um einen raschen Überblick über den damit geltenden Stand der Kreditrichtsätze zu ermöglichen, stellen wir am Schluß des Textteils dieses Heftes die für die einzelnen Bankengruppen aufgestellten Sätze in tabellarischer Form noch einmal zusammen.

Öffentliche Finanzen

Die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte war im Februar 1952 im ganzen genommen dadurch gekennzeichnet, daß die Einnahmen der großen Gebietskörperschaften (Bund und Länder) im Gegensatz zu den zahlungstechnisch und saisonal begünstigten Einkünften der beiden Vormonate verhältnismäßig gering waren und deshalb zum ersten Mal seit geraumer Zeit wieder unter den Kassenausgaben lagen. Das Steueraufkommen blieb mit schätzungsweise 1,68 Mrd. DM um rd. 1,1 bzw. 0,5 Mrd. DM hinter dem

Aufkommen vom Dezember 1951 bzw. vom Januar 1952 zurück. Auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung waren weit niedriger — um schätzungsweise 100 Mill. DM — als im Januar. Nur die Soforthilfe und die Gemeinden konnten im Februar auf Grund des vierteljährlichen Zahlungstermins für die Soforthilfeabgaben und die Gewerbesteuer höhere Einnahmen buchen als in den Vormonaten, die allerdings den oben erwähnten Rückgang der Steuer- und Sozialver-

sicherungseinnahmen nicht wettgemacht haben dürften. Die Ausgaben stiegen demgegenüber weiter an, und zwar vor allem beim Bund und bei der Arbeitslosenversicherung. Faßt man die Haushalte der Gebietskörperschaften, der Soforthilfe und der Sozialversicherungen zusammen, so dürften sich ihre Einnahmen und Ausgaben etwa ausgeglichen haben, während sie im Dezember und Januar nicht unerhebliche Einnahmeüberschüsse zu verzeichnen hatten.

Der Bundeshaushalt

Nachdem der Bundeshaushalt fünf Monate hintereinander, nämlich von September 1951 bis Januar 1952, mit kassenmäßigen Überschüssen in Höhe von insgesamt 726 Mill. DM abgeschlossen hatte, kam es im Februar erstmalig wieder zu einem kassenmäßigen Fehlbetrag, der sich auf gut 100 Mill. DM belief. Gleichwohl war die Neuverschuldung des Bundes Ende Februar mit rd. 1 186 Mill. DM um rd. 23 Mill. DM niedriger als Ende Januar, da der Bund auf

wieder Kassenvorschüsse bei der Bank deutscher Länder in Anspruch nahm, und zwar Ende Februar in Höhe von 88 Mill. DM, ein Betrag, der bis zum 12. März allerdings wieder getilgt war.

Das Kassendefizit vom Februar hing weitgehend damit zusammen, daß der Februar ein ausgesprochen steuerschwacher Monat ist, da vierteljährliche Zahlungen weder bei der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer noch auch bei der Umsatzsteuer fällig sind. Faßt man, um den Einfluß der vierteljährlichen Zahlungstermine auszuschalten, das Ergebnis der drei Monate Dezember 1951 bis Februar 1952 zusammen, so ergibt sich trotz des Februardefizits im ganzen noch immer ein Kassenüberschuß in Höhe von insgesamt 287 Mill. DM. Allerdings ist bezeichnend, daß dieser bereits um rd. 50 Mill. DM hinter dem Gesamtüberschuß der vorangegangenen drei Monate (September bis November 1951) zurückblieb, obwohl die Einnahmen im Januar aus saisonalen Gründen besonders hoch gewesen waren. Be-

Die Neuverschuldung des Bundes¹⁾

Stand am Monatsende, in Mill. DM

	1951			1952		Veränderung Februar 1952 gegenüber		
	März	August	Dezember	Januar	Februar	März 1951	August 1951	Januar 1952
Gesamte Neuverschuldung	1 156,8	1 647,0	1 439,8	1 209,1	1 185,8	+ 29,0	- 461,2	- 23,3
davon:								
Langfristig (Prämien-Schatzanweisungen)	—	32,2	33,8	34,1	34,9	+ 34,9	+ 2,7	+ 0,8
Kurz- und mittelfristig	1 156,8	1 614,8	1 406,0	1 175,0	1 150,9	- 5,9	- 463,9	- 24,1
davon:								
Kassenkredite bei der Bank deutscher Länder	202,8	592,4	—	—	88,0	- 114,8	- 504,4	+ 88,0
Schatzwechsel	457,9	567,9	608,2	486,8	469,1	+ 11,2	- 98,8	- 17,7
Unverzinsl. Schatzanweisungen	196,1	204,5	697,8	688,2	593,8	+ 397,7	+ 389,3	- 94,4
Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	300,0	250,0	100,0	—	—	- 300,0	- 250,0	—

¹⁾ Ohne im Zusammenhang mit der Währungsreform entstandene Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen.

seine in den Vormonaten angereicherten Kassensmittel zurückgriff. Diese gingen um insgesamt rd. 124 Mill. DM, nämlich um den Betrag des Kassendefizits und den der Verminderung seiner Gesamtverschuldung zurück. Immerhin vollzog sich in der Zusammensetzung der Bundesschuld (ausschließlich der aus der Währungsreform stammenden Verschuldung), die Ende Januar nur mehr aus Geldmarktpapieren und fünfjährigen Prämien-Schatzanweisungen bestanden hatte, insofern eine bemerkenswerte Veränderung, als der Bund zum ersten Mal seit vier Monaten

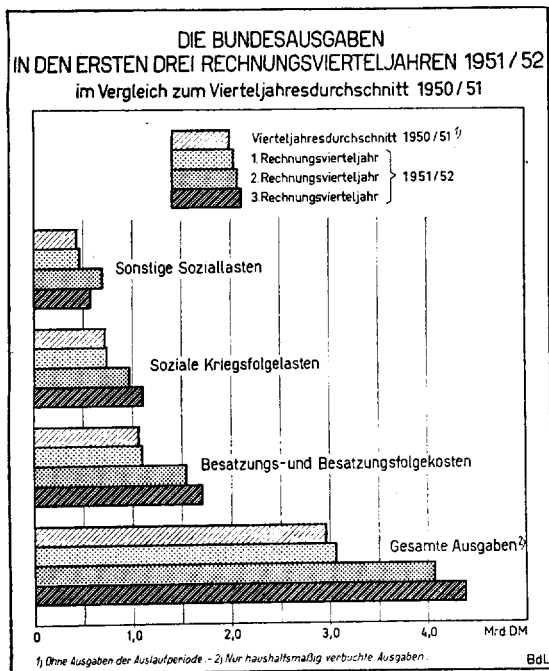
reinigt man die Zahlen für den Dreimonatsabschnitt Dezember 1951 bis Februar 1952 sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabe-seite (Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen im Dezember) von saisonalen Faktoren, so ergibt sich für den Durchschnitt der letzten drei Monate sogar nur noch ein Überschuß von rd. 50 Mill. DM, verglichen mit 112 Mill. DM im Durchschnitt der Monate September bis November. Der Grund hierfür liegt darin, daß seit einiger Zeit die Ausgaben stärker zunehmen als die Einnahmen, so daß sich die Kassenlage des

Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts
in den Monaten September 1951 bis Februar 1952
in Mill. DM

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)
September bis November 1951, M.-D.	1 432	1 320	+ 112
Dezember 1951	1 770 ²⁾	1 604	+ 166 ²⁾
Januar 1952	1 620	1 397	+ 223
Februar 1952	1 349	1 450	- 101
Dezember 1951 bis Februar 1952, M.-D.	1 580	1 484	+ 96
bereinigt von saisonalen Faktoren ¹⁾	1 520	1 470	+ 50
Veränderung gegenüber September bis November 1951	+ 88	+ 150	- 62

¹⁾ Abzüglich der im Dezember fälligen Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen und abzüglich der Saisonspitzen der Umsatzsteuer und der Lohnsteuer. — ²⁾ Berichtigt gegenüber den Angaben im Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Dezember 1951, S. 12.

Bundes zumindest tendenziell verschlechtert. Für den März ist nun zwar auf Grund des großen Steuertermins für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer wieder mit relativ hohen Einnahmen zu rechnen. Da jedoch die Ausgaben sicherlich schon aus Gründen, die mit dem Ende des Rechnungsjahres zusammenhängen, weiter ansteigen werden, ist fraglich, ob sich im März, wenn überhaupt, noch ein Überschuß ergeben wird, der ausreichen könnte, um das in den ersten elf Monaten des Rechnungs-



jahres aufgelaufene kumulative Kassendefizit des Bundes (95 Mill. DM) zu beseitigen und damit für das gesamte Rechnungsjahr einen kassenmäßigen Ausgleich herzustellen. Die Haushaltsrechnung wird infolge der Ausgabebuchungen der Auslaufperiode sowieso in jedem Fall mit einem Fehlbetrag abschließen.

Für das kommende Rechnungsjahr 1952/53 hat der Bundesfinanzminister unlängst neue Voraussetzungen vorgelegt, die das relativ günstige Ergebnis der im Februar veröffentlichten Vorausschau¹⁾ zum Teil revidieren. Danach rechnet er mit gesamten Ausgaben in Höhe von rd. 22,6 Mrd. DM, wobei weitere Anforderungen der Ressorts in Höhe von 1,5 Mrd. DM noch unberücksichtigt geblieben sind. Die Mehrausgaben gegenüber den voraussichtlichen Ausgaben des laufenden Rechnungsjahres (18,3 Mrd. DM) würden demnach rd. 4,3 Mrd. DM betragen. Davon entfallen rd. 0,8 Mrd. DM auf den Sozialetat und 2 Mrd. DM auf den Besatzungs- und Verteidigungshaushalt. Was den letzteren angeht, so hat sich die Bundesregierung Ende Februar nämlich bereit erklärt, im kommenden Rechnungsjahr rd. 8,8 Mrd. DM für Zwecke der Verteidigung und der Besetzung zu etatisieren, während die diesjährigen Ausgaben für Besatzungszwecke vom Bundesfinanzminister kürzlich mit 6,8 Mrd. DM angegeben wurden. Bei den 8,8 Mrd. DM für das nächste Haushaltsjahr handelt es sich um einen Nettobetrag, d. h. also die Aufwendungen für mit der Verteidigung verwandte Zwecke, wie die Berlin-Hilfe, die Wehrmachtspensionen, den Bundesgrenzschutz u. ä. in Höhe von insgesamt rd. 2,4 Mrd. DM, müssen außerhalb dieses Ansatzes etatisiert werden. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 8,8 Mrd. DM sind 2 Mrd. DM für Besatzungskosten der Monate April bis Juli 1952 und 6,8 Mrd. DM für die Verteidigungs- und Besatzungskosten der Monate August 1952 bis März 1953 vorgesehen. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Verträge über die europäische Verteidigungsgemeinschaft am 1. August 1952 in Kraft treten und daß bis dahin nur Besatzungskosten in Höhe von 500 Mill. DM pro Monat gezahlt werden müssen, verglichen mit der derzeitigen Monatsrate in Höhe von 600 bis 700 Mill. DM.

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar/Februar 1952, S. 19.

*Entwicklung des Bundeshaushalts
in den Rechnungsjahren 1951/52 und 1952/53
nach den Vorausschätzungen des Bundesfinanzministers
in Mill. DM*

Einnahmen/Ausgaben	1951/52		1952/53	
	Vor- anschlag	Ge- schätztes Ergebnis der Haus- halts- rechnung	Vor- anschlag	Mehr (+) bzw. weniger (-) gegen- über Spalte 2
	1	2	3	4
1) Gesamte Einnahmen	17 044 ¹⁾	17 568 ²⁾	19 717 ²⁾	+ 2 149
darunter: Steuern	(15 675)	(16 180)	(18 345)	(+ 2 165)
2) Gesamte Ausgaben	19 172	18 256	22 600	+ 4 344
darunter:				
a) Besatzungs- und Ver- teidigungskosten	(7 657)	(6 800)	(8 800)	(+ 2 000)
b) Soziallasten	(7 459)	(7 253)	(8 055)	(+ 802)
c) Schuldentilgung ³⁾	(292)	(292)	(760)	(+ 468)
3) Fehlbetrag (—)				
a) unter Einbeziehung der Beträge unter 2 c) in die Ausgaben	— 2 128	— 688	— 2 883	+ 2 195
b) unter Ausschaltung der Beträge unter 2 c) aus den Ausgaben	— 1 836	— 396	— 2 123	+ 1 727
4) Zusätzliche Einnahmen bei 40%iger Beteiligung an den Einkommen- steuern	—	—	+ 1 300	+ 1 300
5) Fehlbetrag (—) demnach				
a) unter Einbeziehung der Beträge unter 2 c) in die Ausgaben	— 2 128	— 688	— 1 583	+ 895
b) unter Ausschaltung der Beträge unter 2 c) aus den Ausgaben	— 1 836	— 396	— 823	+ 427

¹⁾ Ohne Einnahmen aus Anleihen, die nur in Höhe von 34 Mill. DM realisiert werden konnten. — ²⁾ Einschließlich 250 Mill. DM aus Anleihen, die der Bundesfinanzminister bei den Ländern begeben will. — ³⁾ Einschl. Abdeckung von Defiziten früherer Jahre.

Die gesamten Haushaltseinnahmen des Bundes werden demgegenüber vom Bundesfinanzminister mit rd. 19,7 Mrd. DM angegeben, was einer Zunahme gegenüber den voraussichtlichen Isteinnahmen des laufenden Jahres in Höhe von rd. 2,15 Mrd. DM gleichkommt. Bei der Schätzung des Zuwachses wurde in Rechnung gestellt, daß sich die vorjährigen Steuererhöhungen erst im kommenden Rechnungsjahr voll auswirken werden und daß der Steuerertrag auch aus veranlagungstechnischen Gründen (Abschluß der Veranlagung 1950 mit daraus resultierenden Nachzahlungen und Anpassung der Vorauszahlungen) steigen wird. Darüber hinaus rechnet der Bundesfinanzminister auch mit einer weiteren konjunkturellen Zunahme der Steuereinnahmen, wobei er für seine Vorausschätzung eine 5%ige Steigerung des Bruttosozialprodukts (real) und ein unverändertes Preis- und Lohnniveau zugrunde

legt. Die Einnahmeverausschätzung von 19,7 Mrd. DM bleibt um rd. 2,9 Mrd. DM hinter den mit 22,6 Mrd. DM veranschlagten Ausgaben zurück. Würden auch die oben erwähnten zusätzlichen Anforderungen in Höhe von 1,5 Mrd. DM noch etatisiert werden müssen, so würden sich demnach sogar Mehrausgaben in Höhe von rd. 4,4 Mrd. DM ergeben. Bei der von der Bundesregierung vorgeschlagenen 40%igen (an Stelle der bisher 27%igen) Beteiligung des Bundes am Ertrag der Einkommensteuern¹⁾ würden dem Bund zusätzliche Einnahmen in Höhe von reichlich 1,3 Mrd. DM zuwachsen und der geschätzte Fehlbetrag von rd. 2,9 Mrd. DM auf rd. 1,6 Mrd. DM bzw. — bei Ausschaltung der für Schuldentilgung vorgesehenen Ausgabeansätze [vgl. Pos. 5 b) der vorstehenden Tabelle] — auf reichlich 0,8 Mrd. DM zurückgehen. Dies setzt allerdings voraus, daß sich die Länder trotz ihrer anfänglichen Weigerung mit dem vom Bund geforderten höheren Anteilsatz am Einkommensteuerertrag einverstanden erklären werden.

Die Länderhaushalte

Auch die Länder hatten im Februar Kassenfehlbeträge zu verzeichnen, da ihre Steuereinnahmen im Zuge des normalen Zahlungsablaufs auf rd. 430 Mill. DM (netto, d. h. ohne den Bundesanteil an den Einkommensteuern) absanken (gegen 1100 Mill. DM im Dezember und rd. 610 Mill. DM im Januar) und die Ausgaben demgegenüber relativ konstant sind. Allerdings haben die Länder zur Deckung dieser Fehlbeträge, anders als in früheren Vergleichsmonaten, im Februar nicht mehr auf kurzfristige Kredite zurückgegriffen. Diese gingen vielmehr um schätzungsweise 9 Mill. DM zurück, wie überhaupt die kurzfristige Verschuldung der Länder in letzter Zeit rückläufig war. Gegenüber dem letzten Monat mit vergleichbaren Steuerterminen, nämlich November 1951, wurde sie um rd. 74 Mill. DM abgebaut, nachdem sie in den vorangegangenen Vergleichsmonaten (Mai, August, November) praktisch denselben Stand aufgewiesen hatte. Mit rd. 610 Mill. DM war sie Ende Februar um gut 100 Mill. DM (rd. 15 vH) niedriger als vor einem Jahr. In besonders starkem Umfang sind dabei die Zentralbankkredite an die Länder (direkte Kassenvorschüsse der Landes-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar/Februar 1952, S. 19.

zentralbanken und vom Zentralbanksystem angekaufte Schatzwechsel) abgebaut worden, nämlich von rd. 279 Mill. DM Ende Februar 1951 auf rd. 106 Mill. DM Ende Februar 1952. *Entwicklung der kurzfristigen Verschuldung der Länder* in Mill. DM

Stand am Monatsende	Gesamte kurzfristige Verschuldung ¹⁾	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vormonat	Von Spalte 1 entfielen auf Zentralbankkredite	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vormonat
	1	2	3	4
1951 Februar	714	- 18	279	+ 15
Mai	696	+ 28	233	+ 1
August	699	+ 71	217	+ 27
November	664	+ 47	196	+ 51
1952 Februar	610 ²⁾	- 9	106	- 28
Veränderung Februar 1952 gegenüber Februar 1951	- 104	—	- 173	—
" November 1951	- 74	—	- 90	—

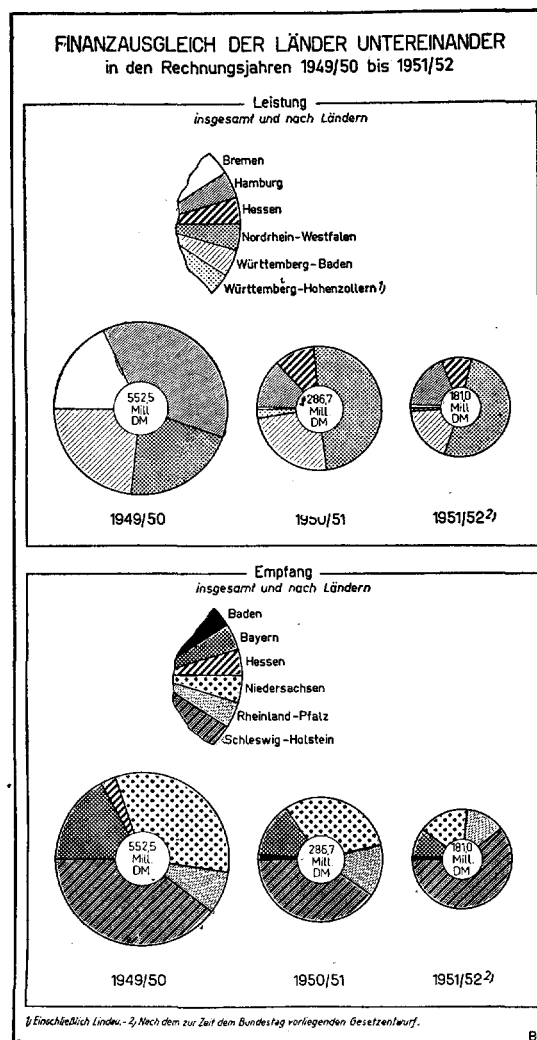
¹⁾ Ohne Kreditaufnahmen und rückständige Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bund und privaten Geldgebern. — ²⁾ Vorläufig.

gesichts dieser Schuldenentwicklung müssen also die Mehrausgaben im Februar durch Rückgriff auf die im Dezember stark angereicherten Kassenreserven finanziert worden sein. Da die statistisch erfaßten Kassenmittel der Länder bei den Landeszentralbanken (einschließlich etwaiger Anlagen in Ausgleichsforderungen und der über die Landeszentralbanken vorgenommenen Geldmarktanlagen der Länder) im Februar noch um rd. 17 Mill. DM zugenommen haben, ist der Abbau offenbar ganz zu Lasten der bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Guthaben der Länder gegangen. Angaben hierüber liegen allerdings nicht vor, da die Einlagen der öffentlichen Haushalte bei den Geschäftsbanken nur global, also nicht nach den einzelnen Haushalten untergliedert, ausgewiesen werden.

Der weitgehend zahlungstechnisch bedingte Fehlbetrag des Februar dürfte im März durch einen weit höheren Überschuss abgelöst werden, weil in diesem Monat, wie bereits oben erwähnt, mit hohen Einnahmen aus der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zu rechnen ist. Da das Defizit im Januar offenbar nur geringfügig war, werden die Länderhaushalte im gesamten laufenden Vierteljahr zumindest ausgeglichen sein. Für die ersten drei Rechnungsvierteljahre 1951/52 (April bis Dezember 1951) weist die Länderfinanzstatistik¹⁾ Über-

¹⁾ Vgl. die Tabelle im „Statistischen Teil“ zu X. Öffentliche Finanzen, Nr. 5. Daß der Überschub dort mit 442 Mill. DM, also um 16 Mill. DM höher, ausgewiesen wird, hängt mit den methodischen Änderungen der Finanzstatistik im laufenden Rechnungsjahr zusammen.

schüsse in Höhe von insgesamt rd. 426 Mill. DM aus, während in der vergleichbaren Zeit des Vorjahres noch Defizite in Höhe von rd. 124 Mill. DM entstanden waren. Wenn auch diese Überschüsse zum Teil darauf beruhen, daß die Finanzstatistik nicht die gesamten kassenmäßigen Ausgaben der Länder, sondern nur die für Rechnung des laufenden Finanzjahres verbuchten Ausgaben nachweist und daher noch mit erheblichen Ausgabebuchungen in der Auslaufperiode zu rechnen ist, so ist doch anzunehmen, daß die Länderhaushalte im laufenden Rechnungsjahr per Saldo mit Überschüssen abschließen werden.



Alle diese Angaben beziehen sich selbstverständlich nur auf die Länderhaushalte als Ganzes genommen, während die Lage einzelner Länder nach wie vor wesentlich ungünstiger ist. Immerhin hatte die diesjährige Regelung ihrer Lei-

stungen an den Bund (Abführung eines Teils des Einkommensteuerertrages) einen relativ starken Ausgleichseffekt, so daß es auch den finanzschwächeren Ländern eher möglich sein dürfte, ihre Haushalte auszugleichen, als dies in den früheren Rechnungsjahren der Fall war. Freilich sollen im laufenden Rechnungsjahr auch die Zahlungen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs stark herabgesetzt werden, und zwar auf rd. 181 Mill. DM¹⁾, verglichen mit rd. 287 Mill. DM in 1950/51 und 553 Mill. DM in 1949/50. Dabei sind, abgesehen von der Verringerung der gesamten Ausgleichsmasse, bemerkenswerte Unterschiede hinsichtlich ihrer Aufbringung und Verteilung im einzelnen gegenüber den früheren Jahren festzustellen. So zeigt sich im laufenden Rechnungsjahr sowohl bei den Leistungen der finanzstärkeren Länder als auch bei den Zuschüssen an die finanzschwächeren Länder eine starke Konzentration jeweils auf ein einziges Land, nämlich auf Nordrhein-Westfalen, das gut die Hälfte der gesamten Ausgleichsmasse aufzubringen hat, bzw. auf Schleswig-Holstein, das rd. 60 vH der gesamten Zuschüsse erhalten soll. Da die Ausgleichsbeträge auf Grund der Steuerkraft und der Ausgabebelastung der Länder berechnet werden, läßt ihre veränderte Festsetzung den Schluß zu, daß sich die Finanzlage der übrigen Länder (d. h. abgesehen von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) auf Grund der Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern offenbar stärker als in früheren Jahren einander angeglichen hat.

¹⁾ Ohne die Zahlungen im Rahmen des Sonderfinanzausgleichs (vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar/Februar 1952, S. 21), die voraussichtlich erst im kommenden Rechnungsjahr geleistet werden.

Sonstige öffentliche Haushalte

Der finanzielle Spielraum der Gemeinden hat sich in den letzten Monaten insofern verbreitert, als sich die gemeindlichen Einnahmen verhältnismäßig stark erhöht haben, während der seit dem Beginn des Rechnungsjahres festzustellende Anstieg der persönlichen und sächlichen Ausgaben — abgesehen von gewissen saisonal bedingten Belastungen zum Jahresende — schon in den Herbstmonaten weitgehend zum Abschluß gekommen sein dürfte. Die Entwicklung der Einnahmen war vor allem durch den Anstieg des Steueraufkommens bedingt, auf das rd. zwei Drittel der Gesamteinnahmen entfallen. Im dritten Rechnungsvierteljahr 1951/52 — dem letzten Zeitabschnitt, für den Zahlen vorliegen — waren die Steuereinnahmen mit 984 Mill. DM um rd. 125 Mill. DM oder nahezu 15 vH höher als im Vorvierteljahr. Prozentual blieb die Zunahme damit nur geringfügig hinter der der Bundessteuern (rd. 16 vH) zurück. Sie beruht, wie bereits in den Vormonaten, ausschließlich auf dem hohen Ertrag der Gewerbesteuer, die gegenüber dem Vorvierteljahr rd. 112 Mill. DM (= 22 vH) und gegenüber dem Vierteljahr Oktober bis Dezember 1950 sogar rd. 284 Mill. DM (= 85 vH) mehr einbrachte. Abgesehen von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung lag dies insbesondere daran, daß die innerhalb des Kalenderjahres 1951 zum Abschluß gebrachten Veranlagungen für die Jahre 1948 und 1949 zu erheblichen Nachzahlungen führten und die einzelnen Gemeinden überdies weitgehend von der vorgesehenen Möglichkeit einer laufenden Anpassung der Vorauszahlungen an den steigenden

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Steuerarten	1949	1950	1951		Veränderungen Oktober bis Dezember 1951 gegenüber		
	Okt. bis Dez.	Okt. bis Dez.	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.	Okt. bis Dez. 1949	Okt. bis Dez. 1950	Juli bis Sept. 1951
	Mill. DM				vH		
Gewerbesteuer (einschl. Lohnsummensteuer)	282,8	335,1	507,5	619,0	+ 119,2	+ 84,5	+ 22,0
Grundsteuern insgesamt	269,9	282,0	278,1	284,3	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,2
davon:							
Grundsteuer A	75,9	78,7	72,7	81,4	+ 12,0	+ 4,7	+ 7,3
Grundsteuer B	194,0	203,3	205,4	202,9	+ 4,3	- 0,2	- 1,2
Sonstige Steuern	64,0	74,7	73,8	81,0	+ 26,6	+ 8,4	+ 9,8
Gemeindesteuern insgesamt	616,7	691,9 ¹⁾	859,4	984,3	+ 59,6	+ 42,4	+ 14,5

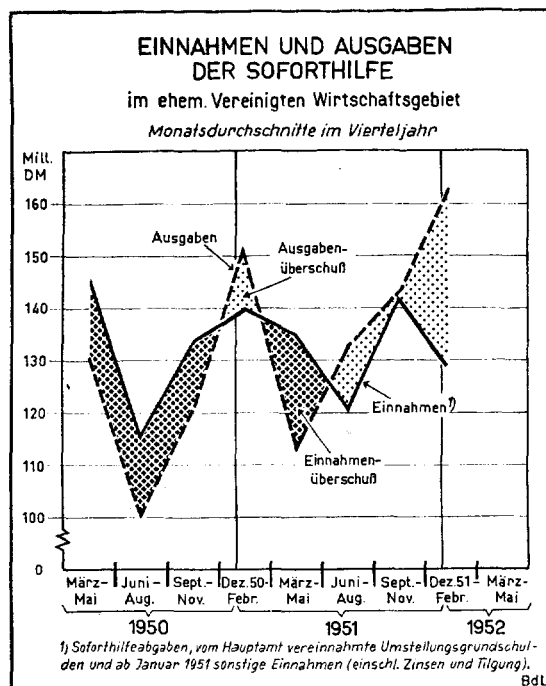
¹⁾ Differenz durch Aufrunden.

Gewerbeertrag Gebrauch gemacht haben dürften. Neben den Steuern haben sich in den Monaten Oktober bis Dezember 1951 auch die allgemeinen Finanzausweisungen der Länder um rd. 33 Mill. DM erhöht. Die allgemeinen Deckungsmittel der Gemeinden dürften daher im dritten Rechnungsvierteljahr um rd. 150 Mill. DM gestiegen sein, sofern sich die Erwerbseinkünfte nicht wesentlich geändert haben.

Gleichzeitig standen den Gemeinden zur Finanzierung ihrer außerordentlichen Etats in erhöhtem Maße fremde Mittel zur Verfügung. Die mittel- und langfristigen Ausleihungen der Kreditinstitute an die Gemeinden, die auch den größten Teil der den Gemeinden zur Verwendung im Wohnungsbau und zu sonstigen Investitionen zugeleiteten Länder- und ERP-Mittel umfassen, sind in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres, nach den Ergebnissen der Bankensstatistik, um rd. 145 Mill. DM (gegenüber 83 Mill. DM im Vorvierteljahr) und im Januar 1952 um weitere 28 Mill. DM angestiegen.

Über die Verwendung der ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen liegen bisher noch keine vollständigen statistischen Angaben vor. Vermutlich werden die in der Regel zum Jahresultimo ansteigenden Ausgaben auch diesmal einen Teil der Mehreinnahmen der ordentlichen Haushalte in Anspruch genommen haben. Auch die Investitionsausgaben sind nach vorläufigen Ergebnissen im dritten Rechnungsvierteljahr um rd. 40 Mill. DM auf insgesamt schätzungsweise 510 Mill. DM gestiegen. Allerdings dürfte die Zunahme der Ausgaben weder in den ordentlichen noch in den außerordentlichen Haushalten die Einnahmesteigerung voll erreicht haben, so daß die Kassenmittel der Gemeinden vermutlich nicht unwesentlich gewachsen sein dürften.

Die Soforthilfe finanzieren standen im Februar im Zeichen des Hauptzahlungstermins vom 20. dieses Monats. Im Bereich des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets (für die französische Zone liegen nur unvollständige Angaben vor) übertrafen daher die Gesamteinnahmen mit rd. 240 Mill. DM die Ausgaben in Höhe von rd. 135 Mill. DM um rd. 105 Mill. DM, nachdem in den beiden Vormonaten, in denen nur Nachzahlungen auf die Abgaben eingegangen waren, die Ausgaben um rd. 95 bzw. 114 Mill. DM höher gewesen waren als die Einnahmen. Das



Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben, das die Höhe der Gesamteinnahmen entscheidend bestimmt, war trotz der auch auf die Februarrate der allgemeinen Soforthilfeabgabe ausgedehnten Stundungen¹⁾ verhältnismäßig hoch. Es lag im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet mit 227,5 Mill. DM (Bundesgebiet 252 Mill. DM) sogar geringfügig über dem Stand vom Februar 1951. Faßt man dagegen das Aufkommen aus der allgemeinen Soforthilfeabgabe im Dreimonatsabschnitt Dezember 1951 bis Februar 1952 zusammen, so war es infolge der Stundungen um rd. 37 Mill. DM oder reichlich 10 vH niedriger als in der vergleichbaren Zeit des Vor-

*Aufkommen aus der allgemeinen Soforthilfeabgabe¹⁾
im ehem. Vereinigten Wirtschaftsgebiet*

Zeit	1950/51	1951/52	Veränderung	
	Mill. DM		Mill. DM	vH
Juni bis August	305,1	319,3	+ 14,2	+ 4,7
September bis November	368,8	376,9	+ 8,1	+ 2,2
Dezember bis Februar	365,9	328,6	- 37,3	- 10,2

¹⁾ Ohne Einnahmen aus der Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen.

jahres. Dieser Ausfall konnte nur zu einem Teil durch die langsam steigenden sonstigen Einnahmen des Soforthilfefonds (insbesondere aus Zinsen und Tilgungsbeträgen der überwiegend in Darlehnsform gewährten produktiven Leistun-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, November 1951, S. 22.

gen) ausgeglichen werden, zumal die Nachzahlungen auf die bereits Ende März 1950 in Wegfall gekommene Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen allmählich auslaufen.

Die Ausgaben aus dem Soforthilfefonds waren dagegen in den letzten Monaten verhältnismäßig hoch. Mit insgesamt 490 Mill. DM lagen sie im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet im Dreimonatsabschnitt Dezember bis Februar um rd. 61 Mill. DM über dem Vorvierteljahr und um rd. 35 Mill. DM über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Erhöht (um rd. 11 Mill. DM im Monatsdurchschnitt) haben sich vor allem die Ausgaben für die Unterhaltshilfe infolge der ab 1. Dezember rückwirkend zum 1. Oktober 1951 ausbezahlten Teuerungszulagen¹⁾. Auch die Aus-

*Einnahmen und Ausgaben der Soforthilfe
im ehem. Vereinigten Wirtschaftsgebiet
in Mill. DM*

Zeit	Einnahmen		Ausgaben		
	Insgesamt ¹⁾	darunter: Soforthilfe abgaben	Insgesamt	davon	
				für konsumtive Zwecke	für produktive Zwecke
1951 Januar	76,5 ²⁾	65,4	140,2	67,9	72,3
Februar	244,2	224,6	155,6	58,0	97,6
März	91,8	83,6	103,9	58,2	45,7
April	63,0	57,6	158,3	64,0	94,3
Mai	250,8	237,0	79,5	56,2	23,3
Juni	86,0	76,7	173,4	53,7	119,7
Juli	62,2	47,9	123,3	54,5	68,8
August	215,7	205,6	103,0	58,0	45,0
September	70,0	55,2	155,3	65,2	90,1
Oktober	60,0	44,0	107,8	58,9	48,9
November	295,6	285,4	165,8	53,8	112,0 ³⁾
Dezember	68,4	57,0	163,4	84,3	79,1
1952 Januar	77,5	50,9	191,5	64,8	126,7
Februar	240,0 ³⁾	227,5	134,8	65,5	69,3

¹⁾ Enthalten sind darin außer den Soforthilfeabgaben 15 vH der Einnahmen aus den Umstellungsgrundschulden, vor allem Einnahmen aus der Verzinsung und Tilgung der vom Hauptamt für Soforthilfe gewährten Darlehen. — ²⁾ Teilweise geschätzt. — ³⁾ Darunter 55 Mill. DM langfristige Darlehen an Vertriebenenbank und Deutsche Pfandbriefanstalt für Zwecke des Wohnungsbaus.

gaben für den Wohnungsbau sind weiter — um rd. 4 Mill. DM im Monatsdurchschnitt — gestiegen. Bei Gesamteinnahmen von rd. 385 Mill. DM und Ausgaben in Höhe von rd. 490 Mill. DM ergab sich somit in den Monaten Dezember 1951 bis Februar 1952 ein Ausgabeüberschuß

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, November 1951, S. 23.

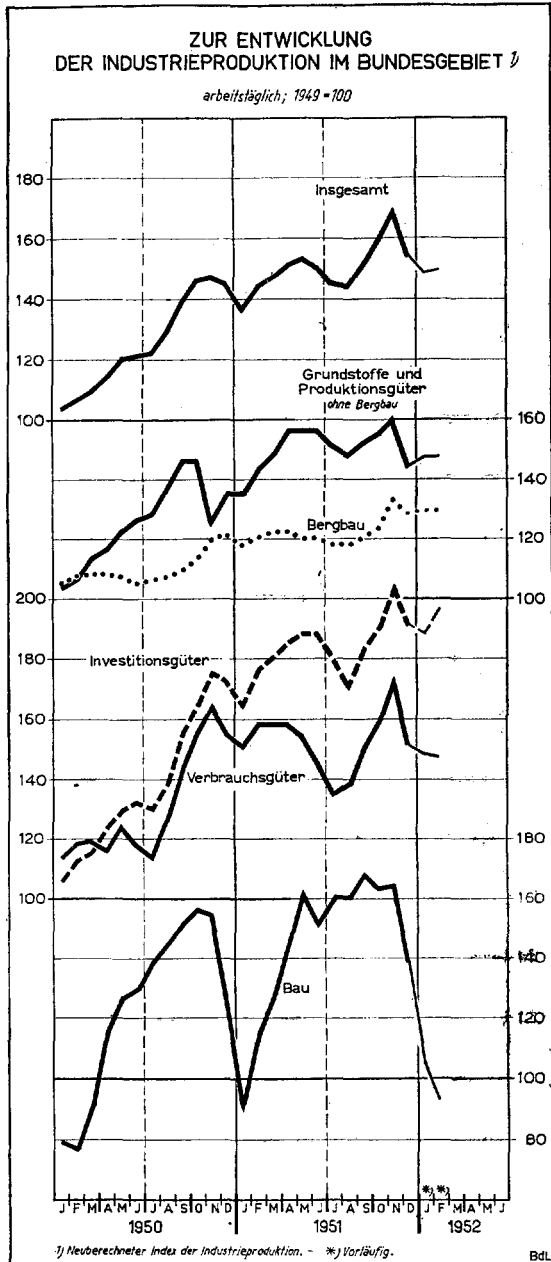
von rd. 105 Mill. DM im Vergleich zu rd. 3 Mill. DM in der Zeit von September bis November 1951 und rd. 36 Mill. DM im Dreimonatsabschnitt Juni bis August 1951.

Eine überschlägige Vorausschätzung der Einnahmen und Ausgaben des Soforthilfefonds im gesamten Rechnungsjahr 1951/52 ergibt einen Ausgabeüberschuß in der Größenordnung von schätzungsweise 170 Mill. DM gegenüber Mehreinnahmen von rd. 50 Mill. DM im vorangegangenen Rechnungsjahr. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die im Rahmen der Soforthilfeaktion zusätzlich in den Verkehr geflossenen Beträge wahrscheinlich den Ausgabeüberschuß nicht ganz erreichen, da die einzelnen Ländern zum Zwecke des Wohnungsbaus insbesondere in den letzten Monaten sehr reichlich zur Verfügung gestellten Mittel wohl noch nicht voll zum Einsatz gelangt sind. Immerhin ist anzunehmen, daß der bei weitem größte Teil der vom Hauptamt für Soforthilfe für den Wohnungsbau bereitgestellten Mittel in Höhe von insgesamt rd. 680 Mill. DM (gegen nur rd. 285 Mill. DM in 1950/51) bis zum Abschluß des nunmehr zu Ende gehenden Rechnungsjahres tatsächlich verausgabt sein wird. Nicht berücksichtigt in diesem Betrag sind reichlich 300 Mill. DM, die im Rechnungsjahr 1951/52 von den Ländern aus den ihnen zufließenden Einnahmen aus Grundschulden (85 vH des Gesamtaufkommens) für Wohnbauzwecke bereitgestellt worden sind. Für das kommende Rechnungsjahr sind unlängst im Rahmen der Gesamtbewilligung des Kontrollausschusses für produktive Zwecke (562 Mill. DM) nur 440 Mill. DM für den Wohnungsbau vorgesehen, wovon wiederum schätzungsweise 300 Mill. DM aus den vollständig auf den Lastenausgleichsfonds übergehenden Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden finanziert werden sollen. Es ist aber möglich, daß dieser starke Rückgang gegenüber dem laufenden Rechnungsjahr wenigstens zu einem gewissen Teil durch die im Rahmen der Eingliederungshilfe des Lastenausgleichs für den Wiederaufbau vorgesehenen Mittel ausgeglichen werden wird.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

Die Industrieproduktion hat sich im Februar 1952, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, gegenüber dem Januar leicht erhöht, und zwar, nach offizieller Indexziffer, von 133,4 auf 134,5 vH ihres Standes von 1936. Der hierbei zugrundegelegte Index ist vom Statistischen

um einige Punkte höher als der alte; so weist der neue Index für Januar 1952 einen Produktionsstand von 133,4 gegenüber 128,4 nach dem alten aus, was hauptsächlich auf den nach der Neuberechnung wesentlich höheren Stand der Bautätigkeit zurückzuführen ist. Wenn sich auch die saisonale Bewegung des neuen Index noch nicht genau berechnen läßt, so kann doch angenommen werden, daß die nur geringe Erhöhung des Index der Industrieproduktion im Februar hinter dem saisonmäßig üblichen Anstieg etwas zurückbleibt. Dies ist in erster Linie auf die ungünstige



Bundesamt neu berechnet worden, wobei insbesondere die Bauwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie besser als früher erfaßt wurden. Der neue Index liegt im Vergleich zur Vorkriegszeit

Index der Industrieproduktion¹⁾

arbeitstäglich, 1936 = 100
Neuberechnung

	1950	1951		1952		
	Dez.	Jan.	Febr.	Dez.	Jan. ²⁾	Febr. ²⁾
Bergbau	117,2	115,1	117,0	124,7	125,1	125,2
Verarbeitende Industrie, gesamt	129,8	123,7	129,6	137,6	131,5	133,7
darunter:						
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	114,0	114,5	121,0	122,3	124,1	123,9
Investitionsgüterindustrien	142,9	137,2	146,5	158,7	155,9	163,3
Verbrauchsgüterindustrien	133,6	130,5	136,5	130,5	128,2	127,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	134,5	106,0	103,3	140,5	102,0	103,6
Gesamte Industrie ohne Bau und ohne Energie	128,7	122,9	128,5	136,5	131,0	133,0
Energie	183,2	180,4	178,2	203,3	204,8	202,4
Bau	111,8	83,1	102,4	122,5	93,8	82,0
Gesamte Industrie einschließlich Bau und Energie	131,0	124,3	130,1	139,6	133,4	134,5

¹⁾ Neuberechneter Index des Statistischen Bundesamts. — ²⁾ Vorläufig.

Entwicklung der Bauwirtschaft im Februar zurückzuführen, die sowohl den Index der Bautätigkeit wie auch den der Baustoffproduktion stark zurückgehen ließ, während im Vorjahr infolge des außergewöhnlich milden und kurzen Winters die Bautätigkeit bereits im Februar sprunghaft zugenommen hatte. Aber auch die Verbrauchsgütererzeugung (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ging im Februar — entgegen dem üblichen jahreszeitlichen Rhythmus — nochmals leicht zurück. Auf der andern Seite stehen die

Investitionsgüterindustrien nach wie vor im Zeichen einer günstigen Auftragsentwicklung, so daß sie ihre Produktion im Februar 1952, nach einer saisonüblichen Einbuße im Dezember und Januar, erneut — um etwa 5 vH — erhöhen konnten, eine Erhöhung, deren Ausmaß wohl nur durch Materialknappheit begrenzt wurde.

Kohle, Strom und Stahl

Von den bisherigen hauptsächlich Grundstoffengpässen Kohle, Strom, Eisen und Stahl ist gegenwärtig allerdings nur noch der letzte — der sich freilich auf den wichtigsten Grundstoff der gesamten Investitionsgüterindustrie bezieht — als ernsthafte Schranke für eine Produktionsausweitung spürbar, während bei der Kohlen- und Stromversorgung die im Winter bestehenden Schwierigkeiten rascher und reibungsloser überwunden werden konnten als zu Beginn des Winters befürchtet werden mußte. Die Kohlenversorgung der Wirtschaft ist dank guter Eigenförderung und immer noch hoher Kohleneinfuhren aus den Vereinigten Staaten gegenwärtig ausreichend, die Kohlenbevorratung annähernd normal. Die Beschränkungen des Stromverbrauchs, die seit Anfang des Jahres immer weniger praktische Bedeutung hatten, konnten Ende Februar ganz aufgehoben werden.

Die Steinkohlenförderung hat ihren langsamen Aufwärtstrend bis in den März hinein beibehalten. Zwar ging die arbeitstägliche

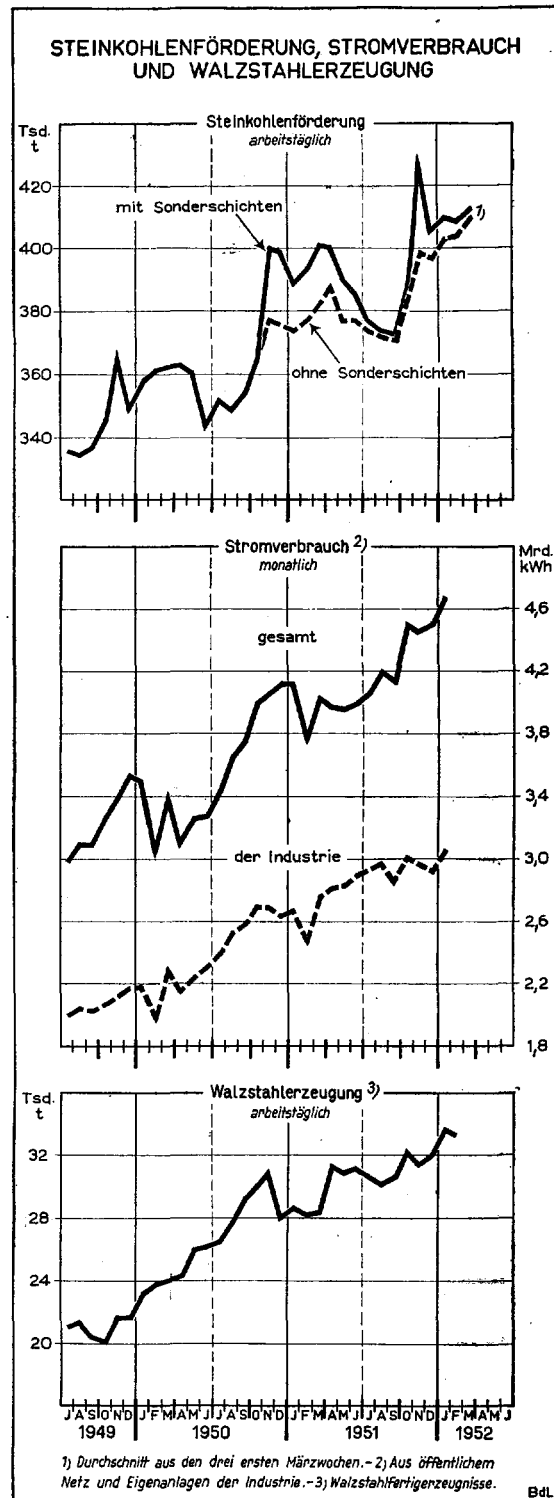
Zur Entwicklung im Steinkohlenbergbau

Zeit	Arbeitstägliche Förderung	Belegschaft unter Tage	Schichtleistung je Mann unter Tage	Tägliche Fehlschichten je 100 Arbeiter
	1000 t ¹⁾			1000
1950 Dez.	399,4	304,1	1,42	13,1
1951 Januar	389,9	306,8	1,45	14,9
Febr.	394,0	308,0	1,47	15,7
März	401,5	309,4	1,46	15,0
Dez.	406,8	315,3	1,43	13,1
1952 Januar	410,4	317,4	1,47	13,5
Febr.	409,6	319,5	1,49	14,9
März	413,2 ²⁾			

¹⁾ Einschließlich Sonderschichten. — ²⁾ Drei Märzwochen.

Förderung (einschließlich des Ergebnisses der Sonderschichten) von 410 400 t im Januar auf 409 600 t im Februar leicht zurück, doch war dies ausschließlich der Auswirkung der Karnevalstage in der letzten Februarwoche zuzuschrei-

ben. Im März stieg die arbeitstägliche Förderung im Durchschnitt der ersten drei Wochen weiter auf 413 200 t. Die Besserung ist überwiegend

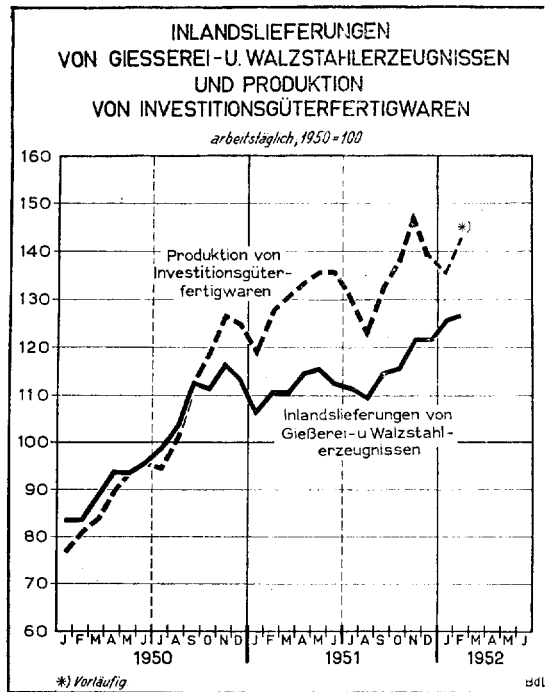


auf eine Zunahme der Untertage-Belegschaft und eine im Vergleich zum Saisonrhythmus relativ

günstige Entwicklung der Fehlschichten zurückzuführen. Auch die durchschnittliche Schichtleistung je Arbeiter hat sich sowohl im Januar wie im Februar gebessert. Wie weit diese Besserung dem seit Anfang des Jahres eingeführten „Erfolgsanteilssystem“ für die Bergarbeiter zuzuschreiben ist, das im Januar eine Erhöhung des Schichtlohns um durchschnittlich 4,2 vH bewirkte, läßt sich gegenwärtig noch nicht genau beurteilen. Doch dürften die positiven Auswirkungen dieses Systems auch in der Entwicklung der entgangenen Schichten und in dem besonders auffallenden Anstieg der untertage Beschäftigten (teilweise auf Kosten der Übertagebelegschaft) zum Vorschein kommen.

Die bessere Entwicklung der Steinkohlenförderung ermöglichte nachträgliche Erhöhungen der für das erste Vierteljahr 1952 vorgesehenen Richtmengen für die eisenschaffende und sonstige Industrie um fast 1 Mill. t. Hierdurch ergibt sich für das erste Vierteljahr 1952 eine Verminderung des Einfuhrbedarfs an amerikanischer Kohle von 3 auf etwa 2,3 Mill. t, was sowohl die Devisenbilanz der Bundesrepublik wie die Kostenlage der deutschen Industrie erleichtert. Allerdings hat sich im Februar der verminderte Kohleneinfuhrbedarf in den tatsächlichen Einfuhrzahlen noch nicht ausgewirkt. Vielmehr ist — offenbar in Abwicklung früherer Kontrakte — die Kohleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten im Februar sogar noch leicht gestiegen, nämlich von 924 000 t im Januar auf 1 075 000 t im Februar. Sie erreichte damit beinahe wieder den hohen Stand vom November und Dezember 1951.

Die Bedeutung der amerikanischen Kohle für die Erzeugung der eisenschaffenden Industrie ging bereits im Februar erheblich zurück (vgl. Tabelle). Doch war auch in diesem Monat die mit inländischen Brennstoffen er-



zeugte Menge an Eisen und Stahl nicht höher als zu Beginn des Jahres 1951. Praktisch beruht also die ganze Verbesserung der Eisenproduktion gegenüber dem Vorjahr immer noch auf dem Einsatz amerikanischer Einfuhrkohle. Im übrigen ist auf Grund der entspannten Kohlenlage die Eisen- und Rohstahlerzeugung im Februar auf arbeitstäglicher Basis zwar gestiegen, doch konnte in der Produktion von Walzwerksfertigerzeugnissen kein weiterer Fortschritt gegenüber dem Januar-Ergebnis erzielt werden. Der Hauptengpaß für eine weitere Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion liegt gegenwärtig weniger in der Kohlenlage im allgemeinen, als vielmehr in der Versorgung mit Hochofenkoks und mit Schrott. Die erstere wiederum ist von der Kapazität der Kokereien abhängig, die schon seit Monaten völlig ausgelastet ist und nur langsam aus-

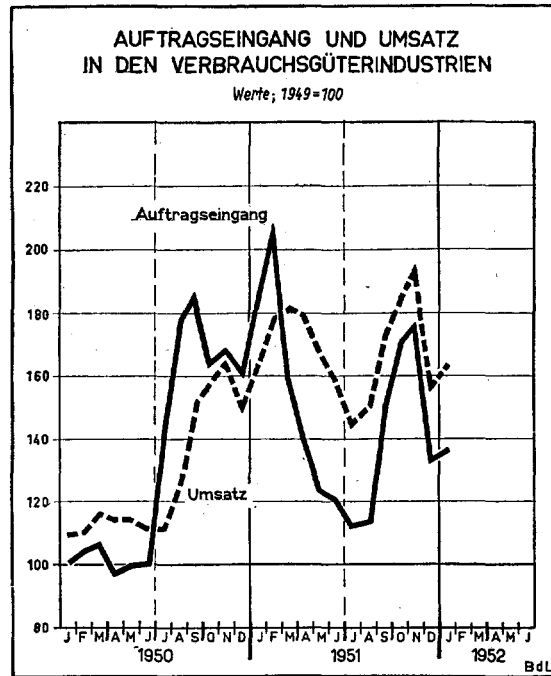
Produktion von Eisen und Stahl
in 1000 t

Zeit	Roheisen und Ferrolegierungen				Rohstahl und Stahlformguß				Walzwerksfertigerzeugnisse			
	monatlich	arbeitstäglich	monatlich mit inländ. / mit ausländ. Brennstoffen		monatlich	arbeitstäglich	monatlich mit inländ. / mit ausländ. Brennstoffen		monatlich	arbeitstäglich	monatlich mit inländ. / mit ausländ. Brennstoffen	
1951 Januar	806	26,0	806	—	1 044	40,2	1 044	—	749	28,8	749	—
1951 Juli	917	29,6	677	240	1 158	44,5	941	217	801	30,8	661	140
1952 Januar	1 020	32,9	650	370	1 257	48,4	972	285	880	33,8	685	195
1952 Februar	938	34,1	758	230	1 232	49,3	1 037	195	842	33,7	707	135

geweitet werden kann. Um diesen Engpaß auszu-schalten, werden nunmehr die Kokereien zwecks Ausbau ihrer Kapazitäten bevorzugt mit Eisen versorgt, von dem man sich eine Erleichterung in einigen Monaten erhofft. Eine Besserung in der ganz unzureichenden Versorgung mit Schrott erwartet man von einer gegenwärtig erörterten Aufbesserung oder Freigabe der Schrottpreise.

Verarbeitende Industrien

Die Belieferung des Inlands mit Eisen und Stahl konnte, auf arbeitstäglicher Basis berechnet, im Februar erneut etwas erhöht werden, da die Walzeisenausfuhr mit 133 000 t noch etwas unter dem Stand von Januar (136 000 t) und beträchtlich unter dem durchschnittlichen Niveau des vierten Vierteljahrs 1951 (154 000 t) blieb. Auf Grund dieser Besserung in der Materialversorgung konnten die Investitionsgüterindustrien ihre Produktion im Februar beachtlich ausdehnen. Der Produktionsindex dieser Gruppe lag mit 163 etwas höher als im Durchschnitt des vierten Vierteljahrs 1951. Die Produktionszunahme im Februar erstreckte sich auf alle einzelnen Zweige der Investitionsgüterindustrien mit Ausnahme des noch etwas nachhinkenden Stahlbaus und trat am stärksten im Maschinenbau in Erscheinung. Damit ist also der Rückgang der Erzeugung in diesem Bereich während des Winters bereits wieder überwunden und



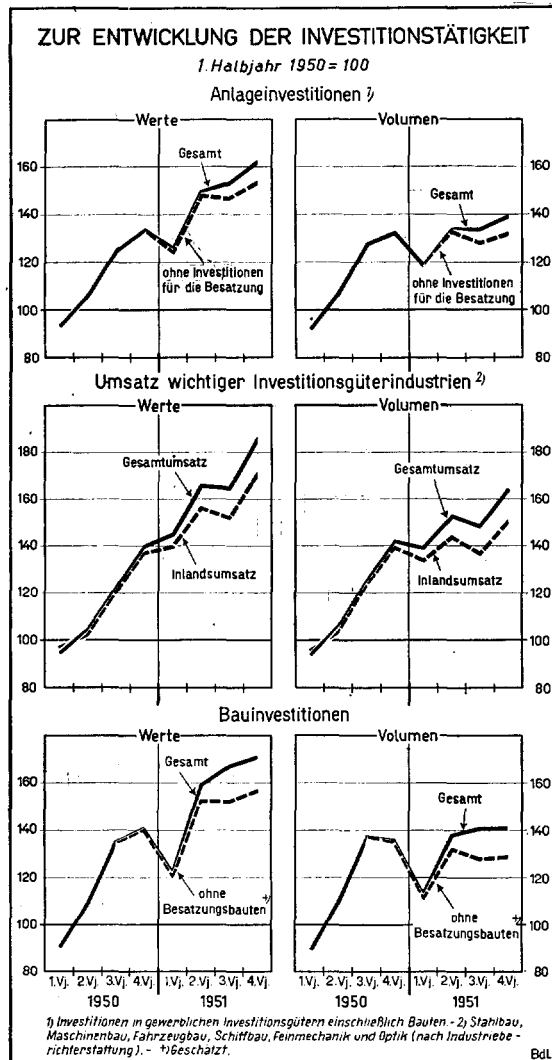
Auftragsingang
in den Investitionsgüterindustrien¹⁾

Industriezweige	1951			Januar 1952	
	Okt.	Nov.	Dez.	1949 = 100	vH des gleichzeitigen Umsatzes
Investitionsgüterindustrien gesamt	207	245	208	213	114
darunter:					
Maschinenbau	231	281	221	226	131
Fahrzeugbau	214	245	201	204	110
Elektrotechn. Industrie	156	189	186	178	109
Feinmechanik und optische Industrie ²⁾	169	205	190	181	102
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	149	153	125	135	99

¹⁾ Revidierter Index des Bundesministeriums für Wirtschaft. —
²⁾ Ohne Uhrenindustrie.

eine neue konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Gange. Diese wird von der Auftragsseite her kräftig unterstützt. Der Auftragsindex in den Investitionsgüterindustrien insgesamt ist von 208 im Januar auf 213 im Februar gestiegen und liegt im Durchschnitt weiterhin erheblich über dem gleichzeitigen Umsatz der betreffenden Industriezweige. Diese Entwicklung muß insofern etwas überraschen, als man hätte annehmen müssen, daß infolge der neuerdings etwas gedämpften Konjunkturerwartungen die Investitionsneigung und infolge der mindestens in Teilbereichen rückläufigen Gewinne und vor allem der stark erhöhten steuerlichen Belastung der gewerblichen Betriebe auch die Investitionsmöglichkeiten der Wirtschaft zurückgehen würden. Nun ist freilich nicht bekannt, welcher Anteil an dem angestiegenen Auftragsvolumen auf den Export entfällt, da die Auftragsstatistik nicht zwischen Inlands- und Auslandsaufträgen unterscheidet. Zweifellos sind die Absatzchancen im Ausland für die Mehrzahl der Investitionsgüter nach wie vor recht günstig, mit Ausnahme allerdings der (nur teilweise Investitionsgüter herstellenden) Eisen-, Stahl- und Metallwaren-Branche, deren Ausfuhrumsatz schon seit mehreren Monaten rückläufig ist. Tatsächlich ist im Verlauf des vergangenen Jahres der Auslandsabsatz für den Investitionsgüterbereich von

immer größerer Bedeutung geworden. Die Exportquote für den industriellen Investitionsgütersektor stieg von 13,1 vH im Januar 1951 auf 17,3 vH im Januar 1952, diejenige für Investitionsgüterfertigung allein sogar von 16,1 auf 23,0 vH. Auf der anderen Seite läßt das Schaubild erkennen, daß auch der Inlandsabsatz von industriellen Investitionsgütern noch bis in die jüngste Zeit gestiegen ist. Im



vierten Vierteljahr 1951 war er mengenmäßig noch um fast 8 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, obgleich in der Zwischenzeit durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 50 auf 60 vH und durch den Wegfall zahlreicher steuerlicher Investitionsvergünstigungen seit Mitte 1950 die für den Kauf von Investitionsgütern verfügbaren Mittel der Wirtschaft erheblich beschnitten worden sind. Allerdings dürfte

ein Teil des Mehrabsatzes an industriellen Investitionsgütern in den letzten Monaten auf Besatzungs-Investitionen zurückzuführen sein, wenn auch deren starker Anstieg sich überwiegend auf bauwirtschaftliche Leistungen erstreckte. Im übrigen ist nicht zu übersehen, daß sich das Tempo der Zunahme des Inlandsabsatzes an Investitionsgütern in letzter Zeit gegen früher bereits verlangsamt hat. Eine solche Verlangsamung — so sehr sie auch im Hinblick auf den in vielen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft noch vorhandenen Modernisierungs- und Rationalisierungsbedarf zu bedauern ist — ist auf der anderen Seite wohl unvermeidlich, wenn aus dem nur langsam wachsenden Gesamtvolumen größere Teile für die Investition in den Engpaßzweigen und für den Export abzuzweigen sind.

Im Gegensatz zu den meisten Investitionsgüterzweigen bildet für den Verbrauchsgütersektor seit der Jahreswende die Absatzentwicklung das eigentliche Hemmnis. Der internationale Rückgang der Verbrauchsgüternachfrage und die Baisse an einigen Rohstoffmärkten sowie die davon ausstrahlenden Preissenkungstendenzen haben die Zurückhaltung sowohl des kaufenden Publikums als auch besonders des Handels verstärkt. Dennoch ist rein zahlenmäßig der Absatz keineswegs so schlecht, daß von einer wirklichen Flaute oder gar Krise die Rede sein könnte. So sind die Einzelhandelsumsätze vom Januar zum Februar — in dem sich noch das relativ gute Ergebnis des Winterschluß-

Einzelhandelsumsätze¹⁾

Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in vH

Einzelhandelsgruppen	1951		1952		Dez. 1951 bis Febr. 1952 ²⁾
	Dez.	Jan.	Jan.	Febr. ²⁾	
Werte					
Nahrungs- und Genußmittel	+ 10	+ 5	+ 13	+ 9	
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 9	- 15	- 7	- 2	
Hausrat, Wohnbedarf	+ 11	- 12	- 9	- 3	
Sonstiges	+ 15	+ 8	+ 8	+ 11	
Einzelhandel insgesamt	+ 11	- 3	+ 4	+ 5	
Volumen					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	- 1	- 5	+ 6	+ 0	
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 3	- 17	- 6	- 5	
Hausrat, Wohnbedarf	- 7	- 23	- 19	- 15	
Sonstiges	
Einzelhandel insgesamt	+ 1	- 10	- 1	- 3	

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ²⁾ Vorläufig.

verkaufs auswirkte — nur um etwa 2 vH gesunken. Zieht man für die drei Monate Dezember bis Februar einen Vergleich mit den entsprechenden Vorjahresmonaten, so liegt das Verkaufsergebnis der letzten drei Monate zusammengekommen wertmäßig noch um 5 vH über, mengenmäßig um etwa 3 vH unter den Ergebnissen für die Periode Dezember 1950 bis Februar 1951, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den letzteren drei Monaten die sogenannte „zweite“ Kaufwelle „nach Korea“ im Gang war. Allerdings war der mengenmäßige Rückgang im Vergleich zum Vorjahr bei einer Reihe von gewerblichen Verbrauchsgütern beträchtlich höher als für den Gesamtdurchschnitt des Einzelhandelsabsatzes. Die entscheidende Änderung in der Lage gegenüber dem Winter 1950/51 liegt aber darin, daß der Handel bei seinen Aufträgen an die Industrie in diesem Jahr erheblich zurückhaltender geworden ist, während er sich im Winter 1950/51 mit seinen Bestellungen eher übernommen hatte. So betrug in den Monaten Dezember und Januar dieses Winters der Auftragseingang bei der Verbrauchsgüterindustrie wertmäßig nur etwa drei Viertel des entsprechenden Vorjahresstandes, obwohl der Absatz des Einzelhandels an die Verbraucher dem Werte nach gleichzeitig noch etwas höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser verminderten Dispositionsfreudigkeit des Handels ist mindestens ein Teil der gegenwärtigen Absatzflaute der Verbrauchsgüterindustrie zuzuschreiben. Insofern trägt diese Entwicklung den Keim einer späteren Korrektur in sich. Nach den Meldungen der letzten Wochen hat sich im

März in einigen Branchen auch bereits der Absatz und die Bestelltätigkeit des Handels spürbar belebt.

B a u w i r t s c h a f t

Die Entwicklung der Bautätigkeit hat in den letzten Monaten unter dem Einfluß der Witterung einen gänzlich anderen Verlauf genommen als im Vorjahr. Während im Januar 1952 die Bauproduktion nach dem neuen Bauindex des Statistischen Bundesamts noch um 13 vH höher lag als im Januar 1951, fiel sie infolge des langanhaltenden Winterwetters im Februar d. J. stark ab und lag damit nicht weniger als 20 vH unter dem vergleichbaren Monat des Vorjahres (vgl. Tabelle). In ähnlicher, wenn auch nicht so scharf ausgeprägter Weise ging auch die Produktion an Baustoffen zurück. Der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit in der ersten Märzhälfte läßt darauf schließen, daß mit dem Eintritt besserer Witterung sich die Bautätigkeit im März wieder erholt hat. Im übrigen ergibt der vom Statistischen Bundesamt revidierte Index der Bautätigkeit, daß nicht nur ihr Gesamtniveau im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich höher ist als der bisherige Index angab, sondern daß auch das Bauergebnis des vergangenen Jahres doch recht erheblich, nämlich um rd. 17 vH, über dem des Jahres 1950 lag. Der größte Teil dieser Zunahme entfiel freilich auf Bauleistungen für die Besatzungsmächte. Die Aussichten der Bauwirtschaft in der nun anlaufenden Bausaison lassen sich noch nicht eindeutig übersehen. Dies gilt vor allem für die Bereitstellung der Finanzierungs-

Zur Lage in der Bauwirtschaft¹⁾

	Einheit	1950		1951		1951		1952	
		Jan. bis Dez.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan. bis Dez.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauproduktion ²⁾	1936 = 100	110	112	83	102	129	123	94 ⁴⁾	82 ⁴⁾
Baustoffproduktion ²⁾	"	96	83	69	81	105	90	79 ⁴⁾	72 ⁴⁾
Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	Mill.	1 214,3	89,5	71,3	80,3	1 250,1	93,2	77,7	.
darunter									
für Wohnungsbauten ³⁾	"	479,5	34,7	26,8	30,1	457,2	32,1	25,8	.
für Besatzungsmächte ³⁾	"	41,3	3,5	3,1	3,9	70,7	8,4	7,4	.
Genehmigte Hochbauten (Baufwand) insgesamt	Mill. DM	7 653,4	543,0	495,8	572,1	8 274,2	564,4	580,3	.
davon									
Wohnungsbauten	"	5 373,0	357,5	327,6	376,9	5 327,8	345,8	336,5	.
Bauten für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke	"	1 688,5	132,6	136,8	155,7	2 119,6	147,5	162,6	.
Öffentliche Zwecke	"	591,9	52,9	31,4	39,5	826,8	71,1	81,2	.

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ²⁾ Revidierter Index. — ³⁾ Baubetriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — ⁴⁾ Vorläufig.

mittel für den Wohnungsbau. Hier haben sich zwar die Aussichten für die Bereitstellung erster Hypotheken durch die rege Spartätigkeit der letzten Monate sehr verbessert. Doch wird es nicht leicht fallen, Finanzierungsmittel für den Wohnungsbau in einer Gesamthöhe aufzubringen, die in der neuen Bausaison trotz der um etwa 20 vH gestiegenen Baukosten wieder das gleiche Wohnungsbauvolumen wie im Vorjahr ermöglicht, besonders wenn es nicht gelingt, die Wertpapiermärkte ergiebiger zu machen als sie es gegenwärtig sind. Es muß allerdings angenommen werden, daß eine etwaige Lücke weitgehend durch erhöhte Bauleistungen für Besatzungs- und Verteidigungszwecke ausgefüllt, wenn nicht überkompensiert wird. Die Entwicklung der Baugenehmigungen für Hochbauten zeigt im Januar 1952 ein nicht ungünstiges Bild, woran außer den öffentlichen Bauten vor allem auch Bauvorhaben für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke beteiligt sind (vgl. vorstehende Tabelle).

Arbeitsmarkt

In engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Baemarktes stand auch die Beschäftigungslage in den letzten Monaten weitgehend unter

Witterungseinflüssen. Während der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit im Vorjahr bereits Mitte Januar mit 1,91 Mill. Arbeitslosen erreicht wurde, stieg die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr noch bis Mitte Februar an und erreichte zu diesem Zeitpunkt 1,89 Millionen. Da das

Arbeitslose
in 1000

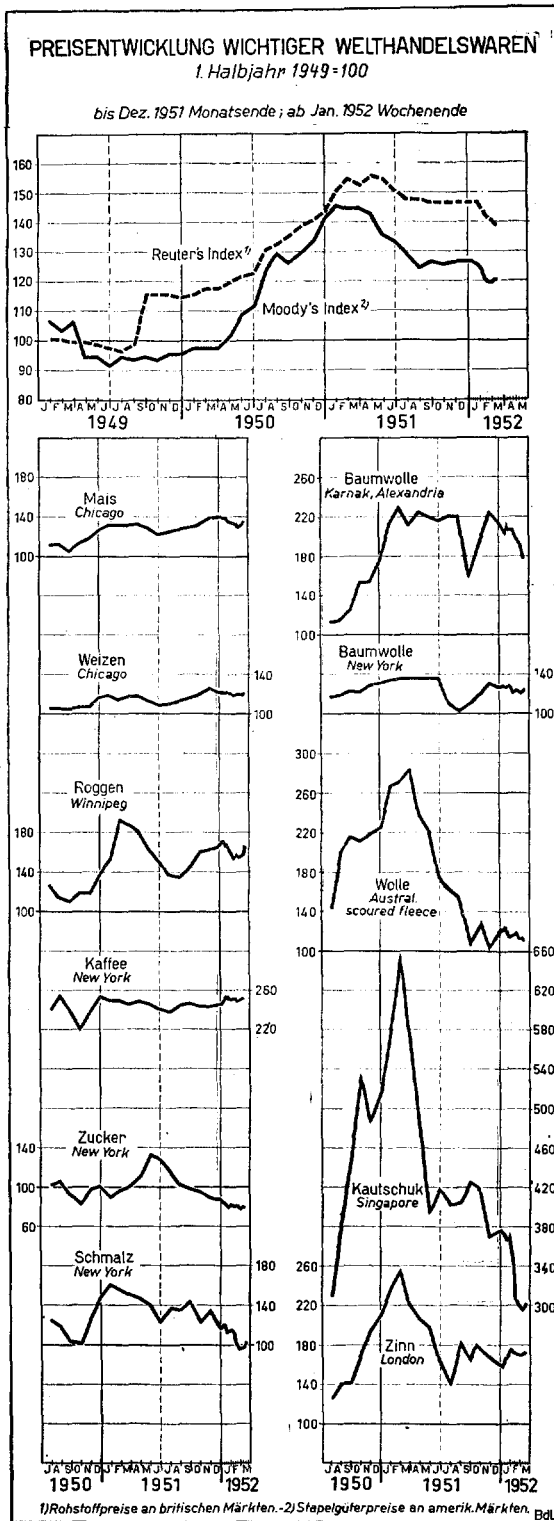
Zeit	Ende Okt.	Ende Nov.	Ende Dez.	Ende Jan.	Ende Febr.	Mitte März
1950/51	1 230	1 316	1 690	1 821	1 663	1 618
1951/52	1 214	1 307	1 654	1 825	1 893	1 720

winterliche Wetter bis Anfang März andauerte, ging sie zunächst auch nur zögernd zurück. Erst in der ersten Märzhälfte trat eine kräftige Entlastung um 174 000 Personen ein. Immerhin lag Mitte März die Gesamtzahl der Arbeitslosen noch um über 100 000 über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahres-Stichtages. Man wird aber wohl erwarten können, daß nach der längeren, witterungsbedingten Verzögerung der Außenarbeiten die weitere Entlastung des Arbeitsmarktes in den nächsten Wochen um so schneller vor sich gehen wird.

Preise

Der seit Jahresbeginn feststellbare Druck auf die Preise hat sich in den letzten Wochen sowohl auf den inländischen wie auf den Weltmärkten zunächst noch verstärkt. Auf den internationalen Rohstoffmärkten sind die Preise der meisten Stapelgüter, und zwar sowohl der Erzeugnisse des Dollar- wie auch des Sterling-Gebiets, seit Anfang Februar 1952 weiter zurückgegangen. Die einzige nennenswerte Ausnahme von dieser ziemlich allgemeinen Tendenz war Kakao, dessen Preis auf Grund des schlechten Ernteausfalls in der Berichtszeit sogar gestiegen ist. Im übrigen überwog im Februar durchweg die Baisseneigung, so daß Moody's Index der amerikanischen Stapelgüterpreise von einem Stand von 454 Ende Januar bis auf 433 Ende Februar, d. h. um nicht viel weniger als 5 vH zurückging. Reuter's Index der britischen Rohstoffpreise fiel in den sechs Wochen von Anfang Februar bis Mitte März sogar um

5,4 vH, wobei besonders die Preise für Kautschuk, Jute und einige Ölsaaten einem starken Druck ausgesetzt waren. Moody's Index der Stapelgüterpreise hat sich in der ersten Märzhälfte infolge eines leichten Anstiegs der amerikanischen Getreidepreise sowie des etwas festeren Baumwollpreises zwar wieder geringfügig auf 437 erholt, aber der Eindruck einer im allgemeinen immer noch schwachen Gesamthaltung auf den Weltmärkten wird hierdurch nicht verwischt. Die Ursachen der Baisse liegen zum Teil darin, daß mehr und mehr erwartet wird, daß sich die Durchführung der Rüstungsprogramme der westlichen Länder, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, doch über einen längeren Zeitraum als ursprünglich angenommen erstrecken werde. Man nimmt daher an, daß die Rohstoffansprüche hierfür zeitlich nicht so geballt auftreten und ihren Höhepunkt vielleicht auch erst 1953 erreichen werden, so daß größere Chancen be-



stehen, daß sich inzwischen das Angebot weiterhin dem höheren Bedarf anpaßt. Auch die seit Februar durchgeführten Verschärfungen der britischen und französischen Restriktionsmaßnahmen zur Herbeiführung des Zahlungsbilanzaus-

gleichs wirken auf den Weltmärkten zur Zeit zweifellos als depressiver Faktor. Schließlich hat in der Berichtszeit auch die Nachfragezurückhaltung der Verbraucher in den maßgebenden Ländern der westlichen Welt, insbesondere in den Vereinigten Staaten, fast unverändert angehalten und einen Druck auf die Verbrauchsgüterrohstoffe, insbesondere auf die Preise für Baumwolle und für Häute, ausgeübt. Aber auch auf dem Gebiet der rüstungswichtigen Engpaßmaterialien, d. h. vor allem des Stahls und der NE-Metalle, hat sich die seit einigen Monaten sichtbar gewordene Entspannung der Marktlage fortgesetzt, was sich in einem erheblichen Rückgang der Überpreise auf den freien Märkten für diese Materialien äußerte. Auch die amtlichen Zuteilungsquoten konnten sowohl auf internationaler Ebene wie auch bei der Rohstoffzuteilung innerhalb der Vereinigten Staaten teilweise bereits erhöht werden. Die Internationale Rohstoffkonferenz in Washington (IMC) rechnet in einer Anfang März veröffentlichten Verlautbarung bei den von ihr betreuten Engpaßmaterialien im allgemeinen mit einer beträchtlichen Entspannung in der Versorgung der westlichen Welt. Lediglich die Kupferversorgung wird „als immer noch unbefriedigend“ bezeichnet. Dagegen wird bei Zink für die zweite Jahreshälfte auf Grund der gebesserten Versorgungslage sogar eine Aufhebung des internationalen Zuteilungssystems in Aussicht gestellt.

Daß sich aus der seit einigen Monaten auf den Rohstoffmärkten herrschenden Tendenz über die augenblickliche — an sich durchaus zu begrüßende — Entspannung und Auflockerung hinaus eine länger andauernde Baisse entwickelt, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Die gegenwärtige Entwicklung ist weitgehend auf eine Reihe von nachfragehemmenden Faktoren zurückzuführen, von denen einige nur vorübergehender Art sein werden. Auf längere Sicht wird sich die Nachfrage dank der unverändert hohen industriellen Produktion und Beschäftigung in der ganzen westlichen Welt zweifellos auf einem höheren Stand als „vor Korea“ einspielen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Rohstoffbedarf für die Rüstungsproduktion immer noch wächst und daß auf einigen Gebieten auch die noch keineswegs voll abgewickelten strategischen Vorratskäufe wieder ein zusätzlicher

Nachfragefaktor werden können. Auf der Angebotsseite ist überdies bisher nur auf einigen Märkten gegenüber der Zeit „vor Korea“ eine entscheidende Besserung zu verzeichnen (s. Tabelle). Unter den bedeutenderen Stapelgütern kann nur auf drei Gebieten, nämlich bei Kautschuk, einigen Ölsaaten und Ölen, sowie Zucker, mit einiger Sicherheit von einem Überwiegen des (bei Zucker schon von 1949 auf 1950) stark gestiegenen und noch weiter zunehmenden Angebots, also von einem echten „Käufermarkt“ auf längere Sicht, gesprochen werden.

Produktion wichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe in den Ländern der westlichen Welt

Waren	Mengeneinheit	1950 ¹⁾	1951 ²⁾	Veränderung von 1950 auf 1951 in vH
Nahrungsmittel				
Brotgetreide	Mill. bush.	4 350	4 426	+ 2
Futtergetreide	" "	9 104	9 408	+ 3
Fette und Öle	1000 sh. t Öl-inhalt	17 350	17 600	+ 1
Fleisch	Mill. lbs (Lebendgew.)	61 200	61 800	+ 1
Zucker	Mill. m. t (Rohw.)	29 327	29 768	+ 2
Gewerbl. Rohstoffe				
Baumwolle	1000 Ballen	21 922	27 635	+26
Wolle	Mill. lbs (ungew.)	3 519	3 609	+ 3
Rohholz	Mill. bd. feet	57 400	56 500	- 2
Zellstoff	1000 m. t	29 300	32 200	+10
Kautschuk ³⁾	1000 l. t	2 385	2 859	+20
Kupfer	1000 m. t	2 281	2 362	+ 4
Blei	" "	1 459	1 579	+ 8
Zink	" "	1 737	1 941	+12
Zinn	" "	170	165	- 3
Eisenerz	Mill. m. t	198	245	+24
Aluminium	1000 m. t	1 295	1 583	+22

Quelle: The Economic Report of the President (US Government Printing Office), January 1952. Für Zucker: F.A.O., Monthly Bulletin of Food and Agricultural Statistics. — ¹⁾ Für Brotgetreide, Futtergetreide und Baumwolle: Erntejahr 1950/51 bzw. 1951/52. — ²⁾ Künstlicher und synthetischer Kautschuk. — ³⁾ Zum Teil vorläufige Schätzungen.

Bei Baumwolle hat die beträchtliche Erhöhung der Welternte im Erntejahr 1951/52 nur einen gewissen Ausgleich für die vorangegangene nordamerikanische Mißernte gebracht und bestenfalls eine annähernde Normalisierung der Weltvorräte ermöglicht. Sehr beträchtlich ist an sich auch die Erhöhung der Eisen- und Aluminiumproduktion seit 1950, doch ist hier unter dem Einfluß der Rüstungen die Nachfrage noch stärker gestiegen, so daß zunächst starke Marktspannungen entstanden, die sich neuerdings freilich etwas gelockert haben. Die zukünftige Preisentwicklung wird bei den Agrarprodukten in den

nächsten Monaten zunehmend unter dem Einfluß der Anbau- und Ernterwartungen stehen. Was die allgemeine Tendenz auf den Weltwarenmärkten anlangt, so dürften aber in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika den Schlüssel zur künftigen Entwicklung in der Hand halten. Die Expansionsrate ihrer Rüstungsproduktion, die Art und das Tempo, in der sie die immer noch beachtlich großen strategischen Vorratsprogramme durchzuführen gedenken, die für die meisten Verbrauchsgüterrohstoffe entscheidende Entwicklung ihrer Konsumenten-Nachfrage, und schließlich die Dollarbeträge, die sie teils durch ihre Hilfsprogramme, teils durch die zukünftige Entwicklung ihrer Einfuhr und durch ihre Rohstoffkredite der übrigen Welt zur Verfügung stellen werden: diese vorläufig nur schwer mit Sicherheit abschätzbaren, vielfach stark politisch bedingten Faktoren werden in ihrem Zusammenwirken vermutlich das Gesicht der meisten Weltwarenmärkte in der nächsten Zukunft bestimmen.

Im Einklang mit der jüngsten Tendenz auf den Weltmärkten, aber auch durch eine teilweise Kaufzurückhaltung im Inland mit beeinflußt, sind die westdeutschen Preise in den letzten Wochen überwiegend leicht gesunken. So ging der Index der westdeutschen Grundstoffpreise von Januar auf Februar zum ersten Mal seit Mai 1951 etwas zurück, und zwar war an diesem Rückgang sowohl der Preisindex der Nahrungsmittel als auch derjenige der gewerblichen Rohstoffe beteiligt. Bei den Nahrungsmitteln wurde die teils saisonbedingte teils durch knappes Angebot bedingte Steigerung der Preise für Kartoffeln, Gerste, Speiseerbsen und Schafe (sowie die mit der Staffelung der monatlichen Zuschläge zusammenhängende leichte Erhöhung der Preise für Brotgetreide) überkompensiert durch die Preisrückgänge bei Schweinen, Margarine und Eiern. Bei Eiern hat das Inkrafttreten des vollen Zollsatzes ab 15. Februar 1952 entsprechend der saisonmäßig gestaffelten Zollregelung keine Preiserhöhung auf den Inlandsmärkten hervorgerufen, da die meisten Lieferländer sich zu einer Senkung ihrer Exportpreise nach Deutschland im Ausmaß der deutschen Zollsätze entschlossen. Die Preissenkungen bei Margarine spiegeln teils den Preisfall für Margarinerohstoffe auf den Weltmärkten, teils

auch eine Verschärfung des Wettbewerbs auf dem innerdeutschen Margarinemarkt wider. Von besonderer Bedeutung ist der Rückgang der Schweinepreise, der mit nur kurzen Unterbrechungen schon seit Anfang Oktober 1951 andauert, und in der Zeit von Anfang Oktober bis Anfang März d. J. ungefähr 15 vH ausmachte. Diese Preisbewegung entspricht

Wichtige Preisindexziffern im Bundesgebiet
Juni 1950 = 100¹⁾

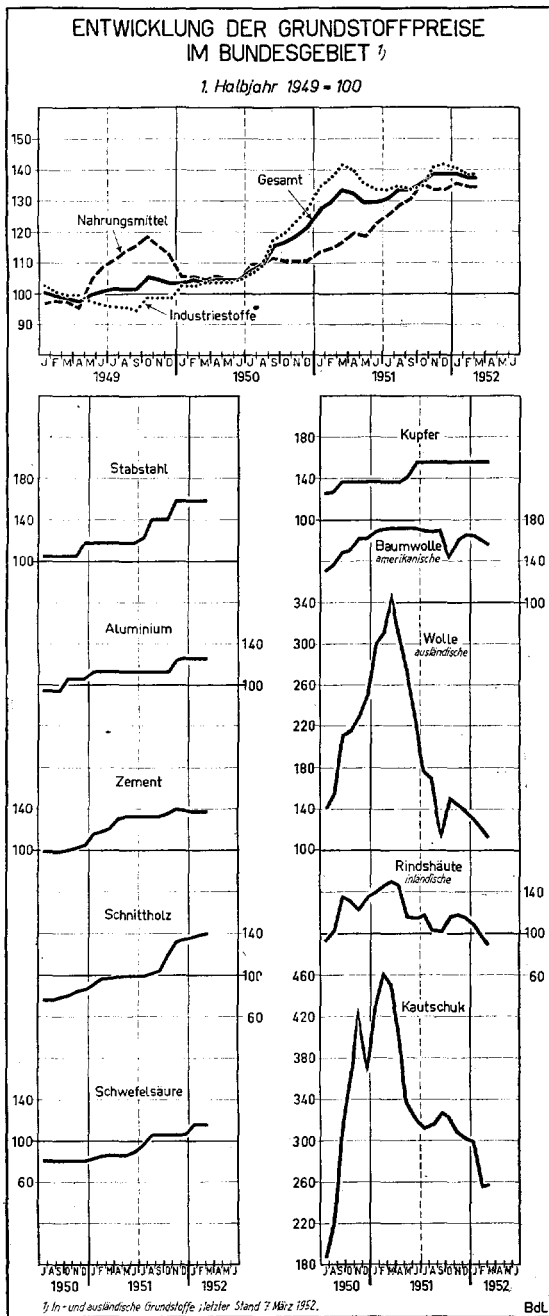
Zeit	Grundstoffpreise ²⁾			Erzeugerpreise industrieller Produkte				Lebenshaltungskosten	
	gesamt	industrielle	landwirtschaftliche	gesamt	Grundstoffe ³⁾	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	mit Obst und Gemüse	ohne
1948									
Dez.	98	100	92	108	103	115	112	111	111
1949									
Dez.	99	94	108	102	100	105	104	103	105
1950									
Dez.	116	122	105	110	114	101	108	100	102
1951									
Jan.	121	128	108	115	121	104	113	102	103
Febr.	124	131	110	119	125	107	117	103	105
März	127	134	111	123	128	108	122	107	108
April	126	133	114	125	131	109	124	108	109
Mai	124	129	114	125	131	111	124	109	109
Juni	124	128	117	125	130	112	124	111	110
Juli	125	128	120	124	129	112	123	111	111
Aug.	127	129	123	125	130	113	123	110	111
Sept.	127	128	125	124	128	114	124	109	111
Okt.	129	128	129	126	130	115	126	111	113
Nov.	132	134	127	128	133	115	127	112	113
Dez.	132	135	128	128	133	116	128	113	113
1952									
Jan.	132	134	129	128	133	118	127	113	114
Febr.	131	132	129	127	131	118	126	113	114

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamts (1938 = 100). — ²⁾ Inländische und ausländische Grundstoffe. — ³⁾ Nur im Inland erzeugte Grundstoffe.

der üblichen Saisontendenz. Sie dürfte sich in den nächsten Monaten noch weiter fortsetzen, da der Schweineauftrieb in den Frühjahrsmonaten saisonüblich anzusteigen pflegt, eine Bewegung, die in diesem Jahr durch die gegenwärtige ungünstige Relation zwischen den Preisen für Schlachtschweine und für Futtermittel noch verstärkt werden könnte. Diese ungünstige Preisrelation, die in erster Linie eine Folge der relativen Kartoffelknappheit und der dadurch hochgetriebenen Kartoffelpreise ist, hat seit den letzten Monaten des vergangenen Jahres auch bereits zu einer erheblichen Einschränkung der Nachzucht an Schweinen geführt, so daß für den Spätherbst und Winter d. J. — in dem gleichzeitig die Nachfrage saisonmäßig erheblich ansteigen dürfte — mit einem starken Rückgang des Schweineange-

bots aus dem Inland gerechnet wird. Einen gewissen Einfluß auf die Bewegung der Nahrungsmittelpreise in den nächsten Monaten könnte auch eine vorgesehene neue Zollverordnung haben, wonach bis 30. Juni 1952 die Einfuhr von Schlachtrindern, Schweinen, Schweinefleisch, rohem Schweineschmalz, Speck, Speisekartoffeln u. a. m. völlig zollfrei gestellt wird, während die Zollsätze für Rindfleisch, gereinigtes Schweineschmalz und Speck herabgesetzt werden. Von dieser Zollrevision wird zwar keine besondere Erhöhung der Einfuhr von Schweinen, wohl aber in gewissem Umfang von Rindern erwartet.

Im Bereich der industriellen Grundstoffe sind im Februar im wesentlichen diejenigen Preise gefallen, die stark von den internationalen Märkten beeinflußt sind, wie Textilrohstoffe, Häute und Felle und Kautschuk. Dagegen ist der Preisanstieg bei Schnittholz sowie bei einigen Chemikalien und vereinzelt auch bei Baustoffen noch nicht ganz zum Stillstand gekommen, obgleich die meisten dieser Preiserhöhungen im Vergleich zu früheren Monaten nur gering waren. Allerdings scheinen in der nächsten Zukunft gewisse Erhöhungen bei den bisher amtlich kontrollierten Preisen für die inländischen Grundstoffe Kohle und Eisen sowie für elektrische Energie, in verspäteter Anpassung an frühere Kostenerhöhungen, unvermeidlich zu sein, obgleich sich auf allen drei Gebieten in den letzten Wochen die Versorgungslage als solche erheblich entspannt hat. Über die zum 1. April 1952 in Aussicht genommene Neuregelung der Kohlepreise, durch die der „Spitzen-Zuschlag“ für einen Teil der Kohlenversorgung der verarbeitenden Industrie wegfallen und durch eine generelle, aber dafür mäßige Preiserhöhung auf den gesamten Kohlenabsatz oder doch den größten Teil davon ersetzt werden soll, war bei Abschluß des Berichts noch kein Beschluß gefaßt. Zur Erörterung stehen Forderungen auf eine Preiserhöhung von 8 bis 10 DM/t über den bisherigen Kohlengrundpreis (42 DM/t) hinaus. Für einen erheblichen Teil der industriellen Gütererzeugung würde sich — da gleichzeitig die Zuschläge auf die Spitzenkohle verschwinden und da voraussichtlich der Anteil der besonders teuren amerikanischen Kohle an der Gesamtversorgung erheblich abgebaut werden kann — aus einer sol-



chen generellen Kohlenpreiserhöhung keine Kostenerhöhung, sondern in vielen Fällen sogar eine Kostenermäßigung ergeben, während diejenigen Verbrauchergruppen, die die Kohle bisher zum Grundpreis bezogen, natürlich mit einer entsprechenden Mehrbelastung rechnen müssen. Auch über die Frage der künftigen Schrott- und Stahlpreise ist noch nicht entschieden. Nachdem sich beim Stahl — von einigen besonderen Mangelsorten abgesehen — die Versorgung ebenfalls etwas zu bessern scheint, wird ernstlich der Ge-

danke einer Abschaffung der amtlichen Preisfestsetzungen für Eisen und Stahl erwogen. Als Alternative wird eine Erhöhung der gegenwärtigen Festpreise für Stahl um durchschnittlich 15 bis 20 vH vorgeschlagen. Die Herausnahme der Sondertarifabmachungen für Strom und Gas für gewerbliche Großabnehmer aus der bisherigen Preiskontrolle, die bereits seit mehreren Monaten vorgesehen ist, soll demnächst in Kraft treten. Außerdem sind Mitte März die bisherigen amtlichen „Richtwerte“ für Alt- und Umschmelzmetalle bei Blei, Zink, Kupfer und Kupferlegierungen aufgehoben worden, da man auf Grund der verbesserten Versorgung in diesen Metallen nicht mit Preiserhöhungen nach Außerkraftsetzung dieser Richtwerte rechnet. Auch bei Leichtmetallen wird dank der erhöhten deutschen Erzeugung an Hüttenaluminium nach der Aufhebung der Richtsätze nicht mit einem Anstieg der Preise gerechnet.

Leicht rückläufig war im Februar auch der Index der Erzeugerpreise für industrielle Produkte, nachdem er sich schon während der drei vorangegangenen Monate kaum verändert hatte. Die Preissenkungen erstreckten sich, wie schon in den letzten Monaten, hauptsächlich auf die Textil- und Bekleidungs-, die Leder- und Schuhindustrie, während bei Maschinen und anderen Waren aus Eisen sowie bei Holzserzeugnissen immer noch vereinzelte Preiserhöhungen zu verzeichnen waren. Eindeutig rückläufig sind seit einiger Zeit die Mehrzahl der Einzelhandelspreise für gewerbliche Erzeugnisse. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, überwiegen jedenfalls schon seit Januar die gemeldeten Preissenkungen über die Preiserhöhungen, eine Tendenz, die sich im Februar

*Zur Entwicklung der Einzelhandelspreise
industrieller Fertigwaren*

Anteil der Erhöhungen, Senkungen und unveränderten Preise
in vH der Preismeldungen ¹⁾

Preisbewegung	Mitte Nov. gegenüber Mitte Okt. 1951	Mitte Dez. gegenüber Mitte Nov. 1951	Mitte Jan. 1952 gegenüber Mitte Dez. 1951	Mitte Febr. gegenüber Mitte Jan. 1952
Preiserhöhungen	28	25	22	14
Preissenkungen	24	20	26	29
Unveränderte Preise	48	55	52	57

¹⁾ Berechnet nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Bewegung der Einzelhandelspreise in ausgewählten Städten des Bundesgebiets.

noch verstärkt hat. Dabei hat sich die Preisberuhigung neuerdings auch auf das Gebiet von Hausrat und Möbeln ausgedehnt, die zuvor unter dem Einfluß der ansteigenden Metall- und Holzpreise fast ununterbrochen nach oben gegangen waren. Vereinzelt werden nun sogar bei Hausratswaren aus Metallen Preisrückgänge gemeldet. Angesichts der jüngsten Marktentwicklung besteht die Aussicht, daß auch eine etwaige Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise bei gleichzeitiger Besserung der Materialversorgung zum größten Teil in den verschiedenen Stufen der Produktion und des Handels aufgefangen werden kann und sich zumindest in den gewerblichen

Verbrauchsgüterpreisen nicht nennenswert widerspiegeln würde.

Die Indexziffer der amtlichen Lebenshaltungskosten veränderte sich im Februar kaum (+ 0,2 vH). Die erwähnten Preissenkungen bei einer Reihe von industriellen Verbrauchsgütern sowie bei Schweinefleisch, Fetten, Eiern und Fischen wurden durch Preiserhöhungen bei Obst, Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen. Setzt man diese letzteren, in ihrer Preisbewegung meist stark saisonbedingten Waren ab, so ist der Index der Lebenshaltungskosten im Februar sogar etwas (— 0,5 vH) gesunken.

Außenwirtschaft

Ausfuhr und Einfuhr

Die schon seit einigen Monaten feststellbare ungünstigere Entwicklung des deutschen Außenhandels hat im Februar angehalten. Während die Einfuhr ihre langsame, aber kontinuierliche Aufwärtsbewegung fortsetzte, ging die Ausfuhr im Februar entgegen dem üblichen jahreszeitlichen Rhythmus weiter zurück, so daß sich der Passivsaldo der Handelsbilanz gegenüber dem Vormonat beträchtlich erhöhte.

Die Ausfuhr der Bundesrepublik betrug im Februar 1 274 Mill. DM und war damit um 38 Mill. DM bzw. 3 vH niedriger als im Januar d. J. In den Jahren 1949 bis 1951 hatte die Ausfuhr im Februar regelmäßig ganz beträchtlich

(6 bis 11 vH) über derjenigen des Vormonats gelegen. Gemessen am Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahres 1951, in dem die Ausfuhr wertmäßig ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, betrug der Rückgang bis zum Februar wertmäßig immerhin bereits etwas mehr als 5 vH, volumenmäßig sogar 9 vH. Eine Analyse der Ausfuhrentwicklung nach den wichtigsten Exportindustrien zeigt freilich, daß es sich hierbei keineswegs um einen allgemeinen Abwärtstrend handelt. Während etwa die Ausfuhr an Eisen-, Stahl- und Metallwaren sowie diejenige der chemischen und der Textil- und Bekleidungsindustrie seit Mitte 1951 erheblich zurückging, konnte der wichtigste Ausfuhrzweig, nämlich der Maschinenbau, seine Ausfuhrlieferungen noch bis zum Januar 1952 beachtlich steigern und auch die eisenschaffende Industrie im Januar ihren bisher höchsten Ausfuhrwert erzielen, ohne diesen Stand allerdings im Februar halten zu können. Die Grundstoff- und Materialengpässe haben sich auf die Ausfuhr-Lieferfähigkeit der einzelnen Zweige offenbar in ganz verschiedenem Ausmaß ausgewirkt. Ein Blick auf die Tabelle zeigt aber auch, daß die unterschiedliche Ausfuhrentwicklung noch von ganz anderen Einflüssen mit bestimmt war. So hat sich vor allem seit dem Abflauen der großen Nachfragerwelle vom Herbst und Winter 1950 bzw. 1950/51 im Zusammenhang mit Korea die internationale Absatzlage für die einzelnen Warengruppen sehr unterschiedlich entwickelt. Während etwa die Textilindustrie

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾
in Mill. DM

Zeit	Einfuhr			Ausfuhr	Saldo ²⁾	
	gesamt	gegen Devisen	auf Grund von Auslands-hilfe		gesamt	kommerziell ³⁾
1950 MD	947,8	779,6	168,2	696,9	— 250,9	— 82,7
1951 "	1 227,1	1 077,2	149,9	1 214,7	— 12,4	+ 137,5
1951						
1. Vj. MD	1 240,0	1 068,1	171,9	995,0	— 245,0	— 73,1
2. " "	1 066,3	853,9	212,4	1 181,4	+ 115,1	+ 327,5
3. " "	1 325,8	1 166,2	159,6	1 346,6	+ 20,8	+ 180,4
4. " "	1 276,4	1 220,8	55,6	1 335,9	+ 59,5	+ 115,1
1952						
Januar	1 402,6	1 361,5	41,1	1 311,6	— 91,0	— 49,9
Februar	1 461,0	1 425,5	35,5	1 273,9	— 187,1	— 151,6

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschüsse = —, Ausfuhrüberschüsse = +. — ³⁾ Saldo zwischen der Einfuhr gegen Devisen und der Ausfuhr.

*Ausfuhr wichtiger Industriezweige
in Mill. DM*

Industriezweige	1951		1952	
	3. Vj. M.-D.	4. Vj. M.-D.	Januar	Februar
Kohlenbergbau	142,8	149,6	141,8	147,0
Eisenschaffende und Gießerei-Industrie	158,9	141,7	172,3	154,9
Maschinenbau	208,0	223,7	237,5	232,1
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie	151,3	132,3	125,4	108,1
Chemische Industrie	159,6	145,9	119,4	116,2
Textil- und Bekleidungs- industrie	107,2	90,3	91,7	92,1
Übrige gewerbl. Ausfuhr	379,0	400,3	374,2	393,2
Gewerbl. Ausfuhr insges.	1 306,8	1 283,8	1 262,3	1 243,6

infolge der internationalen Absatzflaute für kurzlebige Verbrauchsgüter und der damit zusammenhängenden Verschärfung des Preiswettbewerbs und der Einfuhrabsperungen mit großen Schwierigkeiten in ihrem Auslandsabsatz zu kämpfen hat, erfreut sich der größte Teil des Maschinenbaus nach wie vor einer regen Auslandsnachfrage, zumal er auch viel weniger durch die ausländischen Einfuhrrestriktionen gehemmt wird als etwa manche Teile der Eisen- und Metallwarenbranche. Wenn also die Maschinenausfuhr nicht noch rascher gesteigert werden konnte und im Februar sogar einen leichten Rückschlag erlitt, so ist dies wohl in erster Linie auf Hemmungen von der Materialseite her zurückzuführen.

Von besonderer Bedeutung für die Ausfuhrentwicklung der nächsten Zukunft werden aller Voraussicht nach die drastischen Einfuhrbeschränkungen sein, die aus Zahlungsbilanzgründen von Frankreich und dem Sterling-Raum, den beiden wichtigsten deutschen Absatzgebieten, in den letzten Monaten verhängt wurden. Wie eine Analyse der regionalen Ausfuhrentwicklung zeigt (vgl. Tabelle), läßt sich der bisherige Exportrückgang jedoch zumindest bis Januar nur zu einem geringen Teil mit diesen besonderen handelspolitischen Restriktionsmaßnahmen in Verbindung bringen. Es zeigt sich vielmehr, daß vom Rückgang seit dem Sommer 1951 zunächst am meisten der Absatz in Amerika betroffen wurde, und hier wieder in den freien Dollar-Ländern etwas stärker als in den Verrechnungsländern. Die Einfuhrschrumpfung in den Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Frühsommer 1951, die in mannigfacher

Weise die Aufnahmefähigkeit der meisten anderen amerikanischen Länder ungünstig beeinflusst, sowie die Reaktion auf die vorangegangenen Vorratskäufe in fast allen Ländern dieser Gruppe geben an sich eine hinreichende Erklärung für diese Entwicklung. Doch könnte der auffallende Rückschlag in der deutschen Ausfuhr nach Lateinamerika auch ein Symptom dafür sein, daß sie in ihrem raschen Anstieg seit 1949 nun an gewisse vorläufige Expansionsgrenzen gestoßen ist, die in erster Linie durch die begrenzte Export- und damit Zahlungsfähigkeit dieser Länder selbst gezogen sind. Jedenfalls läßt sich der im ganzen

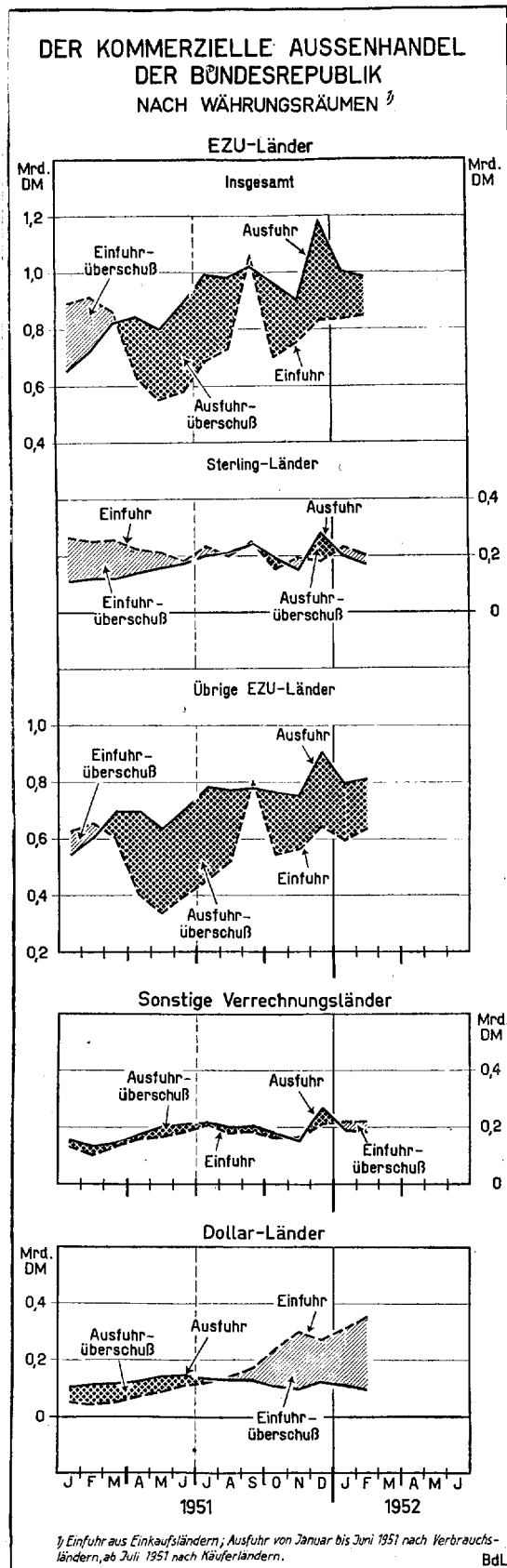
*Zur regionalen Entwicklung der deutschen Ausfuhr¹⁾
in Mill. DM*

Absatzgebiete	1951		1952	
	3. Vj. MD	4. Vj. MD	Januar	Februar
Westliche Hemisphäre, gesamt	235,8	210,0	203,9	178,4
darunter:				
Freie Dollar-Länder	121,8	99,9	102,0	87,4
Verrechnungsländer	114,0	110,1	101,9	91,0
EZU-Länder, gesamt	1 001,6	1 020,3	1 002,3	988,6
darunter:				
2 große Schuldnergebiete:				
Franc-Zone ²⁾	116,6	143,3	145,9	127,3
Großbritannien ³⁾	151,9	147,8	136,3	120,2
Sonst. Sterling-Länder	68,3	62,9	67,2	55,3
zusammen	336,8	354,0	349,4	302,8
Hauptsächlich Gläubigerländer ⁴⁾	490,1	493,8	484,6	499,7

¹⁾ In der statistischen Gliederung nach Käuferländern. — ²⁾ Frankreich einschl. Kolonien, Saargebiet. — ³⁾ Ohne Kolonien. — ⁴⁾ Belgien, Niederlande, Italien, Schweiz, Schweden, Portugal.

gesehen noch relativ geringe Rückgang des deutschen Gesamtexports bis Februar 1952 zu einem großen Teil durch diesen Rückschlag des Absatzes in der westlichen Hemisphäre erklären. Die deutsche Ausfuhr in den EZU-Raum hat sich dagegen bisher gut halten können; sie war im Januar noch genau so hoch wie im Monatsdurchschnitt des dritten Vierteljahres 1951 und hat auch im Februar vergleichsweise nur wenig abgenommen. Allerdings ist die Ausfuhr nach Großbritannien schon seit den Sommermonaten des Vorjahres zurückgegangen; doch wurde dieser Rückgang bis Januar 1952 noch voll durch die gleichzeitige Zunahme der Ausfuhr in die Länder der Franc-Zone ausgeglichen, während im Februar auch hier ein Rückschlag eintrat. Für die nächsten Monate muß sowohl im französischen

Währungsbereich als auch im Sterling-Raum mit weiteren Einbußen der deutschen Ausfuhr gerechnet werden, insbesondere nachdem nicht nur Großbritannien, sondern neuerdings auch mehrere überseeische Sterling-Länder (bis jetzt Australien, Neuseeland, Malaya und die meisten afrikanischen Kolonien) außerordentlich scharfe Einfuhrkürzungen verfügt haben. Welche Risiken und Gefahren für die deutsche EZU-Bilanz hieraus entspringen können, wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der französische und britische Währungsraum zusammen im letzten Halbjahr mehr als ein Drittel der deutschen Gesamtausfuhr in den EZU-Raum aufgenommen haben. Die Steigerung der deutschen Ausfuhr in diese beiden Währungsräume im Verlauf des Jahres 1951 und die sich hieraus ergebende Besserung der deutschen Zahlungsposition hatten tatsächlich in besonders starkem Maße zur Verbesserung der deutschen EZU-Bilanz im Jahre 1951 beigetragen, machte doch die Ausfuhrsteigerung vom ersten zum vierten Vierteljahr 1951 in diese beiden Absatzräume drei Fünftel der gesamten deutschen Exportzunahme gegenüber den EZU-Ländern aus. Daß die nun zu befürchtenden Ausfälle in den beiden großen Schuldnergebieten der EZU etwa in anderen EZU-Ländern, also vor allem in den gegenwärtigen Gläubigerländern der EZU wettgemacht werden können, ist wenig wahrscheinlich. Trotz der in diesen Ländern bisher meist recht liberalen Einfuhrpolitik und trotz der schon vor einiger Zeit erfolgten Erweiterung der Liberalisierung in einigen von ihnen hat jedenfalls die deutsche Ausfuhr mindestens zwischen Mitte 1951 und Februar 1952 in dieser Ländergruppe insgesamt kaum Boden gewinnen können (vgl. Tabelle), da in diesen Ländern die Kaufkraftentwicklung stagnierte, ja teilweise (wie in den Niederlanden) sogar rückläufig war. Der bisherige Stand der deutschen Ausfuhr in den EZU-Raum und damit auch die gegenwärtig noch relativ günstige deutsche Zahlungsposition in der EZU sind also mindestens für die Dauer der besonderen Einfuhrrestriktionen der großen Schuldnerländer bedroht. Gleichwohl hat die Bundesregierung beschlossen, den deutschen Liberalisierungssatz gegenüber den OEEC-Ländern ab 1. April 1952 von bisher durchschnittlich 57 vH auf den vollen Vertragssatz von 75 vH heraufzusetzen, um dem durch die jüngste Welle von



Einfuhrrestriktionen stark bedrohten Gedanken der europäischen Liberalisierung einen neuen kräftigen Impuls zu verleihen und an der Beseitigung der gegenwärtigen intereuropäischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf expansivem Wege mitzuwirken.

Auf Grund dieser erweiterten Liberalisierung wird für die Zeit ab April 1952 mit einer Erhöhung der Einfuhr mindestens aus dem EZU-Raum gerechnet werden müssen. Solange die internationalen Preise weiterhin wie bisher unter Druck stehen (vgl. hierzu Näheres im Abschnitt „Preise“), ist allerdings kaum ein plötzlicher, gefährlicher Einfuhrstoß zu befürchten. Der rückläufigen Preistendenz der letzten Monate ist es wohl auch in erster Linie zuzuschreiben, daß trotz der teilweisen Wiederherstellung der deutschen Liberalisierung gegenüber den OEEC-Ländern ab Januar 1952 die Einfuhr bisher nur verhältnismäßig langsam zugenommen hat. Die Gesamteinfuhr betrug im Monatsdurchschnitt des vierten Vierteljahres 1951, also vor der Liberalisierung, 1276 Mill. DM, und stieg dann — allerdings entgegen dem normalen jahreszeitlichen Rhythmus — im Januar 1952 auf 1403 Mill. DM und im Februar auf 1461 Mill. DM. Auf das Einfuhrergebnis des Januar hat sich die Liberalisierung erst sehr wenig auswirken können. Auch im Februar war die Zunahme der Einfuhren aus den EZU-Ländern noch relativ bescheiden (vgl. Tabelle), obgleich die Einfuhr der neu liberalisierten Erzeugnisse in diesem Monat

vermutlich schon einen größeren Anteil ausmachte. Dagegen stieg die Einfuhr aus dem Dollar-Raum sowohl im Januar als auch im Februar noch recht stark.

Die gegenläufige Entwicklungstendenz von Einfuhr und Ausfuhr in den letzten beiden Monaten führte zu wachsenden Defiziten der Handelsbilanz. Der Einfuhrüberschuß betrug im Januar 91 Mill. DM, im Februar bereits 187 Mill. DM. Rechnet man die mit Auslandshilfe finanzierte Einfuhr ab, so war das verbleibende Defizit mit 152 Mill. DM im Februar dreimal so hoch wie im Januar (50 Mill. DM). Die Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe machte im Februar 1952 mit 35 Mill. DM nur noch 2,4 vH der Gesamteinfuhr aus, gegenüber noch rund 20 vH im Frühjahr 1951. Inzwischen hat die amerikanische „Verwaltung für gegenseitige Sicherheit“ (MSA) der deutschen Bundesregierung die endgültige Hilfszuteilung für das Wirtschaftsjahr 1951/52 (Juli bis Juni) mitgeteilt. Danach ist die ursprünglich in Aussicht gestellte Summe von 114 Mill. \$ auf 106 Mill. \$ reduziert worden, wovon rd. 17 Mill. \$ in Form einer Anleihe gegeben, der Rest unentgeltlich überlassen werden soll. Von der Gesamtsumme von 106 Mill. \$ sind 64 Mill. \$ bereits vorher für bestimmte Einfuhrprogramme zugeteilt und zum Teil verbraucht worden.

Der recht beachtliche Passivsaldo im „kommerziellen“ Außenhandel von rund 200 Mill. DM in den ersten beiden Monaten des Jahres 1952

Der „kommerzielle“ Außenhandel der Bundesrepublik nach Währungsräumen¹⁾
in Mill. DM

Währungsräume		1951					1952	
		3. Viertelj. M.-D.	4. Viertelj. M.-D.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
Freie Dollar-Länder	Ausfuhr	135,1	111,1	109,6	100,7	122,9	113,0	97,7
	Einfuhr	149,5	272,9	242,1	300,3	276,2	310,1	356,6
	Saldo	— 14,4	— 161,8	— 132,5	— 199,6	— 153,3	— 197,1	— 258,9
EZU-Raum	Ausfuhr	1 001,6	1 020,3	966,9	909,0	1 185,1	1 002,3	988,6
	Einfuhr	824,5	763,8	702,4	757,8	831,3	834,7	849,5
	Saldo	+ 177,1	+ 256,5	+ 264,5	+ 151,2	+ 353,8	+ 167,6	+ 139,1
Sonstige Verrechnungsländer	Ausfuhr	207,9	202,3	181,7	155,3	269,9	194,4	185,3
	Einfuhr	192,2	182,2	165,8	166,4	214,5	216,6	219,4
	Saldo	+ 15,7	+ 20,1	+ 15,9	— 11,1	+ 55,4	— 22,2	— 34,1
Insgesamt (einschl. nicht ermittelte Länder)	Ausfuhr	1 346,6	1 335,9	1 260,1	1 167,2	1 580,4	1 311,6	1 273,9
	Einfuhr	1 166,2	1 220,8	1 110,3	1 224,5	1 327,7	1 361,5	1 425,5
	Saldo	+ 180,4	+ 115,1	+ 149,8	— 57,3	+ 252,7	— 49,9	— 151,6

¹⁾ Regionale Gliederung nach Einkaufsländern für Einfuhr, bzw. nach Käuferländern für Ausfuhr.

ist in erster Linie auf das Defizit im Verkehr mit den Dollarländern zurückzuführen. Gegenüber dem EZU-Raum wurden in den beiden Monaten noch immer erhebliche, wenn auch allmählich abnehmende Überschüsse erzielt, während der Handelsverkehr mit den „Sonstigen Verrechnungsländern“ in geringem Maße passiv war (vgl. Tabelle: „Der kommerzielle Außenhandel“).

Zahlungsentwicklung und Devisenposition

Die Devisenposition der Bundesrepublik hat sich in den beiden letzten Monaten günstiger entwickelt als nach dem Ergebnis des Warenverkehrs zu erwarten gewesen wäre. Dies ist nicht nur auf Deviseneinnahmen außerhalb des Warenverkehrs zurückzuführen. Auch wenn man den wichtigsten derartigen Einnahmeposten, nämlich die Dollareinnahmen aus dem DM-Umtausch der amerikanischen Dienststellen in Deutschland, aus dem Devisenstatus ausgliedert, so zeigt sich sowohl für Januar als auch in besonderem Maße für Februar eine starke Diskrepanz zwischen den Einfuhrüberschüssen des Warenhandels und den im Februar sogar zunehmenden Zahlungsüberschüssen aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland.

Handels- und Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland in Mill. \$

Zeit	Alle Länder		EZU-Länder		Dollar-Länder	
	Handelsbilanz ¹⁾	Zahlungssaldo ²⁾	Handelsbilanz ¹⁾	Zahlungssaldo ²⁾	Handelsbilanz ¹⁾	Zahlungssaldo ²⁾
1951 3. Vj.	+ 128,6	+ 204,9	+ 126,3	+ 194,5	- 10,7	+ 4,8
4. Vj.	+ 86,4	+ 40,3	+ 186,0	+ 143,7	- 115,1	- 82,1
1951 2. Hj.	+ 215,0	+ 245,2	+ 312,3	+ 338,2	- 125,8	- 77,3
1952 Januar	- 10,4	+ 9,7	+ 40,9	+ 46,4	- 46,7	- 44,6
Februar	- 34,9	+ 33,0	+ 33,9	+ 50,1	- 61,5	- 27,1

¹⁾ Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels. Auf Grund der statistischen Erfassung nach Einkaufs- bzw. Käuferländern. — ²⁾ Saldo auf den Devisenkonten der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr (ohne Tilgung konsolidierter Schulden und ohne DM-Umtausch amerikanischer Dienststellen).

Im Einzelnen ergaben sich im laufenden Zahlungsverkehr mit den Ländern des Dollarraums im Januar und im Februar mit 45 bzw. 27 Mill. \$ noch recht beträchtliche Defizite. Doch waren diese Dollar-Defizite geringer als die gleichzeitigen Einfuhrüberschüsse im Verkehr mit dem Dollar-Raum. Dies ist überwiegend darauf

zurückzuführen, daß in geringerem Umfang im Januar, in größerem Umfang im Februar erhebliche Einfuhrmengen an amerikanischer Baumwolle nicht zu Lasten der normalen Zahlungskonten, sondern durch Inanspruchnahme des von der Export-Import-Bank in Washington im Dezember vorigen Jahres gewährten 50 Mill. \$-Kredits für Baumwolle bezahlt werden konnten. Allein im Februar wurde der Kredit mit rd. 16 Mill. \$ in Anspruch genommen. Im März ist das Dollardefizit aus dem laufenden Warenverkehr (also ohne Berücksichtigung des DM-Umtauschs) nach dem bisherigen Verlauf weiter zurückgegangen, und zwar einerseits auf Grund der Entlastung durch den Baumwollkredit, andererseits aber auch in Auswirkung der verringerten Dollarfreigaben für sonstige Einfuhrgüter seit Dezember 1951.

Auch der Zahlungsverkehr mit den sonstigen Währungsräumen erbrachte im Januar und besonders im Februar etwas günstigere Ergebnisse, als den gleichzeitigen Handelssalden entsprechen würde. Dies mag teilweise daran liegen, daß in diesen Monaten in größerem Umfang Zahlungen für frühere deutsche Exportlieferungen von Investitionsgütern angefallen sind, worauf insbesondere die relativ günstige Entwicklung des Zahlungssaldos im Verkehr mit den „Sonstigen Verrechnungsländern“ hinweist. Im übrigen wirken in den gegenwärtigen Zahlungseingängen selbstverständlich zu einem gewissen Teil noch die hohen Exporte der vorangegangenen Monate nach. Daneben aber haben sich offenbar im Verkehr mit einigen EZU-Ländern in letzter Zeit wiederum Verschiebungen in den Zahlungsmodalitäten und -zielen (terms of payments) zugunsten Deutschlands ergeben. Der Zahlungsüberschuß gegenüber dem EZU-Raum aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr, d. h. unter Ausschluß der Tilgungszahlungen auf die konsolidierten Altschulden, hat sich jedenfalls von 46,4 Mill. \$ im Januar auf 50,1 Mill. \$ im Februar erhöht, obgleich der von der Handelsstatistik ausgewiesene Aktivsaldo gleichzeitig von 40,9 auf 33,9 Mill. \$ zurückging. Der Zahlungsüberschuß im Januar mußte, wie bereits im letzten Monatsbericht dargestellt wurde, zum größten Teil, nämlich in Höhe von 43,3 Mill. \$, für Sondertilgungen auf bilaterale Schulden aus der Zeit vor der Errich-

*Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland
gegenüber dem EZU-Raum seit Juli 1950
in Mill. \$*

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950	1951				1952		Juli 1950 bis Febr. 1952
	Juli/Dez.	Jan./Juni	Juli/Dez.	Jan./Dez.	Dezember	Januar	Februar	
Die Entwicklung der Zahlungssalden								
1) Rechnungsposition gegenüber der EZU	— 356,7	+ 83,9	+ 316,1	+ 400,0	+ 42,9	+ 10,4	+ 45,9	+ 99,6
2) Veränderung der bei der EZU-Abrechnung nicht berücksichtigten Konten der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken	+ 41,6	— 10,6	+ 3,1	— 7,5	+ 0,8	— 9,6	— 5,6	+ 18,9
3) Veränderung der gesamten Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2)	— 315,1	+ 73,3	+ 319,2	+ 392,5	+ 43,7	+ 0,8	+ 40,3	+ 118,5
davon:								
Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	— 317,5	+ 97,0	+ 339,5	+ 436,5	+ 46,1	+ 46,4	+ 50,1	+ 215,5
4) (zum Vergleich) Saldo des kommerziellen Außenhandels mit dem EZU-Raum ¹⁾	(— 265,7)	(+ 70,4)	(+ 312,3)	(+ 382,7)	(+ 85,2)	(+ 40,9)	(+ 33,9)	(+ 191,8)
Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU								
1) Kumulative Rechnungsposition seit Anfang Juli 1950 ²⁾	— 356,7	— 272,8	+ 43,3	+ 43,3	+ 43,3	+ 53,7	+ 99,6	—
2) Deckung (kumulativ) ²⁾								
a) Kreditinanspruchnahme bzw. -gewährung ³⁾	— 216,5	— 182,6	+ 43,3	+ 43,3	+ 43,3	+ 53,7	+ 99,6	—
b) Dollarzahlungen	— 140,2	— 90,2	—	—	—	—	—	—

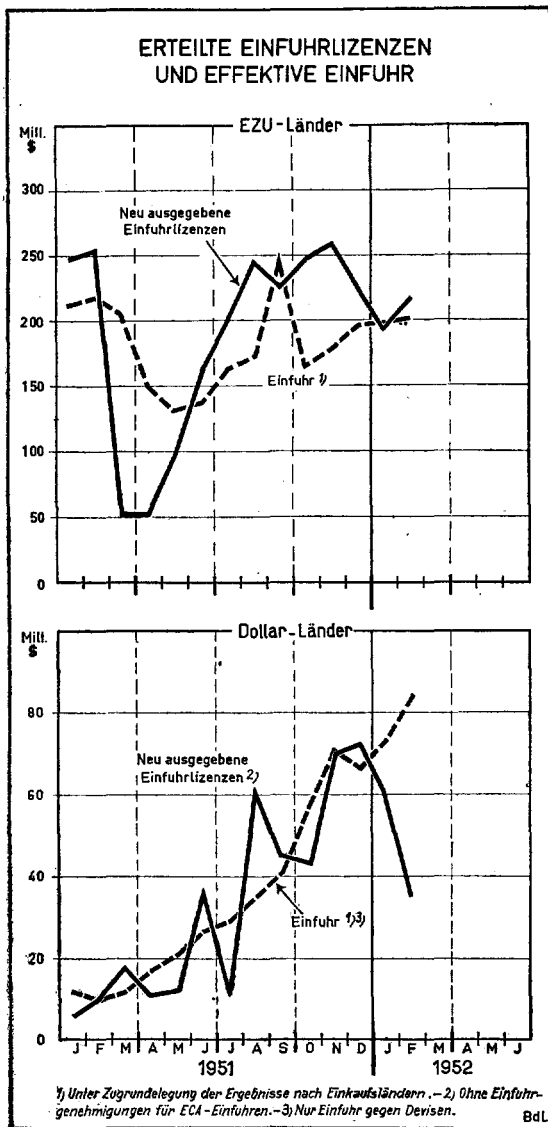
¹⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern, ab Juli 1951 nach Käuferländern. — ²⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraums. — ³⁾ Einschl. Inanspruchnahme des Sonderkredits der EZU in den Monaten Dezember 1950 bis April 1951.

tung der EZU verwendet werden, während diese Sondertilgungen im Februar nur noch rd. 9 Mill. \$ ausmachten. Daraus ergibt sich, daß die eigentliche „Rechnungsposition“ Deutschlands in der EZU, die nur die Bewegung auf den zentralen Verrechnungskonten unter Einbeziehung der Belastungen aus den Sondertilgungen umfaßt, im Januar einen Überschuß von nur 10,4 Mill. \$, im Februar dagegen einen solchen von 45,9 Mill. \$ ausweist, obgleich der Zahlungsüberschuß aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr in letzterem Monat nur wenig größer als in ersterem war. Die erwähnten konsolidierten „Alt-schulden“ der Bundesrepublik sind nunmehr bis auf einen Rest von 16,2 Mill. \$ abgetragen, dem deutsche Forderungen aus ähnlichen konsolidierten Verrechnungsguthaben in Höhe von 11,8 Mill. \$ gegenüberstehen, so daß die deutsche Nettoverschuldung nur noch 4,4 Mill. \$ beträgt. Mit dem im Februar erzielten Rechnungsüberschuß von 45,9 Mill. \$ gegenüber der EZU ist der kumulative deutsche Überschuß in der EZU Ende Februar auf 99,6 Mill. \$ gestiegen, so daß er ganz knapp unter der Obergrenze der ersten Tranche der deutschen EZU-Quote (100 Mill. \$ von der gesamten Quote von 500 Mill. \$) lag.

Da im März nach der bisherigen Entwicklung des Zahlungsverkehrs erneut mit einem beträchtlichen deutschen EZU-Überschuß gerechnet werden kann, wird die Bundesrepublik in der Abrechnung für diesen Monat zum ersten Mal einen Betrag in Höhe von annähernd 50 vH des Überschusses in Dollar oder Gold erhalten.

Lizenzposition und Einfuhrmöglichkeiten

Daß infolge der Unsicherheit auf den Weltmärkten in der nächsten Zeit nicht mit einem besonderen Einfuhrsog gerechnet werden muß, ergibt sich auch aus der Entwicklung der neu ausgegebenen Einkaufsermächtigungen und Einfuhr- und Zahlungslizenzen, aus der sich bis zu einem gewissen Grade die zukünftigen Absichten der Importeure ablesen lassen. Die an die Importeure mit kurzfristiger Gültigkeit ausgegebenen Einkaufsermächtigungen sind, nach einem ersten Ausgabestoß nach Einführung des neuen Einfuhrverfahrens und nach Wiederherstellung der teilweisen Liberalisierung im Januar 1952, im Februar sogar wieder etwas zurückgegangen. An Einfuhr- und Zahlungslizenzen wurde im Rahmen des auslaufenden alten und des neuen Ein-



fuhrverfahrens im Januar ein Gesamtbetrag von 298 Mill. \$, im Februar ein solcher von 301 Mill. \$ ausgegeben. Diese Beträge sind etwas geringer als die gleichzeitigen Werte der Wareneinfuhr (Januar 324 Mill. \$, Februar 339 Mill. \$), dürften ihnen aber sehr nahe kommen, wenn man berücksichtigt, daß die Beträge der Einfuhr- und Zahlungslizenzen überwiegend nur den fob-Wert der Einfuhrwaren repräsentieren. Auch im März hat sich nach den bisher vorliegenden Teilzahlen die Ausgaberate von Einkaufsermächtigungen und Einfuhr- und Zahlungslizenzen kaum erhöht.

Allerdings ist diese maßvolle Entwicklung in der Ausgabe von Einkaufsermächtigungen und Lizenzen keineswegs nur das Ergebnis einer zurückhaltenden Einkaufs- und Einfuhrpolitik der Importeure unter dem Eindruck der fallenden

Weltmarktpreise. Mindestens für die Einfuhr aus dem Dollar-Raum und aus einer Reihe von Verrechnungsländern mußte seit Anfang dieses Jahres die Lizenzausgabe auch mit Rücksicht auf die Entwicklung der Zahlungsposition erheblich eingeschränkt werden. Insbesondere mußten die Dollar-Ausschreibungen seit Dezember 1951 zur Schonung der deutschen Dollarreserven so limitiert werden, daß die Lizenzausgabe für Einfuhren aus Dollar-Ländern im Februar und März auf einen Bruchteil der Ausgabe in den Monaten November und Dezember abgesunken ist. Wenn

Ausgegebene Einfuhrlicenzen¹⁾
in Mill. \$ •

	1951			1952		
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	1.-10 März
EZU-Länder liberalisiert	—	—	—	91	141	42
kontingentiert	249	261	226	105	77	34
insgesamt	249	261	226	196	218	76
Sonstige Verrechnungsländer	57	57	87	41	47	12
Dollarländer²⁾	44	70	72	61	36	9
Alle Länder²⁾	350	388	385	298	301	97

¹⁾ Einfuhrbewilligungen (altes Einfuhrverfahren) sowie Einfuhr- und Zahlungsbewilligungen (neues Einfuhrverfahren) zusammengefaßt. —
²⁾ Im Gegensatz zu der Tabelle auf S. 37 im Monatsbericht Jan./Febr. einschl. der Lizenzen für Importe im Rahmen des Baumwollkredits.

man von den Einfuhrmöglichkeiten unter dem Baumwollkredit absieht, so werden also nach dem gegenwärtigen Stand der Dollarfreigaben und der noch ausstehenden Einfuhrbewilligungen die Einfuhren aus dem Dollar-Raum in der nächsten Zeit erheblich abnehmen müssen. Die bisherige Entwicklung der deutschen Ausfuhren in den Dollar-Raum eröffnet auch keine Aussichten auf eine rasche Besserung dieser Lage, da sie eher rückläufig als steigend ist. Überdies sind auch in den Monaten Januar und Februar 1952 wieder in erheblichem Umfang deutsche Ausfuhrwaren, die für Dollar-Länder bestimmt waren, über dritte Länder verkauft worden. Von der gesamten nach Dollar-Ländern gehenden Ausfuhr erbrachten auf diese Weise — soweit sich dies statistisch überhaupt erfassen läßt — im Januar 13 vH, im Februar 15 vH keine freien Dollar-Erlöse, sondern Verrechnungs-, und zwar fast ausschließlich EZU-Währungen. Um den Anreiz für derartige „Umweg-Transaktionen“ möglichst zu vermindern und den direkten Verkauf deutscher

Waren in den Dollar-Ländern zu stimulieren, ist beabsichtigt, in Kürze ein neues Verfahren einzuführen, wonach den Exporteuren auf Grund der von ihnen abgelieferten Dollar-Erlöse ein drei Monate gültiges, frei handelbares „Einfuhranrecht“ in Höhe von 40 vH des effektiven Dollarerlöses gutgeschrieben wird. Auf Grund dieses Einfuhrrechts sollen bestimmte, in einer Positiv-Liste aufgeführte Waren aus dem Dollar-Raum ohne besondere Ausschreibungen eingeführt werden dürfen. Es würde sich also um eine — allerdings nur auf lebenswichtige Einfuhrwaren und auf einen Globalbetrag beschränkte — teilweise Einfuhr liberalisierung handeln.

Im Gegensatz zu der gerade in den letzten Wochen stark eingeschränkten Lizenzausgabe für Einfuhren aus dem Dollar-Raum und aus „Sonstigen Verrechnungsländern“ ist die Lizenzausgabe für Einfuhren aus dem EZU-Raum seit Januar zwar langsam, aber kontinuierlich bis in den März hinein angestiegen. Von den Februar-Lizenzen entfielen rd. zwei Drittel, nämlich 141 Mill. \$ auf Lizenzen für liberalisierte Importwaren gemäß der neuen Freiliste der Bundesrepublik vom 8. Januar 1952. Gleichzeitig wurden im Februar liberalisierte Einkaufsermächtigungen in Höhe von 151 Mill. \$ ausgegeben. Von einem besonderen Ansturm auf die neu eröffnete Einfuhrmöglichkeit kann also keine Rede sein, vielmehr halten sich die Einfuhrdispositionen vorläufig in einem durchaus begrenzten Rahmen.

Andererseits zeigt das Verhältnis zwischen Lizenzausgabe für liberalisierte und nicht-liberalisierte Waren aber auch recht deutlich, daß die Reliberalisierung keineswegs unwirksam gewesen ist. Devisenzahlungen für liberalisierte Importe sind allerdings bis Ende Februar erst in Höhe von 43 Mill. \$ erfolgt, ein Anzeichen dafür, daß von der Ausgabe von Einfuhrbewilligungen bis zur effektiven Durchführung der Importe eine relativ lange Zeitspanne vergeht. An noch nicht ausgenutzten Genehmigungen für EZU-Importe nach dem neuen Verfahren war infolgedessen Ende Februar bereits ein Betrag von 490 Mill. \$ offen. Dazu kommen noch Genehmigungen nach dem alten Verfahren in Höhe von 377 Mill. \$, von denen allerdings ein erheblicher Teil in absehbarer Zeit ungültig werden dürfte. Bereits im Februar wurden alte Lizenzen im Betrage von 44 Mill. \$ unausgenutzt zurückgegeben, während auf Grund alter Devisenzuteilungsbestätigungen nur noch Lizenzen in Höhe von 34 Mill. \$ zur Ausgabe gelangten. Immerhin stehen gegenwärtig für EZU-Importe noch nicht ausgenutzte Einfuhrgenehmigungen in Höhe von etwa vier Monateinfuhren aus. Wenn sonach von der Lizenzseite her schon heute durchaus die Vorbedingungen für eine relativ hohe Einfuhr aus dem EZU-Raum gegeben sind, so dürfte sich der Einfuhrspielraum durch die Erhöhung des Liberalisierungssatzes auf 75 vH ab April noch weiter beachtlich erweitern.

Die Finanzierung der Anlageinvestitionen im 2. Halbjahr 1951

Der folgende Bericht beschränkt sich auf eine Darstellung der Finanzierung der Anlageinvestitionen, weil über den Umfang der Lagerinvestitionen beim gegenwärtigen Stand der Statistik eine zuverlässige Schätzung nicht möglich ist. Es muß ferner hervorgehoben werden, daß in den Anlageinvestitionen im hier gebrauchten Sinne des Wortes — analog zur Auslassung der Rüstungsinvestitionen bei derartigen Betrachtungen im Ausland — die Besatzungsinvestitionen nicht enthalten sind. Ihr Umfang ist jedoch aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Ihre endgültige Finanzierung erfolgt naturgemäß zum größten Teil über Besatzungskosten, wenngleich in den ersten Stadien die bankmäßige Vorfinanzierung eine gewisse Rolle spielen mag.

Wie die untenstehende Übersicht zeigt, war der Wert der Bruttoinvestitionen in Anlagen (ohne die Besatzungsinvestitionen) im zweiten Halbjahr 1951 mit 12,2 Mrd. DM um rd. 10 vH höher als im ersten Halbjahr. Bei den Nettoinvestitionen in Anlagen, die nach an-

nähernder Schätzung 8,3 Mrd. DM betragen, ist ungefähr die gleiche Steigerung gegenüber der ersten Jahreshälfte 1951 zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist jedoch zur Hälfte lediglich nomineller Art, denn nach Ausschaltung der Preissteigerungen war das Investitionsvolumen im zweiten Halbjahr nur um rd. 5 vH höher als im ersten Halbjahr 1951. Eine Zunahme der Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte ist saisonüblich, da vor allem die Bautätigkeit, aber auch die sonstigen Investitionen ihren jahreszeitlichen Tiefpunkt gewöhnlich im ersten Quartal erreichen und im weiteren Verlauf des Jahres dann in der Regel stark ansteigen. Im vergangenen Jahr war die Zunahme von der ersten zur zweiten Jahreshälfte sogar geringer als in den vorangegangenen Jahren. Dies hängt zum Teil damit zusammen, daß 1951 die Saisonbelebung der Bautätigkeit außerordentlich früh eingesetzt hatte, so daß schon im ersten Halbjahr ein ungewöhnlich hohes Investitionsniveau erreicht worden war. Außerdem aber stieß die weitere Ausdehnung des Investitionsvolumens im zweiten Halbjahr 1951 sichtlich auf Hindernisse.¹⁾ Der Anteil der Nettoinvestitionen am Netto-sozialprodukt ging daher von 15,5 vH in der zweiten Hälfte von 1950 wieder auf 14,5 vH im zweiten Halbjahr 1951 zurück.

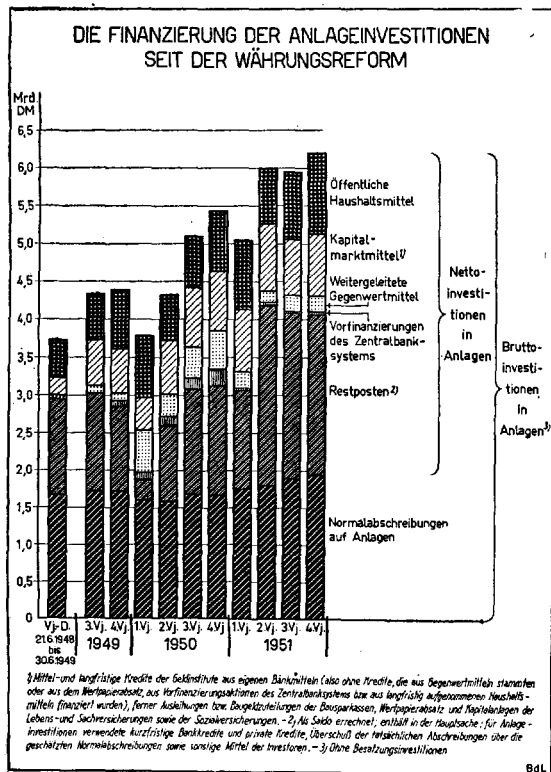
Die Gesamterzeugung und der Gesamtabsatz von Investitionsgütern aller Art wurde hiervon freilich kaum betroffen. Gerade im Berichtszeitraum hat sich der Investitionsgüterabsatz nämlich für andere Zwecke als für innerdeutsche Anlageinvestitionen stark erweitert. Dies gilt einmal für die in der obigen Berechnung nicht mit enthaltenen Investitionen für Besatzungszwecke, die von etwa 400 bis 500 Mill. DM im Jahre 1950 auf 1,3 Mrd. DM im Jahre 1951 anstiegen und vor allem den größten Teil der Zunahme der Bauproduktion bewirkt haben. Während des Jahres 1951 sind die Besatzungsinvestitionen von rd. 180 Mill. DM oder etwa 3 vH des Gesamtabsatzes an Investitionsgütern im ersten Vierteljahr auf rd. 520 Mill. DM oder fast 8 vH des Gesamtabsatzes an Investitionsgütern im vierten Vierteljahr 1951 gestiegen. Gleichzeitig hat im

Anlageinvestitionen 1950 und 1951¹⁾
in Mill. DM zu jeweiligen Preisen

	1950		1951	
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Anlageinvestitionen ohne Bauten	4 875	6 038	6 622	7 345
davon				
a) Investitionsgüter aus der Industrie zuzügl. Einfuhr, abzügl. Ausfuhr von Investitionsgütern	4 049	5 143	5 792	6 365
b) Investitionsgüter aus dem Handwerk	300	386	380	430
c) Eigeninvestitionen	526	509	450	550
2. Bauinvestitionen	3 400	4 708	4 810	5 763
Gesamte Anlageinvestition im Inland (1+2)	8 275	10 746	11 432	13 108
davon abzusetzen: Investitionen für die Besatzung	200	250	380	930
3. Brutto-Anlageinvestitionen i. e. S.	8 075	10 496	11 052	12 178
4. Ersatzinvestitionen	3 175	3 346	3 552	3 853
Nettoinvestitionen in Anlagen (3-4)				
Insgesamt	4 900	7 150	7 500	8 325
in vH des Netto-sozialprodukts zu Marktpreisen	12,2	15,5	15,2	14,5

¹⁾ Bundesrepublik ohne Westberlin.

¹⁾ Vgl. hierzu Abschnitt „Produktion, Absatz und Beschäftigung“, S. 24



Verlauf des vergangenen Jahres der Auslandsabsatz an Investitionsgütern einen erheblich höheren Anteil der Gesamterzeugung an solchen Gütern in Anspruch genommen. Die Ausfuhr von industriellen Investitionsgütern (einschl. der Ausfuhr nach Westberlin) stieg vom ersten zum zweiten Halbjahr 1951 um rd. 400 Mill. DM oder 27 vH, während der Inlandsabsatz an derartigen Investitionsgütern im gleichen Zeitraum um 600 Mill. DM oder nur 10 vH zunahm. Bei der insgesamt beschränkten Kapazität der Investitionsgüterindustrien war eine gewisse Verlangsamung in der Zunahme des innerdeutschen Investitionsvolumens sogar die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß in ausreichendem Maße Investitionsgüter für andere Zwecke, insbesondere für die Ausfuhr, zur Verfügung standen.

Für die Schätzung der Ersatzinvestitionen oder — von der Finanzierung her gesehen — Normalabschreibungen, die die Differenz zwischen den Brutto- und Netto-Anlageinvestitionen bilden, fehlt es nach wie vor an ausreichenden Unterlagen. Die in der Übersicht angegebenen Beträge können daher nur als vorläufige Annäherungswerte angesehen werden.

Über die Finanzierung der Anlageinvestitionen unterrichtet die folgende Übersicht. Die hierfür verwandten Mittel sind allerdings nur zum Teil statistisch erfaßt, und zwar — in der Hauptsache — die Mittel der öffentlichen Haushalte, ferner die von Banken und anderen Kapitalsammelstellen ausgeliehenen längerfristigen Mittel und schließlich die Erlöse aus dem Wertpapierabsatz. Die Höhe der zur Finanzierung der Anlageinvestitionen herangezogenen kurzfristigen Bankkredite ist nicht bekannt, und ebensowenig liegen Angaben über den Umfang der Selbstfinanzierung und die nicht über die öffentlichen Haushalte oder die Banken geleiteten Fremdfinanzierungsmittel vor. Wie die Übersicht zeigt, machen die in ihrer Größe und Zusammensetzung einigermaßen exakt erfaßbaren Finanzierungsmittel etwa die Hälfte des gesamten Finanzierungsbetrages aus. Die übrigen, im einzelnen nicht näher analysierbaren Mittel sind lediglich als Restposten ermittelt worden, und zwar als Saldo aus den — güterwirtschaftlich berechneten — Nettoinvestitionen in Anlagen und der Summe der statistisch nachweisbaren Finanzierungsmittel.

Bei der Ermittlung der verschiedenen Finanzierungsbeiträge ist unterstellt worden, daß die längerfristigen Finanzierungsmittel in vollem Umfang zur Durchführung von Anlageinvestitionen verwendet werden. Diese Annahme entspricht selbstverständlich nicht in allen Fällen der Wirklichkeit. Ein Teil der langfristigen Finanzierungsmittel kann auch zur Anreicherung der Betriebsmittel und vereinzelt sogar zur Konsumfinanzierung gedient haben, wie andererseits infolgedessen vielleicht kurzfristige Bankkredite über den in dem oben erwähnten Restposten enthaltenen Betrag hinaus zur Finanzierung von Anlageinvestitionen verwendet worden sein dürften. Trotz dieser möglichen kleineren Verschiebungen verliert aber die Gegenüberstellung der Anlageinvestitionen der gesamten Volkswirtschaft und der gleichzeitig aufgekommenen längerfristigen Finanzierungsmittel nichts von ihrem Wert.

Die statistisch erfaßbaren Finanzierungsbeträge wurden nach Möglichkeit derjenigen Quelle zugeordnet, aus der sie wirklich stammen. So wurden beispielsweise die Wertpapierkäufe der Versicherungen der Position „Kapitalanla-

Die Finanzierung der Anlageinvestitionen seit der Währungsreform¹⁾

Finanzierungsmittel	21. 6. 48 bis 30. 6. 49	2. Halbj. 1949	1. Halbj. 1950	2. Halbj. 1950	1. Halbj. 1951	2. Halbj. 1951	21. 6. 48 bis 30. 6. 49	2. Halbj. 1949	1. Halbj. 1950	2. Halbj. 1950	1. Halbj. 1951	2. Halbj. 1951
	Mill. DM						vH der Netto-Anlageinvestitionen					
1) Öffentliche Haushaltsmittel	1 950	1 370	1 411	1 459	1 646	1 958	23,7	26,0	28,8	20,4	21,9	23,5
2) Kapitalmarktmittel davon:	990	1 197	1 127	1 568	1 707	1 548	12,0	22,7	23,0	21,9	22,8	18,6
a) aus Bankmitteln stammende langfristige Kredite ²⁾	220	429	551	663	846	471	2,7	8,1	11,2	9,3	11,3	5,6
b) Ausleihungen bzw. Baugeldzuteilungen der Bausparkassen ³⁾	76	86	180	286	201	167	0,9	1,6	3,7	4,0	2,7	2,0
c) Wertpapierabsatz (zur Vermeidung von Doppelzählungen: ohne Unterbringung bei öffentlichen Haushalten und bei Versicherungen)	260	190	147	200	190	180	3,2	3,6	3,0	2,8	2,5	2,2
d) Kapitalanlagen der Lebens- und Sachversicherungen	274	242	171	243	230 ⁴⁾	240 ⁴⁾	3,3	4,6	3,5	3,4	3,1	2,9
e) Kapitalanlagen der Sozialversicherungen	160	250	78	176	240	490 ⁴⁾	1,9	4,8	1,6	2,4	3,2	5,9
3) Weitergeleitete Gegenwertmittel	179	199	858	913	364	441	2,2	3,8	17,5	12,8	4,9	5,3
Summe 1 bis 3	3 119	2 766	3 396	3 940	3 717	3 947	37,9	52,5	69,3	55,1	49,6	47,4
4) Vorfinanzierung des Zentralbanksystems	—	71	220	366	86	58	—	1,3	4,5	5,1	1,1	0,7
5) Restposten (als Saldo errechnet) ⁴⁾	5 106	2 438	1 284	2 844	3 697	4 320	62,1	46,2	26,2	39,8	49,3	51,9
Summe 1 bis 5: Gesamte Finanzierung der Netto-Anlageinvestitionen	8 225	5 275	4 900	7 150	7 500	8 325	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
6) Normalabschreibungen auf Anlagen	6 619	3 415	3 175	3 346	3 552	3 853						
Summe 1 bis 6: Gesamte Finanzierung der Brutto-Anlageinvestitionen	14 844	8 690	8 075	10 496	11 052	12 178						

¹⁾ Gegenüber früheren Veröffentlichungen teilweise revidierte Zahlen. Insbesondere wurden bei der Berechnung der Anlageinvestitionen, der aus Bankmitteln stammenden langfristigen Kredite sowie des Wertpapierabsatzes methodische Verbesserungen vorgenommen, die durch Vollständigkeit der statistischen Unterlagen möglich wurden. — ²⁾ Position der Bankenstatistik „Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken“ abzüglich: durch Banken verteilte Gegenwertmittel (s. Pos. 3), Absatz von Bankschuldverschreibungen (enthalten in Pos. 2c), Vorfinanzierungskredite des Zentralbanksystems (s. Pos. 4), über Banken geleitete öffentliche Haushaltsmittel (enthalten in Pos. 1). — ³⁾ Ohne Ausleihungen, die aus Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems ermöglicht wurden (und infolgedessen bereits in Pos. 4 enthalten sind). — ⁴⁾ Über die Zusammensetzung des Restpostens vgl. S. 47 f. — *) Vorläufige Schätzung.

gen der Versicherungen“ zugerechnet und nicht der Position „Wertpapierabsatz“. Entsprechend wurden als „Öffentliche Haushaltsmittel“ diejenigen Investitionsaufwendungen registriert, die tatsächlich aus regulären Haushaltsmitteln stammen ohne Rücksicht darauf, ob sie von den Haushalten direkt zur Verfügung gestellt oder als durchlaufende Kredite über Banken geleitet wurden oder gar auf dem Umweg über zweckgebundene Pfandbriefkäufe öffentlicher Haushalte zu den Emittenten geflossen und von diesen an die vorgesehenen Empfänger wei-

tergeleitet worden sind. Umgekehrt wurden Investitionen der öffentlichen Haushalte, die nicht aus regulären Haushaltsmitteln, sondern etwa aus aufgenommenen langfristigen Bankkrediten gedeckt wurden, der Position „Langfristige Bankkredite“ zugerechnet. Allerdings wurde bei dieser Zurechnung der Finanzierungsbeiträge nicht immer bis zur letzten Quelle, etwa z. B. bis zur Spartätigkeit der einzelnen Einkommensbezieher, zurückgegangen, da es hier darauf ankam zu zeigen, welche Stellen die Mittel den Investoren wirklich zur Verfügung gestellt haben und in wel-

cher Höhe. Infolgedessen sind in den Fällen, in denen mehrere Institutionen zwischen Sparer und Investor geschaltet waren, die Finanzierungsbeiträge derjenigen Kapitalsammelstelle zugeordnet worden, die als der eigentliche Kapitalgeber gelten kann.

An öffentlichen Haushaltsmitteln sind im zweiten Halbjahr rd. 1,96 Mrd. DM für Anlageinvestitionen zur Verfügung gestellt worden, ein höherer Betrag als im ganzen ersten Jahr nach der Währungsreform, wenn auch der Anteil dieser Mittel an der Finanzierung der Nettoinvestitionen mit knapp 24 vH nur etwa ebenso hoch wie in der Zeit von Mitte 1948 bis Mitte 1949 war. Vom Gesamtbetrag von 1,96 Mrd. DM entfielen rd. 0,89 Mrd. DM auf das dritte und rd. 1,07 Mrd. DM auf das vierte Vierteljahr, in dem damit der bisher höchste Vierteljahresbeitrag der öffentlichen Haushalte zur Investitionsfinanzierung geleistet wurde. An der Aufbringung der Mittel, von denen der größere Teil dem Wohnungsbau zugeflossen sein dürfte, waren der Bund mit 15 vH, die Länder mit 39 vH, die Gemeinden mit 26 vH und die Soforthilfebehörden mit 20 vH beteiligt. Die Eingänge aus Umstellungsgrundschulden sind zum größeren Teil in den Ländermitteln und zum kleineren in den Investitionsbeiträgen der Soforthilfebehörden enthalten.

Neben den genannten Investitionen aus Haushaltsmitteln sind im zweiten Halbjahr 1951 über die Haushalte noch fast eine halbe Milliarde DM für Investitionen bereitgestellt worden, die aus aufgenommenen Krediten stammen, und zwar etwa zur Hälfte aus kurzfristigen und zur Hälfte aus langfristigen Krediten. Wie oben bereits angedeutet wurde, sind diese Mittel in der Übersicht über die Finanzierung der Anlageinvestitionen unter denjenigen Quellen aufgeführt, aus denen sie letztlich geflossen sind. Die von den öffentlichen Haushalten langfristig aufgenommenen Investitionsmittel wurden hauptsächlich in der Position 1 a) „aus Bankmitteln stammende langfristige Kredite“ und teils auch, soweit es sich um Mittelbeschaffung durch Wertpapieremissionen handelte (z. B. die Prämienschatzanweisungen des Bundes, die sog. „Baby-Bonds“), in der Position 2 c) „Wertpapierabsatz“ nachgewiesen. Die kurzfristig aufgenommenen Mittel, die von den öffentlichen Haushalten für

Investitionszwecke verwendet wurden, sind zusammen mit den übrigen für die Investitionsfinanzierung verwandten kurzfristigen Mitteln in dem in der Übersicht unter Ziffer 5 ausgewiesenen Restposten enthalten.

Die in der Tabelle als „Kapitalmarkt-mittel“ zusammengefaßten Finanzierungsbeiträge waren im zweiten Halbjahr anteilmäßig von geringerer Bedeutung als in der ersten Jahreshälfte. Sie machten nur knapp 19 vH der Nettoinvestitionen aus gegenüber fast 23 vH im ersten Halbjahr. Der Rückgang beruht vor allem auf der geringeren Bereitstellung von „aus Bankmitteln stammenden langfristigen Krediten“ (Pos. 2 a), worunter alle mittel- und langfristigen Bankkredite verstanden werden, die nicht auf dem Einsatz von Gegenwertmitteln, dem Wertpapierabsatz, den Vorfinanzierungskrediten des Zentralbanksystems und öffentlichen Haushaltsmitteln beruhen und demgemäß in der — möglichst nach letzten Finanzierungsquellen gegliederten — Übersicht unter diesen Positionen erscheinen. Es verbleiben in der oben erwähnten Position somit nur diejenigen längerfristigen Bankkredite, die aus allgemeinen Bankmitteln wie Spareinlagen, aufgenommenen Darlehen (außer denen bei öffentlichen Haushalten aufgenommenen, die in der Position „Öffentliche Haushaltsmittel“ erscheinen), und aus Termin- oder gar Sichteinlagen bzw. aus eigenen Mitteln der Banken gewährt wurden.

Normalerweise stellt der Spareinlagenzuwachs die bedeutendste Quelle dieser länger-

Die Spartätigkeit bei Geldinstituten
und Bausparkassen im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Gesamt	davon	
		Zunahme der Spareinlagen bei Geldinstituten ¹⁾	Spareinzahlungen bei Bausparkassen
1949 3. Vierteljahr	+ 265	+ 225	+ 40
4. „	+ 352	+ 285	+ 67
1950 1. Vierteljahr	+ 503	+ 425	+ 83
2. „	+ 435	+ 323	+ 112
3. „	+ 187	+ 65	+ 122
4. „	+ 305	+ 175	+ 130
1951 1. Vierteljahr	+ 97	+ 3	+ 94
2. „	+ 206	+ 125	+ 81
3. „	+ 330	+ 246	+ 84
4. „	+ 651	+ 508	+ 143
1952 Januar	.	+ 211	.
Februar	.	+ 190 ²⁾	.

¹⁾ Ohne Zugänge aus der Umstellung, aber einschl. Zinsgutschriften. — ²⁾ Geschätzt.

fristigen Kredite aus Bankmitteln dar. Im Jahre 1951 war das weder im ersten noch im zweiten Halbjahr der Fall. Wie die obenstehende Tabelle zeigt, wiesen die Geldinstitute im dritten und vor allem im vierten Vierteljahr 1951 nach der nur geringen Spartätigkeit in der ersten Jahreshälfte zwar wieder nicht unbeträchtliche Einzahlungüberschüsse im Sparverkehr auf. Aber einmal lag die Spitze dieser Überschüsse erst im Dezember, so daß die Mittel bis zum Jahresende nur zu einem kleinen Teil der langfristigen Anlage zugeführt werden konnten, und sodann haben die Banken das Aufkommen an längerfristig einsetzbaren Mitteln während des zweiten Halbjahres offenbar in bedeutendem Umfang zur Liquiditätsmäßigen Sicherung ihrer im ersten Halbjahr gegebenen längerfristigen Kredite verwendet, die bekanntlich zu einem erheblichen Teil über das Aufkommen an entsprechend terminierten Mitteln hinausgegangen waren. Der kräftige Anstieg der Spareinlagen im Dezember vorigen Jahres wird aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß auch die langfristigen Kredite aus Bankmitteln in Zukunft wieder stärker fließen werden. In den Kreditzusagen der Kapitalsammelstellen für den Wohnungsbau, die im vierten Quartal 1951 nicht nur bedeutend höher waren als im gleichen Zeitraum 1950, sondern im Gegensatz zur üblichen Saisonentwicklung sogar höher als die gleichzeitigen Auszahlungen von Krediten, kommt dieser aufwärts gerichtete Trend bereits deutlich zum Ausdruck.

Der Investitionsbeitrag der Bausparkassen, der von der Währungsreform bis Ende 1950 ständig gewachsen war, ist im Laufe des Jahres 1951 bedeutend zurückgegangen. Zweifellos steht diese Entwicklung in engem Zusammenhang mit den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten seit Ausbruch des Korea-Konflikts, welche der privaten Spartätigkeit wenig günstig waren. Wie die Tabelle über die Geschäftstätigkeit der Bausparkassen zeigt, hatte zwar das Halbjahr nach Beginn des Korea-Konflikts, also das zweite Halbjahr 1950, den bisher höchsten Sparzugang bei den Bausparkassen gebracht; dabei ist aber die Eigenart des Bausparens zu beachten, bei dem sich der Sparer in der Regel zu bestimmten Sparleistungen verpflichtet, die vielfach nicht sogleich reduziert werden können. Der Rückgang der Bauspareinzahlungen ist daher mit einer gewissen

Verzögerung erst im Jahre 1951 eingetreten. Aber auch beim Bausparen ist der zunächst zu beobachtende Rückgang der Spareinzahlungen, ähnlich wie beim Kontensparen, seit Mitte des Jahres einer erst mäßigen, gegen Jahresende jedoch recht lebhaften Besserung der Spartätigkeit gewichen. Im vierten Vierteljahr erreichte das

Die Geschäftstätigkeit der Bausparkassen
im Bundesgebiet
in Mill. DM

Zeit	Bausparkassen insgesamt		davon			
	Sparaufkommen	Darlehen bzw. Baugeldzuteilungen und Zwischenfinanzierungen ¹⁾	Sparaufkommen	Darlehen und Zwischenfinanzierungen ¹⁾	Sparaufkommen	Baugeldzuteilungen und Zwischenfinanzierungen ¹⁾
1948						
2. Halbj.	16,3	37,7	3,6	18,7	12,7	19,0
1949						
1. Vj.	15,8	21,8	3,3	6,3	12,5	15,5
2. "	24,9	16,5	8,7	7,4	16,2	9,1
3. "	40,2	36,5	16,5	16,3	23,7	20,2
4. "	66,7	53,5	31,10	27,8	35,7	25,7
1950						
1. Vj.	82,9	68,6	37,6	22,2	45,3	46,4
2. "	112,1	117,6	56,3	44,6	55,8	73,0
3. "	121,9	158,4	57,9	73,7	64,0	84,7
4. "	129,5	130,3	59,5	69,1	70,0	61,2
1951						
1. Vj.	93,9	100,4	34,7	39,3	59,2	61,1
2. "	80,7	101,3	34,5	57,4	46,2	43,9
3. "	83,9	76,8	25,4	40,2	58,5	36,6
4. "	143,4	89,7	69,8	44,6	73,6	45,1

¹⁾ Im Gegensatz zur Finanzierungsübersicht auf S. 42 hier einschl. Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems. — Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen sowie Verband der privaten Bausparkassen.

Bausparaufkommen mit 143 Mill. DM sogar einen neuen Höchststand. Dieses erfreuliche Ergebnis wird sich aber erst in den folgenden Quartalen in höheren Darlehen bzw. Baugeldzuteilungen niederschlagen.

Beim Wertpapiersparen war 1951, sofern man lediglich die Höhe der insgesamt untergebrachten Beträge in Rechnung stellt, ein bedeutender Aufschwung festzustellen. Aber dieses Ergebnis beruht zum überwiegenden Teil nicht auf einem Mehrabsatz bei den einzelnen Sparern oder bei den privaten Kapitalsammelstellen, sondern lediglich auf einer stärkeren Einschaltung des Wertpapiers bei der Weiterleitung öffentlicher Mittel für Investitionszwecke. Öffentliche Stellen ziehen es nämlich seit einiger Zeit in wachsendem Maße vor, besonders ihre für den Wohnungsbau bestimmten Mittel nicht direkt

Der Wertpapierabsatz seit Anfang Juli 1948¹⁾
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien zusammen
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Industrieobligationen	Schuldverschreibungen von Kreditinstituten	Öffentliche Anleihen	Insgesamt		
1948 3. Vierteljahr	0,3	—	—	—	—	0,3	—	0,3
4. „	6,0	2,3	10,0	—	—	18,3	0,5	18,8
1949 1. Vierteljahr	47,9	2,9	32,0	—	—	82,8	13,6	96,4
2. „	55,4	6,7	23,0	—	64,0	149,1	15,0	164,1
3. „	50,6	9,6	29,1	1,5	26,4	117,2	8,5	125,7
4. „	47,2	13,8	11,6	18,4	20,0	111,0	4,2	115,2
1950 1. Vierteljahr	58,8	9,4	8,1	14,8	25,0	116,1	7,1	123,1
2. „	45,6	18,3	6,6	2,3	15,6	88,4	12,7	101,1
3. „	51,5	33,7	23,2	16,0	6,6	131,0	8,7	139,7
4. „	54,8	37,9	15,2	3,1	9,9	120,9	24,6	145,6
1951 1. Vierteljahr	56,3	53,7	7,3	0,6	9,2	127,1	21,3	148,5
2. „	96,9	34,7	13,7	0,3	5,0	150,6	72,0	222,4
3. „	148,2	35,7	13,3	0,9	4,7	202,8	29,3	232,1
4. „	166,6	34,8	27,5	0,2	38,0	267,1	47,6	314,7
Anfang Juli 1948 bis Ende Dezember 1951	886,1	293,5	220,6 ²⁾	58,1	224,4	1 682,7	265,1	1 947,8

¹⁾ Nur Unterbringung von Neuemissionen; nach Ausschaltung gewisser Großzeichnungen, bei denen die Übernahme der Anleihe erkennbar lediglich der Sicherung schon vorher gewährter Darlehen diente (410 Mill. DM der Reichsbahnleihe und 60 Mill. DM der 5 1/2% KfW-Anleihe). — Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen beruhen auf nachträglichen Korrekturmeldungen. — ²⁾ Hiervon 30 Mill. DM Wandelschuldverschreibungen.

den betreffenden Investoren zur Verfügung zu stellen, sondern durch den Erwerb von „zweckgebundenen“ Pfandbriefen die betreffenden Mittel einer Bank zuzuleiten mit der Auflage, die Erlöse aus dem Pfandbriefkauf an bestimmte Investoren auszuleihen. Dieses Verfahren hat gegenüber der direkten Darlehenshingabe den Vorteil, daß sich die öffentlichen Stellen nicht mit der Verwaltung der Kredite zu befassen haben und daß sie dabei außerdem ein — meistens allerdings erst nach einer gewissen Sperrfrist — liquidierbares Wertpapier erhalten. Der Absatz von Wertpapieren bei privaten Sparern und bei privaten Kapitalsammelstellen und anderen Unternehmungen blieb dagegen nach wie vor bescheiden. Eine Ausnahme bilden lediglich die Absatzziffern der — an sich (hauptsächlich aus steuerlichen Gründen) freilich noch immer geringfügigen — Aktienemissionen, die in der Regel schon vor einer offiziellen Auflegung untergebracht werden, und der Absatz der seit einiger Zeit in den Vordergrund rückenden Wandelschuldverschreibungen.

Schaltet man zur Vermeidung von Doppelzählungen denjenigen Teil des Wertpapierabsatzes aus, der in der Übersicht über die Investitionsfinanzierung bereits in anderen Positionen enthalten ist, nämlich in den Kapitalanlagen der Lebens- und Sachversicherungen und der Sozialversicherungen sowie in den öffent-

lichen Haushaltsmitteln, so ergeben sich die in der Finanzierungsübersicht als „Wertpapierabsatz“ bezeichneten Beträge. Bei der Beurteilung dieser Position ist zu berücksichtigen, daß auch ein Teil des Wertpapierabsatzes bei öffentlichen Stellen sowie bei Versicherungen durchaus als „normale“ Wertpapierunterbringung anzusehen ist, so daß die in der Tabelle genannten Beträge nichts über die Attraktivität des Wertpapiers im allgemeinen besagen, sondern lediglich den geringen Absatz beim privaten Publikum beleuchten. Durch den Verkauf von Wertpapieren an private Käufer wurden im Jahre 1951 nur etwa 2,5 vH der für die Nettoinvestitionen in Anlagen benötigten Mittel aufgebracht. Allerdings liegen genauere Unterlagen über die Gliederung des Wertpapierabsatzes nach Käufern erst seit Juni 1951 vor, so daß die Angaben über den Wertpapierabsatz in den früheren Zeitabschnitten (vgl. Finanzierungsübersicht S. 42 Pos. 2c) wegen der Schwierigkeiten bei der Ausschaltung von Doppelzählungen teilweise auf Schätzungen beruhen und möglicherweise überhöht sind.

Hinsichtlich der Kapitalanlagen der Lebens- und Sachversicherungen liegen für das Jahr 1951 erst Teilergebnisse vor. Die in der Investitionsübersicht für dieses Jahr genannten Beträge — 230 Mill. DM im ersten und 240 Mill. DM im zweiten Halbjahr — sind vorläufige Schätzungen auf Grund der Kapitalanlagen der

Vermögensanlagen der Lebensversicherungsunternehmen im Bundesgebiet¹⁾
 Zugang und Abgang vom 1. 7. 1950 bis 30. 9. 1951
 in Mill. DM

Berichtszeit	Gesamter Zugang ²⁾ (Sp. 2 bis Sp. 6)	Zugang					Gesamter Abgang ³⁾	Netto-Zugang (Sp. 1 minus Sp. 7)
		Grundstücke und Gebäude	Hypothekendarlehen ⁴⁾	Schuldscheinforderungen und Darlehen ⁵⁾	Wertpapiere	Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine ⁶⁾		
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950 3. Vierteljahr	112,2	16,4	42,1	28,3	18,4	7,0	12,3	99,9
4. Vierteljahr	135,8	20,1	52,8	38,4	16,5	8,0	16,6	119,2
2. Halbjahr	248,0	36,5	94,9	66,7	34,9	15,0	28,9	219,1
1951 1. Vierteljahr	112,6	12,5	43,0	28,4	18,5	10,2	17,2	95,4
2. Vierteljahr	126,5	15,6	48,8	33,8	17,3	11,0	21,9	104,6
1. Halbjahr	239,1	28,1	91,8	62,2	35,8	21,2	39,1	200,0
3. Vierteljahr	122,5	14,2	48,4	37,0	10,1	12,8	19,4	103,1

Quelle: Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen i. Abw. — ¹⁾ Zusammengestellt nach den Berichten von 91 Lebensversicherungsunternehmen zur Vermögensanlagenstatistik. — ²⁾ Anschaffungswert. — ³⁾ Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen. — ⁴⁾ Schuldscheinforderungen und Darlehen an den Bund und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, an öffentliche Unternehmungen, Industrieunternehmungen sowie an Geld- und Kreditinstitute. — ⁵⁾ Einschl. Darlehen auf Versicherungsscheine. — ⁶⁾ Teilweise geschätzt.

Lebensversicherungen, deren Umfang und Zusammensetzung in den ersten drei Vierteljahren 1951 aus der obenstehenden Tabelle ersichtlich sind. Daraus ergibt sich, daß das Versicherungssparen von den politischen Ereignissen weniger berührt worden ist als die anderen Sparformen. Der verhältnismäßig geringe Rückgriff auf die Lebensversicherungen durch Vorauszahlungen und Darlehen auf Versicherungsscheine (vgl. Spalte 6 der Übersicht) zeigt ferner, daß die Mitte 1951 erfolgte Aufhebung des Beleihungsstopps bisher nur zu einer unwesentlichen Belastung der Versicherungen geführt hat.

Die Kapitalanlagen der Sozialversicherungen sind im Jahre 1951 weiter stark gestiegen. Mit ihnen sind im zweiten Halbjahr 1951 fast 6 vH der Nettoinvestitionen in Anlagen finanziert worden gegenüber rd. 3 vH in der ersten Jahreshälfte. Der größere Teil der Kapitalanlagen entfiel auf die Rentenversicherungen, insbesondere auf die Invalidenversicherung, der Rest fast ausschließlich auf die Arbeitslosenversicherung, die trotz der seit Anfang April erhöhten Unterstützungssätze bis zum November einschließlich bedeutende Überschüsse erzielt hat. Bei den Rentenversicherungen wurden dagegen die hohen Kapitalanlagen nicht durch echte Überschüsse, sondern durch die Zuschüsse des Bundes ermöglicht, die erheblich höher waren als die Defizite, die sich bei einer Gegenüberstellung der Ausgaben der Rentenversicherungen mit ihren eigenen Einnahmen ergeben hätten.

Aus Gegenwertmitteln sind im zweiten Halbjahr 1951 441 Mill. DM für Investitionen zur Verfügung gestellt worden gegenüber 364 Mill. DM in der ersten Jahreshälfte. Der Anteil dieser Mittel an der Finanzierung der Nettoinvestitionen in Anlagen machte in beiden Halbjahren jeweils rd. 5 vH aus gegen etwa 15 vH im Jahre 1950. Die Eingänge auf den Gegenwertkonten sind seit dem zweiten Vierteljahr 1951, in dem sie 626 Mill. DM betragen, im Zuge des allmählichen Auslaufens der Marshallplanhilfe stark zurückgegangen. Sie erreichte im dritten Vierteljahr 479 Mill. DM und im vierten nur noch 300 Mill. DM. Daß die Ausleihungen — bzw. Zuschüsse — aus Gegenwertmitteln für Investitionen noch nicht der Entwicklung entsprechend geschrumpft, sondern in der zweiten Jahreshälfte gegenüber der ersten sogar noch etwas gestiegen sind, liegt einmal an dem Vorhandensein eines gewissen Polsters bisher noch nicht abgerufener Mittel und zum andern daran, daß im zweiten Halbjahr eine höhere Quote der Gesamtauszahlungen aus Gegenwertmitteln für Investitionen bereitgestellt wurde als im ersten Halbjahr, in dem die Unterstützungszahlungen an Berlin und der DM-Bedarf der US-Hochkommission einen bedeutenden Teil der verfügbaren Gegenwertmittel in Anspruch nahmen.

Aus den bisher genannten Finanzierungsquellen, also aus öffentlichen Haushaltsmitteln und Kapitalmarktmitteln sowie Gegenwertmitteln,

sind im zweiten Halbjahr 1951 etwa 47 vH der Nettoinvestitionen in Anlagen, nämlich rd. 3,95 Mrd. DM, finanziert worden. Im ersten Halbjahr 1951 hatte der Anteil dieser Mittel nahezu 50 vH und im zweiten Halbjahr 1950 — bei fast gleichem absolutem Betrag wie im zweiten Halbjahr 1951 — sogar 55 vH betragen. Die Bereitstellung längerfristiger Fremdmittel ist somit, zumindest soweit diese statistisch erfaßt werden konnten, weiter hinter dem Anstieg der Nettoinvestitionen in Anlagen zurückgeblieben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß, wie schon oben erwähnt, das verhältnismäßig magere Ergebnis der Bereitstellung längerfristiger Fremdmittel im zweiten Halbjahr teilweise nur eine in bankpolitischer Hinsicht durchaus gesunde Reaktion auf den vorangegangenen übermäßigen Einsatz kurzfristiger Bankmittel zur Erfüllung früher gegebener Darlehenszusagen darstellt und insoweit vorübergehender Natur ist und daß ferner die Spartätigkeit gegen Jahresende 1951 so bedeutend zugenommen hat, daß daraufhin ein Anstieg der Bereitstellung langfristiger Mittel mindestens bei einigen Finanzierungsquellen erwartet werden kann.

Die Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems, die auf den Zusagen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramms vom Frühjahr 1950 sowie des Investitionsprogramms der Grundstoffindustrien (Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft) beruhen, haben im Jahre 1951 nur noch eine sehr geringe Rolle gespielt. Seit Ende November 1951 sind überdies per Saldo keine neuen Vorfinanzierungsmittel mehr bereitgestellt worden, so daß nunmehr diese Quelle der Investitionsfinanzierung, aus der 1950 rd. 5 vH der für die Nettoinvestitionen benötigten Mittel geflossen sind, versiegt ist.

Der Restposten zwischen dem Wert der gesamten Nettoinvestitionen in Anlagen einerseits und der Summe der statistisch erfaßbaren Finanzierungsmittel (öffentliche Haushaltsmittel, Kapitalmarktmittel, Gegenwertmittel und Vorfinanzierungen des Zentralbanksystems) andererseits machte im ersten Halbjahr 1951 rd. 3,7 Mrd. DM bzw. etwa 49 vH der Nettoinvestitionen aus und im zweiten Halbjahr rd. 4,3 Mrd. DM bzw. 52 vH. Die Zusammensetzung dieses Differenzbetrages entzieht sich beim gegenwärtigen

Stand der Statistik einer exakten Ermittlung. Im Rahmen des Restpostens spielen zunächst die als Vor- oder Zwischenfinanzierung von Anlagevorhaben gegebenen kurzfristigen Bankkredite eine erhebliche, wenn auch zahlenmäßig nicht nachweisbare Rolle. Das kurzfristige Kreditvolumen ist in der zweiten Jahreshälfte 1951 beträchtlich ausgeweitet worden; allein die an Wirtschaftsunternehmungen und Private gewährten Kredite sind um rd. 2,1 Mrd. DM gewachsen. Es ist anzunehmen, daß ein gewisser Teil dieser Kredite direkt oder indirekt zur Finanzierung von Anlageinvestitionen beigetragen hat. Ferner sind in dem Restposten diejenigen Mittel enthalten, die nach § 7 c und 7 d des Einkommensteuergesetzes für den Wohnungsbau bzw. für den Schiffbau gegeben worden sind und für die Steuerbegünstigung insofern gewährt wird, als sie im Jahr der Auszahlung von den zu versteuernden Einkünften abgesetzt werden können. Schließlich fallen darunter auch alle sonstigen Kredite und Zuschüsse, die von Privaten sowie von anderen privaten Unternehmungen oder Investoren für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt wurden, z. B. Baukostenzuschüsse für Wohnbauten.

Daneben ist sicher ein wesentlicher Teil der Neuanlagen aus Mitteln finanziert worden, die innerhalb der Unternehmungen zur Verfügung standen, also durch die sogen. Selbstfinanzierung im weitesten Sinne. Hierbei handelt es sich jedoch nicht nur um Beträge, die in den Bilanzen der Unternehmungen als Gewinne ausgewiesen werden. Soweit z. B. die tatsächlichen Abschreibungen über die geschätzten Normalabschreibungen hinausgehen, was insbesondere im Zusammenhang mit den im Vorjahr noch gültigen steuerlichen Abschreibungsvergünstigungen recht häufig der Fall gewesen sein dürfte, werden Mittel für Investitionen verfügbar, die zunächst nicht als Gewinne erscheinen, sondern höchstens erst in der Zukunft infolge der dann entsprechend niedrigeren tatsächlichen Abschreibungen als Gewinne in die Bilanz eingehen werden. Einen weiteren bedeutenden Teil der innerhalb der Unternehmungen verfügbaren Investitionsmittel dürften die Steuerrückstellungen darstellen, die bis zur Abführung an das Finanzamt meistens von den Unternehmungen zur Finanzierung von Betriebsausgaben mit herangezogen

werden. Allerdings steht hierfür im allgemeinen nur der jeweilige Nettozuwachs an derartigen Rückstellungen zur Verfügung. Dieser dürfte jedoch im vergangenen Jahr angesichts der sehr starken Zunahme der steuerlichen Verpflichtungen der Unternehmungen im Zusammenhang mit der zeitlich meist erheblich nachhinkenden Abführung der Körperschaft- und Veranlagten Einkommensteuer beträchtlich gewesen sein. In der Regel werden derartige vorübergehend verfügbare Finanzierungsmittel aber wohl nur als Betriebsmittel und nicht für die Finanzierung langfristiger Investitionen zum Einsatz kommen.

Schließlich finden in dem Restposten auch die verschiedenen Schätzungsfehler, die sowohl in den für die Anlageinvestitionen und die Normalabschreibungen als auch in den für manche Finanzierungsquellen ermittelten Größen stecken können, ihren Niederschlag. Da die zahlreichen Komponenten dieses Restpostens statistisch bisher noch nicht erfaßbar sind, läßt sich weder aus der absoluten Höhe noch aus der Bewegung dieses Betrages ein Schluß auf die Entwicklung einzelner Teile dieser Position, etwa der Gewinne der Unternehmungen oder der daraus vorgenommenen Selbstfinanzierung, ziehen.

Die Entwicklung der Kredite, der Einlagen und des Refinanzierungsbetrages bei den einzelnen Gruppen des westdeutschen Bankensystems in den Jahren 1950 und 1951

Die folgende Untersuchung soll einen Einblick in die unterschiedliche Entwicklung des kurzfristigen Kredit- und Einlagengeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen seit Ende 1949 vermitteln und damit Fakten klarstellen, die bei einer Betrachtung lediglich der statistischen Gesamtziffern nicht ohne weiteres ersichtlich werden. Freilich ist dabei zu beachten, daß auch innerhalb der für statistische Zwecke gebildeten Gruppen von Banken teilweise erhebliche Strukturunterschiede bestehen und sich schon aus diesem Grunde bei einer Aufgliederung der Gruppenciffern weitere Entwicklungsunterschiede ergeben würden. Eine verhältnismäßig weitgehende Einheitlichkeit der Geschäftsstruktur ist am ehesten bei den Nachfolgeinstituten der Großbanken sowie den gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften gegeben. Schon bei den Sparkassen sind beachtliche Strukturunterschiede insofern vorhanden, als zumindest die größeren Sparkassen in ihrer bankgeschäftlichen Betätigung den Kreditbanken nahe kommen. Die Gruppe der Staats-, Regional- und Lokalbanken umfaßt dagegen Kreditinstitute mit stärker differenzierter Geschäftsstruktur. Neben regionalen Kreditbanken, die hauptsächlich kurzfristige Kreditgeschäfte mit Wirtschaftsunternehmungen und Privaten tätigen, umfaßt diese Gruppe Banken, die sowohl kurz- als auch langfristige Kredite geben (z. B. die gemischten Hypothekenbanken in Bayern) und außerdem die noch bestehenden Staatsbanken, deren Geschäftsstruktur wiederum andere spezifische Merkmale aufweist. Ähnliches gilt für die Gruppe der Privatbankiers, in der teils kreditbankähnliche Institute, teils reine Akzepthäuser ohne wesentliches Einlagengeschäft zusammengefaßt sind.

Die vorgenannten sechs Bankengruppen bilden den Gegenstand der Untersuchung. Nicht in die Untersuchung einbezogen wurden dagegen die Girozentralen sowie die genossenschaftlichen Zentralinstitute (gewerbliche und ländliche Zen-

tralkassen). Sie sind insofern mit den übrigen Bankengruppen nur schwer vergleichbar, als sie einen großen Teil ihrer Geschäfte mit den ihnen angeschlossenen Instituten betreiben. Aus diesem Grunde wird auch ihr Bedarf an Refinanzierungsmitteln überwiegend von anderen Faktoren bestimmt als der anderer Bankengruppen. Übrigens unterliegt, wie sich aus den Tabellen 1 und 2 ergibt, der Anteil der Girozentralen und Zentralkassen an der Summe der kurzfristigen Kredite an Nichtbanken und der Sicht- und Termineinlagen während des Berichtszeitraums keinen erheblichen Schwankungen, so daß das gewählte Verfahren auch methodisch unbedenklich ist.

Im folgenden wird zunächst in Abschnitt I die Entwicklung des kurzfristigen Aktivkreditgeschäfts seit Ende 1949 und anschließend in Abschnitt II die der Sicht- und Termineinlagen dargestellt. Es wird sich ergeben, daß das Verhältnis dieser beiden Größen bei der Mehrzahl der Bankengruppen zur Erklärung der Entwicklung des Refinanzierungsbetrages, die in Abschnitt III behandelt wird, ausreicht. Nur in besonders gelagerten Fällen, vor allem bei den Sparkassen, wird auf einen weiteren Bestimmungsgrund des Refinanzierungsbedarfs, nämlich das Verhältnis der langfristigen Ausleihungen zu dem Aufkommen an längerfristig verfügbaren Deckungsmitteln hinzuweisen sein, das im übrigen nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung bildet.

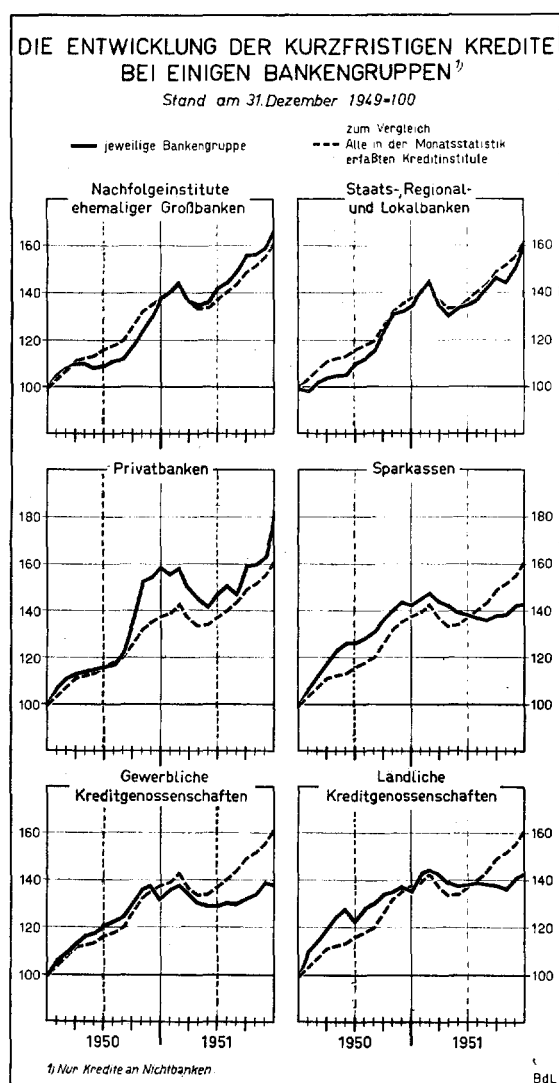
I. Das kurzfristige Kredit- geschäft

Die Summe der kurzfristigen Kredite, soweit sie seitens aller in der Monatsstatistik erfaßten Kreditinstitute an Nichtbankenkunden gewährt werden¹⁾, ist in der Zeit vom 31. Dezember 1949 bis zum 31. Dezember 1951 um 62,2 vH gestiegen. Der weitaus größte Teil dieser Steigerung entfiel dabei auf Kredite an Wirtschaftsunter-

¹⁾ Die im folgenden benutzten Wendungen, wie kurzfristiges Kreditvolumen u. ä., sind regelmäßig in diesem Sinne zu verstehen.

nehmungen und Private. Die kurzfristigen Kredite an öffentliche Stellen spielten im Rahmen des Gesamtgeschäfts bei den untersuchten Bankengruppen nur eine geringe Rolle; selbst bei den Sparkassen betrug sie einschließlich der angekauften Schatzwechsel nicht einmal 5 vH aller kurzfristigen Kredite.

Im zeitlichen Verlauf läßt die Kurve der Kurzkredite aller Institute nach einer ziemlich gleichmäßigen Aufwärtsbewegung von Ende 1949 bis einschließlich Februar 1951 eine Verminderung des Gesamtbetrages im Gefolge der Kreditrestriktion von Ende Januar 1951 erkennen, die



bereits ab Juni 1951 wieder einer erneuten verhältnismäßig linearen Zunahme Platz machte. Bei den einzelnen Bankengruppen wich jedoch, wie aus dem Schaubild zu ersehen ist, die Entwicklung der Kurzkredite oft erheblich von der

allgemeinen Linie der Kreditexpansion ab. Die Nachfolgeinstitute der Großbanken blieben in den Anfangsmonaten von 1950 zunehmend hinter dem Durchschnitt zurück, näherten sich ihm in den Herbstmonaten und erreichten ihn schließlich wieder im Dezember 1950. Die Kontraktion des kurzfristigen Kreditvolumens im März und April 1951 entsprach bei ihnen etwa dem Durchschnitt; anschließend dehnten sie aber ihre Kredite verhältnismäßig stark aus. Am 31. Dezember 1951 lag der Gesamtbetrag ihrer Kurzkredite um 67,6 vH über dem Stand von Ende 1949 bei einer durchschnittlichen Expansionsrate von 62,2 vH. Im Gegensatz dazu hielt sich die Kreditentwicklung bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken, nachdem sie in den Sommermonaten 1950 ebenfalls etwas hinter der Gesamtkurve zurückgeblieben war, später näher beim Durchschnitt. Die größten Abweichungen vom Durchschnitt sind bei der Gruppe der Privatbankiers festzustellen. Während sich die Kreditentwicklung bei ihr bis einschließlich August 1950 durchaus im Gleichschritt mit den anderen Bankengruppen bewegte, weiteten die Privatbankiers das Volumen ihrer kurzfristigen Kredite im letzten Drittel des Jahres 1950 überdurchschnittlich stark aus. So belief sich ihr Anteil an der mit der Finanzierung der Einfuhr zusammenhängenden allgemeinen Kreditausdehnung von September bis Dezember 1950 auf 17 vH, obwohl die Privatbankiers Ende Juni 1950 nur mit 7,9 vH am gesamten Kurzkreditvolumen beteiligt waren. Die Kreditrückführung zog sich bei den Privatbankiers im Gegensatz zu den beiden vorerwähnten Gruppen zwar bis einschließlich Mai 1951 hin und auch im August ging der Kreditbetrag noch einmal leicht zurück; trotzdem betrug die Zunahme der kurzfristigen Kredite im gesamten Berichtszeitraum doch 82,6 vH des Standes von Ende 1949. Die Privatbankiers hatten damit im Berichtszeitraum die höchste Zuwachsrates des kurzfristigen Kreditvolumens aller Bankengruppen.

Bei den Sparkassen ist der intensive Ausbau des kurzfristigen Kreditgeschäfts in der ersten Hälfte des Jahres 1950 bemerkenswert. Im Mai 1950 erreichten die von den Sparkassen gewährten Kurzkredite mit 17 vH ihren bisher höchsten Anteil am gesamten kurzfristigen Kre-

ditvolumen. Allerdings verringerte sich dieser Anteil im Zuge der sich verstärkenden Kreditausdehnung der übrigen Bankengruppen und der gleichzeitigen Zurückhaltung der Sparkassen im kurzfristigen Kreditgeschäft wieder bis auf 13,6 vH Ende 1951. Diese Zurückhaltung der Sparkassen dürfte mit der Anspannung ihres Status infolge des Absinkens der Spartätigkeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung erteilter langfristiger Kreditzusagen nach Beginn des Korea-Konflikts in Zusammenhang gestanden haben. Die Kreditrückführung aller Sparkassen im Frühjahr des vergangenen Jahres erstreckte sich über einen längeren Zeitraum als die der Kreditbanken. Ab September 1951 hat sich jedoch auch hier wieder das Volumen der kurzfristigen Kredite ausgedehnt. Per Saldo allerdings ist das kurzfristige Kreditvolumen der Sparkassen im Jahre 1951 so gut wie gar nicht gestiegen. Es lag daher am Ende der betrachteten Zweijahresperiode — trotz der überdurchschnittlichen Kreditausweitung im ersten Halbjahr 1950 — nur um 43,5 vH höher als zu ihrem Beginn, während die Zunahme im Durchschnitt sämtlicher Kreditinstitute 62,2 vH betrug.

Die Kreditkurven der gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften zeigen einen ähnlichen Verlauf wie die der Sparkassen. Zunächst übertraf ihre Ex-

Tab. 1: Die Anteile der Bankengruppen am Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite an Nichtbanken in vH

Stand am Monatsende	Nachfolgeinstitute der Großbanken	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers	Sparkassen	Kreditgenossenschaften		Übrige Bankengruppen ¹⁾
					gewerbliche	ländliche	
1949 Dez.	34,6	17,2	7,9	15,4	6,4	2,3	16,2
1950 Juni	32,8	16,3	7,9	16,8	6,6	2,5	17,1
Dez.	34,7	16,9	9,2	15,9	6,1	2,3	14,9
1951 Juni	35,8	17,0	8,5	15,6	6,0	2,3	14,8
Dez.	35,6	17,2	9,1	13,6	5,5	2,1	16,9

¹⁾ Girozentralen, ländliche und gewerbliche Zentralkassen, überregionale Institute mit Sonderaufgaben.

pansion der kurzfristigen Kredite den Durchschnitt, später blieb die Kreditentwicklung jedoch recht beträchtlich hinter ihm zurück. Die gewerblichen Kreditgenossenschaften haben ihr kurzfristiges Kreditvolumen insgesamt nur um 38,5 vH, die ländlichen Kreditgenossenschaften um

43,7 vH ausgedehnt. Entsprechend sind auch die Anteile dieser zwei Gruppen am Volumen der kurzfristigen Kredite aller Institute zurückgegangen (vgl. Tabelle 1).

Infolge der unterschiedlichen Intensität der kreditgeschäftlichen Betätigung unterlagen die Anteile der Bankengruppen am Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite stärkeren Schwankungen. Zum Teil glichen sich diese Unterschiede, wie die Tabelle 1 erkennen läßt, im Laufe des Berichtszeitraums wieder aus.

II. Die Entwicklung der Sicht- und Termineinlagen

Die Sicht- und Termineinlagen der Nichtbankenkundschaft¹⁾ sind bei den in der Monatsstatistik erfaßten Kreditinstituten im Berichtszeitraum um den gleichen Prozentsatz wie die kurzfristigen Kredite, nämlich auch um 62,2 vH, gestiegen. Allerdings ist diese Übereinstimmung der Wachstumsraten mehr ein Zufallsergebnis; die absoluten Zunahmen weichen, wenn auch nur geringfügig, voneinander ab.

Öffentliche Stellen waren Ende 1951 mit 24,1 vH (gegen 27,4 vH Ende 1949) zu einem wesentlich höheren Prozentsatz am Gesamtbetrag der Sicht- und Termineinlagen beteiligt als am Gesamtbetrag der kurzfristigen Kredite. Dem Rückgang der Beteiligungsquote öffentlicher Stellen an der Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen bei allen monatlich berichtenden Instituten entsprechend war die prozentuale Zunahme der Einlagen von öffentlichen Stellen mit 42,5 vH erheblich geringer als die der übrigen (privaten) Sicht- und Termineinlagen mit 69,5 vH. Innerhalb der untersuchten Bankengruppen spielten die Einlagen öffentlicher Stellen eine bedeutende Rolle lediglich bei den Sparkassen, wo sie Ende 1951 rd. 35 vH der bei diesen insgesamt gehaltenen Sicht- und Termineinlagen ausmachten, sowie bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken, die mit 27 vH ebenfalls einen relativ hohen, allerdings sehr ungleich gestreuten Anteil öffentlicher Gelder innerhalb ihrer Sicht- und Termineinlagen auswiesen. Bei den in dieser Untersuchung nicht berücksichtigten Giro-Zentralen belief sich der Anteil öffentlicher Stellen an den Einlagen sogar auf 72 vH; die übrigen Banken-

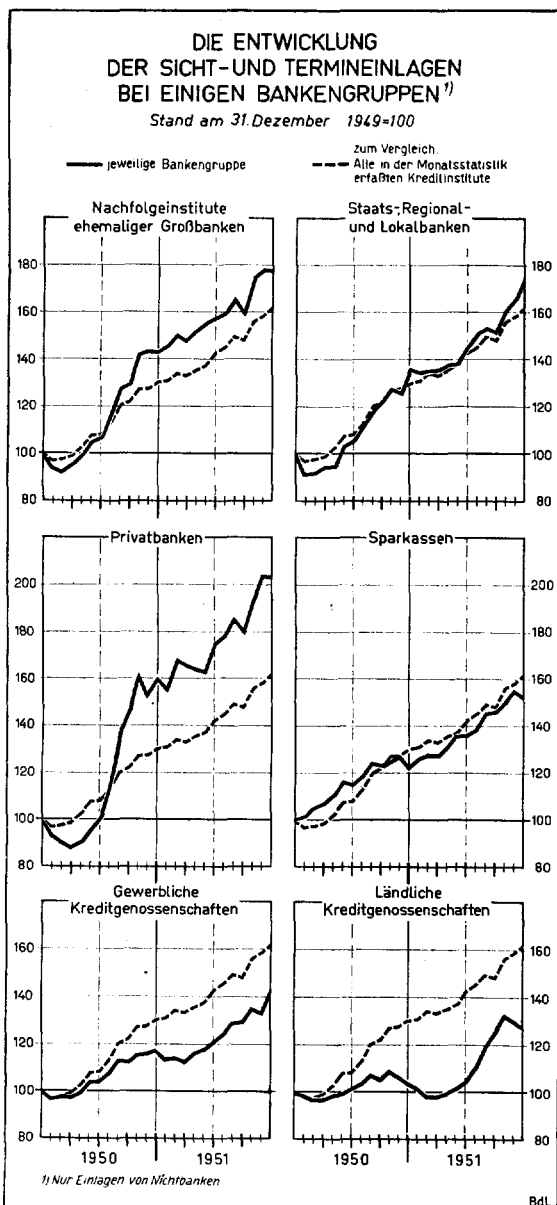
¹⁾ Auch hier ist die im folgenden benutzte Wendung „Sicht- und Termineinlagen“ regelmäßig in diesem Sinne zu verstehen.

gruppen führten dagegen relativ wenig Einlagen öffentlicher Stellen.

Während der Jahre 1950 und 1951 zeigt die Kurve der Sicht- und Termineinlagen aller Institute einen stetigeren Verlauf als die der kurzfristigen Kredite. Abgesehen von einigen vor-

zum Teil recht beträchtliche Abweichungen vom Durchschnitt aller Kreditinstitute. Das Schaubild zeigt die divergierende Einlagenentwicklung bei den Kreditbanken auf der einen und den Sparkassen sowie den Kreditgenossenschaften auf der anderen Seite. Die Zuwachsraten der einzelnen Bankengruppen für den gesamten Berichtszeitraum waren weitaus breiter gestreut als die der kurzfristigen Kredite. Das eine Extrem bildeten die Privatbankiers mit einer Zunahme ihrer kurzfristigen Kundschaftsdepositen um 103,2 vH, bezogen auf den Stand von Ende 1949, das andere die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Sicht- und Termineinlagen nur um 27,1 vH anstiegen. Dazwischen standen die Nachfolgeinstitute der Großbanken mit 78,0 vH, die Staats-, Regional- und Lokalbanken mit 74,0 vH, die Sparkassen mit 52,5 vH und die gewerblichen Kreditgenossenschaften mit 42,5 vH.

Der Kurvenverlauf der einzelnen Bankengruppen zeigt dabei jeweils charakteristische Abweichungen von der allgemeinen Linie der Einlagenentwicklung. Die Nachfolgeinstitute der Großbanken blieben zunächst in den Anfangsmonaten 1950, ähnlich wie im Kreditgeschäft, auch hinsichtlich der Einlagenentwicklung hinter dem Durchschnitt zurück, überschritten ihn aber ab Juli 1950 und konnten den Abstand bis zum Ende des Berichtszeitraums beträchtlich vergrößern. Die Unterbrechungen der Einlagenzunahme im März und September 1951, die im Zusammenhang mit der Kreditrückführung des Zentralbanksystems bzw. mit der Massierung von Steuerzahlungen der Kundschaft standen, stellten lediglich relativ bedeutungslose Einbrüche in einen anhaltend aufwärtsgerichteten Trend dar. Die Einlagen der Staats-, Regional- und Lokalbanken blieben zunächst ähnlich wie die der Nachfolgebanken hinter der allgemeinen Entwicklung zurück; im Gegensatz zu diesen fand jedoch später nur eine Angleichung an die allgemeine Entwicklungslinie statt, von der sich die Gruppenkurve immer nur vorübergehend und kurzfristig entfernte. In der Gruppe der Privatbankiers vollzog sich die Einlagenbildung ab Juli 1950 dagegen besonders stürmisch, nachdem der Rückgang des Volumens ihrer Sicht- und Termineinlagen anfangs etwas länger gedauert hatte und relativ stärker gewesen war als



übergehenden, die Gesamtentwicklung aber kaum beeinträchtigenden Rückgängen im Volumen der Sicht- und Termineinlagen ist ein dauernder Anstieg zu beobachten, der auch dann nicht nennenswert unterbrochen wurde, als die kurzfristigen Kredite im Gefolge der Kreditrestriktion im März und April 1951 stark absanken. Bei den untersuchten Bankengruppen ergaben sich jedoch

bei den übrigen Bankengruppen. Die bis einschließlich Oktober 1950 auffallend steile Einlagenkurve flachte sich dann etwas ab; überdies vollzog sich der weitere Aufbau des Einlagenvolumens der Privatbankiers unter stärkeren Schwankungen, wobei jeder zeitweilige Rückgang regelmäßig durch anschließende Zugänge mehr als wettgemacht wurde.

Die Einlagenkurve der Sparkassen zeigt einen Verlauf, der dem der Kreditbankkurven weitgehend entgegengesetzt ist. Zunächst lag sie über dem Durchschnitt, ab Oktober 1950 bewegte sie sich aber immer etwas darunter. Die relativ hohe Differenz zwischen der Wachstumsrate der Einlagen aller Kreditinstitute von 62,2 vH und der der Sparkassen von 52,5 vH am Ende des Berichtszeitraums ist dabei auf den bei den Sparkassen festzustellenden Einlagenrückgang im Dezember 1951 bei einer allgemeinen Ausdehnung des Einlagenvolumens zurückzuführen; vorher war diese Differenz nicht so groß gewesen. Die beiden Gruppen der Kreditgenossenschaften konnten am wenigsten an der Einlagenbildung der beiden letzten Jahre partizipieren. Sie entfernten sich bis einschließlich März 1951 immer mehr vom Durchschnitt, worin zeitweilig auch eine beträchtliche absolute Verminderung ihres Einlagenbestandes zum Ausdruck kam. Die ländlichen Kreditgenossenschaften erlebten sogar, beginnend mit November 1950, einen bis März 1951 dauernden Abbau ihres vorangegangenen, an sich schon geringen Einlagenzuwachses. Erst im Spätsommer 1951 flossen auch ihnen, wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Ernteverkauf der Landwirtschaft, wieder mehr Einlagen zu.

Die Anteilsätze der einzelnen Bankengruppen am Gesamtbestand der Sicht- und Termineinlagen haben sich im Berichtszeitraum entsprechend den geschilderten Unterschieden in der Einlagenbildung teilweise recht erheblich verändert (vgl. Tab. 2). So hat sich der Anteil der Nachfolgebanken von 28,9 vH auf 31,5 vH und der der Privatbankiers von 4,4 vH auf 5,6 vH erhöht. Bei den Sparkassen ist per Saldo ein Rückgang eingetreten. Die Anteile der Kreditgenossenschaften an den gesamten Einlagen haben ebenfalls abgenommen, wobei jedoch seit Juni 1951 eine Umkehr der bis dahin anhaltend abwärtsgerichteten Tendenz festzustellen ist.

Tab. 2: Die Anteile der untersuchten Bankengruppen am Gesamtbetrag der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken in vH

Stand am Monatsende	Nachfolgeinstitute der Großbanken	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbanken	Sparkassen	Kreditgenossenschaften		Übrige Bankengruppen ¹⁾
					gewerbliche	ländliche	
1949 Dez.	28,9	15,5	4,4	27,3	5,6	3,4	14,9
1950 Juni	28,4	15,1	3,9	29,0	5,4	3,1	15,1
Dez.	31,8	16,2	5,4	25,7	5,0	2,8	13,1
1951 Juni	32,0	15,8	5,4	26,1	4,7	2,5	13,5
Dez.	31,5	16,6	5,6	25,6	4,9	2,7	13,1

¹⁾ Giro-Zentralen, ländliche und gewerbliche Zentralkassen, Überregionale Institute mit Sonderaufgaben.

III. Die Refinanzierung

Nimmt man die sämtlichen in der monatlichen Bankenstatistik erfaßten Kreditinstitute zusammen und betrachtet man die ganze Zweijahresperiode von Ende 1949 bis Ende 1951, so hält sich die Zunahme der kurzfristigen Kredite mit der der Sicht- und Termineinlagen annähernd im Gleichgewicht. Betrachtet man jedoch kürzere Perioden, etwa die einzelnen Vierteljahre dieses Zeitabschnitts (vgl. Tab. 3), so sind sehr erhebliche Divergenzen zwischen der Entwicklung des Kurzkreditgeschäfts und der Einlagenbildung nach beiden Seiten hin zu beobachten. Diese

Tab. 3: Die Veränderungen des kurzfristigen Kreditvolumens sowie der Sicht- und Termineinlagen bei allen in der Monatsstatistik erfaßten Geschäftsbanken Zunahme (+) und Abnahme (-), in Mill. DM

Zeit	Veränderungen		Spalte 2 abzüglich Spalte 1
	des kurzfristigen Kreditvolumens	der Sicht- und Termineinlagen	
	1	2	3
Stand Ende 1949	9 848	9 786	—
1950 1. Vj.	+ 1 138	— 74	— 1 212
2. Vj.	+ 433	+ 899	+ 466
3. Vj.	+ 957	+ 1 362	+ 405
4. Vj.	+ 1 147	+ 780	— 367
1951 1. Vj.	— 13	+ 333	+ 346
2. Vj.	+ 57	+ 890	+ 833
3. Vj.	+ 1 192	+ 557	— 635
4. Vj.	+ 1 225	+ 1 337	+ 112
Zunahme insgesamt	+ 6 136	+ 6 084	— 52
in vH des Standes von Ende 1949	62,2	62,2	—

Divergenzen zwischen der Entwicklung der kurzfristigen Kredite und der Einlagen sind für den Refinanzierungsbedarf der Kreditinstitute von besonderer Bedeutung. Jedes Vorseilen der

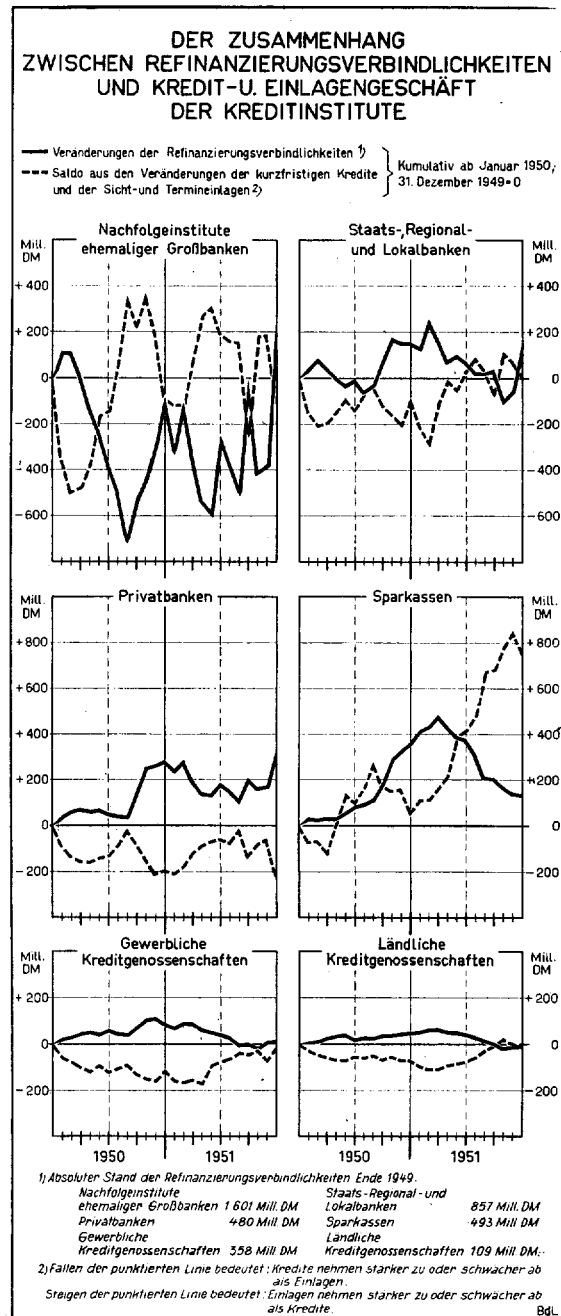
Kreditgewährung vor der Einlagenbildung zieht ceteris paribus entweder einen entsprechenden, um den Liquiditätsbedarf — insbesondere für die Mindestreserve — erhöhten Refinanzierungsbedarf nach sich oder vermindert bereits vorhandene Liquiditätsreserven; umgekehrt gestatten Einlagenüberschüsse die Reduktion der Refinanzierung oder den Aufbau von Liquiditätsreserven. Die hiernach zu erwartende Parallelität des Refinanzierungsbetrages mit dem Saldo aus Kreditgewährung und Einlagenbildung wird jedoch dadurch abgeschwächt, daß das Verhältnis der kurzfristigen Kredite zu den Sicht- und Termineinlagen nur ein — wenngleich sehr wesentlicher — Ausschnitt aus der Gesamtheit der Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs einzelner Banken bzw. Bankengruppen ist. Außer den genannten Faktoren wirken auch noch andere Geschäftsvorfälle auf die Liquidität der Banken ein, so z. B. das langfristige Kreditgeschäft, wenn es sich nicht im Gleichgewicht mit dem Aufkommen an entsprechenden Finanzierungsmitteln befindet.

Die bei fast allen Bankengruppen verhältnismäßig enge Korrelation zwischen dem Kredit- und Einlagengeschäft einerseits und den Refinanzierungsverbindlichkeiten¹⁾ andererseits ist aus dem Schaubild zu ersehen. Der Einfluß des kurzfristigen Kredit- und Einlagengeschäfts auf den Refinanzierungsbedarf ist in der Form dargestellt, daß die monatlichen Salden zwischen Kreditgewährung (als liquiditätsverknappendem Faktor) und Einlagenbildung (als liquiditätssteigerndem Faktor) kumulativ ab Januar 1950 den gleichfalls kumulativen Veränderungen der Refinanzierungsverbindlichkeiten gegenübergestellt wurden. Die Kurve der Refinanzierungsverbindlichkeiten jeder Gruppe geht also von dem jeweiligen Refinanzierungsvolumen am 31. Dezember

¹⁾ Darunter ist zu verstehen die Summe der Indossamentsverbindlichkeiten, der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder mit einer Laufzeit bis zu 6 Monaten (einschließlich Lombardverbindlichkeiten gegenüber Landeszentralbanken), der eigenen Akzente und Ziehungen im Umlauf, sowie der an die Landeszentralbanken verkauften Ausgleichsforderungen.

Der hier zugrunde gelegte Refinanzierungsbegriff umfaßt die Refinanzierungsverbindlichkeiten sowohl gegenüber dem Zentralbanksystem als auch gegenüber anderen Kreditinstituten. Aus statistischen Gründen lassen sich die Refinanzierungsbeziehungen zwischen Kreditinstituten der gleichen Gruppe nicht eliminieren, so daß die Gruppenverschuldung insoweit immer etwas zu hoch erscheint. Jedoch spielt dieser methodische Mangel quantitativ nur eine geringe Rolle. Die Refinanzierung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften erfolgt außer bei den Landeszentralbanken hauptsächlich bei ihren eigenen Spitzeninstituten, ebenso dürfte die gegenseitige Kreditgewährung innerhalb der Gruppe der Privatbankiers gering sein. Die Nachfolgeinstitute der ehemaligen Großbanken sowie die Staats-, Regional- und Lokalbanken refinanzieren sich in der Regel zu 80 bis 90 vH beim Zentralbanksystem direkt, so daß auch bei ihnen die gegenseitigen Refinanzierungsbeziehungen keine große Bedeutung haben.

1949 aus (das im Schaubild für jede Gruppe angegeben wurde) und verzeichnet die Abweichungen von diesem Ausgangsniveau seit Ende 1949.



Die Divergenz zwischen der Entwicklung der kurzfristigen Kredite einerseits und der Einlagen andererseits spiegelt sich in den Schwankungen des Refinanzierungsvolumens der einzelnen Bankengruppen. Die größte Schwankungsbreite findet sich bei den Nachfolgeinstituten der Großbanken. Der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Stand

der Refinanzierungsverbindlichkeiten belief sich 1950 bei ihnen auf 810 Mill. DM, und auch 1951 war er mit 796 Mill. DM annähernd wieder ebenso hoch. Im Jahre 1950 zeichneten sich dabei deutlich zwei ihrer Tendenz nach entgegengesetzte Perioden in der Geschäftsentwicklung dieser Bankengruppe ab. In der ersten Periode bis einschl. August 1950 verringerten die Nachfolgeinstitute ihre Refinanzierungsverbindlichkeiten sehr beträchtlich. Dieser Abbau war die Folge ihrer relativen Zurückhaltung im Kreditgeschäft und der gleichzeitigen günstigen Einlagenentwicklung. Ab September 1950 jedoch wurden im Zusammenhang mit der Korea-Hausse die Kurzkredite stärker ausgeweitet als die Einlagen zunahmen, so daß sich der Refinanzierungsbetrag Ende 1950 fast wieder dem Ausgangsniveau annäherte. Bis Mai 1951 erfolgte ein erneuter Abbau der Refinanzierungsverbindlichkeiten, im wesentlichen verursacht durch die angeordnete Rückführung des Kreditvolumens und die sich trotzdem fortsetzende Einlagenzunahme. Bis zum Jahresende 1951 stieg das Refinanzierungsvolumen dann wieder an, wobei sich die mit Steuerterminen zusammenhängenden Spitzen des Refinanzierungsbedarfs im Gegensatz zum Vorjahr deutlich hervorhoben. Im Gegensatz zu den übrigen Bankengruppen hatten die Nachfolgebanken fast während des ganzen Berichtszeitraums geringere Refinanzierungsverbindlichkeiten als Ende 1949. Lediglich im Dezember 1951 ließ der — weitgehend durch den Wunsch, in der Jahresabschlussbilanz höhere liquide Mittel auszuweisen, bedingte — Anstieg der Refinanzierung die Kurve wieder über die Ausgangslinie steigen. Bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken läßt die Kurve bei einem über dem Ausgangsniveau liegenden Verlauf im wesentlichen die gleiche Grundtendenz wie bei den Nachfolgebanken erkennen; jedoch sind die Ausschläge nicht nur der Größe dieser Gruppe entsprechend absolut gesehen geringer, sondern auch im Verhältnis zur Höhe des Refinanzierungsvolumens von Ende 1949. Das mag zu einem Teil damit zusammenhängen, daß die bereits eingangs erwähnte heterogene Zusammensetzung dieser Gruppe nivellierend auf ihren Durchschnitt gewirkt hat. Die Privatbankiers haben das Volumen ihrer Refinanzierungsverbindlichkeiten im Herbst 1950 in Verbindung mit ihrer

damaligen weit überdurchschnittlichen Ausweitung des Kreditgeschäfts beträchtlich vergrößert und im darauffolgenden Jahr nur teilweise wieder abgebaut. Ende 1951 lagen ihre Refinanzierungsverbindlichkeiten um 69 vH über dem Stand von Ende 1949 gegen 14 vH bei den Nachfolgebanken und 17 vH bei den Staats-, Regional- und Lokalbanken.

Bei den Sparkassen ist im allgemeinen keine enge Korrelation zwischen dem kurzfristigen Kredit- und Einlagengeschäft einerseits und dem Refinanzierungsbedarf andererseits feststellbar, ein Indiz dafür, wie sehr ihr langfristiges Kreditgeschäft vom Aufkommen an entsprechenden längerfristigen Finanzierungsmitteln zeitweilig abwich. Über diesen Tatbestand unterrichtet des näheren Tabelle 4. Die Differenz im

Tab. 4: Das mittel- und langfristige Kreditgeschäft der Sparkassen seit Mitte 1950
in Mill. DM

Stand	Zunahme der mittel- und langfr. Kredite an Nichtbanken	Aufkommen an mittel- und langfristigen Finanzierungsmitteln ¹⁾	Spalte 2 abzüglich Spalte 1
	1	2	3
1950 3. Vj.	310	122	— 188
4. Vj.	362	240	— 122
1951 1. Vj.	249	102	— 147
2. Vj.	273	231	— 42
3. Vj.	183	242	+ 59
4. Vj.	217	369	+ 152
Insgesamt	1 594	1 306	— 288

¹⁾ Spareinlagen, für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingenommene Gelder, aufgenommene langfristige Darlehen, durchlaufende Kredite.

langfristigen Kreditgeschäft zog entweder einen besonderen Refinanzierungsbedarf nach sich — der im wesentlichen durch den mit einer Rücknahmeverpflichtung verbundenen Verkauf von Ausgleichsforderungen befriedigt wurde —, oder aber sie verhinderte, daß die als Sicht- und Termineinlagen hereinkommenden und im Kurzkreditgeschäft nicht angelegten Mittel zur Reduktion der Refinanzierungsverbindlichkeiten verwendet werden konnten.

Bei den Kreditgenossenschaften schließlich stieg der Refinanzierungsbedarf der im Verhältnis zur Kreditgewährung zurückbleibenden Einlagenbildung entsprechend im Jahre 1950 laufend an, 1951 gingen die Refinanzierungsverbindlichkeiten jedoch wieder auf ihren Stand von Ende 1949 zurück.

Der gegenwärtige Stand der Kredit-Richtsätze

Unter Berücksichtigung der durch Beschluß des Zentralbankrats vom 5./6. März 1952 vorgenommenen Änderungen

Richt-satz	Kreditbanken	Sparkassen	Gewerbliche Kreditgenossenschaften	Ländliche Kreditgenossenschaften	Girozentralen	Gewerbliche Zentralkassen	Ländliche Zentralkassen
I	Die Summe der kurzfristigen und mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 18-fache der haftenden Mittel der Kreditbanken nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 15-fache der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der Sparkasse nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 15-fache der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der gewerblichen Kreditgenossenschaft (zuzügl. des gesetzlichen Haftsummenzuschlages) nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite soll das 15-fache der ausgewiesenen haftenden Mittel der ländlichen Kreditgenossenschaft (zuzügl. des gesetzlichen Haftsummenzuschlages) nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private (unter Ausschluß der Schiffbaukredite) soll das 15-fache der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der Girozentrale nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 5-fache der bilanzmäßig ausgewiesenen haftenden Mittel der gewerblichen Zentralkassen nicht übersteigen.	Die Summe der kurzfristigen Kredite soll das 20-fache der ausgewiesenen haftenden Mittel der ländlichen Zentralkasse nicht übersteigen.
II	Die Summe der Debitoren (Kontokorrentkredite und Akzeptkredite) einer Kreditbank soll 60 vH der haftenden Mittel und Einlagen des Instituts nicht übersteigen.	Die Summe der Debitoren zuzügl. der Debitorenziehungen soll 60 vH der ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen einer Sparkasse unter Ausschaltung der Spareinlagen nicht übersteigen.	Die Summe der Debitoren zuzügl. der Debitorenziehungen soll 70 vH der ausgewiesenen haftenden Mittel (zuzügl. des gesetzlichen Haftsummenzuschlages) und der Einlagen einer Kreditgenossenschaft nicht übersteigen.	Die Summe der Debitoren und Debitorenziehungen soll 70 vH der ausgewiesenen haftenden Mittel (zuzügl. des gesetzlichen Haftsummenzuschlages) und der Einlagen nicht übersteigen.	Die Summe der Debitoren zuzügl. der Debitorenziehungen soll 70 vH der ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen einer Girozentrale nicht übersteigen.	Die Summe der Debitoren zuzügl. der Debitorenziehungen soll 80 vH der ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen einer gewerblichen Zentralkasse nicht übersteigen.	Kein Richtsatz festgelegt.
III	Die Summe der liquiden Mittel einer Kreditbank soll 20 vH der fremden Gelder nicht unterschreiten.	Die Summe der liquiden Mittel einer Sparkasse soll 15 vH der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden, nicht unterschreiten.	Die Summe der liquiden Mittel einer gewerblichen Kreditgenossenschaft soll 15 vH der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden, nicht unterschreiten.	Die Summe der liquiden Mittel einer ländlichen Kreditgenossenschaft soll 15 vH der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden, nicht unterschreiten.	Die Summe der liquiden Mittel einer Girozentrale soll 20 vH der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden, nicht unterschreiten.	Die Summe der liquiden Mittel einer gewerblichen Zentralkasse soll 20 vH der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 vH einbezogen werden, nicht unterschreiten.	Kein Richtsatz festgelegt.
IVa	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Das gesamte Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll das 3-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.
IVb	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.	Die in dem gesamten Volumen der Akzeptkredite und Debitorenziehungen enthaltenen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Erntefinanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen das 1-fache der haftenden Mittel des Instituts nicht übersteigen.

Statistischer Teil

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	58
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	60
3. Monatsausweise der Landeszentralbanken	61
4. Zahlungsmittelumlauf	61
5. Stückelung des Zahlungsmittelumlaufs	61
II. Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze	62
III. Mindestreservenstatistik	
Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	62
IV. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	63
V. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	
a) Zwischenausweise:	
Bundesgebiet	64
Länder	66
Bankengruppen	74
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	82
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	82
2. Postscheckämter und Postsparkasse	
a) Einlagen und Vermögenswerte	83
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	83
3. Bausparkassen	83
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	84
VI. Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschl. des Zentralbanksystems	85
VII. Kreditvolumen	
1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken	86
2. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute	86
3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken:	
a) Bundesgebiet	87
b) Länder	88
c) Bankengruppen	92
4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	96
5. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen	96
6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	97
VIII. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	98
2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	99
IX. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	100
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	104
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	104
X. Öffentliche Finanzen	
1. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	105
2. Kurz- und mittelfristige Neuverschuldung des Bundes	105
3. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern	106
4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder	106
5. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes	107
6. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	108
7. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet	108
XI. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	109
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	110
XII. Produktion, Beschäftigung und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	112
2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr	113
3. Eisen- und Stahlerzeugung	113
4. Arbeitsmarkt	113
5. Preisindexziffern	114
XIII. Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	115

I. Zentralbank-

1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva										
	Gold ²⁾	Guthaben in aus- ländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Inlands- wechsel ²⁾	Schatzwechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen			Lombardforderungen		
						insgesamt	darunter		insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen	
							Bund und Bundes- verwal- tungen	Länder			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1951											
31. Januar	—	936,2	71,8	40,8	3 747,6	405,6	310,7	85,7	342,8	333,2	
28. Februar	—	932,0	75,5	31,5	4 357,8	509,8	387,0	115,0	478,2	466,5	
31. März	—	1 087,7	78,7	18,5	4 024,8	238,7	155,3	83,4	435,2	421,9	
30. April	—	1 278,4	88,7	15,6	3 561,3	220,7	129,5	91,2	413,0	400,4	
31. Mai	—	1 539,1	138,5	13,6	3 529,9	450,7	366,2	84,5	389,6	383,4	
30. Juni	—	1 614,0	185,0	23,1	3 698,6	398,0	337,5	60,5	349,6	334,2	
31. Juli	—	1 925,7	172,7	14,7	3 565,6	342,3	298,8	43,5	285,9	222,4	
31. August	—	2 235,9	196,3	16,7	3 472,5	274,9	237,5	37,4	277,6	251,5	
30. September	—	2 266,7	217,5	40,1	4 018,1 ³⁾	364,8	341,7	23,1	239,0	213,2	
31. Oktober	2,5	2 108,7	286,7	20,7	3 551,8	236,4	223,8	12,6	145,1	130,2	
30. November	53,0	1 810,6	308,1	39,3	3 753,9	386,9	372,6	14,3	186,2	161,8	
31. Dezember	116,0	1 696,0	302,1	35,4	4 615,5	573,5	553,3	20,2	312,0	259,6	
1952											
31. Januar	115,9	1 763,5	282,4	34,2	4 097,3	200,3	181,1	19,2	152,9	123,8	
7. Februar	115,9	1 772,7	295,7	48,8	4 059,4	242,3	223,2	19,1	197,3	177,8	
15. Februar	115,9	1 678,0	315,3	31,7	3 814,3	245,6	226,6	19,0	178,6	157,4	
23. Februar	115,9	1 714,5	309,2	41,8	3 716,2	187,5	168,5	19,0	132,8	113,8	
29. Februar	115,9	1 784,9	308,7	29,9	3 791,8	296,2	277,2	19,0	239,9	213,3	
7. März	115,9	1 849,4	289,9	29,6	4 030,4	349,0	330,0	19,0	259,3	231,4	
15. März	115,9	1 897,6	296,7	47,1	3 941,5	302,3	283,2	19,1	175,8	143,8	
Stand	Passiva										
	Bank- noten- umlauf	Einlagen								von Spalte 24 entfallen	
		insgesamt (Spalte 25, 27, 29, 36 und 37)	Kreditinstitute (einschl. Postscheck- und Post- sparkassenämter)		Berliner Zentralbank		öffentlich-rechtlichen				
			insgesamt	darunter ERP- Sonder- konten der KfW	insgesamt	darunter ERP- Sonder- konten	insgesamt	Bund und Bundes- verwal- tungen	Gegen- wert- konten des Bundes	Länder	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32		
1951											
31. Januar	7 761,0	4 992,9	1 462,8	101,0	29,5	29,4	2 686,8	205,0	1 052,7	128,5	
28. Februar	7 744,8	5 733,0	1 868,2	58,1	65,4	23,7	2 880,9	206,6	1 176,7	147,7	
31. März	7 781,0	4 959,6	1 905,3	230,5	49,2	45,6	2 380,9	55,7	901,6	158,5	
30. April	7 959,7	4 770,1	1 766,7	181,9	39,0	35,6	2 391,9	25,5	1 003,7	119,9	
31. Mai	7 867,1	5 557,2	2 020,8	284,0	113,9	38,2	2 429,5	90,9	953,9	122,7	
30. Juni	8 188,6	5 475,0	2 001,9	225,4	76,8	14,0	2 292,1	103,3	824,7	103,2	
31. Juli	8 383,8	5 724,4	1 908,4	130,4	72,3	4,5	2 593,0	87,8	1 066,9	96,1	
31. August	8 713,0	5 752,9	1 996,3	206,2	92,3	22,5	2 487,8	212,5	980,8	79,3	
30. September	9 054,4	5 824,7	2 007,9	175,4	72,5	15,4	2 508,7	184,4	1 055,4	130,2	
31. Oktober	8 989,4	4 792,7	2 046,2	131,5	43,4	9,8	2 363,7	10,6	1 186,5	97,0	
30. November	9 197,9	4 987,8	2 119,5	123,2	52,2	31,3	2 468,7	24,0	1 223,8	92,1	
31. Dezember	9 243,1	5 446,4	2 627,9	— ⁴⁾	105,4	52,6	2 444,9	17,9	1 086,4	137,4	
1952											
31. Januar	9 162,9	4 598,5	1 941,2	—	77,7	49,1	2 307,1	21,6	1 025,9	117,2	
7. Februar	8 759,2	5 029,5	2 423,2	—	71,4	48,4	2 265,0	10,9	1 053,0	102,1	
15. Februar	8 579,4	4 863,2	2 196,9	—	63,1	48,2	2 348,3	21,3	1 063,2	155,1	
23. Februar	8 197,7	4 886,6	2 228,8	—	64,4	47,3	2 325,0	12,5	1 127,2	168,9	
29. Februar	9 415,6	4 682,2	1 891,7	—	51,4	46,5	2 469,0	82,4	1 121,2	145,3	
7. März	9 072,7	5 187,6	2 564,4	—	61,1	46,2	2 299,0	72,0	1 113,6	120,4	
15. März	8 792,1	4 735,8	2 080,3	—	55,2	45,2	2 356,1	19,7	1 090,6	248,1	

*) Differenzen in der Kommastriche gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen beruhen auf Abrundungen. — ¹⁾ Am 31. 10. 1951 öffentlichen Zahlen sind hierauf zurückzuführen. — ²⁾ Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — ³⁾ Bis Sept. 1951 einschließlich Zentralbanksystems“ enthalten sind. — ⁴⁾ Abgesetzt sind hier die vom Zentralbanksystem an öffentliche Stellen mit Rücknahmeverpflichtung. — ⁵⁾ Die ERP-Sonderkonten der KfW werden ab 31. 12. 1951 in Spalte 31 (Gegenwertkonten des Bundes) erfaßt.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1)

Mill. DM

Aktiva											
Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wert- papiere	Ausgleichsforderungen und un- verzinsl. Schuldverschreibungen			Deutsche Scheide- münzen	Post- scheck- guthaben	Schwe- bende Verrech- nungen innerhalb des Zentral- bank- systems	sonstige Ver- mögens- werte
insgesamt	davon an				insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen					
	Bund und Bundes- verwal- tungen	Länder	sonstige öffent- liche Stellen			aus der eig. Umstel- lung ⁴⁾	ange- kaufte ⁴⁾				
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
840,3	255,4	178,9	406,0	352,2	8 991,4	7 850,1	502,1	76,5	23,6	18,0	249,1
978,4	374,1	164,4	439,9	353,2	8 995,3	7 848,8	507,3	85,3	34,4	—	215,5
798,0	282,1	124,6	391,3	354,2	8 866,3	7 711,0	516,1	85,0	135,7	—	227,4
889,2	351,0	140,7	397,5	369,5	8 944,2	7 796,5	508,5	100,0	39,2	—	254,5
1 020,2	458,7	148,8	412,7	373,6	8 844,0	7 676,4	540,0	92,4	67,9	—	233,0
1 142,5	606,1	127,4	409,0	373,1	8 650,0	7 481,1	541,3	98,1	28,3	40,0	257,3
1 237,8	645,0	146,7	446,1	373,4	8 853,1	7 691,0	534,5	90,3	32,2	25,7	298,7
1 316,5	671,7	179,9	464,9	372,6	8 797,0	7 646,7	522,7	96,3	35,4	50,5	303,6
818,6	249,0	106,3	463,3	372,6	8 748,9	7 615,7	505,6	85,4	25,9	147,5	308,2
630,9	—	132,8	498,1	372,1	8 579,8	7 456,8	495,4	80,9	37,6	12,2	324,2
705,9	—	182,0	523,9	372,3	8 311,2	7 210,9	472,7	77,3	41,6	136,6	345,1
622,0	—	168,0	454,0	321,8	8 158,0	7 062,9	467,5	69,5	74,3	—	314,8
195,9	—	114,5	81,4	84,4	8 556,8	7 486,6	442,6	95,7	34,1	73,0	268,1
197,9	—	111,1	86,8	81,6	8 627,5	7 561,0	438,9	102,4	66,2	—	269,9
285,9	—	93,1	192,8	55,5	8 415,6	7 370,6	417,4	110,9	88,0	—	280,5
266,7	—	63,0	203,7	47,0	8 279,6	7 256,6	395,4	119,6	39,4	—	270,1
383,1	88,0	86,9	208,2	40,0	8 625,6	7 579,9	423,3	111,2	33,8	125,0	293,1
507,8	75,2	112,9	319,7	38,4	8 503,6	7 461,1	420,1	118,1	58,0	—	255,7
407,5	—	75,9	331,6	34,7	8 051,5	7 064,5	364,6	126,2	52,7	—	255,1
Passiva											
Einlagen					Verbind- lichkeiten aus der Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grundkapital der Bank deutscher Länder und der Landes- zentral- banken (abzüglich Beteiligung der LZB'en an der BdL = 100,0 Mill. DM)	Rücklagen und Rück- stellungen	Schwe- bende Verrech- nungen innerhalb des Zentral- bank- systems	sonstige Verbind- lichkeiten	Bilanz- summe	
auf Einlagen der Körperschaften				auslän- dischen Einleger							
davon			sonstigen inlän- dischen Einleger ⁵⁾								
Ge- meinden und Ge- meinde- verbände	sonstige öffent- liche Körper- schaften	alliierte Dienst- stellen									
33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
8,5	259,5	1 032,6	806,1	7,7	2 114,6	285,0	386,0	—	556,4	16 095,9	
13,2	311,8	1 024,9	915,6	2,9	2 309,3	285,0	385,8	35,4	553,6	17 046,9	
14,1	242,2	1 008,8	619,8	4,4	2 311,7	285,0	347,7	74,2	591,0	16 350,2	
10,8	175,7	1 056,3	563,7	8,8	2 188,7	285,0	365,3	22,2	583,3	16 174,3	
10,2	199,5	1 052,3	983,4	9,6	1 987,8	285,0	559,6	53,8	382,0	16 692,5	
9,5	159,4	1 092,0	1 096,5	7,7	1 808,4	285,0	493,2	—	607,4	16 857,6	
12,9	222,4	1 106,9	1 146,2	4,5	1 727,9	285,0	511,2	—	585,8	17 218,1	
7,5	251,7	956,0	1 165,5	11,0	1 664,9	285,0	549,2	—	480,8	17 445,8	
8,9	200,8	929,0	1 225,0	10,6	1 459,0	285,0	548,8	—	481,4	17 653,3	
7,1	92,5	970,0	332,3	7,1	1 269,2	285,0	548,8	—	504,5	16 389,6	
8,1	158,8	961,9	330,9	16,5	977,3	285,0	548,7	—	531,3	16 528,0	
10,2	198,1	994,9	260,0	8,2	912,8	285,0	534,8	114,6	674,2	17 210,9	
8,8	122,1	1 011,5	262,7	9,8	749,1	285,0	534,0	—	625,0	15 954,5	
6,3	92,0	1 000,7	255,2	14,7	765,3	285,0	529,7	83,8	625,1	16 077,6	
9,3	82,1	1 017,3	242,0	12,9	622,9	285,0	529,7	104,5	631,1	15 615,8	
10,1	65,6	940,7	259,9	8,5	627,0	285,0	529,7	90,8	623,5	15 240,3	
10,3	177,0	932,8	257,0	13,1	631,9	285,0	529,7	—	634,7	16 179,1	
5,2	72,0	915,8	251,0	12,1	623,5	285,0	529,8	100,4	606,1	16 405,1	
7,2	58,6	931,9	231,3	12,9	618,8	285,0	532,2	126,8	613,9	15 704,6	

wurde das Ausweis-Schema umgestaltet und bei obiger Tabelle rückwirkend zu Grunde gelegt. Veränderungen gegenüber früher ver-
der „Schwebenden Verrechnungen im Scheckeinzug“, die nach diesem Zeitpunkt in der Position „Schwebende Verrechnungen innerhalb des
tung abgegebenen Ausgleichsforderungen. — 5) Einschließlich des „Asservatenkontos Einfuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken.

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1)

in Mill. DM

Stand	Aktiva													
	Gold ²⁾	Guthaben in ausländischer Währung ²⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ²⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands-geschäfts	Post-scheck-gut-haben	Inlands-wechsel	Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatzan-weisungen der Bundes-verwal-tungen	Deutsche Scheide-münzen	Lombard-forderungen gegen Ausgleichs-forderungen	Vor-schüsse und kurz-fristige Kredite	Wert-papiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva
												Aus-gleichs-forderungen	unverzinsl. Schuld-verschrei-bungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1951														
31. 1.	—	936,2	71,8	40,8	21,9	3 514,5	249,0	76,5	1 153,6	659,4	335,0	5 373,5	639,2	89,2
28. 2.	—	932,0	75,5	31,5	32,9	3 815,4	327,0	85,3	1 104,3	811,1	335,0	5 377,4	639,2	91,1
31. 3.	—	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	91,3
30. 4.	—	1 278,4	88,7	15,6	38,8	3 369,4	46,4	100,0	1 211,0	746,1	335,0	5 345,9	639,2	95,7
31. 5.	—	1 539,1	138,5	13,6	67,5	3 125,3	303,3	92,4	870,4	869,1	335,0	5 201,9	627,6	107,6
30. 6.	—	1 614,0	185,0	23,1	27,9	3 257,3	241,8	98,1	799,9	1 014,6	335,0	5 016,5	627,6	122,0
31. 7.	—	1 925,7	172,7	14,7	31,7	3 044,7	125,7	90,3	783,0	1 090,7	335,0	5 225,7	627,6	138,9
31. 8.	—	2 235,9	196,3	16,7	35,3	2 908,5	153,9	96,3	741,9	1 136,5	335,0	5 165,2	627,6	142,5
30. 9.	—	2 266,7	217,5	40,1	25,6	3 296,3	224,6	85,4	745,0	712,2	335,0	5 148,3	627,6	125,4
31. 10.	2,5	2 108,7	286,7	20,7	37,3	3 311,1	158,3	80,9	774,4	498,1	335,0	4 975,9	627,6	142,0
30. 11.	53,0	1 810,6	308,1	39,3	41,2	3 510,8	155,3	77,3	1 026,8	523,8	335,0	4 741,1	627,6	144,5
31. 12.	116,0	1 696,0	302,1	35,4	73,7	4 037,7	450,7	69,5	664,2	454,0	286,1	4 609,3	627,6	160,1 ³⁾
1952														
31. 1.	115,9	1 763,5	282,4	34,2	33,7	3 910,6	100,0	95,7	663,6	80,6	50,2	5 018,3	627,6	123,1
7. 2.	115,9	1 772,7	295,7	48,8	65,8	3 842,7	113,2	102,4	421,0	86,0	47,2	5 095,9	627,6	123,2
15. 2.	115,9	1 678,0	315,3	31,7	87,6	3 485,0	134,2	110,9	549,1	192,1	21,1	4 917,0	627,6	126,0
23. 2.	115,9	1 714,5	309,2	41,8	39,1	3 272,2	95,5	119,6	453,0	202,4	12,4	4 840,0	627,6	126,2
29. 2.	115,9	1 784,9	308,7	29,9	33,5	3 480,1	209,2	111,2	858,0	295,0	5,4	5 123,1	622,4	135,3
7. 3.	115,9	1 849,4	289,9	29,6	57,6	3 622,8	236,5	118,1	464,7	393,7	3,8	5 004,9	622,4	126,9
15. 3.	115,9	1 897,6	296,7	47,1	52,4	3 425,2	201,2	126,2	490,8	330,4	—	4 750,3	622,4	127,8
Stand	Passiva												Bilanz-summe	
	Bank-noten-umlauf	Einlagen						Verbind-lichkeiten aus der Abwick-lung des Auslands-geschäfts	sonstige Passiva	Grund-kapital	ge-setzliche und son-stige Rück-lagen			
		insgesamt (Spalte 17 bis 21)	aufgegliedert in Einlagen				alliiert-er Dienst-stellen					sonstige		
15	16	17	der Dienststellen des Bundes		sonstige Gut-haben	20		21	22	23	24		25	26
			Gegenwert-konten des Bundes											
1951														
31. 1.	7 761,0	2 657,0	330,3	1 052,7	233,1	847,2	193,7	2 114,6	458,0	100,0	70,0	13 160,6		
28. 2.	7 744,8	2 977,0	440,1	1 176,7	337,1	838,3	184,8	2 309,3	456,6	100,0	70,0	13 657,7		
31. 3.	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0		
30. 4.	7 959,7	2 548,1	340,8	1 003,7	70,5	845,3	287,8	2 188,7	443,7	100,0	70,0	13 310,2		
31. 5.	7 867,1	2 828,6	386,8	953,9	152,0	854,1	481,8	1 987,8	317,8	100,0	190,0	13 291,3		
30. 6.	8 188,6	2 659,6	363,6	824,7	147,9	950,0	373,4	1 808,4	496,2	100,0	110,0	13 362,8		
31. 7.	8 383,8	2 793,0	277,6	1 066,9	221,4	947,7	279,4	1 727,9	491,7	100,0	110,0	13 606,4		
31. 8.	8 713,0	2 782,8	218,4	980,8	383,8	814,3 ⁴⁾	385,5	1 664,9	420,9	100,0	110,0	13 791,6		
30. 9.	9 054,4	2 731,4	251,8	1 055,4	319,6	786,7	317,9	1 459,0	394,9	100,0	110,0	13 849,7		
31. 10.	8 989,4	2 470,6	175,0	1 186,5	39,1	818,6	251,4	1 269,2	420,0	100,0	110,0	13 359,2		
30. 11.	9 197,9	2 565,7	167,3	1 223,8	107,2	814,3	253,1	977,3	443,5	100,0	110,0	13 394,4		
31. 12.	9 243,1	2 673,5	465,6	1 086,4	133,2	837,7	150,6 ⁵⁾	912,8	543,0 ⁵⁾	100,0	110,0	13 582,4		
1952														
31. 1.	9 162,9	2 267,4	235,9	1 025,9	87,1	804,6	113,9	749,1	510,0	100,0	110,0	12 899,4		
7. 2.	8 759,2	2 518,6	505,9	1 053,0	43,0	797,3	119,4	765,3	505,0	100,0	110,0	12 758,1		
15. 2.	8 579,4	2 469,2	457,6	1 063,2	49,1	796,2	103,1	622,9	510,0	100,0	110,0	12 391,5		
23. 2.	8 197,7	2 429,4	446,5	1 127,2	23,1	732,5	100,1	627,0	505,3	100,0	110,0	11 969,4		
29. 2.	9 415,6	2 333,8	182,8	1 121,2	213,4	729,0	87,4	631,9	521,3	100,0	110,0	13 112,6		
7. 3.	9 072,7	2 516,0	477,9	1 113,6	110,1	716,4	98,0	623,5	514,0	100,0	110,0	12 936,2		
15. 3.	8 792,1	2 343,4	416,7	1 090,6	28,8	712,9	94,4	618,8	519,7	100,0	110,0	12 484,0		

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 3) Die Zugänge ergaben sich überwiegend aus den Buchungen der am 31. 12. 1951 fälligen Zinsen auf Ausgleichsforderungen und sonstiger Zinsverrechnungen. — 4) Die bisher in Spalte 20 nachgewiesenen Guthaben der STEG-Verwaltung wurden ab August 1951 auf den Bund (Spalte 19) übertragen. — 5) Rückgang in der Hauptsache durch Übertragung der ERP-Sonderkonten der KfW auf die Gegenwertkonten des Bundes (Spalte 18).

3. Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 29. Februar 1952 *)

in Mill. DM

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Württemberg-Baden	Württemberg-Hohenzollern	Insgesamt
Aktiva												
Guthaben bei der BdL	6,9	33,3	16,4	36,5	0,0	26,6	92,5	15,6	6,4	26,7	1,1	262,0
Postscheckguthaben	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	—	0,0	0,0	0,0	0,2
Inlandswechsel	38,4	2,1	53,8	12,6	54,3	6,7	133,3	4,7	0,1	0,3	5,4	311,7
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	6,7	—	—	6,7	—	68,0	0,0	5,6	—	—	87,0
Wertpapiere	1,0	1,2	1,0	—	—	3,3	14,9	0,7	4,9	6,6	1,1	34,7
Ausgleichsforderungen	88,4	546,2	48,1	211,1	283,3	355,6	693,6	120,6	166,0	311,0	56,3	2 880,2
davon: aus der eigenen Umstellung angekauft	(76,9)	(449,2)	(40,9)	(184,3)	(245,1)	(305,8)	(631,2)	(98,4)	(125,6)	(250,8)	(49,8)	(2 458,0)
Lombardforderungen	(11,5)	(97,0)	(7,2)	(26,8)	(38,2)	(49,8)	(62,4)	(22,2)	(40,4)	(60,2)	(6,5)	(422,2)
darunter: gegen Ausgleichsforderungen	5,1	22,3	0,4	17,3	37,4	19,8	19,4	46,7	19,0	23,0	10,6	221,0
Kassenkredite	(5,1)	(21,7)	(0,4)	(3,7)	(37,3)	(19,4)	(19,4)	(35,7)	(18,5)	(22,5)	(10,6)	(194,3)
davon: an Landesregierung an sonstige öffentl. Stellen	14,6	51,6	—	—	9,5	0,2	—	5,7	5,5	1,1	—	88,2
(14,6)	(51,6)	(—)	(—)	(9,5)	(0,2)	(—)	(—)	(5,6)	(5,5)	(—)	(—)	(87,0)
Beteiligung an der BdL	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,1)	(—)	(1,1)	(—)	(1,2)
Beteiligungen an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5	11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0
Schwabende Verrechnungen im Zentralbanksystem	1,1	21,3	1,7	5,9	14,2	16,0	—	—	1,7	3,1	2,3	67,3
Sonstige Vermögenswerte	5,7	14,6	1,3	4,6	24,5	16,2	66,3	5,3	9,0	6,3	3,9	157,7
Summe der Aktiva	163,7	716,8	125,7	296,1	438,4	455,9	1 116,1	204,8	222,7	387,1	82,7	4 210,0
Passiva												
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0	40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0
Rücklagen und Rückstellungen	7,9	49,3	7,0	29,6	26,6	31,7	71,5	14,2	17,8	25,9	5,6	287,1
Einlagen	139,6	277,4	99,2	214,1	319,8	221,6	788,1	152,4	53,3	216,9	48,9	2 531,3
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes	(61,7)	(252,7)	(41,4)	(157,4)	(192,0)	(192,4)	(622,7)	(85,3)	(43,5)	(184,4)	(41,8)	(1 875,3)
(einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(0,2)	(0,3)	(2,8)	(2,3)	(3,1)	(1,0)	(0,2)	(1,0)	(3,2)	(1,1)	(0,2)	(15,4)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(4,2)	(8,8)	(47,9)	(3,0)	(25,5)	(8,6)	(61,6)	(21,2)	(3,4)	(15,0)	(2,5)	(201,7)
Öffentliche Verwaltungen	(64,0)	(0,1)	(0,1)	(22,3)	(64,9)	(0,9)	(15,0)	(35,1)	(0,0)	(0,5)	(1,0)	(203,9)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(9,4)	(15,3)	(7,0)	(27,8)	(23,6)	(18,7)	(88,3)	(9,7)	(3,2)	(15,5)	(3,4)	(221,9)
Sonstige inländische Einleger	(0,1)	(0,2)	(—)	(1,3)	(10,7)	(0,0)	(0,3)	(0,1)	(0,0)	(0,4)	(0,0)	(13,1)
Ausländische Einleger	—	303,8	—	8,9	40,7	144,0	107,1	—	126,6	95,9	12,0	839,0
Lombardverpflichtungen gegenüber der Bank deutscher Länder	—	—	—	—	—	—	16,1	5,5	—	—	—	21,6
Schwabende Verrechnungen im Zentralbanksystem	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Verbindlichkeiten	6,2	36,3	9,5	33,5	21,3	18,6	68,3	12,7	15,0	18,4	6,2	246,0
Summe der Passiva	163,7	716,8	125,7	296,1	438,4	455,9	1 116,1	204,8	222,7	387,1	82,7	4 210,0
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln darunter Auslandswechsel (einschließlich Export-Tratten)	32,7	636,2	99,0	666,5	253,3	304,6	730,5	232,1	175,9	369,2	65,6	3 565,6
(10,3)	(78,9)	(7,6)	(48,1)	(73,4)	(38,1)	(194,3)	(15,8)	(4,7)	(59,5)	(11,4)	(542,1)	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

4. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel		im Bundes- gebiet und in Berlin ausge- gebene Zah- lungsmittel
	Bank- noten und Klein- geld- zeichen*)	Scheide- münzen	
1948			
31. 12.	6 319	—	6 641
1949			
31. 12.	7 290	40	7 738
1950			
31. 3.	7 334	86	7 828
30. 6.	7 596	132	8 160
30. 9.	7 781	143	8 356
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
31. 1.	7 325	214	7 975
28. 2.	7 298	246	7 991
31. 3.	7 320	277	8 058
30. 4.	7 479	300	8 260
31. 5.	7 407	348	8 215
30. 6.	7 720	382	8 570
31. 7.	7 915	413	8 797
31. 8.	8 233	428	9 141
30. 9.	8 557	444	9 498
7. 10.	8 324	447	9 242
15. 10.	8 003	447	8 901
23. 10.	7 511	443	8 407
31. 10.	8 497	453	9 442
7. 11.	8 140	454	9 062
15. 11.	7 940	452	8 857
23. 11.	7 655	450	8 565
30. 11.	8 679	460	9 658
7. 12.	8 606	466	9 570
15. 12.	8 385	469	9 389
23. 12.	8 366	472	9 386
31. 12.	8 721	470	9 713
1952			
7. 1.	8 359	463	9 327
15. 1.	8 041	454	8 999
23. 1.	7 620	447	8 564
31. 1.	8 631	457	9 620
7. 2.	8 257	456	9 215
15. 2.	8 070	452	9 031
23. 2.	7 697	447	8 645
29. 2.	8 868	458	9 873
7. 3.	8 553	458	9 531
15. 3.	8 262	456	9 248

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

5. Stückelung des Zahlungsmittelumschlages nach dem Stand vom 29. Februar 1952 *)

Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamt- umschlages	Stückelung	in Mill. DM	in vH des Gesamt- umschlages
Banknoten insgesamt	9 415	95,4	Scheidemünzen insgesamt	458	4,6
davon: 100,— DM	1 752	17,7	davon: 2,— DM	130	1,3
50,— "	4 313	43,7	1,— "	179	1,8
20,— "	2 213	22,4	—,50 "	68	0,7
10,— "	706	7,2	—,10 "	53	0,5
5,— "	393	4,0	—,05 "	18	0,2
2,— "	15	0,2	—,02 "	2	0,0
1,— "	13	0,1	—,01 "	8	0,1
—,50' "	10	0,1			
			Banknoten und Scheidemünzen	9 873	100,0

*) Einschließlich Kleingeldzeichen.

II. Zinssätze des Zentralbanksystems und Mindestreservesätze

Gültig ab:	Zentralbanksätze für den Verkehr mit Geschäftsbanken		Mindestreservesätze in vH der reservepflichtigen Einlagen ²⁾					Sonderzins bei Unterschreitung des Reservesolls — jeweils über Lombardsatz
			für Geschäftsbanken				für Landeszentralbanken Einheitssatz	
	Diskont ¹⁾	Lombard	Sichteinlagen		Befristete Einlagen	Spareinlagen		
			Bankplätze	Nichtbankplätze				
		vH					%	
1948 1. Juli	5	6	10	10	5	5	20	1
1. Dezember			15	10	5	5		3
1949 27. Mai	4 ^{1/2}	5 ^{1/2}						
1. Juni			12	9	5	5		
14. Juli	4	5						
1. September			10	8	4	4	12	
1950 1. Oktober			15	12	8	4		
27. Oktober	6	7						1
1951 1. Januar								3

¹⁾ Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand. Für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß Beschluß vom 3. August 1948 einheitlich ein Diskontsatz von 3% berechnet. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Die gleiche Vergünstigung gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (Beschluß vom 22./23. März 1950) und für Exporttratten (Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951). — ²⁾ Reservepflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

III. Mindestreservenstatistik

Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1951		1952		1951		1952		1951		1952	
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschussreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	1 008,3	989,4	1 018,3	1 031,6	32,1	59,1	33,5	22,4	0,7	0,9	0,9	1,2
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(618,1)	(598,8)	(611,0)	(618,6)	(18,0)	(28,8)	(13,7)	(8,2)	(—)	(—)	(0,0)	(0,1)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(295,4)	(294,7)	(308,2)	(314,4)	(7,7)	(19,9)	(13,0)	(7,6)	(0,0)	(0,1)	(0,0)	(0,3)
c) Privatbankiers	(94,8)	(95,9)	(99,1)	(98,6)	(6,4)	(10,4)	(6,8)	(6,6)	(0,7)	(0,8)	(0,9)	(0,8)
2. Hypothekendarlehenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	5,5	7,1	11,7	11,4	0,8	2,3	0,7	0,9	0,0	—	—	0,0
3. Girozentralen	158,7	172,5	186,2	168,9	15,4	11,4	11,8	7,0	—	—	—	—
4. Sparkassen	596,4	600,5	606,8	637,2	8,3	12,7	11,2	8,3	1,0	1,7	1,1	1,0
5. Ländliche Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	119,0	118,1	120,5	121,4	2,3	5,4	2,8	3,0	0,8	0,8	0,6	0,7
6. Gewerbliche Zentralkassen	3,5	3,8	4,7	4,6	0,2	0,7	0,6	0,2	—	—	—	—
7. Gewerbliche Kreditgenossenschaften	111,6	110,7	113,7	114,5	4,7	7,2	4,6	5,4	1,0	0,8	0,9	0,7
8. Sonstige Geldinstitute	151,6	154,2	159,3	150,7	4,5	7,9	6,8	7,2	0,0	0,0	0,1	0,0
Bankengruppen insgesamt	2 154,6	2 156,3	2 221,2	2 240,3	68,3	106,7	72,0	54,4	3,5	4,2	3,6	3,6
	Überschussreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschussreserven (netto) in vH der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)				in vH der Gesamtsumme der Überschussreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	31,4	58,2	32,6	21,2	3,1	5,9	3,2	2,1	48,5	56,8	47,7	41,7
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(18,0)	(28,8)	(13,7)	(8,1)	(2,9)	(4,8)	(2,2)	(1,3)	(27,8)	(28,1)	(20,1)	(15,9)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(7,7)	(19,8)	(13,0)	(7,3)	(2,6)	(6,7)	(4,2)	(2,3)	(11,9)	(19,3)	(19,0)	(14,4)
c) Privatbankiers	(5,7)	(9,6)	(5,9)	(5,8)	(6,0)	(10,0)	(6,0)	(5,9)	(8,8)	(9,4)	(8,6)	(11,4)
2. Hypothekendarlehenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	0,8	2,3	0,7	0,9	14,5	32,4	6,0	7,9	1,2	2,2	1,0	1,8
3. Girozentralen	15,4	11,4	11,8	7,0	9,7	6,6	6,3	4,1	23,8	11,1	17,2	13,8
4. Sparkassen	7,3	11,0	10,1	7,3	1,2	1,8	1,7	1,1	11,3	10,7	14,8	14,4
5. Ländliche Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	1,5	4,6	2,2	2,3	1,3	3,9	1,8	1,9	2,3	4,5	3,2	4,5
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,2	0,7	0,6	0,2	5,7	18,4	12,8	4,3	0,3	0,7	0,9	0,4
7. Gewerbliche Kreditgenossenschaften	3,7	6,4	3,7	4,7	3,3	5,8	3,3	4,1	9,7	6,3	5,4	9,2
8. Sonstige Geldinstitute	4,5	7,9	6,7	7,2	3,0	5,1	4,2	4,8	6,9	7,7	9,8	14,2
Bankengruppen insgesamt	64,8	102,5	68,4	50,8	3,0	4,8	3,1	2,3	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

IV. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets
in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Wirtschaft und Private	Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an							
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen		davon		Wechselobligo der Kundschaft	Öffentl.-rechtl. Körperschaften	davon			
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wechselobligo d. Kundschaft	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1951													
30. 6.	9 606,9	5 511,5	1 208,0	4 095,4	9 150,3	5 343,5	1 207,9	3 806,8	456,6	168,0	268,3	20,3	1 761,4
31. 7.	9 860,3	5 559,1	1 155,1	4 301,2	9 302,2	5 411,1	1 155,0	3 891,1	558,1	148,0	389,1	21,0	1 712,6
31. 8.	10 162,0	5 727,5	1 143,6	4 434,5	9 484,3	5 535,9	1 143,5	3 948,4	677,7	191,6	465,6	20,5	1 600,2
30. 9.	10 560,6	6 129,9	1 188,1	4 430,7	10 031,9	5 961,1	1 188,0	4 070,8	528,7	168,8	337,1	22,8	1 565,2
31. 10.	10 721,8	5 671,3	1 200,6	5 050,5	9 682,6	5 449,5	1 200,3	4 233,1	1 039,2	221,8	785,0	32,4	1 461,0
30. 11.	10 909,9	5 930,5	1 237,0	4 979,4	10 041,0	5 704,6	1 236,7	4 336,4	868,9	225,9	592,1	50,9	1 518,9
31. 12.	11 305,9	6 013,8	1 337,4	5 292,1	10 595,8	5 854,8	1 337,3	4 741,0	710,1	159,0	491,3	59,8	1 596,5
1952													
7. 1.	11 345,6	6 119,0	1 329,1	5 226,6	10 573,2	5 963,3	1 329,1	4 609,9	772,4	155,7	556,4	60,3	1 610,5
15. 1.	11 672,0	6 403,0	1 326,2	5 269,0	10 779,1	6 223,0	1 326,2	4 556,1	892,9	180,0	648,2	64,7	1 593,5
23. 1.	11 741,4	6 368,8	1 330,0	5 372,6	10 816,1	6 224,8	1 330,0	4 591,3	925,3	144,0	714,3	67,0	1 662,6
31. 1.	11 807,6	6 316,0	1 317,3	5 491,6	10 852,9	6 156,7	1 317,3	4 696,2	954,7	159,3	733,7	61,7	1 583,3
7. 2.	11 717,7	6 313,1	1 324,4	5 404,6	10 853,6	6 158,0	1 324,4	4 695,6	864,1	155,1	653,6	55,4	1 617,3
15. 2.	11 874,8	6 520,9	1 319,3	5 353,9	11 044,1	6 339,6	1 319,3	4 704,5	830,7	181,3	604,3	45,1	1 659,0
23. 2.	12 048,0	6 592,3	1 320,2	5 455,7	11 195,9	6 424,6	1 320,2	4 771,3	852,1	167,7	644,7	39,7	1 732,4
29. 2.	12 064,1	6 572,7	1 310,4	5 491,4	11 229,7	6 397,5	1 310,4	4 832,2	834,4	175,2	619,1	40,1	1 721,1
7. 3.	11 992,4 ¹⁾	6 551,1 ¹⁾	1 307,7	5 441,3	11 219,5 ¹⁾	6 387,6 ¹⁾	1 307,7	4 831,9	772,9	163,5	568,4	41,0	1 728,0
15. 3. ²⁾	12 273,4	6 813,9	1 288,5	5 459,5	11 490,8	6 628,4	1 288,5	4 862,4	782,6	185,5	545,1	52,0	1 800,0

b) Einlagen

Stand	Einlagen von Nichtbanken insgesamt	davon			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- und Termineinlagen		Spar-einlagen	
		von Wirtschaft und Privaten	von Öffentl.-rechtl. Körperschaften		
	1	2	3	4	5
1951					
30. 6.	12 539,4	7 590,1	2 815,4	2 133,9	1 677,0
31. 7.	12 791,3	7 797,1	2 816,4	2 177,8	1 818,1
31. 8.	13 090,8	8 041,6	2 823,7	2 225,5	1 986,3
30. 9.	12 946,4	7 831,9	2 849,8	2 264,7	2 009,9
31. 10.	13 612,6	8 441,7	2 855,9	2 315,0	2 188,7
30. 11.	13 846,8	8 581,5	2 897,8	2 367,5	2 180,3
31. 12.	14 310,5	8 646,2	3 093,8	2 570,5	2 323,6
1952					
7. 1.	14 211,8	8 510,6	3 104,5	2 596,7	2 204,0
15. 1.	14 426,5	8 545,5	3 255,5	2 625,5	2 416,4
23. 1.	14 661,1	8 585,8	3 425,5	2 649,8	2 442,8
31. 1.	14 456,6	8 650,5	3 123,2	2 682,9	2 545,0
7. 2.	14 673,9	8 812,4	3 145,5	2 716,0	2 411,5
15. 2.	14 792,0	8 784,2	3 263,9	2 743,9	2 536,6
23. 2.	14 911,9	8 799,0	3 353,5	2 759,4	2 657,7
29. 2.	14 680,9	8 728,7	3 169,9	2 782,3	2 663,6
7. 3.	14 860,1	8 797,8	3 246,5	2 815,8	2 516,0
15. 3. ²⁾	14 816,4	8 556,4	3 426,4	2 833,6	2 648,7

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Enthält statistisch bedingte Zunahme (rd. 20 Mill. DM). — ²⁾ Vorläufig.

V. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts- a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁴⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BDL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- insgesamt
			insgesamt ³⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	Handels-wechsel	Bank-akzpte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1950															
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Sept.	3 565	28 037,7	1 216,0	923,8	47,9	2 059,4	1 698,7	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1
1951															
März	3 561	31 799,4	1 839,4	1 536,9	53,6	2 061,7	1 759,9	215,1	1,6	201,8	2 599,6	2 370,9	79,7	205,8	401,1
April	3 562	32 090,0	1 768,7	1 442,5	52,0	2 120,1	1 789,8	183,9	1,0	231,1	2 745,0	2 529,1	71,9	294,5	420,9
Mai	3 562	32 622,6	1 891,5	1 534,9	50,1	2 164,0	1 876,4	163,2	0,8	228,5	2 781,1	2 552,0	92,2	258,8	433,4
Juni	3 559	33 448,3	1 960,7	1 642,4	60,2	2 371,3	2 037,4	164,4	3,1	346,7	2 819,7	2 584,0	89,5	311,3	445,6
Juli	3 559	34 309,6	2 028,4	1 649,9	54,6	2 564,4	2 206,4	157,6	0,9	230,0	3 039,7	2 796,8	82,8	434,7	474,8
Aug.	3 560	35 172,5	1 988,5	1 660,5	54,8	2 725,1	2 335,6	149,9	0,9	246,4	3 137,7	2 899,3	77,1	508,2	496,1
Sept.	3 559	35 597,9	2 018,8	1 676,3	55,7	2 737,5	2 320,5	143,3	3,4	247,1	2 936,0	2 711,8	56,7	381,7	488,3
Okt. ¹⁵⁾	3 558	36 669,3	2 099,4	1 715,3	53,9	2 916,6	2 467,5	184,3	1,1	265,5	3 489,9	3 183,0	65,5	846,9	506,2
Okt. ¹⁵⁾	3 726	37 206,2	2 114,8	1 728,6	54,4	3 004,7	2 534,7	184,3	1,1	266,7	3 508,2	3 196,5	67,4	864,9	527,2
Nov.	3 725	37 895,0	2 162,0	1 803,9	55,8	2 922,5	2 443,9	203,2	2,2	270,3	3 620,4	3 308,2	82,0	865,2	527,7
Dez.	3 724	39 375,4	2 927,5	2 540,1	100,1	3 005,8	2 504,3	257,7	3,7	374,9	3 512,9	3 209,9	90,3	598,7	554,7
1952															
Jan.	3 721	39 799,3	2 190,6	1 790,6	58,8	3 218,2	2 629,9	224,9	1,4	221,1	3 824,9	3 493,6	78,3	844,2	607,3

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder ⁹⁾				
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter			
					Einlagen von Kreditinstituten	Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ¹⁰⁾	
							insgesamt	darunter Anlage-konto							
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43			
1950															
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	1 752,7	276,2	9,3		
Sept.	3 565	28 037,7	17 304,1	15 735,3	11 972,9	9 097,6	287,6	2 875,3	3 762,4	1 568,8	1 799,1	239,5	15,6		
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	2 005,5	275,8	5,5		
1951															
März	3 561	31 799,4	18 713,1	17 016,4	13 085,7	9 915,2	283,8	3 170,5	3 930,7	1 696,7	2 284,2	312,2	6,4		
April	3 562	32 090,0	19 033,0	17 240,8	13 286,0	10 145,6	.	3 140,4	3 954,8	1 792,2	2 097,8	303,8	5,6		
Mai	3 562	32 622,6	19 329,6	17 467,8	13 474,0	10 263,4	.	3 210,6	3 993,8	1 861,8	2 145,8	314,8	7,7		
Juni	3 559	33 448,3	19 924,0	18 030,1	13 975,7	10 533,2	279,7	3 442,5	4 054,4	1 893,9	2 116,0	341,9	10,7		
Juli	3 559	34 309,6	20 414,7	18 366,0	14 236,1	10 809,2	.	3 426,9	4 129,9	2 048,7	2 158,1	393,7	10,9		
Aug.	3 560	35 172,5	21 122,1	18 875,9	14 663,4	11 190,3	.	3 473,1	4 212,5	2 246,2	2 007,2	417,8	7,2		
Sept.	3 559	35 597,9	21 099,8	18 816,9	14 532,7	11 032,2	273,4	3 500,5	4 284,2	2 282,9	2 010,2	403,8	9,5		
Okt. ¹⁵⁾	3 558	36 669,3	22 135,7	19 653,6	15 272,4	11 789,1	.	3 483,3	4 381,2	2 482,1	1 882,1	425,8	7,7		
Okt. ¹⁵⁾	3 726	37 206,2	22 253,9	19 765,4	15 370,8	11 879,2	.	3 491,6	4 394,6	2 488,5	1 935,3	432,8	7,7		
Nov.	3 725	37 895,0	22 575,8	20 121,5	15 639,0	12 052,7	.	3 586,3	4 482,5	2 454,3	2 023,7	477,4	6,2		
Dez.	3 724	39 375,4	23 484,6	20 770,3	15 967,9	12 139,6	259,8	3 828,3	4 802,4	2 714,3	2 016,1	493,4	6,3		
1952															
Jan.	3 721	39 799,3	23 755,3	20 926,2	15 926,2	12 095,4	.	3 830,8	5 000,0	2 829,1	2 025,4	448,4	5,3		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tendinger Kreditinstitute. — 2) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 3) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — 5) Einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — 6) Ein-Landes. — 7) Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — 8) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 9) In der Neubildung ent-Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 10) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, in den „Einlagen“ enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 11) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kredit-per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

(Bilanzstatistik)

Banken
Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva (8)	Stand am Mo- nats- ende
		gegen- wärtiger Be- stand (5)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁽⁶⁾	ins- gesamt (7)	Wirt- schaft und Private	davon		ins- gesamt	darunter						
						Öffent- lich- recht- liche Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
44,8	25,8	5 273,5	5 603,8	8 736,2	7 640,2	395,9	700,1	2 914,7	1 862,3	476,8	621,0	77,2	376,9	964,2	1950
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 784,7	8 545,4	421,6	817,7	3 896,8	2 415,3	641,9	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Juni
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 179,3	8 978,4	358,6	842,3	5 069,6	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Sept.
															Dez.
															1951
83,4	47,3	5 432,1	5 903,5	10 299,4	8 900,9	325,0	1 073,5	5 736,1	3 546,5	1 034,8	1 164,1	94,1	480,9	965,7	März
90,1	44,6	5 433,3	5 920,9	9 996,7	8 651,5	325,3	1 019,9	5 985,5	3 671,1	1 071,6	1 231,2	98,7	489,2	993,6	April
92,3	43,9	5 424,6	5 938,7	10 088,3	8 717,7	364,5	1 006,1	6 167,1	3 782,3	1 101,2	1 290,8	104,0	494,8	1 037,7	Mai
93,6	48,7	5 421,0	5 943,5	10 114,2	8 739,1	373,8	1 001,3	6 363,5	3 881,1	1 145,8	1 326,3	107,4	508,7	1 075,5	Juni
109,0	48,9	5 432,0	5 943,8	10 203,4	8 851,6	325,9	1 025,9	6 552,5	3 985,2	1 171,7	1 368,4	111,3	512,9	1 095,1	Juli
124,8	52,2	5 444,8	5 942,6	10 299,8	8 957,0	389,7	953,1	6 807,6	4 104,1	1 255,5	1 420,0	113,8	521,6	1 205,1	Aug.
124,8	50,7	5 451,0	5 944,5	10 814,8	9 452,5	419,0	943,3	6 998,2	4 231,8	1 303,5	1 515,0	117,6	531,0	1 107,8	Sept.
128,3	49,2	5 480,4	5 957,5	10 227,7	8 919,3	454,4	854,0	7 209,4	4 367,4	1 337,8	1 556,3	118,6	542,0	1 121,9	Okt. ⁽¹³⁾
128,5	49,4	5 557,1	6 034,6	10 334,1	8 984,8	455,1	894,2	7 372,0	4 396,4	1 396,3	1 564,4	124,8	544,8	1 133,3	Okt. ⁽¹⁵⁾
128,0	51,8	5 579,9	6 037,5	10 825,0	9 397,8	497,7	929,5	7 505,1	4 520,3	1 454,2	1 672,0	131,1	563,8	1 137,0	Nov.
140,2	48,1	5 582,6	6 036,2	11 017,0	9 589,2	482,5	945,3	7 769,9	4 606,0	1 534,8	1 766,3	158,2	584,2	1 113,1	Dez.
															1952
136,8	47,3	5 611,8	6 036,2 ⁽⁹⁾	11 380,8	10 039,4	411,4	930,0	8 026,3	4 750,9	1 583,9	1 756,9	164,4	607,3	1 013,1	Jan.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld- verschrei- bungen	aufge- nommene lang- fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁽¹³⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47 z.T. Sp. 33) ⁽¹⁴⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind- lichkeiten aus Bürg- schaften u. a.	eigene Zie- hungen im Umlauf	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Stand am Mo- nats- ende
				insgesamt	darunter			Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Kredit- institute (ohne Sp. 52)	Öffent- lich- rechtliche Körper- schaften	sonstige				
					Neu- bildung seit dem 21. 6. 1948 ⁽¹¹⁾	Eigenkap. von neuge- grün- deten Instituten ⁽¹²⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1 679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	1950
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Juni
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Sept.
															Dez.
															1951
1 279,5	1 531,3	3 179,4	1 164,1	1 238,2	497,8	193,6	2 409,6	1 657,5	1 040,2	1 833,2	183,7	1 453,1	95,7	3 391,1	März
1 096,4	1 596,0	3 279,2	1 231,2	1 243,5	495,1	193,6	2 512,9	1 700,8	1 065,0	1 914,1	191,8	1 422,2	86,2	3 089,3	April
1 040,7	1 616,8	3 384,9	1 290,8	1 256,7	504,8	195,6	2 557,3	1 731,2	1 111,5	2 011,7	197,4	1 490,3	79,7	3 037,6	Mai
1 023,2	1 647,4	3 478,0	1 326,3	1 280,7	523,1	201,8	2 652,7	1 775,8	1 149,6	2 081,9	206,2	1 526,8	69,2	3 380,8	Juni
905,0	1 710,8	3 602,4	1 368,4	1 334,2	574,7	246,9	2 816,0	1 804,9	1 199,4	2 210,2	212,1	1 569,8	75,1	3 354,8	Juli
836,8	1 764,6	3 788,6	1 420,0	1 345,7	585,0	247,9	2 887,5	1 888,3	1 214,9	2 381,0	224,0	1 613,0	84,7	3 307,2	Aug.
973,4	1 826,7	3 889,8	1 515,0	1 367,9	602,6	257,1	2 915,1	1 939,9	1 249,9	2 487,0	237,3	1 668,0	75,5	3 791,4	Sept.
812,6	1 916,2	4 004,8	1 556,3	1 371,7	600,0	257,3	2 989,9	1 967,3	1 270,1	2 606,3	235,1	1 666,5	72,5	3 566,6	Okt. ⁽¹⁵⁾
813,9	2 050,4	4 149,8	1 564,4	1 394,2	610,4	263,5	3 044,3	2 008,3	1 287,3	2 699,1	244,2	1 706,5	76,5	3 588,5	Okt. ⁽¹⁵⁾
876,3	2 102,3	4 174,3	1 672,0	1 413,3	625,1	263,6	3 057,3	2 028,2	1 279,9	2 853,3	242,9	1 785,8	74,6	3 785,8	Nov.
1 079,9	2 171,9	4 308,8	1 766,3	1 453,6	662,4	270,6	3 094,2	2 088,5	1 305,2	2 979,1	333,6	1 878,3	73,1	4 681,7	Dez.
															1952
979,9	2 234,0	4 531,7	1 756,9	1 484,5	676,1	271,5	3 031,6	2 071,2	1 301,2	3 105,4	370,1	1 961,6	74,8	4 389,6	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich- und getigter Ausgleichsforderungen. — ⁶⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an schließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des haltene Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ¹²⁾ Es handelt sich um Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁴⁾ Einbezogen sind etwaige institute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beteili-	
			ins-gesamt 3)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				ins-gesamt	darunter			ins-gesamt	
												Hand-els-wechsel	Bank-akzepte			ins-gesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
Bundesgebiet																
Okt. 9)	3 558	36 669,3	2 099,4	1 715,3	53,9	2 916,6	2 467,5	184,3	1,1	265,5	3 489,9	3 183,0	65,5	846,9	506,2	
Okt. 9)	3 726	37 206,2	2 114,8	1 728,6	54,4	3 004,7	2 534,7	184,3	1,1	266,7	3 508,2	3 196,5	67,4	864,9	527,2	
Nov.	3 725	37 895,0	2 162,0	1 803,9	55,8	2 922,5	2 443,9	203,2	2,2	270,3	3 620,4	3 308,2	82,0	665,2	527,7	
Dez.	3 724	39 375,4	2 927,5	2 540,1	100,1	3 005,8	2 504,3	257,7	3,7	374,9	3 512,9	3 209,9	90,3	598,7	554,7	
Jan.	3 721	39 799,3	2 190,6	1 790,6	58,8	3 218,2	2 629,9	224,9	1,4	221,1	3 824,9	3 493,6	78,3	844,2	607,3	
Baden																
Sept.	169	777,4	61,9	52,8	2,4	52,6	50,8	0,9	0,0	5,6	42,8	37,6	1,0	18,3	5,4	
Okt. 10)	169	791,2	62,4	52,7	2,1	54,7	51,9	1,5	0,0	6,1	39,6	34,9	0,7	22,2	5,4	
Nov.	169	796,6	63,4	54,0	2,1	53,6	48,7	1,8	0,0	7,2	41,2	36,4	0,7	20,5	5,4	
Dez.	169	805,9	58,4	49,3	3,5	49,4	45,1	2,7	0,0	7,1	44,2	38,6	0,6	21,4	5,5	
Jan.	169	831,6	60,9	51,4	1,7	58,8	54,2	2,9	0,0	4,5	44,5	39,9	0,4	20,8	5,7	
Bayern																
Okt. 9)	577	5 935,0	287,9	214,7	9,5	316,6	297,5	10,0	0,5	38,3	353,4	313,7	11,5	20,7	124,3	
Okt. 9)	630	5 958,5	289,6	216,0	9,5	319,5	300,4	10,0	0,5	38,4	355,0	314,5	11,5	20,7	125,3	
Nov.	630	6 103,0	320,7	253,1	9,0	278,4	257,3	13,2	0,6	35,1	359,7	321,7	11,1	23,9	125,3	
Dez.	628	6 288,2	430,2	355,5	17,1	279,6	227,9	22,6	1,0	63,2	363,8	317,2	25,2	55,3	146,3	
Jan.	627	6 387,9	363,0	288,2	11,5	341,9	284,6	19,4	0,4	30,5	385,8	344,7	15,1	54,6	151,8	
Bremen																
Okt. 9)	28	1 051,7	56,3	48,0	1,4	57,6	57,0	27,8	—	7,4	100,0	95,1	1,3	0,5	9,4	
Okt. 9)	29	1 052,3	56,3	48,0	1,4	57,6	57,0	27,8	—	7,4	100,1	95,1	1,3	0,5	9,4	
Nov.	29	1 014,4	42,1	34,8	1,4	65,2	64,6	30,0	0,1	6,3	100,5	99,4	0,7	0,5	9,5	
Dez.	29	1 147,0	82,9	74,7	2,1	62,5	61,9	51,2	0,0	11,0	118,1	116,4	1,5	1,0	10,3	
Jan.	29	1 107,1	45,7	36,7	1,2	58,2	57,8	42,0	0,0	4,2	123,8	122,8	0,8	2,0	10,8	
Hamburg																
Okt. 9)	54	2 786,9	141,1	120,2	2,1	262,7	213,3	83,5	0,0	17,4	349,1	325,4	3,0	35,2	41,2	
Okt. 9)	57	2 789,9	141,5	120,6	2,1	263,0	213,6	83,5	0,0	17,4	349,3	325,6	3,0	35,2	41,3	
Nov.	57	2 872,7	200,2	183,0	2,1	223,1	180,2	92,7	0,2	17,2	359,6	325,3	14,7	11,6	42,6	
Dez.	57	3 156,7	270,5	246,6	6,0	274,4	223,8	92,9	0,1	23,5	373,8	344,1	13,8	11,6	41,6	
Jan.	57	3 100,2	175,3	155,0	2,0	258,4	192,5	56,8	0,1	15,8	409,1	386,4	4,3	36,6	46,6	
Hessen																
Okt. 9)	305	3 219,2	230,3	197,3	6,0	439,6	366,4	13,3	0,3	30,5	339,9	294,4	24,8	63,6	61,7	
Okt. 9)	333	3 237,3	231,3	198,0	6,0	440,1	366,8	13,3	0,3	30,6	340,6	294,9	24,8	63,6	65,1	
Nov.	333	3 303,5	194,6	163,6	6,1	450,7	385,9	11,3	0,2	30,0	375,2	327,0	26,7	65,6	66,0	
Dez.	333	3 381,1	281,7	243,3	9,5	421,9	367,2	13,6	0,4	41,2	345,6	306,4	21,4	66,5	71,1	
Jan.	333	3 460,8	209,6	174,3	7,9	485,0	415,9	17,6	0,1	30,5	336,9	293,6	21,5	70,0	93,6	
Niedersachsen																
Okt. 9)	609	3 302,3	235,8	189,4	6,2	204,6	183,1	3,3	0,1	29,3	240,9	227,7	1,9	29,1	31,5	
Okt. 9)	638	3 339,9	239,9	193,0	6,2	206,9	185,4	3,3	0,1	29,5	245,5	231,2	1,9	29,1	31,7	
Nov.	638	3 425,9	207,5	163,3	6,3	249,4	225,2	4,3	0,1	30,3	260,0	246,2	1,9	28,7	31,4	
Dez.	639	3 457,5	275,1	228,8	10,8	207,8	182,9	5,2	0,2	32,4	237,7	226,2	2,0	27,7	31,3	
Jan.	639	3 504,2	212,3	164,2	6,1	222,9	191,4	3,7	0,1	22,4	269,7	256,6	3,1	43,4	32,3	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tender Kreditinstitute. — 2) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 3) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — 5) Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — des Landes. — 6) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hier-Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 7) In Baden hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute nicht geändert.

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952	
		gegen- wärtiger Be- stand ⁵⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	darunter							
									gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Bundesgebiet																
128,3	49,2	5 480,4	5 957,5	10 227,7	8 919,3	454,4	854,0	7 209,4	4 367,4	1 337,8	1 556,3	118,6	542,0	1 121,9	Okt. ⁹⁾	
128,5	49,4	5 557,1	6 034,6	10 334,1	8 984,8	455,1	894,2	7 372,0	4 396,4	1 396,3	1 564,4	124,8	544,8	1 133,3	Okt. ⁹⁾	
128,0	51,8	5 579,9	6 037,5	10 825,0	9 397,8	497,7	929,5	7 505,1	4 520,3	1 454,2	1 672,0	131,1	563,8	1 137,0	Nov.	
140,2	48,1	5 582,6	6 036,2	11 017,0	9 589,2	482,5	945,3	7 769,9	4 606,0	1 534,8	1 766,3	158,2	584,2	1 113,1	Dez.	
136,8	47,3	5 611,8	6)	11 380,8	10 039,4	411,4	930,0	8 026,3	4 750,9	1 583,9	1 756,9	164,4	607,3	1 013,1	Jan.	
Baden																
0,6	1,6	179,9	202,3	274,7	233,9	22,7	18,1	63,7	40,7	10,4	14,5	1,8	10,3	41,0	Sept.	
0,6	1,6	181,8	203,2	279,8	233,8	24,3	21,7	65,2	41,6	10,4	15,8	1,9	10,3	40,8	Okt. ¹⁰⁾	
0,5	1,6	182,6	203,7	288,2	241,6	23,0	23,6	67,2	42,3	11,1	16,4	1,9	10,3	33,2	Nov.	
0,5	1,6	183,3	204,0	292,5	249,4	19,7	23,4	70,4	43,3	10,7	18,2	1,9	10,5	35,3	Dez.	
0,4	1,7	183,6	6)	300,1	257,5	19,0	23,6	74,3	44,4	11,3	18,7	1,9	10,6	40,9	Jan.	
Bayern																
47,2	16,3	1 038,5	1 127,3	1 860,0	1 534,8	134,9	190,3	1 445,0	978,0	197,1	80,9	21,4	126,6	185,1	Okt. ⁹⁾	
47,2	16,3	1 040,7	1 129,6	1 869,7	1 544,4	135,0	190,3	1 445,2	978,2	197,1	82,5	21,7	127,6	186,3	Okt. ⁹⁾	
47,5	16,2	1 041,9	1 130,6	1 955,8	1 612,2	140,3	203,3	1 499,0	1 012,6	202,0	86,4	22,5	131,3	184,0	Nov.	
59,9	14,4	1 035,8	1 127,3	1 864,8	1 614,0	78,1	172,7	1 495,3	985,8	210,7	165,2	25,8	135,2	172,6	Dez.	
55,7	14,6	1 044,8	6)	1 942,6	1 683,7	82,1	176,8	1 500,6	983,7	218,8	186,2	25,8	141,6	172,8	Jan.	
Bremen																
0,9	2,4	114,5	136,7	252,6	240,4	0,3	11,9	336,4	129,4	66,2	21,0	3,0	15,8	45,6	Okt. ⁹⁾	
0,9	2,4	114,6	136,8	252,9	240,7	0,3	11,9	336,4	129,4	66,2	21,1	3,0	15,8	45,6	Okt. ⁹⁾	
0,8	2,5	115,6	137,7	255,3	242,5	0,4	12,4	296,6	132,4	74,5	24,7	3,1	16,1	44,9	Nov.	
0,8	2,5	115,0	137,3	268,3	246,1	0,0	22,2	338,0	138,4	79,5	24,3	3,2	16,5	40,1	Dez.	
0,7	2,2	114,5	6)	276,5	251,9	0,2	24,4	339,4	143,9	72,6	25,9	3,2	16,5	41,0	Jan.	
Hamburg																
2,0	1,5	284,7	323,0	1 143,4	1 090,9	8,8	43,7	261,4	209,1	14,0	52,8	8,6	32,6	69,6	Okt. ⁹⁾	
2,0	1,5	285,0	323,3	1 144,6	1 092,1	8,8	43,7	261,5	209,1	14,0	52,9	8,6	32,7	69,8	Okt. ⁹⁾	
1,7	4,8	285,0	323,0	1 203,4	1 145,1	8,6	49,7	269,1	216,2	14,0	54,3	8,8	32,8	65,2	Nov.	
2,0	3,2	284,7	322,7	1 320,1	1 262,1	8,6	49,4	282,1	223,6	14,2	57,5	14,0	33,1	67,6	Dez.	
2,0	2,4	285,0	6)	1 346,0	1 287,8	8,4	49,8	289,0	230,6	14,3	59,4	14,7	33,4	69,6	Jan.	
Hessen																
5,3	5,9	472,7	508,7	967,2	839,7	23,4	104,1	373,6	222,5	85,0	74,6	14,2	50,1	75,7	Okt. ⁹⁾	
5,4	5,9	474,8	510,7	970,9	843,5	23,3	104,1	373,6	222,5	85,0	75,2	19,7	50,3	76,0	Okt. ⁹⁾	
5,2	5,9	475,7	510,8	1 024,9	896,8	21,5	106,6	378,9	225,8	86,0	71,1	20,0	51,1	76,2	Nov.	
5,4	5,8	475,1	510,9	1 027,6	911,6	25,6	90,4	392,9	228,8	90,1	74,9	20,7	53,3	79,3	Dez.	
5,4	5,8	478,5	6)	1 088,9	964,3	23,5	101,1	407,1	232,0	95,5	82,1	20,8	55,0	71,4	Jan.	
Niedersachsen																
9,5	4,0	643,3	698,0	774,2	681,1	26,3	66,8	843,9	506,7	218,3	133,2	5,0	49,7	68,2	Okt. ⁹⁾	
9,6	4,0	644,9	699,7	791,9	698,5	26,3	67,1	848,0	510,4	218,3	133,8	5,2	50,1	69,8	Okt. ⁹⁾	
9,1	3,5	648,6	699,4	817,4	728,2	25,3	63,9	867,8	527,8	220,3	140,9	6,4	50,9	72,4	Nov.	
8,9	3,2	648,5	699,0	807,4	721,7	22,8	62,9	894,5	543,1	223,1	147,6	9,5	51,8	66,8	Dez.	
8,8	2,9	647,2	6)	852,4	764,6	22,8	65,0	911,3	552,9	227,8	153,1	10,0	52,9	61,5	Jan.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter-
2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige
nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich-
und getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁶⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an
⁸⁾ Einschließlich Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb
durch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁴⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BDL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel		Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert und Konbeteili- insgesamt	
			insgesamt ³⁾	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				insgesamt	Handelswechsel			Bankakzepte
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Nordrhein-Westfalen															
Okt. ⁹⁾	831	10 247,6	619,2	514,4	16,3	944,4	730,4	35,8	0,1	86,5	1 404,0	1 325,0	12,9	646,2	140,2
Okt. ⁹⁾	855	10 297,0	624,1	518,8	16,4	952,5	738,5	35,8	0,1	87,3	1 407,3	1 327,6	12,9	646,2	141,4
Nov.	854	10 453,8	666,4	570,3	16,0	912,9	678,9	40,1	0,5	94,6	1 468,3	1 379,8	10,6	472,2	140,7
Dez.	853	10 949,3	943,4	842,7	29,3	1 009,4	780,1	54,5	0,8	135,0	1 418,7	1 330,7	6,4	356,6	139,9
Jan.	852	11 035,4	641,8	530,2	16,7	950,6	695,1	52,4	0,2	72,1	1 539,6	1 455,5	13,0	557,8	149,9
Rheinland-Pfalz															
Okt. ⁹⁾	278	1 416,5	91,0	73,4	2,2	66,3	60,2	3,3	0,0	11,4	110,2	101,1	0,6	9,0	10,3
Okt. ⁹⁾	288	1 419,4	91,2	73,5	2,2	66,3	60,2	3,2	0,0	11,4	110,3	101,2	0,6	9,0	10,3
Nov.	288	1 448,0	88,9	71,3	2,8	71,9	65,1	1,5	0,0	11,9	108,5	99,1	0,6	10,4	10,0
Dez.	288	1 463,7	102,6	86,3	4,6	68,1	60,4	1,6	0,0	13,2	98,2	89,0	0,7	13,2	10,7
Jan.	288	1 485,0	98,4	80,3	2,6	78,7	67,0	0,9	0,0	10,2	109,5	100,7	0,8	11,6	11,0
Schleswig-Holstein															
Sept.	185	1 152,7	57,5	42,5	2,0	30,3	25,8	0,1	0,0	5,8	63,7	60,5	0,6	0,1	7,9
Okt. ¹⁰⁾	185	1 187,5	74,5	57,5	1,8	33,6	29,2	0,2	0,0	6,7	55,8	52,4	0,7	2,1	7,9
Nov.	185	1 235,5	68,4	51,3	1,9	32,5	28,2	0,2	0,0	6,2	54,7	51,6	0,7	0,1	7,9
Dez.	185	1 241,0	71,2	56,7	2,4	38,3	33,0	0,2	0,0	8,9	73,6	70,2	1,1	0,1	7,9
Jan.	185	1 250,7	68,6	52,8	1,8	38,5	31,5	0,9	0,0	6,0	70,6	67,2	0,9	0,2	8,9
Württemberg-Baden															
Okt. ⁹⁾	364	4 149,9	222,9	183,5	5,2	342,7	318,3	3,0	0,2	27,8	313,7	294,2	4,7	15,1	46,2
Okt. ⁹⁾	372	4 182,2	225,2	185,6	5,2	348,8	323,7	3,0	0,2	27,9	317,1	297,4	4,7	15,1	46,6
Nov.	372	4 246,9	227,9	190,5	6,6	335,9	314,3	4,1	0,4	27,2	325,1	299,3	9,3	16,1	45,8
Dez.	372	4 345,8	289,9	247,4	10,8	317,7	300,1	4,2	0,4	32,2	312,5	273,3	14,3	14,7	45,7
Jan.	371	4 449,6	229,1	185,7	5,8	418,3	390,7	2,3	0,1	22,0	342,8	301,4	14,8	14,7	50,4
Württemberg-Hohenzollern															
Okt. ⁹⁾	144	712,5	55,9	43,0	0,8	59,1	47,5	0,7	0,0	2,5	35,7	33,8	0,7	1,2	4,2
Okt. ⁹⁾	145	712,8	55,9	43,0	0,8	59,1	47,5	0,8	0,0	2,5	35,7	33,8	0,7	1,2	4,2
Nov.	145	716,1	57,2	45,1	1,0	48,2	36,9	1,2	0,0	3,1	37,5	35,5	0,7	1,2	4,3
Dez.	145	726,0	64,7	53,5	1,5	49,3	38,0	0,3	0,0	3,4	38,3	33,7	1,0	0,9	4,1
Jan.	145	738,5	57,3	44,2	0,7	59,1	47,9	0,6	0,0	2,2	40,1	35,3	0,7	0,9	4,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Okt. ⁹⁾	14	1 869,0	22,2	21,3	0,5	134,8	112,8	1,9	0,0	1,4	147,6	85,3	2,7	2,0	23,8
Okt. ⁹⁾	25	2 238,3	22,9	22,0	0,6	202,7	160,6	1,9	0,0	1,4	151,9	87,8	4,5	19,9	38,6
Nov.	25	2 278,6	24,7	23,7	0,6	200,6	158,5	2,8	0,3	1,0	130,1	86,8	4,2	14,3	38,9
Dez.	26	2 413,3	56,9	55,4	2,5	227,5	184,0	8,7	0,6	3,8	88,5	64,0	2,4	29,8	40,4
Jan.	26	2 448,2	28,6	27,5	0,6	247,7	201,1	25,5	0,4	0,8	152,5	89,4	2,9	31,6	47,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur Kreditinstitute. — ²⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ³⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter und gleichsorderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — ⁵⁾ Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — ⁶⁾ Ein-Landes. — ⁷⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — ⁸⁾ In Schleswig-Holstein hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute nicht geändert. — ⁹⁾ Rück-

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treu- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952	
		gegen- wärt- iger Be- stand ⁵⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter							
					Wirt- schaft und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung						
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen																
33,3	7,7	1 335,2	1 411,2	2 482,0	2 281,2	54,2	146,6	1 512,0	754,8	406,7	643,6	31,9	132,8	209,7	Okt. ⁹⁾	
33,4	7,6	1 336,3	1 412,3	2 496,8	2 296,1	54,2	146,5	1 519,8	760,5	408,2	648,6	32,0	133,8	211,0	Okt. ⁹⁾	
33,3	7,2	1 345,4	1 412,1	2 633,6	2 403,4	79,4	150,8	1 580,0	778,3	441,6	681,7	34,7	145,0	214,5	Nov.	
32,6	6,9	1 342,8	1 409,0	2 756,1	2 489,3	82,5	184,3	1 631,6	808,1	457,8	716,1	38,8	153,0	216,4	Dez.	
32,3	7,1	1 346,7	· ⁶⁾	2 889,9	2 651,3	82,3	156,3	1 681,4	822,3	473,1	745,0	40,9	160,4	182,9	Jan.	
Rheinland-Pfalz																
0,7	1,6	302,3	329,0	489,8	410,7	11,3	67,8	197,2	117,1	34,4	26,0	1,3	23,8	70,8	Okt. ⁹⁾	
0,7	1,6	302,9	329,6	491,2	412,1	11,3	67,8	197,4	117,2	34,5	26,1	1,4	23,9	71,0	Okt. ⁹⁾	
0,8	1,6	304,7	329,5	507,5	427,4	10,9	69,2	201,3	119,2	35,9	26,0	1,3	24,3	75,4	Nov.	
0,6	1,7	305,4	329,9	507,9	426,2	10,6	71,1	206,9	122,7	35,1	30,1	1,5	24,6	73,4	Dez.	
0,7	1,7	307,5	· ⁶⁾	521,7	444,3	10,9	66,5	213,6	124,0	36,5	30,5	1,5	25,5	60,1	Jan.	
Schleswig-Holstein																
4,4	0,7	200,5	234,3	316,0	279,5	13,8	22,7	315,2	131,6	50,3	98,7	5,8	21,8	26,6	Sept.	
4,4	0,8	202,0	234,3	323,4	285,1	15,7	22,6	324,0	132,7	52,0	100,6	5,8	22,0	26,3	Okt. ¹⁰⁾	
4,3	0,9	201,6	233,5	353,7	308,1	17,3	28,3	331,7	137,3	52,4	111,8	5,7	22,2	36,0	Nov.	
4,3	0,9	203,4	233,6	343,0	302,7	13,4	26,9	334,6	140,9	53,3	98,0	8,2	22,9	27,4	Dez.	
5,3	0,8	204,4	· ⁶⁾	355,8	307,2	11,0	37,6	340,2	144,6	54,0	98,6	10,1	23,0	22,3	Jan.	
Württemberg-Baden																
2,6	4,7	583,5	647,9	1 164,3	984,6	66,3	113,4	1 058,3	737,0	134,3	138,5	13,3	59,7	150,8	Okt. ⁹⁾	
2,6	4,7	583,8	648,3	1 177,8	997,1	66,4	114,3	1 063,4	737,1	134,3	138,6	13,4	59,7	151,7	Okt. ⁹⁾	
2,5	4,7	585,5	648,6	1 195,7	1 017,0	69,6	109,1	1 093,6	758,7	139,1	146,9	14,5	60,7	156,2	Nov.	
2,4	5,3	590,3	650,7	1 197,4	1 005,3	69,5	122,6	1 138,4	783,7	166,9	147,5	21,1	63,9	153,8	Dez.	
2,3	5,4	590,2	· ⁶⁾	1 236,2	1 053,2	69,4	113,6	1 266,6	887,1	181,3	57,9 ¹¹⁾	21,5	68,6	117,7	Jan.	
Württemberg-Hohenzollern																
0,2	—	146,8	154,8	244,8	201,1	17,4	26,3	89,6	51,2	19,2	8,6	1,7	9,4	51,5	Okt. ⁹⁾	
0,2	—	146,9	154,9	244,8	201,1	17,4	26,3	89,6	51,2	19,2	8,6	1,7	9,5	51,5	Okt. ⁹⁾	
0,2	—	147,7	154,9	253,4	207,4	17,7	28,3	91,0	52,5	19,6	9,5	1,6	9,6	49,6	Nov.	
0,2	—	148,2	155,2	249,6	204,4	18,2	27,0	92,1	52,5	28,7	11,1	3,0	9,9	49,6	Dez.	
0,2	—	147,8	· ⁶⁾	259,0	217,7	18,3	23,0	94,2	52,9	29,0	10,6	3,3	10,1	48,4	Jan.	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																
21,6	2,8	174,9	183,3	246,3	135,8	71,5	39,0	702,8	487,2	100,3	260,5	10,3	9,2	128,0	Okt. ⁹⁾	
21,6	3,0	243,5	251,9	290,2	140,4	72,1	77,7	847,8	506,4	157,2	260,6	10,4	9,3	133,6	Okt. ⁹⁾	
22,0	2,8	245,7	253,8	336,1	168,0	83,6	84,5	829,0	517,4	157,7	302,4	10,6	9,5	129,2	Nov.	
22,6	2,6	250,0	256,6	382,2	156,4	133,3	92,5	893,1	535,1	164,7	275,7	10,6	9,6	130,8	Dez.	
23,1	2,7	261,5	· ⁶⁾	311,7	156,5	63,6	91,6	908,6	532,6	169,8	289,0	10,6	9,6	124,4	Jan.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter-
2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale
als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten. Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender
getilgter Ausgleichsforderungen. — ⁶⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an Aus-
schließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzgleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des
bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis
gang ist verursacht durch die Umwandlung von Treuhandgeschäften in Darlehensverträge mit eigener Haftung in Höhe von rd. 90 Mill. DM.

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto 3)							aufgenommene Gelder 4)			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften			Spar-einlagen	für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 5)
						insgesamt	darunter Anlage-konto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Bundesgebiet													
Okt. 9)	3 558	36 669,3	22 135,7	19 653,6	15 272,4	11 789,1	.	3 483,3	4 381,2	2 482,1	1 882,1	425,8	7,7
Okt. 9)	3 726	37 206,2	22 253,9	19 765,4	15 370,8	11 879,2	.	3 491,6	4 394,6	2 488,5	1 935,3	432,8	7,7
Nov.	3 725	37 895,0	22 575,8	20 121,5	15 639,0	12 052,7	.	3 586,3	4 482,5	2 454,3	2 023,7	477,4	6,2
Dez.	3 724	39 375,4	23 484,6	20 770,3	15 967,9	12 139,6	259,8	3 828,3	4 802,4	2 714,3	2 016,1	493,4	6,3
Jan.	3 721	39 799,3	23 755,3	20 926,2	15 926,2	12 095,4	.	3 830,8	5 000,0	2 829,1	2 025,4	448,4	5,3
Baden													
Sept.	169	777,4	629,3	574,3	396,8	286,3	10,6	110,5	177,5	55,0	42,2	10,3	0,1
Okt. 10)	169	791,2	642,5	581,6	402,1	295,9	.	106,2	179,5	60,9	35,4	10,6	0,1
Nov.	169	796,6	643,1	589,3	408,2	296,2	.	112,0	181,1	53,8	40,3	11,7	0,0
Dez.	169	805,9	646,5	589,4	401,7	283,5	10,1	118,2	187,7	57,1	42,3	15,0	0,1
Jan.	169	831,6	671,3	602,8	408,2	289,2	.	119,0	194,6	68,5	40,1	9,7	0,1
Bayern													
Okt. 9)	577	5 935,0	3 325,0	2 962,9	2 210,6	1 648,4	.	562,2	752,3	362,1	292,9	68,8	0,2
Okt. 9)	630	5 958,5	3 340,2	2 977,9	2 222,4	1 660,1	.	562,3	755,5	362,3	294,9	68,9	0,2
Nov.	630	6 103,0	3 396,4	3 040,5	2 268,1	1 660,8	.	607,3	772,4	355,9	324,3	74,2	0,1
Dez.	628	6 288,2	3 505,2	3 115,5	2 293,6	1 673,0	48,9	620,6	821,9	389,7	324,9	71,7	0,1
Jan.	627	6 387,9	3 602,0	3 174,0	2 307,8	1 696,3	.	611,5	866,2	428,0	282,6	61,3	0,2
Bremen													
Okt. 9)	28	1 051,7	481,4	406,7	346,3	299,0	.	47,3	60,4	74,7	49,7	0,8	0,7
Okt. 9)	29	1 052,3	481,7	407,0	346,5	299,2	.	47,3	60,5	74,7	49,8	0,8	0,7
Nov.	29	1 014,4	485,1	414,2	352,6	305,8	.	46,8	61,6	70,9	45,9	0,8	0,6
Dez.	29	1 147,0	587,4	505,6	438,2	372,3	3,8	65,9	67,4	81,8	52,6	0,8	0,7
Jan.	29	1 107,1	537,0	458,0	387,8	340,1	.	47,7	70,2	79,0	58,2	0,7	1,0
Hamburg													
Okt. 9)	54	2 786,9	1 799,2	1 601,1	1 432,6	1 278,2	.	154,4	168,5	198,1	172,5	17,6	2,6
Okt. 9)	57	2 789,9	1 800,7	1 602,6	1 433,8	1 279,4	.	154,4	168,8	198,1	173,0	17,6	2,6
Nov.	57	2 872,7	1 815,2	1 618,2	1 444,6	1 289,2	.	155,4	173,6	197,0	185,8	16,4	0,9
Dez.	57	3 156,7	2 007,9	1 768,9	1 561,7	1 399,7	8,1	162,0	207,2	239,0	185,1	17,5	1,6
Jan.	57	3 100,2	1 982,4	1 753,1	1 540,1	1 378,9	.	161,2	213,0	229,3	192,6	17,0	1,9
Hessen													
Okt. 9)	305	3 219,2	2 300,0	1 908,8	1 536,9	1 224,4	.	312,5	371,9	391,2	152,7	10,3	—
Okt. 9)	333	3 237,3	2 306,3	1 914,9	1 541,3	1 228,7	.	312,6	373,6	391,4	154,1	10,6	—
Nov.	333	3 303,5	2 358,4	1 998,0	1 618,9	1 291,3	.	327,6	379,1	360,4	166,5	10,4	—
Dez.	333	3 381,1	2 413,7	2 023,1	1 619,2	1 266,9	21,8	352,3	403,9	390,6	137,9	9,3	—
Jan.	333	3 460,8	2 457,6	2 034,1	1 612,8	1 258,5	.	354,3	421,3	423,5	165,4	8,5	—
Niedersachsen													
Okt. 9)	609	3 302,3	2 032,7	1 889,6	1 334,3	1 091,7	.	242,6	555,3	143,1	118,0	17,9	0,1
Okt. 9)	638	3 339,9	2 060,6	1 912,6	1 355,1	1 108,5	.	246,6	557,5	148,0	120,2	18,9	0,1
Nov.	638	3 425,9	2 123,7	1 945,6	1 374,6	1 103,1	.	271,5	571,0	178,1	116,3	19,2	—
Dez.	639	3 457,5	2 120,0	1 930,7	1 334,3	1 071,4	42,2	262,9	596,4	189,3	126,1	24,9	0,1
Jan.	639	3 504,2	2 165,3	1 974,0	1 357,6	1 099,0	.	258,6	616,4	191,3	124,2	21,3	0,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen steter Kreditinstitute. — 2) Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 3) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 4) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kredit-Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 5) In Baden hat sich der Kreis

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	darunt. Eigenkapital von neu-gegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet															
812,6	1 916,2	4 004,8	1 556,3	1 371,7	600,0	257,3	2 989,9	1 967,3	1 270,1	2 606,3	235,1	1 666,5	72,5	3 566,6	Okt. ⁹⁾
813,9	2 050,4	4 149,8	1 564,4	1 394,2	610,4	263,5	3 044,3	2 008,3	1 287,3	2 699,1	244,2	1 706,5	76,5	3 588,5	Okt. ⁹⁾
876,3	2 102,3	4 174,3	1 672,0	1 413,3	625,1	263,6	3 057,3	2 028,2	1 279,9	2 853,3	242,9	1 785,8	74,6	3 785,8	Nov.
1 079,9	2 171,9	4 308,8	1 766,3	1 453,6	662,4	270,6	3 094,2	2 088,5	1 305,2	2 979,1	333,6	1 878,3	73,1	4 681,7	Dez.
979,9	2 234,0	4 531,7	1 756,9	1 484,5	676,1	211,5	3 031,6	2 071,2	1 301,2	3 105,4	370,1	1 961,6	74,8	4 389,6	Jan.
Baden															
5,0	0,0	15,3	14,5	21,0	4,6	—	50,1	5,9	19,4	13,2	2,4	17,0	1,4	57,5	Sept.
5,5	0,0	15,9	15,8	21,1	4,7	—	55,0	6,3	19,4	15,1	2,3	17,1	1,3	57,1	Okt. ¹⁰⁾
4,0	0,0	17,0	16,4	21,3	4,9	—	54,5	6,2	19,8	17,7	2,2	18,8	1,4	57,1	Nov.
2,5	0,0	19,5	18,2	21,8	5,5	—	55,1	8,3	20,9	22,0	2,0	18,3	1,6	63,6	Dez.
2,3	0,0	22,3	18,7	21,9	5,7	—	55,0	7,9	19,4	21,6	2,0	17,6	1,6	64,3	Jan.
Bayern															
199,3	482,2	724,7	80,9	267,9	146,1	45,1	562,1	319,0	175,1	359,1	31,9	201,2	19,9	475,9	Okt. ⁹⁾
200,1	482,2	724,9	82,5	270,5	147,5	46,1	563,2	319,1	176,4	359,5	32,1	201,5	21,4	477,9	Okt. ⁹⁾
219,0	496,1	756,9	86,4	271,4	147,6	46,1	552,5	322,9	183,9	381,1	34,7	200,2	19,6	508,1	Nov.
244,2	512,8	696,6	165,2	277,0	152,5	47,1	562,3	327,5	185,0	392,8	37,0	193,9	20,4	586,3	Dez.
215,1	521,7	716,5	186,2	292,4	153,2	47,0	571,4	329,7	188,4	414,8	37,6	212,9	19,2	566,1	Jan.
Bremen															
46,1	137,2	203,8	21,0	27,3	8,6	5,1	85,2	112,2	58,1	52,4	6,2	54,6	0,3	126,0	Okt. ⁹⁾
46,1	137,2	203,8	21,1	27,4	8,6	5,1	85,2	112,2	58,1	52,4	6,2	54,6	0,4	126,1	Okt. ⁹⁾
43,3	140,2	160,4	24,7	28,3	8,6	5,1	86,5	112,9	14,1	57,0	6,1	51,0	0,4	120,8	Nov.
44,3	143,6	180,1	24,3	28,7	9,0	5,1	86,0	148,6	21,5	58,7	8,1	92,6	0,4	148,0	Dez.
37,6	148,3	176,6	25,9	28,7	9,0	5,1	94,8	115,9	21,5	60,5	8,3	101,0	0,4	123,1	Jan.
Hamburg															
207,0	75,9	133,5	52,8	85,3	37,7	2,0	260,7	105,2	20,2	48,5	30,7	304,9	0,8	432,2	Okt. ⁹⁾
207,1	75,9	133,6	52,9	85,6	37,7	2,0	261,1	105,2	20,2	48,6	30,7	305,3	0,8	432,6	Okt. ⁹⁾
243,2	80,9	137,2	54,3	85,8	38,4	2,0	270,3	105,4	23,6	48,6	30,9	340,8	0,7	473,5	Nov.
323,9	81,0	142,0	57,5	85,8	38,9	2,0	273,5	107,9	27,6	49,2	33,0	337,1	0,7	549,4	Dez.
274,8	81,1	144,6	59,4	86,7	39,4	2,0	278,6	109,0	28,2	50,6	34,1	328,4	0,6	483,6	Jan.
Hessen															
55,4	126,6	158,6	74,6	92,7	18,6	2,0	258,6	97,3	69,7	57,1	24,1	146,4	20,5	253,4	Okt. ⁹⁾
55,4	126,7	158,6	75,2	101,3	19,2	2,0	259,7	97,3	70,1	57,4	24,3	146,6	21,0	255,4	Okt. ⁹⁾
53,7	129,5	160,5	71,1	101,8	19,5	2,0	262,0	97,7	71,1	61,3	17,6	145,8	20,9	265,5	Nov.
66,0	133,8	166,5	74,9	103,8	21,8	2,0	284,5	99,4	69,7	69,5	17,5	150,2	14,7	352,3	Dez.
67,8	134,3	172,4	82,1	104,7	22,6	2,0	276,5	100,1	73,0	77,2	17,8	167,5	14,8	344,9	Jan.
Niedersachsen															
34,2	95,3	580,5	133,2	86,3	18,9	—	222,1	145,8	205,8	349,0	32,7	76,6	10,6	239,9	Okt. ⁹⁾
34,5	95,3	583,1	133,8	88,7	20,5	1,1	223,7	146,9	207,3	349,7	33,6	77,1	11,3	242,4	Okt. ⁹⁾
37,1	97,0	598,0	140,9	93,5	25,0	1,2	219,4	147,1	211,9	369,5	33,9	81,5	11,0	221,0	Nov.
28,7	100,1	615,7	147,6	105,0	36,3	1,2	214,3	149,3	212,4	393,8	37,3	83,7	10,8	271,6	Dez.
28,3	102,4	624,9	153,1	106,2	38,2	2,0	199,8	150,9	207,3	405,2	41,2	88,4	10,1	261,4	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu bericht- enthalten. — ⁴⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁶⁾ Es handelt sich um Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige institute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per der berichtspflichtigen Institute nicht geändert.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder
noch: Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 3)							aufgenommene Gelder 4)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 5)	
						Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Nordrhein-Westfalen													
Okt. 9)	831	10 247,6	6 980,8	6 310,5	5 022,8	3 861,1	.	1 161,7	1 287,7	670,3	419,8	125,8	4,1
Okt. 9)	855	10 297,0	7 011,4	6 340,1	5 047,5	3 883,8	.	1 163,7	1 292,6	671,3	421,4	126,7	4,1
Nov.	854	10 453,8	7 036,3	6 371,4	5 053,9	3 946,7	.	1 107,2	1 317,5	664,9	483,1	162,4	4,5
Dez.	853	10 949,3	7 386,4	6 616,7	5 186,0	3 945,1	63,8	1 240,9	1 430,7	769,7	490,8	158,6	3,7
Jan.	852	11 035,4	7 419,1	6 652,7	5 162,9	3 894,2	.	1 268,7	1 489,8	766,4	496,1	146,2	2,1
Rheinland-Pfalz													
Okt. 9)	278	1 416,5	938,3	840,6	571,9	421,3	.	150,6	268,7	97,7	102,6	15,4	0,0
Okt. 9)	288	1 419,4	939,9	842,2	572,8	422,1	.	150,7	269,4	97,7	103,1	15,4	0,0
Nov.	288	1 448,0	964,6	863,8	588,4	418,6	.	169,8	275,4	100,8	104,2	16,0	0,0
Dez.	288	1 463,7	955,2	865,8	574,5	407,9	18,5	166,6	291,3	89,4	113,0	16,9	—
Jan.	288	1 485,0	1 001,7	888,6	585,6	409,9	.	175,7	303,0	113,1	87,6	13,0	0,0
Schleswig-Holstein													
Sept.	185	1 152,7	513,6	480,8	337,7	288,9	13,2	48,8	143,1	32,8	68,3	10,7	—
Okt. 10)	185	1 187,5	540,1	510,5	363,8	314,1	.	49,7	146,7	29,6	68,6	10,9	—
Nov.	185	1 235,5	549,5	518,7	370,4	312,5	.	57,9	148,3	30,8	81,0	11,1	—
Dez.	185	1 241,0	567,0	539,9	386,1	316,9	13,1	69,2	153,8	27,1	81,6	11,0	—
Jan.	185	1 250,7	573,9	545,1	386,8	306,7	.	80,1	158,3	28,8	82,8	11,3	—
Württemberg-Baden													
Okt. 9)	364	4 149,9	2 294,4	2 012,7	1 565,4	1 041,2	.	524,2	447,3	281,7	251,2	57,9	—
Okt. 9)	372	4 182,2	2 314,5	2 032,7	1 585,0	1 059,8	.	525,2	447,7	281,8	256,0	62,5	—
Nov.	372	4 246,9	2 392,0	2 100,2	1 643,0	1 089,2	.	553,8	457,2	291,8	229,0	63,9	—
Dez.	372	4 345,8	2 408,5	2 117,4	1 629,4	1 069,1	20,4	560,3	488,0	291,1	225,2	68,1	—
Jan.	371	4 449,6	2 489,3	2 154,8	1 647,1	1 068,7	.	578,4	507,7	334,5	226,8	60,7	—
Württemberg-Hohenzollern													
Okt. 9)	144	712,5	541,8	473,3	330,7	232,5	.	98,2	142,6	68,5	47,4	26,1	—
Okt. 9)	145	712,8	542,0	473,5	330,9	232,6	.	98,3	142,6	68,5	47,4	26,0	—
Nov.	145	716,1	538,4	477,4	332,5	229,9	.	102,6	144,9	61,0	50,1	26,2	—
Dez.	145	726,0	540,3	475,3	321,6	220,4	8,3	101,2	153,7	65,0	51,8	27,4	—
Jan.	145	738,5	565,5	485,7	326,5	224,8	.	101,7	159,2	79,8	43,2	25,7	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Okt. 9)	14	1 869,0	259,7	155,5	155,2	81,6	.	73,6	0,3	104,2	171,4	63,8	—
Okt. 9)	25	2 238,3	274,1	169,9	169,6	94,9	.	74,7	0,3	104,2	211,4	63,7	—
Nov.	25	2 278,6	273,0	184,3	184,0	109,5	.	74,5	0,3	88,7	197,1	65,1	—
Dez.	26	2 413,3	346,5	222,1	221,7	113,4	0,6	108,3	0,4	124,4	184,8	72,0	—
Jan.	26	2 448,2	290,3	203,3	203,0	129,0	.	74,0	0,3	87,0	225,8	72,9	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tender Kreditinstitute. — 2) Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 3) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 4) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kredit-Oktobers 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 5) In Schleswig-Holstein hat sich Nostroverpflichtungen in Höhe von rd. 90 Mill. DM.

banken
Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	darunt. Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
90,2	467,0	724,9	643,6	234,5	40,0	11,9	686,8	327,4	370,9	785,5	22,3	517,9	3,4	573,9	Okt. ⁹⁾
90,3	467,0	731,3	648,6	237,9	42,7	12,0	689,1	333,0	373,0	785,7	26,5	519,3	3,5	578,2	Okt. ⁹⁾
72,9	484,7	743,2	681,7	241,1	44,8	12,0	710,8	339,1	382,5	848,3	27,7	532,3	3,3	575,3	Nov.
134,6	509,7	753,2	716,1	251,0	53,0	12,0	707,5	346,0	387,4	870,5	29,5	549,2	2,2	939,7	Dez.
131,5	535,3	774,7	745,0	258,6	60,3	12,1	675,1	346,2	391,5	900,1	33,0	568,0	2,0	801,1	Jan.
Rheinland-Pfalz															
39,3	50,3	75,1	26,0	40,6	8,6	—	144,3	37,8	43,7	34,5	2,7	50,4	6,3	143,7	Okt. ⁹⁾
39,4	50,2	75,3	26,1	40,9	8,7	—	144,5	37,8	43,8	34,6	2,7	50,5	6,4	144,2	Okt. ⁹⁾
40,7	52,4	76,2	26,0	42,1	9,8	—	141,8	38,5	42,8	34,1	2,8	49,5	7,5	152,6	Nov.
49,0	53,7	78,6	30,1	42,9	10,3	—	141,2	40,3	44,6	37,3	3,0	47,1	8,2	172,0	Dez.
43,4	56,0	88,9	30,5	43,4	10,7	—	133,5	42,7	44,1	42,0	3,1	43,6	8,5	163,3	Jan.
Schleswig-Holstein															
35,6	34,7	259,8	98,7	45,2	20,4	7,3	96,8	124,5	111,4	111,9	20,7	52,5	2,7	160,4	Sept.
31,1	35,0	267,0	100,6	45,3	20,6	7,3	99,8	125,2	117,7	114,3	20,7	58,2	2,1	135,7	Okt. ¹⁰⁾
46,0	35,0	271,0	111,8	50,0	25,1	7,3	91,2	125,6	127,9	118,6	21,0	61,8	1,8	127,1	Nov.
51,4	35,0	269,6	98,0	50,4	25,6	7,3	88,0	122,9	113,8	124,2	17,2	73,0	1,9	127,5	Dez.
44,8	35,7	277,4	98,6	51,4	25,9	7,3	86,1	127,6	115,1	122,5	21,5	73,7	1,8	128,5	Jan.
Württemberg-Baden															
81,4	228,8	489,0	138,5	204,5	107,2	—	462,1	142,5	90,8	437,0	15,6	128,8	6,6	304,8	Okt. ⁹⁾
81,4	228,8	493,7	138,6	205,7	108,2	1,0	463,5	142,5	98,7	437,4	16,6	129,2	7,6	315,0	Okt. ⁹⁾
78,7	231,8	510,4	146,9	207,2	108,9	1,0	450,9	144,2	99,1	463,5	14,6	132,1	7,4	328,7	Nov.
101,1	244,0	535,6	147,5	209,4	110,7	1,0	474,5	144,3	104,6	486,1	15,9	139,5	10,1	364,8	Dez.
97,1	255,1	659,8	57,9 ¹¹⁾	209,7	111,9	1,0	453,9	146,0	103,8	510,5	18,6	149,1	12,8	327,4	Jan.
Württemberg-Hohenzollern															
7,8	—	38,2	8,6	17,0	5,0	—	51,7	7,3	28,1	40,0	0,5	20,8	0,6	45,9	Okt. ⁹⁾
7,8	—	38,2	8,6	17,0	5,0	—	51,8	7,3	28,0	40,0	0,5	20,8	0,6	45,9	Okt. ⁹⁾
8,6	—	38,4	9,5	17,3	5,2	—	53,8	7,3	28,0	41,3	0,7	22,7	0,5	41,6	Nov.
10,6	—	39,5	11,1	17,9	5,4	—	54,8	7,4	27,9	44,5	0,7	23,0	2,1	45,7	Dez.
10,8	—	42,4	10,6	18,2	5,7	—	47,8	7,3	27,7	45,4	0,7	23,7	2,9	45,4	Jan.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
15,4	217,8	593,6	260,5	249,5	183,9	183,9	101,1	541,2	70,7	313,7	45,7	89,6	0,1	778,1	Okt. ⁹⁾
15,4	352,0	724,5	260,6	252,9	186,9	186,9	147,4	575,5	74,6	404,4	47,7	126,3	0,1	778,1	Okt. ⁹⁾
29,0	354,7	705,1	302,4	253,8	187,4	186,9	163,5	581,0	75,5	412,2	50,7	149,4	0,0	914,6	Nov.
23,6	358,3	812,0	275,7	259,8	193,4	192,9	152,6	586,8	89,6	430,5	132,1	170,6	—	1 060,7	Dez.
26,4	364,2	831,2	289,0	262,5	193,5	193,0	158,8	587,9	81,0	455,1	152,1	187,8	0,0	1 080,4	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige nur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich- mit enthalten. — ⁴⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁶⁾ Es handelt sich um Rückstellungen und Wertberichtigungen⁷⁾ und Bilanzgleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige institute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende der Kreis der berichtspflichtigen Institute nicht geändert. — ¹¹⁾ Rückgang ist verursacht durch die Umwandlung von Treuhandgeschäften in langfristige

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute 2)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 4)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen- schein	Schecks und Inkasso- wechsel	Wechsel			Schatz- wechsel und unverzins- liche Schatz- anweis- des Bundes und der Länder	Wert und Kon- beteili- ins- gesamt
			ins- gesamt 3)	darunter Giro- gut- haben bei der LZB		ins- gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins- gesamt	Hand- dels- wechsel	Bank- akzept		
Alle Banken															
Okt. 9)	3 558	36 669,3	2 099,4	1 715,3	53,9	2 916,6	2 467,5	184,3	1,1	265,5	3 489,9	3 183,0	65,5	846,9	506,2
Okt. 9)	3 726	37 206,2	2 114,8	1 728,6	54,4	3 004,7	2 534,7	184,3	1,1	266,7	3 508,2	3 196,5	67,4	864,9	527,2
Nov.	3 725	37 895,0	2 162,0	1 803,9	55,8	2 922,5	2 443,9	203,2	2,2	270,3	3 620,4	3 308,2	82,0	665,2	527,7
Dez.	3 724	39 375,4	2 927,5	2 540,1	100,1	3 005,8	2 504,3	257,7	3,7	374,9	3 512,9	3 209,9	90,3	598,7	554,7
Jan.	3 721	39 799,3	2 190,6	1 790,6	58,8	3 218,2	2 629,9	224,9	1,4	221,1	3 824,9	3 493,6	78,3	844,2	607,3
Kreditbanken +)															
Okt. 9)	253	13 513,7	924,5	791,3	25,3	1 011,6	996,4	164,8	0,9	184,6	2 262,1	2 126,7	29,3	331,6	236,1
Okt. 9)	337	13 634,1	936,6	802,3	25,5	1 029,9	1 014,0	164,8	0,9	185,5	2 274,5	2 136,6	29,3	331,6	239,2
Nov.	337	13 888,4	979,6	858,2	23,4	927,5	915,9	188,5	1,6	187,6	2 391,1	2 221,4	49,2	222,4	237,5
Dez.	336	14 633,9	1 507,5	1 365,6	45,2	910,4	892,4	222,8	2,3	284,9	2 232,6	2 064,5	59,3	186,9	254,9
Jan.	332	14 555,4	1 000,6	855,4	27,1	951,3	936,3	184,7	0,8	143,7	2 383,2	2 231,9	43,4	237,5	296,5
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Sept.	38	2 848,9	3,3	2,6	0,6	261,3	209,1	—	0,0	0,0	1,4	0,1	—	24,1	14,4
Okt. 10)	38	2 929,9	3,0	2,4	0,3	257,7	212,4	—	0,0	0,0	1,4	0,1	—	28,2	13,5
Nov.	38	3 009,6	5,6	4,8	0,5	250,6	210,3	—	0,0	0,0	1,4	0,1	—	32,6	12,4
Dez.	38	3 166,8	9,9	9,2	1,1	266,0	223,7	—	0,0	0,1	1,4	0,1	0,1	40,2	14,4
Jan.	38	3 328,3	6,4	5,8	0,6	294,2	241,3	—	0,0	0,0	2,8	0,7	0,1	42,0	12,7
Girozentralen															
Sept.	18	5 095,0	98,5	88,2	4,7	518,7	398,1	3,6	0,3	13,9	561,9	516,3	30,0	235,9	75,6
Okt. 10)	18	5 299,4	167,5	157,0	4,1	479,2	344,9	7,9	0,0	16,0	544,4	503,2	24,1	427,5	74,4
Nov.	18	5 369,1	160,9	151,5	5,9	532,2	398,4	6,1	0,3	14,7	538,6	509,3	18,4	334,1	74,6
Dez.	18	5 554,5	283,8	271,0	16,9	471,3	319,3	13,8	0,2	15,0	612,3	578,9	17,1	285,0	75,2
Jan.	17	5 656,4	141,7	132,8	4,8	520,8	374,0	11,6	0,1	14,3	663,9	627,8	20,5	470,6	79,4
Sparkassen															
Sept.	882	8 921,9	703,9	547,4	11,8	647,4	446,7	0,0	0,2	32,8	298,3	279,1	5,0	41,0	124,4
Okt. 10)	881	9 108,0	705,1	530,2	11,3	729,6	508,7	0,1	0,0	33,8	311,0	293,3	3,7	53,1	130,4
Nov.	880	9 311,2	734,5	568,4	12,8	730,5	490,8	0,1	0,0	34,8	323,1	305,1	3,4	54,8	131,8
Dez.	879	9 426,0	750,4	590,8	14,7	735,1	499,3	0,1	0,4	30,7	348,6	327,2	3,6	50,3	136,8
Jan.	879	9 672,3	732,8	551,8	13,6	876,7	560,5	0,1	0,0	32,6	362,6	341,6	3,5	57,0	140,2
Zentralkassen 9)															
Sept.	30	907,3	70,3	66,0	2,2	38,1	33,3	0,0	0,0	6,7	61,3	39,8	5,0	0,3	7,8
Okt. 10)	29	936,8	79,1	73,9	2,0	41,4	40,4	0,3	0,0	7,6	80,3	57,9	4,8	—	8,4
Nov.	29	947,4	71,3	66,7	2,0	25,3	24,3	0,2	0,0	8,3	89,9	66,3	5,8	—	9,2
Dez.	29	934,8	98,0	92,7	6,1	32,3	31,3	0,2	0,0	13,6	85,5	58,8	6,2	—	9,4
Jan.	29	960,5	77,2	72,8	2,1	48,5	47,5	0,0	0,0	8,6	108,5	78,4	5,9	—	10,8
Kreditgenossenschaften 9)															
Okt. 9)	2 295	2 603,1	182,1	124,5	10,0	197,0	188,5	—	0,0	21,8	116,7	90,7	0,3	2,7	14,5
Okt. 9)	2 363	2 630,8	184,5	126,0	10,1	198,4	189,9	—	0,0	22,0	117,8	91,5	0,3	2,7	14,7
Nov.	2 363	2 663,7	170,3	116,7	10,3	186,2	178,0	0,0	0,0	23,4	122,0	95,9	0,3	3,0	14,9
Dez.	2 364	2 787,3	205,5	141,1	12,9	279,7	272,6	—	0,1	26,0	122,7	96,8	0,2	2,6	14,6
Jan.	2 366	2 722,6	187,4	129,8	9,6	198,5	190,8	0,0	0,0	20,5	125,6	100,1	0,2	1,5	15,2
Sonstige Kreditinstitute															
Okt. 9)	30	409,5	16,0	14,8	0,5	65,3	63,5	9,3	—	0,3	26,5	25,9	0,5	1,8	5,2
Okt. 9)	35	428,9	16,3	15,1	0,5	65,8	64,0	9,3	—	0,3	26,9	26,2	0,5	1,8	8,1
Nov.	35	427,0	15,1	14,0	0,4	69,7	67,8	5,6	—	0,4	24,2	23,2	0,7	4,0	8,5
Dez.	34	458,8	15,6	14,2	0,6	83,4	81,7	12,1	—	0,7	21,5	19,6	1,5	4,0	8,9
Jan.	34	455,6	15,9	14,7	0,4	80,4	78,1	3,0	—	0,5	25,8	23,7	1,8	4,0	10,2
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Okt. 9)	14	1 869,0	22,2	21,3	0,5	134,8	112,8	1,9	0,0	1,4	147,6	85,3	2,7	2,0	23,8
Okt. 9)	25	2 238,3	22,9	22,0	0,6	202,7	160,6	1,9	0,0	1,4	151,9	87,8	4,5	19,9	38,6
Nov.	25	2 278,6	24,7	23,7	0,6	200,6	158,5	2,8	0,3	1,0	130,1	86,8	4,2	14,3	38,9
Dez.	26	2 413,3	56,9	55,4	2,5	227,5	184,0	8,7	0,6	3,8	88,5	64,0	2,4	29,8	40,4
Jan.	26	2 448,2	28,6	27,5	0,6	247,7	201,1	25,5	0,4	0,8	152,5	89,4	2,9	31,6	42,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als trale. Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets tender Kreditinstitute. — 2) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 3) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — 4) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — 5) Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — halb des Landes. — 6) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 7) In den Bankengruppen „Hypothekenbanken“, „Girozentralen“, „Sparkassen“ und „Zen- geschaften in Darlehensverträge mit eigener Haftung in Höhe von rd. 90 Mill. DM. — 8) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbank-

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen		durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva 8)	Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952	
		gegen- wär- tiger Be- stand 5)	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	gegen Grund- pfand- rechte						gegen Kom- munal- dek- kung
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatz- an- weisun- gen des Bundes und der Länder	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Alle Banken															
128,3	49,2	5 480,4	5 957,5	10 227,7	8 919,3	454,4	854,0	7 209,4	4 367,4	1 337,8	1 556,3	118,6	542,0	1 121,9	Okt. ⁹⁾
128,5	49,4	5 557,1	6 034,6	10 334,1	8 984,8	455,1	894,2	7 372,0	4 396,4	1 396,3	1 564,4	124,8	544,8	1 133,3	Okt. ⁹⁾
128,0	51,8	5 579,9	6 037,5	10 825,0	9 397,8	497,7	929,5	7 505,1	4 520,3	1 454,2	1 672,0	131,1	563,8	1 137,0	Nov.
140,2	48,1	5 582,6	6 036,2	11 017,0	9 589,2	482,5	945,3	7 769,9	4 606,0	1 534,8	1 766,3	158,2	584,2	1 113,1	Dez.
136,8	47,3	5 611,8	6 000,0	11 380,8	10 039,4	411,4	930,0	8 026,3	4 750,9	1 583,9	1 756,9	164,4	607,3	1 013,1	Jan.
Kreditbanken ⁴⁾															
44,7	9,0	1 438,3	1 486,3	5 344,9	5 039,9	144,7	160,3	915,5	317,9	23,1	128,6	61,5	185,0	289,4	Okt. ⁹⁾
44,9	9,0	1 441,2	1 489,4	5 390,0	5 083,5	144,8	161,7	928,0	327,3	24,6	135,0	62,0	187,1	293,3	Okt. ⁹⁾
43,6	9,3	1 444,1	1 490,0	5 639,9	5 330,5	150,4	159,0	952,2	336,9	24,6	135,8	65,7	201,8	280,4	Nov.
57,0	8,0	1 443,3	1 488,2	5 824,0	5 565,3	87,3	171,4	993,7	349,7	25,0	140,5	73,5	213,2	290,2	Dez.
52,0	9,0	1 435,3	1 486,3	6 132,4	5 864,8	91,6	176,0	1 048,5	358,6	28,9	144,8	76,2	229,6	254,2	Jan.
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
7,2	26,4	293,8	419,7	50,1	22,6	8,0	19,5	1 943,0	1 626,6	199,8	168,3	2,7	19,7	39,8	Sept.
7,5	26,9	290,6	415,8	45,1	20,3	5,8	19,0	2 026,3	1 702,4	204,7	174,0	2,7	19,8	40,4	Okt. ¹⁰⁾
7,0	25,4	291,1	415,8	44,6	19,4	5,3	19,9	2 090,0	1 760,0	220,5	191,0	2,7	20,2	41,5	Nov.
6,1	25,1	293,7	416,8	37,0	17,8	3,7	15,5	2 132,8	1 756,8	230,8	277,8	2,9	20,6	43,8	Dez.
6,0	23,7	304,7	416,8	38,4	18,5	3,6	16,3	2 311,1	1 896,3	262,5	212,7 ¹¹⁾	3,1	25,6	50,3	Jan.
Girozentralen															
47,1	12,3	211,1	244,9	1 084,0	587,0	138,6	358,4	1 438,0	413,2	753,2	670,8	4,1	26,9	134,7	Sept.
45,8	10,5	213,1	245,7	1 039,5	572,7	148,4	318,4	1 479,5	426,4	772,3	681,7	4,1	27,1	122,9	Okt. ¹⁰⁾
46,2	14,3	213,5	245,5	1 108,7	597,4	175,8	335,5	1 493,1	439,8	806,9	717,9	4,1	27,4	122,7	Nov.
46,1	12,4	213,2	242,3	1 115,2	589,9	173,6	351,7	1 549,6	461,5	857,9	730,4	8,7	27,7	123,8	Dez.
47,6	12,0	216,2	242,3	1 100,9	602,7	169,1	329,1	1 523,0	441,6	854,9	753,4	8,6	24,4	110,7	Jan.
Sparkassen															
7,4	—	2 536,3	2 765,5	1 931,1	1 835,9	80,0	15,2	1 815,2	1 345,7	225,4	231,2	7,6	199,8	340,9	Sept.
6,1	—	2 551,8	2 770,5	1 923,2	1 830,2	79,3	13,7	1 860,2	1 374,0	231,4	242,8	8,2	205,0	342,4	Okt. ¹⁰⁾
6,8	—	2 567,7	2 769,9	1 986,1	1 893,3	77,9	14,9	1 906,0	1 404,2	238,5	253,4	8,5	207,1	360,0	Nov.
6,0	—	2 565,1	2 771,5	1 995,5	1 899,6	80,5	15,4	1 958,9	1 440,3	250,1	266,6	17,7	213,7	341,4	Dez.
5,8	—	2 575,9	2 769,9	2 064,4	1 970,6	79,3	14,5	1 987,3	1 455,3	261,3	278,6	20,6	217,8	312,1	Jan.
Zentralkassen ⁵⁾															
1,1	—	54,4	57,5	470,4	193,6	0,8	276,0	93,1	29,1	0,6	2,9	7,8	16,1	75,9	Sept.
0,6	—	55,1	58,1	465,8	201,9	0,7	263,2	94,1	24,5	0,2	3,0	5,1	16,0	78,6	Okt. ¹⁰⁾
0,5	—	55,5	58,0	491,8	215,9	0,8	275,1	94,5	24,2	0,2	3,1	5,6	16,2	74,5	Nov.
0,4	—	57,8	60,3	452,7	196,8	0,1	255,8	97,2	24,6	0,2	3,1	5,8	16,4	56,7	Dez.
0,5	—	57,9	60,3	459,2	198,2	—	261,0	99,7	25,8	0,3	3,3	5,9	16,6	62,2	Jan.
Kreditgenossenschaften ⁶⁾															
1,5	—	725,3	764,2	976,1	966,7	3,7	5,7	110,3	31,1	5,8	62,9	12,1	73,4	98,2	Okt. ⁹⁾
1,6	—	730,4	769,5	988,6	979,1	3,8	5,7	111,3	31,5	5,8	64,6	12,4	74,1	99,2	Okt. ⁹⁾
1,4	—	731,1	770,9	1 028,0	1 018,2	3,7	6,1	114,5	33,8	5,8	65,7	13,6	75,2	105,5	Nov.
1,5	—	730,9	771,7	1 008,0	997,1	3,8	7,1	116,6	34,1	6,1	69,1	17,9	76,8	103,9	Dez.
1,4	—	731,8	771,7	1 067,3	1 055,8	4,0	7,5	120,1	36,5	6,2	72,3	18,5	77,4	76,9	Jan.
Sonstige Kreditinstitute															
0,5	—	31,3	33,6	186,9	151,8	0,3	34,8	20,7	3,9	—	2,8	14,5	6,3	22,1	Okt. ⁹⁾
0,5	—	31,4	33,8	191,7	156,6	0,3	34,8	24,7	3,9	—	2,8	20,0	6,3	23,0	Okt. ⁹⁾
0,5	—	31,2	33,6	189,8	155,1	0,2	34,5	25,8	4,0	—	2,8	20,2	6,3	23,0	Nov.
0,5	—	28,5	30,9	202,4	166,4	0,2	35,8	28,1	4,1	0,0	2,9	21,0	6,3	22,8	Dez.
0,5	—	28,4	30,9	206,4	172,4	0,1	33,9	28,0	4,1	0,0	2,9	21,0	6,3	22,4	Jan.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
21,6	2,8	174,9	183,3	246,3	135,8	71,5	39,0	702,8	487,2	100,3	260,5	10,3	9,2	128,0	Okt. ⁹⁾
21,6	3,0	243,5	251,9	290,2	140,4	72,1	77,7	847,8	506,4	157,2	260,6	10,4	9,3	133,6	Okt. ⁹⁾
22,0	2,8	245,7	253,8	336,1	168,0	83,6	84,5	829,0	517,4	157,7	302,4	10,6	9,5	129,2	Nov.
22,6	2,6	250,0	256,6	382,2	156,4	133,3	92,5	893,1	535,1	164,7	275,7	10,6	9,6	130,8	Dez.
23,1	2,7	261,5	256,6	311,7	156,5	63,6	91,6	908,6	532,6	169,8	289,0	10,6	9,6	124,4	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter-
2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zen-
tur als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berich-
tet und getigter Ausgleichsforderungen. — ³⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an
⁴⁾ Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außer-
hiedurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den
tralkassen“ hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute nicht geändert. — ¹¹⁾ Rückgang ist verursacht durch die Umwandlung von Treuhand-
filialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — ¹²⁾ Aufgliederung umseitig.

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁴⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Kon- beteili- ins-gesamt
			ins-gesamt ³⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	Handels-wechsel	Bank-akzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

Kreditbanken, Aufgliederung:

Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen

Sept:	30	7 190,9	528,5	468,1	12,5	512,1	504,9	76,5	1,1	124,0	1 193,8	1 149,4	3,0	56,2	69,4
Okt. ¹¹⁾	30	7 512,3	555,4	485,5	13,5	556,0	545,3	95,7	0,5	128,4	1 503,4	1 424,3	9,7	290,7	69,3
Nov.	30	7 577,0	534,9	474,5	12,9	514,7	508,3	106,8	1,1	138,2	1 559,0	1 462,8	20,0	186,2	67,1
Dez.	30	7 839,2	855,3	786,0	25,1	572,6	560,3	125,0	1,5	181,8	1 286,6	1 212,5	5,6	128,5	65,1
Jan.	30	7 786,9	577,5	497,3	13,4	481,4	473,9	110,1	0,5	99,9	1 437,9	1 370,5	5,1	179,4	90,9

Staats-, Regional- und Lokalbanken

Okt. ¹⁰⁾	78	4 466,8	262,6	210,2	9,5	314,9	310,8	26,4	0,3	43,7	533,3	486,6	14,9	36,3	119,3
Okt. ¹⁰⁾	81	4 514,0	267,6	215,0	9,5	322,1	317,3	26,4	0,3	43,8	540,0	492,2	14,9	36,4	119,7
Nov.	81	4 636,4	318,9	268,9	8,3	269,2	264,4	30,2	0,4	36,3	578,4	519,6	21,3	33,2	119,5
Dez.	81	5 007,6	498,5	438,7	16,7	223,3	219,2	47,6	0,7	82,0	680,0	604,5	42,2	54,2	136,2
Jan.	81	5 008,2	294,5	241,9	11,5	349,3	343,4	37,9	0,2	33,4	699,9	628,7	33,3	54,9	143,7

Privatbankiers

Okt. ¹⁰⁾	145	1 534,6	106,6	95,7	2,3	140,7	140,3	42,7	0,1	12,5	225,4	215,7	4,8	4,6	47,4
Okt. ¹⁰⁾	226	1 607,9	113,5	101,7	2,5	151,7	151,4	42,7	0,1	13,4	231,1	220,0	4,7	4,5	50,2
Nov.	226	1 675,0	125,8	114,8	2,2	143,6	143,3	51,5	0,1	13,1	253,7	239,0	8,0	3,0	50,9
Dez.	225	1 787,1	153,7	140,9	3,5	114,5	112,9	50,2	0,1	21,1	266,0	247,5	11,5	4,3	53,6
Jan.	221	1 760,3	128,6	116,2	2,2	120,6	119,0	36,7	0,1	10,4	245,4	232,7	5,0	3,2	61,9

Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:

Gewerbliche Zentralkassen

Sept.	11	247,5	7,7	7,3	0,6	23,3	18,5	0,0	0,0	3,7	27,4	11,7	3,0	0,3	3,0
Okt. ¹¹⁾	10	252,3	9,4	9,0	0,7	24,4	23,4	0,3	0,0	4,5	34,3	17,0	2,9	—	2,5
Nov.	10	253,1	5,7	5,3	0,7	17,3	16,3	0,2	0,0	4,9	37,5	18,0	4,2	—	2,4
Dez.	10	240,4	17,1	16,3	1,4	16,3	15,3	0,2	0,0	7,2	44,7	20,3	4,6	—	2,1
Jan.	10	264,9	14,2	13,8	0,7	18,3	17,3	0,0	0,0	5,8	47,6	20,5	3,6	—	2,4

Gewerbliche Kreditgenossenschaften

Okt. ¹⁰⁾	667	1 594,0	131,7	97,5	5,8	93,0	84,5	—	0,0	14,3	94,6	71,2	0,3	2,6	11,0
Okt. ¹⁰⁾	734	1 621,0	134,1	99,0	5,9	94,2	85,7	—	0,0	14,5	95,7	72,0	0,3	2,6	11,2
Nov.	734	1 647,0	122,8	89,9	6,4	89,5	81,3	0,0	0,0	16,4	98,2	74,6	0,2	2,9	11,2
Dez.	735	1 755,2	149,5	110,8	8,0	187,1	180,0	—	0,1	18,1	99,3	76,0	0,1	2,5	11,1
Jan.	736	1 681,2	137,0	101,8	5,8	105,0	97,3	0,0	0,0	14,0	101,4	78,3	0,1	1,3	11,7

Ländliche Zentralkassen

Sept.	19	659,8	62,6	58,7	1,6	14,8	14,8	—	0,0	3,0	33,9	28,1	2,0	—	4,8
Okt. ¹¹⁾	19	684,5	69,7	64,9	1,3	17,0	17,0	—	—	3,1	46,0	40,9	1,9	—	5,9
Nov.	19	694,3	65,6	61,4	1,3	8,0	8,0	—	0,0	3,4	52,4	48,3	1,6	—	6,8
Dez.	19	694,4	80,9	76,4	4,7	16,0	16,0	—	0,0	6,4	40,8	38,5	1,6	—	7,3
Jan.	19	695,6	62,9	58,9	1,4	30,2	30,2	—	0,0	2,8	60,8	57,8	2,3	—	8,4

Ländliche Kreditgenossenschaften⁹⁾

Okt. ¹⁰⁾	1 628	1 009,1	50,4	27,0	4,2	104,0	104,0	—	—	7,5	22,1	19,5	0,0	0,1	3,5
Okt. ¹⁰⁾	1 629	1 009,8	50,4	27,0	4,2	104,2	104,2	—	—	7,5	22,1	19,5	0,0	0,1	3,5
Nov.	1 629	1 016,8	47,5	26,8	3,9	96,7	96,7	—	—	7,1	23,8	21,3	0,1	0,1	3,7
Dez.	1 629	1 032,1	56,0	30,3	4,9	92,6	92,6	—	—	7,9	23,4	20,8	0,1	0,1	3,5
Jan.	1 630	1 041,4	50,4	28,0	3,8	93,5	93,5	—	—	6,5	24,2	21,8	0,1	0,2	3,5

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — forderungen. — ⁹⁾ Infolge Änderung der Erhebungsweise der monatlichen Bilanzstatistik fällt ab Januar 1952 der Bestand an Ausgleichsforderungen entwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposition gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt. — ¹⁰⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhalten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — ¹¹⁾ In den Bankgruppen „Nachfolgeinstitute ehemaliger Groß-

banken

Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere soriental gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Gebä- ude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁵⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung ⁶⁾	ins- gesamt	Wirt- schaft und Private	Öffentl- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute	ins- gesamt	darunter						
									gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
9,9	—	833,7	835,8	3 221,6	3 112,1	13,4	96,1	294,4	13,1	0,6	54,1	16,6	72,7	123,7	Sept.
7,5	—	836,0	838,0	2 892,9	2 783,4	14,1	95,4	302,5	14,7	0,7	57,0	16,4	73,7	120,9	Okt. ¹¹⁾
6,9	—	836,9	838,1	3 038,0	2 941,4	13,7	82,9	312,9	13,6	0,7	49,3	18,3	83,8	116,9	Nov.
6,0	—	835,7	836,8	3 137,6	3 024,0	14,1	99,5	321,8	13,5	0,7	63,1	21,2	89,3	129,0	Dez.
5,8	—	826,8	· ⁶⁾	3 320,3	3 212,6	14,6	93,1	368,2	15,6	0,9	64,0	21,9	100,6	94,1	Jan.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
35,8	8,7	530,8	573,9	1 734,2	1 554,7	129,7	49,8	562,9	298,9	22,2	27,7	22,6	89,2	144,4	Okt. ¹⁰⁾
35,8	8,8	530,8	573,9	1 755,2	1 574,3	129,7	51,2	567,6	302,6	22,2	27,7	22,6	89,2	146,3	Okt. ¹⁰⁾
35,4	9,0	532,8	574,5	1 839,4	1 643,4	135,9	60,1	580,5	313,3	22,2	27,7	23,1	92,9	136,6	Nov.
49,5	8,0	532,9	573,7	1 837,5	1 712,5	72,4	52,6	608,2	326,2	22,7	27,8	26,9	98,8	128,3	Dez.
45,1	9,0	534,8	· ⁶⁾	1 935,1	1 797,7	76,2	61,2	615,3	333,0	26,4	28,5	27,3	104,7	128,2	Jan.
Privatbankiers															
1,5	0,3	71,5	74,4	717,8	701,8	1,0	15,0	50,0	4,2	0,2	43,9	22,5	22,2	24,1	Okt. ¹⁰⁾
1,6	0,3	74,5	77,5	741,9	725,7	1,0	15,2	57,8	10,0	1,6	50,3	23,0	24,2	26,2	Okt. ¹⁰⁾
1,3	0,3	74,5	77,4	762,4	745,7	0,8	15,9	58,8	10,0	1,7	58,9	24,2	25,1	26,9	Nov.
1,5	—	74,7	77,7	848,8	828,7	0,8	19,3	63,7	9,9	1,7	49,6	25,4	25,1	32,8	Dez.
1,1	—	73,7	· ⁶⁾	877,0	854,5	0,8	21,7	65,0	10,0	1,6	52,3	27,0	24,3	31,9	Jan.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
0,7	—	7,6	7,9	97,5	11,1	—	86,4	33,0	3,7	—	1,5	4,1	2,0	35,8	Sept.
0,2	—	7,6	7,9	92,3	10,9	—	81,4	33,5	5,7	—	1,6	1,2	1,9	38,1	Okt. ¹¹⁾
0,2	—	7,7	7,9	101,6	11,1	—	90,5	33,5	5,7	—	1,7	1,7	1,8	36,4	Nov.
0,1	—	7,8	7,9	82,5	8,6	—	73,9	33,7	5,8	—	1,7	1,9	1,9	21,9	Dez.
0,2	—	7,9	· ⁶⁾	92,9	9,0	—	83,9	34,1	5,7	—	1,8	2,0	2,0	35,2	Jan.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
0,6	—	363,7	378,0	654,1	645,2	3,7	5,2	64,2	31,1	5,8	46,3	7,1	44,3	61,3	Okt. ¹⁰⁾
0,6	—	368,6	383,2	666,4	657,4	3,8	5,2	65,0	31,5	5,8	48,0	7,4	45,0	62,4	Okt. ¹⁰⁾
0,6	—	368,8	384,3	694,6	685,4	3,7	5,5	68,0	33,8	5,9	48,7	7,5	45,8	66,2	Nov.
0,5	—	369,6	384,5	672,4	662,1	3,8	6,5	68,8	34,1	6,1	51,5	7,9	46,7	62,6	Dez.
0,6	—	370,3	· ⁶⁾	713,9	703,0	3,9	7,0	70,4	36,5	6,2	53,5	8,0	47,1	41,8	Jan.
Ländliche Zentralkassen															
0,4	—	46,8	49,6	372,9	182,5	0,8	189,6	60,1	25,4	0,6	1,4	3,7	14,1	40,1	Sept.
0,4	—	47,5	50,2	373,5	191,0	0,7	181,8	60,6	18,8	0,2	1,4	3,9	14,1	40,5	Okt. ¹¹⁾
0,3	—	47,8	50,1	390,2	204,8	0,8	184,6	61,0	18,5	0,2	1,4	3,9	14,4	38,1	Nov.
0,3	—	50,0	52,4	370,2	188,2	0,1	181,9	63,5	18,8	0,2	1,4	3,9	14,5	34,8	Dez.
0,3	—	50,0	· ⁶⁾	366,4	189,2	—	177,2	65,7	20,1	0,3	1,4	3,9	14,6	27,1	Jan.
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
0,9	—	361,6	386,2	322,0	321,5	—	0,5	46,1	—	—	16,6	5,0	29,1	36,9	Okt. ¹⁰⁾
1,0	—	361,7	386,3	322,2	321,7	—	0,5	46,3	—	—	16,6	5,0	29,1	36,9	Okt. ¹⁰⁾
0,8	—	362,3	386,6	333,4	332,8	—	0,6	46,6	—	—	17,0	6,0	29,4	39,3	Nov.
1,0	—	361,4	387,2	335,6	335,0	—	0,6	47,8	—	—	17,6	10,0	30,1	41,2	Dez.
0,8	—	361,5	· ⁶⁾	353,4	352,8	—	0,6	49,7	—	—	18,8	10,5	30,3	35,1	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter-
2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige
³⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. — ⁴⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁵⁾ Abzüglich verkaufter und getilgter Ausgleichs-
lt. Umstellungsrechnung nur noch zum Quartalsultimo an. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — ⁸⁾ Einschließlich Kapital-
⁹⁾ Erfasst sind 1630 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften (Stand 31. 12. 1950). Volumenmäßig sind etwa 42 vH der Einlagen
bung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den
bankfilialen“, „Gewerbliche Zentralkassen“ und „Ländliche Zentralkassen“ hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute nicht geändert.

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ³⁾)							aufgenommene Gelder ⁴⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	Insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaft und Private		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁵⁾	
						insgesamt	darunter Anlagekonto						Öffentlich-rechtliche Körperschaften
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Alle Banken													
Okt. ¹⁰⁾	3 558	36 669,3	22 135,7	19 693,6	15 272,4	11 789,1	.	3 483,3	4 381,2	2 482,1	1 882,1	425,8	7,7
Okt. ¹⁰⁾	3 726	37 206,2	22 253,9	19 765,4	15 370,8	11 879,2	.	3 491,6	4 394,6	2 488,5	1 935,3	432,8	7,7
Nov.	3 725	37 895,0	22 575,8	20 121,5	15 639,0	12 052,7	.	3 586,3	4 482,5	2 454,3	2 023,7	477,4	6,2
Dez.	3 724	39 375,4	23 484,6	20 770,3	15 967,9	12 139,6	259,8	3 828,3	4 802,4	2 714,3	2 016,1	493,4	6,3
Jan.	3 721	39 799,3	23 755,3	20 926,2	15 926,2	12 095,4	.	3 830,8	5 000,0	2 829,1	2 025,4	448,4	5,3
Kreditbanken ⁺)													
Okt. ¹⁰⁾	253	13 513,7	9 765,8	8 761,4	8 199,7	7 241,4	.	958,3	561,7	1 004,4	571,5	96,5	7,5
Okt. ¹⁰⁾	337	13 634,1	9 851,5	8 840,8	8 272,2	7 307,0	.	965,2	568,6	1 010,7	577,3	99,6	7,5
Nov.	337	13 888,4	10 062,1	9 067,6	8 486,3	7 494,5	.	991,8	581,3	994,5	570,3	104,5	5,9
Dez.	336	14 633,9	10 529,3	9 291,2	8 595,9	7 524,2	27,6	1 071,7	695,3	1 238,1	637,7	113,8	6,0
Jan.	332	14 555,4	10 445,1	9 205,2	8 485,8	7 436,5	.	1 049,3	719,4	1 239,9	607,4	73,0	5,1
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Sept.	38	2 848,9	27,5	20,6	20,3	4,4	0,1	15,9	0,3	6,9	52,5	13,8	—
Okt. ¹¹⁾	38	2 929,9	27,7	21,2	20,9	4,1	.	16,8	0,3	6,5	55,0	14,2	—
Nov.	38	3 009,6	28,8	20,6	20,3	4,8	.	15,5	0,3	8,2	53,1	14,5	—
Dez.	38	3 166,8	31,6	25,3	24,9	6,8	0,0	18,1	0,4	6,3	77,6	14,3	—
Jan.	38	3 328,3	34,0	22,7	22,3	6,9	.	15,4	0,4	11,3	103,7	14,4	—
Girozentralen													
Sept.	18	5 095,0	2 259,8	1 468,2	1 460,0	396,2	2,8	1 063,8	8,2	791,6	381,9	140,0	0,3
Okt. ¹¹⁾	18	5 299,4	2 365,4	1 439,9	1 431,5	405,3	.	1 026,2	8,4	925,5	388,7	153,7	0,3
Nov.	18	5 369,1	2 317,7	1 380,2	1 371,6	399,4	.	972,2	8,6	937,5	483,0	191,8	0,3
Dez.	18	5 554,5	2 507,0	1 580,7	1 571,3	447,9	2,6	1 123,4	9,4	926,3	423,7	194,0	0,3
Jan.	17	5 656,4	2 620,4	1 589,7	1 580,2	475,9	.	1 104,3	9,5	1 030,7	423,6	188,2	0,2
Sparkassen													
Sept.	882	8 921,9	7 003,4	6 920,7	3 910,5	2 598,2	185,5	1 312,3	3 010,2	82,7	343,5	68,1	—
Okt. ¹¹⁾	881	9 108,0	7 175,1	7 096,0	4 019,0	2 680,1	.	1 338,9	3 077,0	79,1	315,5	66,1	—
Nov.	880	9 311,2	7 347,4	7 274,8	4 138,6	2 681,6	.	1 457,0	3 136,2	72,6	311,1	63,3	—
Dez.	879	9 426,0	7 447,3	7 366,6	4 065,5	2 633,9	174,3	1 431,6	3 301,1	80,7	306,4	63,1	—
Jan.	879	9 672,3	7 714,4	7 622,8	4 182,2	2 669,3	.	1 512,9	3 440,6	91,6	284,7	60,7	—
Zentralkassen ^{o)}													
Sept.	30	907,3	435,6	134,9	123,7	102,0	2,1	21,7	11,2	300,7	143,7	12,0	—
Okt. ¹¹⁾	29	936,8	477,3	138,2	126,7	104,3	.	22,4	11,5	339,1	138,0	11,8	—
Nov.	29	947,4	464,3	135,9	124,0	100,6	.	23,4	11,9	328,4	142,4	14,7	—
Dez.	29	934,8	449,8	145,5	132,9	107,9	1,9	25,0	12,6	304,3	143,6	12,4	—
Jan.	29	960,5	495,8	155,6	142,3	117,3	.	25,0	13,3	340,2	122,0	14,1	—
Kreditgenossenschaften ^{o)}													
Okt. ¹⁰⁾	2 295	2 603,1	1 912,9	1 897,5	1 180,1	1 135,5	.	44,6	717,4	15,4	198,4	15,9	—
Okt. ¹⁰⁾	2 363	2 630,8	1 929,7	1 914,2	1 190,6	1 145,8	.	44,8	723,6	15,5	202,1	16,3	—
Nov.	2 363	2 663,7	1 930,3	1 914,4	1 175,2	1 126,3	.	48,9	739,2	15,9	228,5	16,7	—
Dez.	2 364	2 787,3	2 011,5	1 990,6	1 212,3	1 164,8	51,4	47,5	778,3	20,9	213,4	18,1	—
Jan.	2 366	2 722,6	1 999,1	1 980,3	1 168,5	1 121,6	.	46,9	811,8	18,8	222,1	18,9	—
Sonstige Kreditinstitute													
Okt. ¹⁰⁾	30	409,5	151,9	144,0	139,3	136,7	.	2,6	4,7	7,9	43,5	3,8	—
Okt. ¹⁰⁾	35	428,9	153,1	145,1	140,2	137,6	.	2,6	4,9	8,0	47,2	7,3	—
Nov.	35	427,0	152,2	143,8	139,0	136,0	.	3,0	4,8	8,4	38,0	6,6	—
Dez.	34	458,8	161,6	148,2	143,3	140,7	1,4	2,6	4,9	13,4	28,9	5,7	—
Jan.	34	455,6	156,2	146,6	141,8	138,9	.	2,9	4,8	9,6	36,2	6,2	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Okt. ¹⁰⁾	14	1 869,0	259,7	155,5	155,2	81,6	.	73,6	0,3	104,2	171,4	63,8	—
Okt. ¹⁰⁾	25	2 238,3	274,1	169,9	169,6	94,9	.	74,7	0,3	104,2	211,4	63,7	—
Nov.	25	2 278,6	273,0	184,3	184,0	109,5	.	74,5	0,3	88,7	197,1	65,1	—
Dez.	26	2 413,3	346,5	222,1	221,7	113,4	0,6	108,3	0,4	124,4	184,8	72,0	—
Jan.	26	2 448,2	290,3	203,3	203,0	129,0	.	74,0	0,3	87,0	225,8	72,9	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Bei der Gruppe „Überregionale Institute mit Sonderaufgaben“, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur Kreditinstitute. — 2) Auch die Einlagen auf Festkonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit end- die nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 3) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rück- den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — 4) Rückgang ist verursacht durch die Umwandlung von Treuhand- institute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per „Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten“, „Girozentralen“, „Sparkassen“ und „Zentralkassen“ hat sich der Kreis der berichts- und Lokalbanken“ und „Privatbankiers“ umseitig. — 5) Aufgliederung umseitig.

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentl.-rechtl. Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken															
812,6	1 916,2	4 004,8	1 556,3	1 371,7	600,0	257,3	2 989,9	1 967,3	1 270,1	2 606,3	235,1	1 666,5	72,5	3 566,6	Okt. ¹⁰⁾
813,9	2 050,4	4 149,8	1 564,4	1 394,2	610,4	263,5	3 044,3	2 008,3	1 287,3	2 699,1	244,2	1 706,5	76,5	3 588,5	Okt. ¹⁰⁾
876,3	2 102,3	4 174,3	1 672,0	1 413,3	625,1	263,6	3 057,3	2 028,2	1 279,9	2 853,3	242,9	1 785,8	74,6	3 785,8	Nov.
1 079,9	2 171,9	4 308,8	1 766,3	1 453,6	662,4	270,6	3 094,2	2 088,5	1 305,2	2 979,1	333,6	1 878,3	73,1	4 681,7	Dez.
979,9	2 234,0	4 531,7	1 756,9	1 484,5	676,1	271,5	3 031,6	2 071,2	1 301,2	3 105,4	370,1	1 961,6	74,8	4 389,6	Jan.
Kreditbanken +)															
600,1	257,5	642,8	128,6	306,2	100,9	15,6	1 241,2	510,8	174,6	119,5	76,4	1 213,5	5,6	1 819,5	Okt. ¹⁰⁾
600,5	257,5	651,4	135,0	314,2	105,9	17,6	1 246,7	517,5	178,7	119,9	83,5	1 215,9	6,1	1 828,0	Okt. ¹⁰⁾
635,5	264,5	662,1	135,8	319,9	109,7	17,6	1 238,2	520,1	191,7	123,2	77,1	1 261,0	5,8	1 869,4	Nov.
830,8	275,0	675,7	140,6	336,5	125,7	18,6	1 208,3	533,4	191,0	143,7	77,2	1 280,7	8,0	2 578,1	Dez.
737,3	279,6	729,6	144,8	343,6	132,3	19,4	1 268,0	542,6	193,5	145,1	81,5	1 327,3	7,9	2 331,0	Jan.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
—	946,1	1 006,7	168,3	235,6	132,7	7,2	412,2	298,8	128,4	749,7	23,4	8,2	—	—	Sept.
—	959,5	1 055,4	174,0	219,9	117,2	7,2	438,4	302,9	131,4	798,7	23,4	7,8	—	—	Okt. ¹¹⁾
—	976,1	1 099,8	191,0	219,8	117,0	7,2	441,0	308,3	137,7	850,0	23,7	7,3	—	—	Nov.
—	1 011,3	1 082,4	277,8	221,1	118,3	7,2	465,0	344,8	150,0	888,0	32,4	7,1	—	—	Dez.
—	1 062,0	1 231,6	212,7 ^{b)}	223,6	118,4	7,2	460,7	339,9	157,5	935,6	36,5	6,7	—	—	Jan.
Girozentralen															
14,4	423,7	1 018,5	670,8	65,8	22,0	—	260,1	576,4	307,5	934,2	53,7	75,8	2,6	289,4	Sept.
9,5	480,8	1 049,4	681,6	76,4	32,2	—	247,6	590,3	310,1	953,4	54,5	83,4	1,8	281,9	Okt. ¹¹⁾
10,7	506,2	1 014,1	717,9	80,9	36,7	—	238,6	596,0	276,2	1 020,2	55,0	93,4	1,3	306,6	Nov.
11,2	525,7	1 025,2	730,4	81,1	36,9	—	250,2	600,9	267,8	1 044,6	55,0	136,5	0,3	304,7	Dez.
14,6	526,6	1 006,9	753,4	92,6	36,9	—	218,3	578,0	258,5	1 072,5	58,5	140,2	0,4	256,2	Jan.
Sparkassen															
30,5	—	490,2	231,2	224,7	4,7	—	598,4	6,8	436,7	348,1	16,3	72,1	5,9	183,2	Sept.
27,8	—	506,6	242,8	226,3	4,5	—	613,9	7,5	448,1	364,4	17,3	68,7	6,2	182,2	Okt. ¹¹⁾
26,8	—	523,4	253,4	226,9	4,1	—	622,2	7,5	448,5	384,9	18,4	68,8	5,5	176,8	Nov.
23,5	—	538,4	266,6	229,4	5,2	—	614,4	7,4	454,6	404,0	19,8	69,3	4,7	176,9	Dez.
23,1	—	550,5	278,6	232,7	7,6	—	588,3	7,5	452,8	425,8	23,1	74,2	4,2	183,5	Jan.
Zentralkassen^{o)}															
94,8	0,5	81,2	2,9	50,4	34,3	—	98,2	9,3	79,1	2,2	5,9	107,9	3,9	286,1	Sept.
93,3	0,5	82,1	3,0	50,4	34,3	—	92,2	7,9	79,9	3,5	6,0	106,3	2,7	248,1	Okt. ¹¹⁾
108,6	0,5	83,1	3,1	54,5	38,5	—	90,9	8,1	83,2	4,1	6,0	105,7	2,2	245,0	Nov.
115,3	0,5	85,2	3,1	60,2	44,0	—	77,1	8,1	83,3	5,1	5,1	111,1	0,9	265,7	Dez.
105,2	0,5	88,6	3,3	60,4	44,3	—	84,7	8,1	85,1	7,4	6,0	118,9	3,8	244,4	Jan.
Kreditgenossenschaften^{o)}															
43,1	0,2	51,7	62,9	165,3	74,3	0,4	168,6	4,6	43,3	40,6	7,9	58,0	38,3	186,0	Okt. ¹⁰⁾
44,0	0,2	52,5	64,6	167,5	75,6	0,6	170,2	4,7	44,5	42,1	8,0	58,4	40,8	189,9	Okt. ¹⁰⁾
42,6	0,2	54,3	65,7	171,2	78,0	0,7	170,9	4,9	45,2	44,1	8,2	60,1	42,3	193,0	Nov.
43,6	1,1	55,1	69,1	178,5	84,5	0,7	215,0	5,0	45,9	46,9	9,3	61,3	49,9	202,3	Dez.
41,7	1,1	57,0	72,3	182,0	88,7	0,7	147,3	5,1	48,9	47,1	9,4	64,0	50,3	203,7	Jan.
Sonstige Kreditinstitute															
23,4	—	23,3	2,8	77,9	52,9	50,2	86,7	2,0	12,1	12,5	3,9	39,4	17,9	70,8	Okt. ¹⁰⁾
23,4	0,0	28,0	2,8	86,6	53,9	51,2	87,8	2,0	20,0	12,8	3,9	39,7	18,8	80,2	Okt. ¹⁰⁾
23,1	0,0	32,4	2,8	86,3	53,9	51,2	92,2	2,0	22,1	14,4	4,1	40,0	17,4	80,4	Nov.
31,9	0,0	35,0	2,9	87,0	54,5	51,2	111,5	2,0	23,1	16,2	2,9	41,5	9,1	93,3	Dez.
31,5	0,0	36,1	2,9	87,1	54,5	51,2	105,6	2,0	24,1	16,6	2,9	42,5	8,3	85,3	Jan.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
15,4	217,8	593,6	260,5	249,5	183,9	183,9	101,1	541,2	70,7	313,7	45,7	89,6	0,1	778,1	Okt. ¹⁰⁾
15,4	352,0	724,5	260,6	252,9	186,9	186,9	147,4	575,5	74,6	404,4	47,7	126,3	0,1	778,1	Okt. ¹⁰⁾
29,0	354,7	705,1	302,4	253,8	187,4	186,9	163,5	581,0	75,5	412,2	50,7	149,4	0,0	914,6	Nov.
23,6	358,3	812,0	275,7	259,8	193,4	192,9	152,6	586,8	89,6	430,5	132,1	170,6	—	1 060,7	Dez.
26,4	364,2	831,2	289,0	262,5	193,5	193,0	158,8	587,9	81,0	455,1	152,1	187,8	0,0	1 080,4	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale als ein Institut gezählt. — Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten. Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender halten. — ⁴⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ⁶⁾ Es handelt sich um Institute, stellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁸⁾ Einbezogen sind etwaige in geschäften in langfristige Nostroverpflichtungen in Höhe von rd. 90 Mill. DM. — ¹⁰⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kredit- Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — ¹¹⁾ In den Bankengruppen pflichtigen Institute im Oktober 1951 nicht geändert. — ⁺) Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional-

Passiva

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto ³⁾)							aufgenommene Gelder ⁴⁾			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter	
					Sicht- und Termineinlagen	Wirtschaft und Private		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingenommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite ⁵⁾
						insgesamt	darunter Anlagekonto						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Kreditbanken, Aufgliederung:													
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen													
Sept.	30	7 190,9	5 353,0	4 813,1	4 524,3	4 231,7	9,5	292,6	288,8	539,9	438,3	47,9	0,9
Okt. ¹⁰⁾	30	7 512,3	5 798,1	5 243,3	4 949,1	4 647,2	.	301,9	294,2	554,8	344,5	46,5	1,9
Nov.	30	7 577,0	5 881,1	5 353,9	5 053,5	4 763,1	.	290,4	300,4	527,2	333,8	47,1	1,6
Dez.	30	7 839,2	6 104,8	5 409,1	5 035,4	4 703,4	7,6	332,0	373,7	695,7	373,6	53,1	1,8
Jan.	30	7 786,9	5 989,7	5 353,2	4 967,4	4 650,3	.	317,1	385,8	636,5	331,4	11,4	1,1
Staats-, Regional- und Lokalbanken													
Okt. ¹¹⁾	78	4 466,8	3 020,7	2 666,8	2 437,2	1 798,2	.	639,0	229,6	353,9	107,8	44,9	0,0
Okt. ¹¹⁾	81	4 514,0	3 059,9	2 701,1	2 471,0	1 827,1	.	643,9	230,1	358,8	110,0	46,8	0,0
Nov.	81	4 636,4	3 146,2	2 772,6	2 537,7	1 862,0	.	675,7	234,9	373,6	113,2	51,3	0,0
Dez.	81	5 007,6	3 357,4	2 932,2	2 667,1	1 948,4	14,1	718,7	265,1	425,2	146,4	53,6	—
Jan.	81	5 008,2	3 398,9	2 914,9	2 639,2	1 929,6	.	709,6	275,7	484,0	134,9	55,2	—
Privatbankiers													
Okt. ¹¹⁾	145	1 534,6	947,0	851,3	813,4	796,0	.	17,4	37,9	95,7	119,2	5,1	5,6
Okt. ¹¹⁾	226	1 607,9	993,5	896,4	852,1	832,7	.	19,4	44,3	97,1	122,8	6,2	5,6
Nov.	226	1 675,0	1 034,7	940,9	895,0	869,3	.	25,7	45,9	93,8	123,3	6,1	4,3
Dez.	225	1 787,1	1 067,1	949,9	893,3	872,4	5,9	20,9	56,6	117,2	153,8	7,1	4,2
Jan.	221	1 760,3	1 056,5	937,0	879,2	856,6	.	22,6	57,8	119,5	141,2	6,4	4,0
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:													
Gewerbliche Zentralkassen													
Sept.	11	247,5	137,7	27,6	27,5	20,1	0,3	7,4	0,1	110,1	23,6	2,0	—
Okt. ¹⁰⁾	10	252,3	155,0	29,5	29,4	21,0	.	8,4	0,1	125,5	16,0	0,7	—
Nov.	10	253,1	151,2	31,9	31,8	23,6	.	8,2	0,1	119,3	18,1	3,6	—
Dez.	10	240,4	144,5	41,0	40,9	31,6	0,3	9,3	0,1	103,5	26,7	0,6	—
Jan.	10	264,9	167,8	42,7	42,6	33,4	.	9,2	0,1	125,1	12,7	0,6	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
Okt. ¹¹⁾	667	1 594,0	1 119,4	1 105,9	738,9	694,3	.	44,6	367,0	13,5	116,9	15,9	—
Okt. ¹¹⁾	734	1 621,0	1 135,7	1 122,1	749,1	704,3	.	44,8	373,0	13,6	120,6	16,3	—
Nov.	734	1 647,0	1 138,6	1 124,5	741,9	693,0	.	48,9	382,6	14,1	138,3	16,7	—
Dez.	735	1 755,2	1 214,0	1 194,9	789,2	741,7	24,2	47,5	405,7	19,1	119,8	18,1	—
Jan.	736	1 681,2	1 191,5	1 174,9	750,9	704,0	.	46,9	424,0	16,6	127,7	18,9	0,0
Ländliche Zentralkassen													
Sept.	19	659,8	297,9	107,3	96,2	81,9	1,8	14,3	11,1	190,6	120,1	10,0	—
Okt. ¹⁰⁾	19	684,5	322,3	108,7	97,3	83,3	.	14,0	11,4	213,6	122,0	11,1	—
Nov.	19	694,3	313,1	104,0	92,2	77,0	.	15,2	11,8	209,1	124,3	11,1	—
Dez.	19	694,4	305,3	104,5	92,0	76,3	1,6	15,7	12,5	200,8	116,9	11,9	—
Jan.	19	695,6	328,0	112,9	99,7	83,9	.	15,8	13,2	215,1	109,3	13,6	—
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁶⁾													
Okt. ¹¹⁾	1 628	1 009,1	793,5	791,6	441,2	441,2	.	—	350,4	1,9	81,5	—	—
Okt. ¹¹⁾	1 629	1 009,8	794,0	792,1	441,5	441,5	.	—	350,6	1,9	81,5	—	—
Nov.	1 629	1 016,8	791,7	789,9	433,3	433,3	.	—	356,6	1,8	90,2	—	—
Dez.	1 629	1 032,1	797,5	795,7	423,1	423,1	27,2	+	372,6	1,8	93,6	—	—
Jan.	1 630	1 041,4	807,6	805,4	417,6	417,6	.	—	387,8	2,2	94,4	—	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als Zentrale. Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten, Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — schließlich Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit. — ²⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ³⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Wählerberichtigungen" und Bilanzausgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁴⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene 31. 12. 1950). Volumenmäßig sind etwa 42 vH der Einlagen und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt. — ⁵⁾ In den Bankengruppen „Nachfolgeinstitute Oktober 1951 nicht geändert. — ⁶⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung ein- als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

Banken
Bankengruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

V. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁷⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33 ⁸⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948	Eigenkapital von neu gegründeten Instituten ⁹⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Kreditbanken, Aufgliederung:															
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen															
290,2	—	265,9	54,1	91,4	15,9	—	698,0	263,5	80,3	17,8	10,5	824,8	0,1	1 158,8	Sept.
205,8	—	268,4	57,0	91,5	16,0	—	747,0	264,6	80,8	19,4	11,2	806,5	0,1	943,3	Okt. ¹⁰⁾
195,3	—	273,4	49,3	92,0	16,6	—	752,1	266,6	81,9	21,0	4,9	818,6	0,0	979,9	Nov.
248,1	—	277,0	63,1	95,4	19,5	—	713,2	277,1	84,8	27,9	8,6	852,2	0,0	1 536,0	Dez.
236,0	—	331,3	64,0	100,5	24,3	—	734,0	283,8	89,0	27,8	9,4	883,9	0,0	1 321,6	Jan.
Staats-, Regional- und Lokalbanken															
202,0	257,5	329,9	27,7	143,3	54,7	15,6	377,9	211,1	59,7	93,6	47,1	241,4	2,6	483,8	Okt. ¹¹⁾
202,0	257,5	332,1	27,7	145,2	56,7	17,6	379,6	212,3	60,8	93,5	49,1	241,8	2,7	486,3	Okt. ¹¹⁾
235,1	264,5	336,9	27,7	148,5	58,6	17,6	364,3	212,9	63,9	94,2	49,4	249,4	2,8	501,5	Nov.
329,2	275,0	347,6	27,8	160,9	71,2	18,6	363,3	216,5	66,5	107,7	47,8	240,4	5,3	580,8	Dez.
267,8	279,6	347,0	28,5	161,9	71,8	18,5	389,6	219,1	64,5	109,0	49,4	258,8	5,6	559,7	Jan.
Privatbankiers															
192,3	—	44,6	43,9	71,3	30,2	—	116,3	35,1	34,2	6,5	18,1	165,6	2,9	392,4	Okt. ¹¹⁾
192,8	—	50,9	50,3	77,5	33,2	—	120,1	40,6	37,1	7,0	23,1	167,6	3,4	398,4	Okt. ¹¹⁾
205,2	—	51,7	58,9	79,4	34,5	—	121,8	40,6	46,1	7,9	22,7	193,0	3,0	388,0	Nov.
253,6	—	51,1	49,6	80,1	35,0	—	131,8	39,7	39,7	8,2	20,8	188,1	2,7	461,3	Dez.
233,5	—	51,3	52,3	81,2	36,2	0,9	144,3	39,7	40,0	8,3	22,7	184,6	2,3	449,7	Jan.
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:															
Gewerbliche Zentralkassen															
1,9	—	33,1	1,5	10,3	7,5	—	39,4	7,4	29,3	0,2	0,0	30,3	1,9	106,5	Sept.
2,4	—	33,8	1,6	10,2	7,5	—	33,3	6,1	30,0	0,1	0,1	30,0	1,5	104,6	Okt. ¹⁰⁾
2,3	—	34,2	1,7	10,2	7,6	—	35,4	6,2	33,5	0,0	0,1	29,9	1,3	103,0	Nov.
1,9	—	34,4	1,7	10,9	8,0	—	20,3	6,3	30,7	0,0	0,1	31,4	0,6	110,2	Dez.
2,0	—	34,9	1,8	10,9	8,0	—	34,8	6,3	31,1	0,0	0,2	32,4	0,8	110,3	Jan.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften															
34,6	0,2	33,0	46,3	114,0	61,6	0,4	129,6	4,6	43,3	40,6	7,9	50,1	34,9	163,9	Okt. ¹¹⁾
35,4	0,2	33,7	48,0	116,2	62,9	0,6	131,2	4,7	44,5	42,1	8,0	50,6	37,4	167,8	Okt. ¹¹⁾
35,2	0,2	35,8	48,7	118,5	64,8	0,7	131,7	4,9	45,2	44,1	8,2	52,4	38,6	172,6	Nov.
36,0	1,1	36,2	51,5	123,5	70,0	0,7	173,1	5,0	45,9	46,9	9,3	52,9	45,9	179,3	Dez.
33,6	1,1	36,6	53,5	125,7	72,9	0,7	111,5	5,1	48,9	47,1	9,4	55,3	46,5	179,9	Jan.
Ländliche Zentralkassen															
92,9	0,5	48,1	1,4	40,1	26,8	—	58,8	1,8	49,8	2,1	5,9	77,6	2,0	179,6	Sept.
90,9	0,5	48,3	1,4	40,2	26,8	—	58,9	1,9	49,9	3,3	5,9	76,3	1,2	143,5	Okt. ¹⁰⁾
106,3	0,5	48,9	1,4	44,3	30,9	—	55,5	1,9	49,7	4,1	5,9	75,8	0,9	142,0	Nov.
113,4	0,5	50,7	1,4	49,3	36,0	—	56,9	1,9	52,4	5,2	5,0	79,7	0,3	155,5	Dez.
103,2	0,5	53,8	1,4	49,5	36,3	—	49,9	1,8	54,1	7,4	5,8	86,5	3,0	134,2	Jan.
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁹⁾															
8,5	—	18,7	16,6	51,3	12,7	—	39,0	7,9	3,4	22,1	Okt. ¹¹⁾
8,6	—	18,8	16,6	51,3	12,7	—	39,0	7,8	3,4	22,1	Okt. ¹¹⁾
7,4	—	18,5	17,0	52,7	13,2	—	39,3	7,7	3,7	20,4	Nov.
7,6	—	18,9	17,6	55,1	14,5	—	41,8	8,4	4,0	23,0	Dez.
8,1	—	20,4	18,8	56,3	15,8	—	35,8	8,7	3,8	23,8	Jan.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige ³⁾ Auch die Einlagen auf Festskonto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁴⁾ Ein- rungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ⁷⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wert- tene noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ⁹⁾ Erfasst sind 1630 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossenschaften (Stand ehemaliger Großbankfilialen“, „Gewerbliche Zentralkassen“ und „Ländliche Zentralkassen“ hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute im bezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten

noch: 1. Geschäftsbanken

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
in Mill. DM

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet
(ohne Spareinlagen)

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)						die Spalten 4 und 6 ²⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von: ³⁾							
	insgesamt	davon					30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)	
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen			Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	insgesamt	darunter Anlagekonten	Wirtschaft und Private								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950														
Sept.	11 972,9	7 017,8	1 338,8	2 079,8	287,6	1 536,5	601,2	744,8	513,7	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9
Dez.	12 752,8	7 191,3	1 405,3	2 422,8	289,0	1 733,4	720,4	695,2	613,7	491,8	391,1	322,3	661,1	224,1
1951														
Jan.	12 835,7	7 178,2	1 281,0	2 575,7	.	1 800,8
Febr.	13 159,5	7 228,7	1 317,8	2 745,8	.	1 867,2
März	13 085,7	7 120,6	1 287,2	2 794,6	283,8	1 883,3	877,9	736,7	770,1	515,3	417,4	398,0	689,8	233,3
April	13 286,0	7 282,5	1 202,0	2 863,1	.	1 938,4
Mai	13 474,0	7 318,2	1 260,2	2 945,2	.	1 950,4
Juni	13 975,7	7 579,9	1 272,6	2 953,3	279,7	2 169,9	958,2	850,3	847,7	558,5	469,7	498,9	666,6	262,2
Juli	14 236,1	7 752,7	1 187,5	3 056,5	.	2 239,4
Aug.	14 663,4	8 048,0	1 202,9	3 142,3	.	2 270,2
Sept.	14 532,7	7 919,7	1 224,0	3 112,5	273,4	2 276,5	976,9	927,3	925,8	608,2	511,0	457,0	686,7	284,0
Okt. 1)	15 272,4	8 509,3	1 228,4	3 279,8	.	2 254,9
Okt. 1)	15 370,8	8 552,7	1 233,0	3 326,5	.	2 258,6
Nov.	15 639,0	8 678,1	1 317,2	3 374,6	.	2 269,1
Dez.	15 967,9	8 804,9	1 481,5	3 334,7	259,8	2 346,8	1 020,8	849,1	1 035,6	644,8	574,3	463,3	693,2	389,6
1952														
Jan.	15 926,2	8 433,6	1 326,9	3 661,8	.	2 503,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 2) Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — 3) Die Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis 14) fällt nur zum Quartalsultimo an. — 4) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung, Zu- bzw. Abgang von Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt	darunter steuerbegünstigte Spareinlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950								
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	— 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	— 0,4	3 872,4	237,6
Dez.	3 872,4	307,5	300,3	+ 7,2	53,0	— 1,2	3 931,4	278,2
1951								
Jan.	3 931,4	267,6	287,9	— 20,3	25,2	+ 0,2	3 936,5	296,5
Febr.	3 936,5	228,9	231,9	— 3,0	8,0	+ 1,0	3 942,5	307,4
März	3 942,5	239,8	255,7	— 15,9	4,3	— 0,2	3 930,7	319,3
April	3 930,7	263,2	241,8	+ 21,4	1,8	+ 0,9	3 954,8	332,6
Mai	3 954,8	254,4	216,8	+ 37,6	0,6	+ 0,8	3 993,8	344,4
Juni	3 993,8	275,5	225,2	+ 50,3	0,6	+ 9,7	4 054,4	360,3
Juli	4 054,4	291,4	218,1	+ 73,3	0,4	+ 1,8	4 129,9	371,2
Aug.	4 129,9	290,6	212,0	+ 78,6	0,5	+ 3,5	4 212,5	382,6
Sept.	4 212,5	287,7	216,6	+ 71,1	0,1	+ 0,5	4 284,2	393,8
Okt. 1)	4 284,2	337,6	242,7	+ 94,9	0,2	+ 1,9	4 381,2	407,3
Okt. 1)	4 284,2	338,5	243,3	+ 95,2	0,2	+ 15,0	4 394,6	408,1
Nov.	4 394,6	320,8	235,9	+ 84,9	0,5	+ 2,5	4 482,5	423,7
Dez.	4 482,5	553,6	324,8	+ 228,8	85,5	+ 5,6	4 802,4	609,8
1952								
Jan.	4 802,4	479,3	311,9	+ 167,4	29,4	+ 0,8	5 000,0	587,0

*) 1) u. 4) Siehe die entsprechenden Anmerkungen der vorstehenden Tabelle b).

a) Einlagen und Vermögenswerte
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾										Vermögenswerte ²⁾													
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt mit/ohne Einlagen von Kreditinstituten (Sp. 3+7 + 8) (Sp. 3+8)		Spalte 1 gliedert sich in:							Einlagen auf Postsparkonto		Einlagen auf Festkonto bei den Postscheck-ämtern/Postsparkassen-ämtern		Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen						
			Einlagen auf Postscheckkonto				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	dar. Anlagekonto									Post-scheck-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	davon		
			Einlagen von Nichtbanken		davon																	Wirtschaft und Private	Öffentl.-rechtl. Körperschaften	Wirt-schaft und Private
	insgesamt (Spalte 4+6)	insgesamt	dar. Anl.konto	insgesamt	dar. Anl.konto	insgesamt	dar. Anl.konto	Post-scheck-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Post-spar-kassen-ämtern	Wirt-schaft und Private	Öffentl.-rechtl. Körper-schaften	Kredit-institute										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18							
1949																								
Dezember	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—							
1950																								
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1						
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ³⁾	· ³⁾	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1						
September	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6						
Dezember	1 028,3	873,8	732,9	603,0	4,0	129,9	154,5	140,9	6,8	·	·	104,9	367,0	168,1	214,2	—	145,0	29,1						
1951																								
März	1 098,5	873,2	732,9	585,9	3,9	147,0	225,3	140,3	6,8	·	·	154,1	392,3	169,1	213,8	—	140,1	29,1						
April	963,7	839,2	696,4	588,0	3,9	108,4	124,5	142,8	6,7	·	·	86,5	342,1	141,0	213,8	—	161,2	19,1						
Mai	988,8	834,7	688,7	579,1	3,9	109,6	154,1	146,0	6,8	·	·	138,6	309,0	147,5	213,8	—	160,8	19,1						
Juni	999,5	879,5	726,5	611,2	3,8	115,3	120,0	153,0	6,8	·	·	118,7	269,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1						
Juli	978,2	858,5	696,3	594,9	3,8	101,4	119,7	162,2	6,8	·	·	155,4	211,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1						
August	969,3	855,1	686,3	586,9	3,8	99,4	114,2	168,8	6,8	·	·	136,5	221,0	151,0	214,2	—	227,5	19,1						
September	1 012,1	897,0	721,8	601,8	3,8	120,0	115,1	175,2	6,8	·	·	136,4	271,0	151,0	214,2	—	220,5	19,0						
Oktober	1 026,9	906,8	727,4	625,5	3,7	101,9	120,1	179,4	6,9	·	·	118,2	299,0	151,0	214,2	—	225,5	19,0						
November	1 054,3	930,1	746,0	637,3	3,7	108,7	124,2	184,1	6,9	·	·	145,8	299,0	151,0	214,2	—	225,5	18,8						
Dezember	1 187,8	1 031,4	843,0	699,6	3,8	143,4	156,4	188,4	6,8	·	·	251,4	328,0	151,0	214,2	—	225,5	17,7						
1952																								
Januar	1 048,6	929,3	726,3	617,1	3,7	109,2	119,3	203,0	6,8	·	·	154,6	248,0	151,8	213,3	—	263,4	17,5						

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ³⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1950							
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	— 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	— 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4
März	133,4	12,9	13,6	— 0,7	0,7	+ 0,1	133,5
April	133,5	14,2	11,7	+ 2,5	0,0	+ 0,1	136,1
Mai	136,1	16,2	13,1	+ 3,1	0,0	+ 0,0	139,2
Juni	139,2	20,5	13,7	+ 6,8	0,0	+ 0,2	146,2
Juli	146,2	26,3	17,3	+ 9,0	0,0	+ 0,2	155,4
August	155,4	28,4	22,0	+ 6,4	0,0	+ 0,2	162,0
September	162,0	24,1	17,9	+ 6,2	0,0	+ 0,2	168,4
Oktober	168,4	22,7	18,8	+ 3,9	0,0	+ 0,2	172,5
November	172,5	20,3	15,8	+ 4,5	0,0	+ 0,2	177,2
Dezember	177,2	19,6	17,6	+ 2,0	2,3	+ 0,1	181,6
1952							
Januar	181,6	29,5	15,5	+ 14,0	0,5	+ 0,1	196,2

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsfordernungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	im Bestand	verkaufte	Sparein- lagen	aufgen. Fremd- mittel
1951 Juni	Bausparkassen insgesamt					
Juli	326,7	199,9	54,3	8,8	573,2	72,0
August	344,3	204,1	54,5	8,6	578,0	78,3
September	357,4	203,8	55,2	7,9	588,9	82,6
Oktober	376,8	193,9	55,4	7,7	601,5	83,7
November	397,9	178,3	56,9	6,2	601,1	89,2
Dezember	410,0	182,3	60,5	2,5	609,7	97,2
1952 Januar	432,0	161,9	61,4	2,3	671,9	102,6
Februar	447,9	152,0	61,9	1,8	686,6	81,7
	465,6	138,7	61,9	1,6	690,6	70,3
1951 Juni	Private Bausparkassen					
Juli	196,0	48,5	39,0	7,6	325,8	2,6
August	208,4	49,9	39,2	7,4	332,0	3,1
September	216,5	46,0	39,8	6,8	341,6	4,6
Oktober	228,0	41,0	39,9	6,7	355,3	5,5
November	235,5	39,7	40,8	5,8	361,9	5,6
Dezember	243,5	37,4	44,2	2,3	365,5	8,8
1952 Januar	251,7	36,2	45,1	2,1	395,3	9,6
Februar	263,9	29,6	45,4	1,8	404,9	9,2
	275,0	23,4	45,4	1,6	409,8	9,8
1951 Juni	Öffentl. Bausparkassen					
Juli	130,7	151,4	15,3	1,2	247,4	69,4
August	135,9	154,2	15,3	1,2	246,0	75,2
September	140,9	155,8	15,4	1,1	247,3	78,0
Oktober	148,8	152,9	15,5	1,0	246,2	78,2
November	162,4	138,6	16,1	0,4	239,2	83,6
Dezember	166,5	144,9	16,3	0,2	244,2	88,4
1952 Januar	180,3	125,7	16,3	0,2	276,6	93,0
Februar	184,0	122,4	16,5	—	281,7	72,5
	190,6	115,3	16,5	—	280,8	60,5

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva				Passiva									Kreditvolumen insgesamt	
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungenheften	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten		
																	1
1950																	
Okt.	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4	198,8	
Nov.	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3	224,6	
Dez.	67	180,8	5,7	60,8	105,1	9,2	15,5	15,9	100,4	5,2	10,8	33,0	0,0	10,3	73,1	249,6	
1951																	
Jan.	71	188,0	3,5	67,5	107,8	9,2	16,1	10,8	111,3	5,4	11,3	33,1	0,0	12,0	72,1	259,7	
Febr.	72	187,9	4,2	66,2	108,3	9,2	16,4	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	267,9	
März	73	211,3	4,3	87,1	110,3	9,6	16,9	12,4	111,5	3,3	12,1	55,1	0,0	14,7	60,6	273,0	
April	73	216,3	5,2	92,9	108,3	9,9	17,7	13,3	111,6	2,6	13,6	57,5	0,0	15,3	63,7	280,9	
Mai	74	226,2	5,8	97,8	111,1	11,5	18,5	14,2	116,9	1,4	13,8	61,4	0,1	15,2	65,3	288,6	
Juni	76	226,6	5,0	102,3	106,9	12,4	18,8	11,6	119,0	0,6	14,8	61,8	0,1	15,3	67,1	292,4	
Juli	77	223,6	5,7	101,4	103,9	12,6	19,4	9,8	116,3	0,3	14,9	62,9	0,1	15,8	75,9	297,8	
Aug.	78	225,5	6,9	103,1	101,7	13,8	19,2	7,9	118,2	0,3	15,2	64,7	0,2	11,6	78,7	295,9	
Sept.	79	228,1	6,7	106,2	100,9	14,3	18,6	10,2	117,3	0,3	15,5	66,2	0,2	12,3	81,2	301,0	
Okt.	78	242,3	7,7	109,3	111,2	14,1	20,2	15,8	120,7	0,3	16,9	68,4	0,3	13,5	85,7	320,2	
Nov.	78	258,6	6,5	112,6	124,1	15,4	20,7	18,1	126,0	3,7	17,7	72,4	0,4	15,9	87,7	340,8	
Dez.	78	289,2	8,4	114,0	150,4	16,4	23,5	20,1	146,7	3,7	18,3	76,9	0,9	14,1	91,4	370,3	
1952																	
Jan.	79	285,9	7,7	117,4	147,3	13,5	25,7	9,2	155,4	4,3	19,2	72,1	0,9	15,4	90,7	371,4	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. - ¹⁾ Veränderungen entstehen durch Fusion von Instituten bzw. Zugang neu berichtender Institute. - ²⁾ Einschließlich Postscheckguthaben. - ³⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

VI. Zusammengefaßte statistische Bilanz aller Geldinstitute einschließlich des Zentralbanksystems *)

in Mill. DM

Aktiva													
Stand am Monatsende	Aktiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken					Münzgutschrift zu Gunsten des Bundes	Auslandsaktiva ²⁾	Ausgleichsforderungen und unverzinsl. Schuldverschreibungen (gemäß den Gesetzen zur Neuordnung des Geldwesens)	Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen und Beteiligungen	Grundstücke und Gebäude	Saldo aus Forderungen und Verpflichtungen zwischen Geldinstituten ³⁾	sonstige Aktiva
		insgesamt	davon			langfristige Kredite einschließl. durchlaufender Kredite							
			kurzfristige Kredite	Zentralbank-system (BdL und LZB) ⁴⁾	monatlich berich-tende Geld-institute								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
1950													
August	37 429	19 094	12 018	1 564	5 512	135	1 644	14 439	563	394	9	1 151	
September ⁴⁾	38 854	20 189	12 750	1 483	5 956	142	1 875	14 476	575	401	—	1 197	
Oktober	40 171	21 451	13 414	1 583	6 454	154	1 780	14 579	587	414	—	63	
November	40 710	22 162	13 742	1 559	6 861	172	1 572	14 604	592	422	—	134	
Dezember	41 713	23 087	14 095	1 580	7 412	213	1 429	14 688	610	441	—	159	
1951													
Januar	41 584	23 219	14 190	1 311	7 718	260	1 288	14 714	633	450	—	196	
Februar	42 675	24 159	14 610	1 517	8 032	301	1 324	14 735	647	470	—	181	
März	42 545	23 702	14 106	1 114	8 482	332	1 414	14 740	665	432	—	22	
April	42 973	23 819	13 753	1 193	8 873	370	1 558	14 753	662	490	—	21	
Mai	43 892	24 433	13 756	1 540	9 137	410	1 854	14 767	686	495	—	43	
Juni	45 284	25 226	14 060	1 614	9 552	450	2 057	14 767	705	509	—	9	
Juli	46 223	25 806	14 321	1 627	9 858	473	2 358	14 767	738	513	—	88	
August	47 439	26 462	14 640	1 618	10 204	495	2 682	14 766	762	522	—	119	
September	47 986	26 972	15 261	1 207	10 504	499	2 738	14 766	758	532	—	35	
Oktober	47 936	27 187	15 529	853	10 805	504	2 650	14 782	777	543	—	78	
(Oktober) ⁵⁾	(48 396)	(27 402)	(15 638)	(853)	(10 911)	(504)	(2 651)	(14 859)	(804)	(545)	(49)	(1 582)	
November	49 381	28 356	16 021	1 059	11 276	507	2 452	14 862	811	565	—	13	
Dezember	50 728	29 578	16 696	1 186	11 696	509	2 373	14 863	866	585	—	282	
1952													
Januar	50 436	29 761	17 260	532	11 969	522	2 351	14 867	926	608	—	29	

Passiva														
Stand am Monatsende	Passiva insgesamt	Geldvolumen ⁶⁾				bei Geldinstituten aufgekommenes Geldkapital				Auslands-passiva ⁸⁾	Umlauf an in Westberlin ausgegebenen Banknoten	Kapital und Rücklagen gemäß § 11 KWG	sonstige Passiva ⁹⁾	
		insgesamt	davon			insgesamt	davon							
			Bargeld-umlauf außerhalb der Geld-institute und Sicht-einlagen von Wirtschaft und Privaten	sonstige Einlagen			insgesamt	Spar-einlagen	Schuld-verschrei-bungen ⁷⁾					bei Nicht-banken längerfristig aufge-nommene Mittel
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24			
1950														
August	37 429	23 245	.	.	7 979	3 869	1 346	2 764	1 370	423	1 345	3 067		
September ⁴⁾	38 854	23 743	15 428	8 315	8 278	3 894	1 378	3 006	1 933	432	1 367	3 101		
Oktober	40 171	24 231	.	.	8 609	3 968	1 407	3 234	2 095	429	1 390	3 417		
November	40 710	24 499	15 574	8 925	8 881	4 008	1 427	3 446	2 092	428	1 407	3 403		
Dezember	41 713	24 903	15 792	9 111	9 365	4 065	1 492	3 808	1 900	435	1 396	3 714		
1951														
Januar	41 584	24 539	15 219	9 320	9 539	4 070	1 517	3 952	1 967	436	1 439	3 664		
Februar	42 675	25 147	15 329	9 818	9 713	4 076	1 548	4 089	2 130	447	1 473	3 765		
März	42 545	24 724	15 327	9 397	9 980	4 064	1 578	4 338	2 082	462	1 498	3 799		
April	42 973	24 883	15 631	9 252	10 212	4 091	1 646	4 475	1 975	481	1 508	3 914		
Mai	43 892	25 688	15 613	10 075	10 401	4 133	1 667	4 601	1 831	460	1 568	3 944		
Juni	45 284	26 705	16 311	10 394	10 651	4 201	1 694	4 756	1 641	468	1 596	4 223		
Juli	46 223	27 128	16 607	10 521	11 010	4 285	1 757	4 968	1 602	469	1 642	4 372		
August	47 439	27 987	17 311	10 676	11 394	4 375	1 808	5 211	1 546	480	1 663	4 369		
September	47 986	28 301	17 545	10 756	11 678	4 453	1 871	5 354	1 396	497	1 683	4 431		
Oktober	47 936	28 012	17 986	10 026	12 038	4 554	1 962	5 522	1 168	492	1 678	4 548		
(Oktober) ⁵⁾	(48 396)	(28 108)	(18 027)	(10 081)	(12 286)	(4 567)	(2 096)	(5 623)	(1 168)	(492)	(1 700)	(4 642)		
November	49 381	28 989	18 430	10 559	12 608	4 660	2 145	5 803	816	519	1 718	4 731		
Dezember	50 728	29 381	18 589	10 792	13 341	4 984	2 219	6 138	781	522	1 777	4 926		
1952														
Januar	50 436	28 951	18 027	10 924	13 836	5 196	2 282	6 358	576	532	1 798	4 743		

*) Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken, Geschäftsbanken, Teilzahlungsfinanzierungsinstitute, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-AG Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ¹⁾ Einschließlich des Wertpapierverkaufs von Nichtbankenseite. — ²⁾ Zentralbanksystem: Gold, Guthaben in ausländischer Währung (einschließlich Guthaben bei der EZU), Sorten und Auslandsschecks; Geschäftsbanken: Guthaben bei ausländischen Banken. — ³⁾ Volumen der Interbankverschuldung (Aktiva) Ende Januar 1952: 15 938 Mill. DM. — ⁴⁾ Ab September 1950 einschließlich Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. — ⁵⁾ Nach Einbeziehung einer Anzahl bisher nicht erfaßter Geschäftsbanken. — ⁶⁾ Vgl. Spalte 17 der Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet“. — ⁷⁾ Saldiert mit eigenen Schuldverschreibungen im Bestand der Geldinstitute. — ⁸⁾ Zentralbanksystem: Verbindlichkeiten gegenüber EZU, DM-Guthaben ausländischer Banken und Exportakkreditive; Geschäftsbanken: DM-Guthaben ausländischer Banken. — ⁹⁾ Einschließlich Sammelwertberichtigung gem. Verwaltungsanordnung des Bundesministers der Finanzen vom 15. 12. 1950 betr. die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten (Stand per Ende Januar 1952: 423 Mill. DM).

VII. Kreditvolumen

1. Kredite des Zentralbanksystems an Bund, Länder und sonstige Nichtbanken *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite und Wertpapierankäufe des Zentralbanksystems										
	insgesamt	Bund und Bundesverwaltungen				Länder				Sonstige ¹⁾	
		insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	darunter: von Versicher. u. Bauspar- kassen ange- kaufte Aus- gleichsfor- der.
			Schatzwechsel und unver- zinsl. Schatz- anweisungen	Kassen- vor- schüsse	ange- kaufte Wert- papiere		Schatz- wechsel	Kassen- vor- schüsse	Lom- bard- kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1950											
März	420,3	101,7	77,7	24,0	—	237,7	130,0	101,9	5,8	80,9	21,5
Juni	1 592,0	1 294,1	154,9	779,2 ²⁾	360,0	161,5	53,9	87,4	20,2	136,4	32,6
September	1 482,5	1 115,4	183,1	597,3	335,0	197,2	105,5	85,8	5,9	169,9	46,8
Dezember	1 580,0	1 204,5	232,0	637,5	335,0	238,4	89,0	141,9	7,5	137,1	54,8
1951											
Januar	1 311,3	901,1	310,7	255,4	335,0	273,7	85,7	178,9	9,1	136,5	53,7
Februar	1 517,0	1 096,1	387,0	374,1	335,0	282,5	115,0	164,4	3,1	138,4	53,3
März	1 113,9	772,4	155,3	282,1	335,0	211,0	83,4	124,6	3,0	130,5	49,6
April	1 193,2	815,5	129,5	351,0	335,0	234,8	91,2	140,7	2,9	142,9	49,4
Mai	1 539,7	1 159,9	366,2	458,7	335,0	236,1	84,5	148,8	2,8	143,7	49,0
Juni	1 614,4	1 278,6	337,5	606,1	335,0	187,9	60,5	127,4	—	147,9	49,6
Juli	1 627,3	1 278,8	298,8	645,0	335,0	203,1	41,5	146,7	12,9	145,4	49,0
August	1 618,2	1 244,2	237,5	671,7	335,0	227,7	37,4	179,9	10,4	146,3	50,5
September	1 207,1	925,7	341,7	249,0	335,0	129,4	23,1	106,3	—	152,0	49,6
Oktober	853,0	558,8	223,8	—	335,0	145,4	12,6	132,8	—	148,8	46,5
November	1 058,8	707,6	372,6	—	335,0	196,3	14,3	182,0	—	154,9	41,4
Dezember	1 186,3	839,4	553,3	—	286,1	188,2	20,2	168,0	—	158,7	39,7
1952											
Januar	531,5	231,3	181,1	—	50,2	133,7	19,2	114,5	—	166,5	43,6
Februar	644,3	370,6	277,2	88,0	5,4	105,9	19,0	86,9	—	167,8	44,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Darin sind enthalten — außer Spalte 11 — Direktkredite an Wirtschaft und Private (nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone), Schatzwechsel der südwestdeutschen Eisenbahn, Kassenkredite an sonstige öffentliche Körperschaften und Wertpapiere, soweit diese nicht in Spalte 5 erfaßt sind. — ²⁾ Einbezogen sind 147,0 Mill. DM Lombardkredit der Landeszentralbanken zu Gunsten des Bundes.

2. Kredite des Zentralbanksystems an Geldinstitute *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken des Bundesgebietes (ohne KfW)				Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Berliner Zentralbank ²⁾
	insgesamt ¹⁾	davon				
		Wechsel- kredite ¹⁾	Lombard- kredite	angekaufte fremde Ausgleichs- forderungen		
1950						
März	3 820,8	3 262,7	244,5	313,6	—	20,4
Juni	3 439,3	2 829,4	246,2	363,7	77,6	36,5
September	3 879,4	3 199,9	280,6	398,9	205,8	34,7
Dezember	4 960,0	4 119,4	360,6	480,0	368,7	75,2
1951						
Januar	4 435,7	3 652,5	316,8	456,4	404,0	97,3
Februar	5 063,7	4 169,5	422,1	472,1	437,0	168,4
März	4 740,4	3 835,6	419,8	485,0	388,1	130,0
April	4 283,6	3 413,6	372,4	497,6	395,1	143,7
Mai	4 238,9	3 345,2	384,2	509,5	410,4	143,1
Juni	4 411,1	3 570,3	325,1	515,7	408,5	112,8
Juli	4 205,0	3 438,9	262,1	504,0	445,7	112,7
August	4 103,4	3 354,4	258,8	490,2	464,8	94,0
September	4 617,5	3 907,0	225,5	485,0	463,2	90,4
Oktober	4 058,9	3 454,6	136,9	467,4	498,1	127,8
November	4 243,7	3 626,2	163,0	454,5	523,8	175,5
Dezember	5 306,0	4 570,0	290,0	446,0	454,0	97,8
1952						
Januar	4 626,8	4 079,6	128,4	418,8	80,6	64,6
Februar	4 382,1	3 788,4	194,7	399,0	207,0	78,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Einschließlich Auslandswechsel und der seit Januar 1951 vom Zentralbanksystem angekauften Exporttratten. — ²⁾ Die Kredite an die BZB umfassen angekaufte Inlands- und Auslandswechsel sowie Exporttratten und lombardierte Ausgleichsforderungen.

3. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

a) Bundesgebiet

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kredite an Nichtbanken													
	insgesamt						von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Scharzwechsel und unverzinsl. Scharzanzweisungen			kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾
insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	insgesamt		darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1950 Juni	11 419,5	7 375,4	2 001,8	4 044,1	735,2	3 001,4	10 549,0	7 022,4	2 000,4	3 526,6	687,1	618,4	68,7	2 572,2
Sept.	12 376,9	8 200,1	2 326,6	4 176,8	853,5	4 019,3	11 611,5	7 845,1	2 326,2	3 766,4	782,1	700,5	81,6	3 485,3
Dez.	13 524,1	8 458,6	2 343,9	5 065,5	962,0	5 148,3	12 964,0	8 175,0	2 342,9	4 789,0	883,7	803,5	80,2	4 440,0
1951 Jan.	13 705,5 ⁵⁾	8 548,6 ⁵⁾	2 166,2	5 156,9	992,3 ⁶⁾	5 395,8	13 097,1 ⁵⁾	8 273,5 ⁵⁾	2 165,2	4 823,6	910,6 ⁶⁾	825,9 ⁶⁾	84,7	4 662,0
Febr.	14 087,7	8 703,5	2 058,4	5 384,2	1 042,8	5 630,9	13 513,6	8 452,2	2 057,8	5 061,4	956,9	874,3	82,6	4 857,8
März	13 490,0	8 154,4	1 838,9	5 335,6	1 167,2	5 916,5	12 923,7	7 914,2	1 838,7	5 009,5	1 078,6	987,0	91,6	5 118,8
April	13 179,3	7 849,0	1 684,0	5 330,3	1 227,6	6 201,8	12 541,1	7 612,3	1 683,9	4 928,8	1 135,8	1 039,5	96,3	5 376,7
Mai	13 207,7	7 924,1	1 575,2	5 283,6	1 268,3	6 407,9	12 565,7	7 652,2	1 575,1	4 913,5	1 164,3	1 066,0	98,3	5 556,3
Juni	13 547,9	7 887,0	1 494,2	5 660,9	1 340,7	6 647,9	12 844,0	7 619,2	1 494,1	5 224,8	1 223,5	1 120,2	103,3	5 765,7
Juli	13 861,6	7 928,0	1 422,6	5 933,6	1 370,0	6 859,3	13 089,8	7 715,6	1 422,5	5 374,2	1 245,1	1 136,7	108,4	5 949,0
Aug.	14 173,9	8 065,3	1 395,0	6 108,6	1 396,9	7 158,8	13 279,9	7 800,8	1 394,9	5 479,1	1 260,2	1 156,5	103,7	6 180,6
Sept.	14 739,7	8 557,9	1 443,9	6 181,8	1 439,4	7 391,4	13 953,8	8 269,4	1 443,8	5 684,4	1 297,1	1 183,5	113,6	6 369,2
Okt. ⁷⁾	14 966,6	8 044,6	1 463,5	6 922,0	1 441,8	7 640,3	13 677,4	7 726,0	1 463,2	5 951,4	1 294,2	1 193,8	100,4	6 586,5
Okt. ⁷⁾	15 075,7	8 101,0	1 466,2	6 974,7	1 457,4	7 731,4	13 765,2	7 781,8	1 465,9	5 983,4	1 309,5	1 203,5	106,0	6 620,9
Nov.	15 444,1	8 487,1	1 519,7	6 957,0	1 534,1	7 993,2	14 312,9	8 156,2	1 519,4	6 156,7	1 347,5	1 242,1	105,4	6 832,7
Dez.	16 073,4	8 637,3	1 638,4	7 436,1	1 533,1	8 349,8	15 015,9	8 324,6	1 638,3	6 691,3	1 360,2	1 265,2	95,0	7 119,9
1952 Jan.	16 716,9	9 045,6	1 636,5	7 671,3	1 505,8	8 575,7	15 484,6	8 804,1	1 636,5	6 680,5	1 332,8	1 235,9	96,9	7 303,9

Stand am Monatsende	noch: Kredite an Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute							
	von den Spalten 1 bis 6 entfallen auf:							Kredite an Kreditinstitute							
	Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
Debitoren		Schatzwechsel und unverzinsl. Scharzanzweisungen, sonstige Wechsel	Debitoren		durchlaufende Kredite	insgesamt		darunter Akzeptkredite				Debitoren			durchlaufende Kredite
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
1950 Juni	870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 728,7	662,4	20,7	1 066,3	41,0	37,2	3,8	456,5
Sept.	765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 835,2	779,7	23,0	1 055,5	45,4	37,8	7,6	608,6
Dez.	560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 810,6	789,4	19,5	1 021,2	87,8	52,8	35,0	773,1
1951 Jan.	608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 920,3	892,9	18,4	1 027,4	99,9	64,8	35,1	797,9
Febr.	574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3
März	566,3	240,2	326,1	88,6	84,8	3,8	797,7	1 989,1	999,5	24,0	989,6	110,1	73,7	36,4	851,9
April	638,2	236,7	401,5	91,8	88,6	3,2	825,1	1 902,4	940,8	20,3	961,6	116,1	78,8	37,3	878,1
Mai	642,0	271,9	370,1	104,0	92,6	11,4	851,6	1 903,8	922,4	21,1	981,4	120,3	83,2	37,1	903,2
Juni	703,9	267,8	436,1	117,2	106,0	11,2	882,2	1 937,6	914,7	19,3	1 022,9	97,1	86,3	10,8	916,6
Juli	771,8	212,4	559,4	124,9	113,5	11,4	910,3	1 920,0	930,0	20,3	990,0	103,7	95,2	8,5	933,3
Aug.	894,0	264,5	629,5	136,7	125,2	11,5	978,2	1 811,6	847,7	17,1	963,9	113,4	105,1	8,3	945,3
Sept.	785,9	288,5	497,4	142,3	130,5	11,8	1 022,2	1 769,4	835,2	15,8	934,2	120,3	107,7	12,6	983,8
Okt. ⁷⁾	1 289,2	318,6	970,6	147,6	135,8	11,8	1 053,8	1 630,1	745,1	17,6	885,0	120,7	108,4	12,3	1 000,9
Okt. ⁷⁾	1 310,5	319,2	991,3	147,9	135,9	12,0	1 110,5	1 640,9	746,4	17,5	894,5	159,6	147,3	12,3	1 074,7
Nov.	1 131,2	330,9	800,3	186,6	166,8	19,8	1 160,5	1 701,8	775,0	20,1	926,8	166,0	154,0	12,0	1 046,7
Dez.	1 057,5	312,7	744,8	172,9	169,8	3,1	1 229,9	1 806,2	780,7	15,2	1 025,5	176,3	164,0	12,3	1 076,0
1952 Jan.	1 232,3	241,5	990,8	173,0	169,9	3,1	1 271,8	1 787,8	762,8	14,7	1 025,0	173,1	166,6	6,5	1 101,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postcheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Vgl. Anmerkung 3). — 5) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale). — 6) Hierin enthalten statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 21 Mill. DM (nachträgliche Korrekturmeldung einer Girozentrale). — 7) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaft und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) 2)	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 3)	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 4)
		insgesamt	darunter Akzeptkredite					insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Bundesgebiet														
Okt. 5)	14 966,6	8 044,6	1 463,5	6 922,0	1 441,8	7 640,3	13 677,4	7 726,0	1 463,2	5 951,4	1 294,2	1 193,8	100,4	6 586,5
Okt. 5)	15 075,7	8 101,0	1 466,2	6 974,7	1 457,4	7 731,4	13 765,2	7 781,8	1 465,9	5 983,4	1 309,5	1 203,5	106,0	6 620,9
Nov.	15 444,1	8 487,1	1 519,7	6 957,0	1 534,1	7 993,2	14 312,9	8 156,2	1 519,4	6 156,7	1 347,5	1 242,1	105,4	6 832,7
Dez.	16 073,4	8 637,3	1 638,4	7 436,1	1 533,1	8 349,8	15 015,9	8 324,6	1 638,3	6 691,3	1 360,2	1 265,2	95,0	7 119,9
Jan.	16 716,9	9 045,6	1 636,5	7 671,3	1 505,8	8 575,7	15 484,6	8 804,1	1 636,5	6 680,5	1 332,8	1 235,9	96,9	7 303,9
Baden														
Sept.	327,8	223,5	17,6	104,3	37,5	70,0	294,2	208,5	17,6	85,7	28,8	25,4	3,4	60,6
Okt. 5)	330,4	224,5	18,4	105,9	38,4	72,3	291,4	207,9	18,4	83,5	29,7	25,9	3,8	63,1
Nov.	335,8	228,5	19,4	107,3	40,9	75,0	300,1	213,5	19,4	86,6	32,1	28,1	4,0	65,2
Dez.	347,4	234,8	20,0	112,6	39,5	79,3	311,5	220,5	20,0	91,0	33,3	28,9	4,4	69,2
Jan.	357,9	245,0	22,6	112,9	36,5	82,0	323,1	231,3	22,6	91,8	30,4	26,2	4,2	73,1
Bayern														
Okt. 5)	2 236,5	1 451,6	333,7	784,9	230,5	1 433,2	2 076,3	1 323,0	333,4	753,3	222,4	211,9	10,5	1 240,8
Okt. 5)	2 250,8	1 461,0	334,5	789,8	231,6	1 434,2	2 090,5	1 332,3	334,2	758,2	223,5	212,2	11,3	1 241,7
Nov.	2 354,6	1 531,1	345,1	823,5	235,8	1 487,6	2 186,5	1 397,0	344,8	789,5	227,8	215,5	12,3	1 289,9
Dez.	2 403,7	1 483,3	338,2	920,4	223,2	1 559,9	2 266,5	1 410,9	338,1	855,6	215,7	203,5	12,2	1 347,0
Jan.	2 476,0	1 551,7	334,0	924,3	228,3	1 582,6	2 335,4	1 475,5	334,0	859,9	220,5	208,2	12,3	1 363,8
Bremen														
Okt. 5)	443,7	233,0	65,5	210,7	11,2	299,8	442,9	232,7	65,5	210,2	11,2	7,7	3,5	291,8
Okt. 5)	444,2	233,3	65,5	210,9	11,2	299,9	443,4	233,0	65,5	210,4	11,2	7,7	3,5	291,9
Nov.	442,3	235,1	63,2	207,2	12,7	307,6	441,4	234,7	63,2	206,7	12,7	7,8	4,9	299,5
Dez.	465,5	238,3	69,1	227,2	9,6	352,2	464,4	238,3	69,1	226,1	9,6	7,8	1,8	344,0
Jan.	462,6	244,3	61,1	218,3	9,6	355,2	460,4	244,1	61,1	216,3	9,6	7,8	1,8	347,1
Hamburg														
Okt. 5)	1 759,3	979,4	341,7	779,9	126,1	292,8	1 715,5	970,9	341,7	744,6	125,8	120,0	5,8	291,9
Okt. 5)	1 761,1	980,7	342,6	780,4	126,1	292,9	1 717,3	972,2	342,6	745,1	125,8	119,9	5,9	292,0
Nov.	1 812,2	1 029,2	360,7	783,0	131,2	301,1	1 792,2	1 020,9	360,7	771,3	130,9	124,2	6,7	300,2
Dez.	1 997,0	1 135,4	438,6	861,6	144,7	314,9	1 976,9	1 127,0	438,6	849,9	144,5	135,1	9,4	313,5
Jan.	2 037,5	1 166,1	430,7	871,4	139,9	323,3	1 992,6	1 157,9	430,7	834,7	139,7	129,9	9,8	321,9
Hessen														
Okt. 5)	1 281,5	708,1	81,3	573,4	176,0	396,0	1 197,8	698,1	81,3	499,7	162,6	141,7	20,9	331,3
Okt. 5)	1 287,5	710,9	81,3	576,6	176,9	396,7	1 203,7	703,9	81,3	502,8	163,6	142,7	20,9	332,0
Nov.	1 353,7	747,9	81,9	605,8	184,4	403,2	1 266,8	740,5	81,9	526,3	170,3	156,5	13,8	338,3
Dez.	1 395,1	754,6	96,8	640,5	196,5	420,3	1 301,6	745,4	96,8	556,2	180,1	166,2	13,9	351,8
Jan.	1 460,0	811,5	98,3	648,5	195,1	436,8	1 376,5	802,4	98,3	574,1	180,7	161,9	18,8	362,1
Niedersachsen														
Okt. 5)	1 124,0	666,3	53,3	457,7	49,5	868,7	1 067,5	640,4	53,3	427,1	48,4	40,8	7,6	739,3
Okt. 5)	1 148,7	683,2	54,0	465,5	50,1	873,2	1 092,2	657,4	54,0	434,8	48,9	41,1	7,8	743,8
Nov.	1 180,4	709,5	62,0	470,9	52,7	899,2	1 125,5	684,6	62,0	440,9	51,6	43,6	8,0	768,1
Dez.	1 192,1	697,1	68,4	495,0	54,6	933,2	1 140,8	674,9	68,4	465,9	54,0	46,9	7,1	793,0
Jan.	1 254,2	743,9	68,2	510,3	50,2	956,9	1 186,9	721,5	68,2	465,4	49,8	43,1	6,7	814,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — 4) Vgl. Anmerkung 3). — 5) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl bisher nicht erfaßter Kreditinstitute erst- 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — 6) In Baden hat sich der Kreis der berichts-

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute									Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite			
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite						Debi- toren	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29		
Bundesgebiet																
1 289,2	318,6	970,6	147,6	135,8	11,8	1 053,8	1 630,1	745,1	17,6	885,0	120,7	108,4	12,3	1 000,9	Okt. ⁵⁾	
1 310,5	319,2	991,3	147,9	135,9	12,0	1 110,5	1 640,9	746,4	17,5	894,5	159,6	147,3	12,3	1 074,7	Okt. ⁵⁾	
1 131,2	330,9	800,3	186,6	166,8	19,8	1 160,5	1 701,8	775,0	20,1	926,8	166,0	154,0	12,0	1 046,7	Nov.	
1 057,5	312,7	744,8	172,9	169,8	3,1	1 229,9	1 806,2	780,7	15,2	1 025,5	176,3	164,0	12,3	1 076,0	Dez.	
1 232,3	241,5	990,8	173,0	169,9	3,1	1 271,8	1 787,8	762,8	14,7	1 025,0	173,1	166,6	6,5	1 101,0	Jan.	
Baden																
33,6	15,0	18,6	8,7	7,7	1,0	9,4	30,8	13,5	—	17,3	4,6	4,6	—	3,8	Sept.	
39,0	16,6	22,4	8,7	7,7	1,0	9,2	33,1	17,0	—	16,1	4,7	4,7	—	3,9	Okt. ⁵⁾	
35,7	15,0	20,7	8,8	8,0	0,8	9,8	34,6	18,8	—	15,8	4,8	4,8	—	3,8	Nov.	
35,9	14,3	21,6	6,2	5,4	0,8	10,1	34,8	15,2	—	19,6	8,3	8,2	0,1	4,0	Dez.	
34,8	13,7	21,1	6,1	5,3	0,8	8,9	36,5	16,6	—	19,9	7,1	7,0	0,1	5,9	Jan.	
Bayern																
160,2	128,6	31,6	8,1	6,3	1,8	192,4	275,2	176,4	1,0	98,8	15,3	13,8	1,5	78,9	Okt. ⁵⁾	
160,3	128,7	31,6	8,1	6,3	1,8	192,5	275,2	176,4	1,0	98,8	15,3	13,8	1,5	78,9	Okt. ⁵⁾	
168,1	134,1	34,0	8,0	6,2	1,8	197,7	286,0	188,5	—	97,5	16,1	14,5	1,6	82,1	Nov.	
137,2	72,4	64,8	7,5	5,7	1,8	212,9	278,6	165,4	—	113,2	8,4	6,9	1,5	85,1	Dez.	
140,6	76,2	64,4	7,8	5,9	1,9	218,8	279,3	169,6	—	109,7	8,8	7,2	1,6	88,4	Jan.	
Bremen																
0,8	0,3	0,5	—	—	—	8,0	29,8	11,9	—	17,9	0,0	0,0	—	54,1	Okt. ⁵⁾	
0,8	0,3	0,5	—	—	—	8,0	29,8	11,9	—	17,9	0,0	0,0	—	54,1	Okt. ⁵⁾	
0,9	0,4	0,5	—	—	—	8,1	28,6	12,4	—	16,2	0,0	0,0	—	8,8	Nov.	
1,1	0,0	1,1	—	—	—	8,2	62,6	22,2	—	40,4	0,0	0,0	—	8,3	Dez.	
2,2	0,2	2,0	—	—	—	8,1	57,1	24,4	—	32,7	0,0	0,0	—	8,3	Jan.	
Hamburg																
43,8	8,5	35,3	0,3	0,3	—	0,9	86,3	39,9	1,8	46,4	6,0	3,8	2,2	13,4	Okt. ⁵⁾	
43,8	8,5	35,3	0,3	0,3	—	0,9	86,3	39,9	1,8	46,4	6,0	3,8	2,2	13,4	Okt. ⁵⁾	
20,0	8,3	11,7	0,3	0,3	—	0,9	114,4	45,8	2,0	68,6	6,1	3,9	2,2	13,4	Nov.	
20,1	8,4	11,7	0,2	0,2	—	1,4	129,3	44,9	1,5	84,4	6,7	4,5	2,2	13,1	Dez.	
44,9	8,2	36,7	0,2	0,2	—	1,4	112,5	45,4	1,6	67,1	6,6	4,4	2,2	13,1	Jan.	
Hessen																
83,7	10,0	73,7	13,4	13,4	—	64,7	202,0	93,1	11,7	108,9	12,2	10,9	1,3	30,0	Okt. ⁵⁾	
83,8	10,0	73,8	13,3	13,3	0,0	64,7	202,1	93,1	11,7	109,0	12,2	10,9	1,3	29,9	Okt. ⁵⁾	
86,9	7,4	79,5	14,1	14,1	0,0	64,9	223,2	95,2	11,7	128,0	12,4	11,2	1,2	31,8	Nov.	
93,5	9,2	84,3	16,4	16,4	0,0	68,5	220,6	77,7	4,7	142,9	12,7	12,7	—	33,6	Dez.	
83,5	9,1	74,4	14,4	14,4	0,0	74,7	213,4	88,6	4,7	124,8	12,5	12,5	—	33,6	Jan.	
Niedersachsen																
56,5	25,9	30,6	1,1	0,4	0,7	129,4	136,6	63,0	—	73,6	3,7	3,7	—	100,1	Okt. ⁵⁾	
56,5	25,8	30,7	1,2	0,5	0,7	129,4	137,0	63,4	—	73,6	3,7	3,7	—	100,1	Okt. ⁵⁾	
54,9	24,9	30,0	1,1	0,4	0,7	131,1	122,6	60,3	—	62,3	3,6	3,6	—	100,8	Nov.	
51,3	22,2	29,1	0,6	0,6	0,0	140,2	121,0	58,9	—	62,1	3,9	3,9	—	101,8	Dez.	
67,3	22,4	44,9	0,4	0,4	0,0	142,9	143,6	61,1	0,1	82,5	3,9	3,9	—	100,8	Jan.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter-
2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommundarlehnen, sonstige langfristige Ausleihungen
malig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober
pflichtigen Institute nicht geändert.

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt					Wirtschaft und Private								
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾
		Debitoren						Wechselobligo der Kundschaft	Debitoren	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Nordrhein-Westfalen														
Okt. ⁵⁾	4 352,1	1 977,3	247,0	2 374,8	376,7	1 825,8	3 689,7	1 961,9	247,0	1 727,8	337,9	319,5	18,4	1 478,8
Okt. ⁶⁾	4 372,6	1 990,1	247,1	2 382,5	383,5	1 833,9	3 710,3	1 974,8	247,1	1 735,5	344,4	321,5	22,9	1 486,9
Nov.	4 346,7	2 084,8	255,5	2 261,9	425,7	1 915,6	3 848,9	2 070,3	255,5	1 778,6	360,6	333,1	27,5	1 533,6
Dez.	4 603,5	2 167,0	276,6	2 436,5	423,2	1 994,5	4 220,1	2 153,2	276,6	2 066,9	354,3	336,1	18,2	1 590,6
Jan.	4 947,8	2 339,3	292,5	2 608,5	415,2	2 066,1	4 358,9	2 325,8	292,5	2 033,1	346,2	325,5	20,7	1 644,3
Rheinland-Pfalz														
Okt. ⁵⁾	594,3	376,3	63,9	218,0	47,6	203,1	573,7	367,6	63,9	206,1	45,0	43,1	1,9	172,2
Okt. ⁶⁾	596,4	377,6	64,0	218,8	47,7	203,3	575,8	368,9	64,0	206,9	45,1	43,2	1,9	172,3
Nov.	615,0	391,5	63,9	223,5	48,3	207,5	593,2	383,5	63,9	209,7	45,4	43,9	1,5	176,0
Dez.	619,6	387,2	64,3	232,4	55,0	213,4	595,6	379,6	64,3	216,0	52,0	46,6	5,4	182,7
Jan.	641,7	407,2	62,4	234,5	53,0	220,4	617,8	399,7	62,4	218,1	49,6	44,6	5,0	189,4
Schleswig-Holstein														
Sept.	459,6	256,6	45,7	203,0	48,6	387,4	447,4	245,3	45,7	202,1	38,0	34,2	3,8	337,1
Okt. ⁶⁾	447,8	263,9	50,6	183,9	49,0	397,9	431,2	250,7	50,6	180,5	38,4	34,4	4,0	345,9
Nov.	463,1	288,5	53,4	174,6	57,0	408,9	444,4	273,7	53,4	170,7	38,4	34,4	4,0	356,5
Dez.	469,1	278,6	55,2	190,5	42,0	412,8	451,8	267,7	55,2	184,1	39,4	35,0	4,4	359,4
Jan.	468,0	280,8	50,9	187,2	41,6	419,3	458,8	272,0	50,9	186,8	39,4	35,2	4,2	365,1
Württemberg-Baden														
Okt. ⁵⁾	1 430,0	860,7	179,4	569,3	209,4	1 137,1	1 397,3	845,6	179,4	551,7	158,0	139,0	19,0	944,1
Okt. ⁶⁾	1 446,1	867,3	179,4	578,8	215,4	1 142,2	1 410,8	852,2	179,4	558,6	163,9	144,9	19,0	949,2
Nov.	1 492,0	884,6	174,8	607,4	219,5	1 182,3	1 456,0	870,2	174,8	585,8	164,1	146,8	17,3	983,3
Dez.	1 479,7	863,7	176,3	616,0	224,4	1 231,3	1 445,1	849,1	176,3	596,0	169,3	156,2	13,1	1 021,7
Jan.	1 521,7	911,5	176,0	610,2	224,2	1 267,1	1 489,7	899,1	176,0	590,6	167,0	154,1	12,9	1 046,6
Württemberg-Hohenzollern														
Okt. ⁵⁾	276,8	198,6	12,7	78,2	21,9	83,5	260,4	183,6	12,7	76,8	19,5	17,5	2,0	68,2
Okt. ⁶⁾	276,8	198,6	12,8	78,2	21,9	83,5	260,5	183,6	12,8	76,9	19,5	17,5	2,0	68,2
Nov.	281,1	204,7	13,2	76,4	22,5	85,7	264,5	189,4	13,2	75,1	20,1	18,0	2,1	70,3
Dez.	281,0	201,8	12,8	79,2	22,6	88,4	264,8	186,5	12,8	78,3	19,7	17,9	1,8	70,8
Jan.	296,7	215,1	12,9	81,6	21,6	91,0	280,5	199,9	12,9	80,6	18,5	17,8	0,7	75,0
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Okt. ⁵⁾	690,1	104,7	16,2	585,4	105,6	629,7	533,7	43,5	16,2	490,2	95,3	92,3	3,0	619,1
Okt. ⁶⁾	713,0	109,7	16,2	603,3	105,8	701,0	538,1	47,9	16,2	490,2	95,5	92,5	3,0	633,7
Nov.	767,1	151,6	26,6	615,5	103,3	719,4	593,4	77,8	26,6	515,6	93,5	90,2	3,3	651,8
Dez.	819,7	195,4	22,2	624,3	97,6	749,5	576,7	71,5	22,2	505,2	88,2	84,9	3,3	676,3
Jan.	792,8	129,1	26,8	663,7	91,0	774,8	604,0	74,8	26,8	529,2	81,7	81,7	—	701,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — ²⁾ Vgl. Anmerkung ³⁾. — ⁴⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erst- 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — ⁵⁾ In Schleswig-Holstein hat sich der Kreis

Kredite der Geschäftsbanken

VII. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
bis 6 entfallen auf:							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			Wechselobligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾		
Öffentlich-rechtliche Körperschaften						langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾		Debitoren		Debitoren			durchlaufende Kredite				
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon				insgesamt	darunter Akzeptkredite								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Nordrhein-Westfalen																	
662,4	15,4	647,0	38,8	38,8	—	347,0	454,2	124,5	0,0	329,7	27,0	21,9	5,1	306,3	Okt. ⁵⁾		
662,3	15,3	647,0	39,1	38,9	0,2	347,0	454,2	124,4	0,1	329,8	27,1	21,9	5,2	306,2	Okt. ⁵⁾		
497,8	14,5	483,3	65,1	64,9	0,2	382,0	461,4	128,6	0,0	332,8	27,4	22,2	5,2	313,2	Nov.		
383,4	13,8	369,6	68,9	68,7	0,2	403,9	493,1	159,5	2,3	333,6	31,4	24,8	6,6	328,2	Dez.		
588,9	13,5	575,4	69,0	68,8	0,2	421,8	494,6	131,8	2,4	362,8	25,3	24,5	0,8	338,6	Jan.		
Rheinland-Pfalz																	
20,6	8,7	11,9	2,6	2,6	—	30,9	118,2	64,0	0,0	54,2	3,8	3,8	—	18,2	Okt. ⁵⁾		
20,6	8,7	11,9	2,6	2,6	—	31,0	118,1	64,0	0,0	54,1	3,8	3,8	—	18,3	Okt. ⁵⁾		
21,8	8,0	13,8	2,9	2,9	—	31,5	123,9	65,4	—	58,5	3,8	3,8	—	18,3	Nov.		
24,0	7,6	16,4	3,0	3,0	—	30,7	129,3	67,3	0,0	62,0	3,8	3,8	—	18,2	Dez.		
23,9	7,5	16,4	3,4	3,4	—	31,0	125,3	62,8	0,0	62,5	3,7	3,7	—	18,7	Jan.		
Schleswig-Holstein																	
12,2	11,3	0,9	10,6	2,5	8,1	50,3	46,4	21,7	0,1	24,7	2,3	1,0	1,3	13,3	Sept.		
16,6	13,2	3,4	10,6	2,5	8,1	52,0	34,0	21,6	0,1	12,4	2,2	1,0	1,2	13,4	Okt. ⁶⁾		
18,7	14,8	3,9	18,6	2,5	16,1	52,4	37,2	27,3	0,8	9,9	2,3	1,0	1,3	13,2	Nov.		
17,3	10,9	6,4	2,6	2,5	0,1	53,4	38,7	26,0	2,2	12,7	2,2	0,9	1,3	14,0	Dez.		
9,2	8,8	0,4	2,2	2,2	—	54,2	51,4	36,6	3,1	14,8	2,2	1,0	1,2	14,1	Jan.		
Württemberg-Baden																	
32,7	15,1	17,6	51,4	51,2	0,2	193,0	175,9	91,9	2,2	84,0	22,0	21,5	0,5	40,0	Okt. ⁵⁾		
35,3	15,1	20,2	51,5	51,3	0,2	193,0	181,8	92,8	2,2	89,0	22,0	21,5	0,5	40,1	Okt. ⁵⁾		
36,0	14,4	21,6	55,4	55,2	0,2	199,0	175,2	86,1	2,1	89,1	23,5	23,0	0,5	40,2	Nov.		
34,6	14,6	20,0	55,1	54,9	0,2	209,6	196,1	95,9	2,1	100,2	27,1	26,7	0,4	40,9	Dez.		
32,0	12,4	19,6	57,2	57,0	0,2	220,5	183,7	83,9	2,1	99,8	30,1	29,7	0,4	43,9	Jan.		
Württemberg-Hohenzollern																	
16,4	15,0	1,4	2,4	2,4	—	15,3	28,2	21,2	0,3	7,0	5,1	5,1	—	12,7	Okt. ⁵⁾		
16,3	15,0	1,3	2,4	2,4	—	15,3	28,2	21,2	0,2	7,0	5,1	5,1	—	12,7	Okt. ⁵⁾		
16,6	15,3	1,3	2,4	2,4	—	15,4	29,8	23,2	0,4	6,6	5,1	5,1	—	12,7	Nov.		
16,2	15,3	0,9	2,9	2,9	—	17,6	30,8	21,8	0,8	9,0	5,2	5,2	—	13,0	Dez.		
16,2	15,2	1,0	3,1	3,1	—	16,0	27,1	17,8	0,8	9,3	5,2	5,2	—	13,1	Jan.		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
156,4	61,2	95,2	10,3	10,3	—	10,6	56,6	20,7	0,3	35,9	18,6	18,3	0,3	330,3	Okt. ⁵⁾		
174,9	61,8	113,1	10,3	10,3	—	67,3	61,0	20,7	0,3	40,3	57,3	57,0	0,3	404,1	Okt. ⁵⁾		
173,7	73,8	99,9	9,8	9,8	—	67,6	64,9	23,5	3,2	41,4	61,2	61,0	0,2	408,5	Nov.		
243,0	123,9	119,1	9,4	9,4	—	73,2	71,4	26,0	1,5	45,4	66,7	66,5	0,2	415,8	Dez.		
188,8	54,3	134,5	9,3	9,3	—	73,6	63,3	24,2	0,1	39,1	67,5	67,4	0,1	422,7	Jan.		

deutscher Länder und Landeszentralbanken ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen malig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober der berichtspflichtigen Institute nicht geändert.

Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private						langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite				davon		kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		davon
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Alle Banken														
Okt. ⁵⁾	14 966,6	8 044,6	1 463,5	6 922,0	1 441,8	7 640,3	13 677,4	7 726,0	1 463,2	5 951,4	1 294,2	1 193,8	100,4	6 586,5
Okt. ⁵⁾	15 075,7	8 101,0	1 466,2	6 974,7	1 457,4	7 731,4	13 765,2	7 781,8	1 465,9	5 983,4	1 309,5	1 203,5	106,0	6 620,9
Nov.	15 444,1	8 487,1	1 519,7	6 957,0	1 534,1	7 993,2	14 312,9	8 156,2	1 519,4	6 156,7	1 347,5	1 242,1	105,4	6 832,7
Dez.	16 073,4	8 637,3	1 638,4	7 436,1	1 533,1	8 349,8	15 015,9	8 324,6	1 638,3	6 691,3	1 360,2	1 265,2	95,0	7 119,9
Jan.	16 716,9	9 045,6	1 636,5	7 671,3	1 505,8	8 575,7	15 484,6	8 804,1	1 636,5	6 680,5	1 332,8	1 235,9	96,9	7 303,9
Kreditbanken +)														
Okt. ⁵⁾	9 060,0	4 753,4	1 214,4	4 306,6	492,8	953,3	8 588,9	4 623,2	1 214,1	3 965,7	476,1	416,7	59,4	932,1
Okt. ⁵⁾	9 119,6	4 791,9	1 216,1	4 327,7	503,6	966,7	8 648,5	4 661,7	1 215,8	3 986,8	486,6	421,8	64,8	945,6
Nov.	9 344,9	5 029,5	1 249,7	4 315,4	517,0	993,3	8 964,9	4 893,7	1 249,4	4 071,2	500,2	436,8	63,4	971,5
Dez.	9 952,0	5 201,5	1 360,3	4 750,5	507,3	1 038,8	9 667,7	5 128,7	1 360,2	4 539,0	490,6	436,6	54,0	1 010,0
Jan.	10 291,0	5 538,7	1 358,4	4 752,3	475,2	1 096,8	9 954,6	5 461,5	1 358,4	4 493,1	458,5	403,3	55,2	1 067,6
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Sept.	43,3	17,8	—	25,5	19,9	2 042,9	12,5	11,1	—	1,4	18,6	11,5	7,1	1 823,3
Okt. ⁶⁾	42,7	13,2	—	29,5	20,3	2 130,7	9,9	8,6	—	1,3	19,1	11,7	7,4	1 907,9
Nov.	46,9	13,0	—	33,9	20,1	2 255,6	9,9	8,6	—	1,3	19,2	10,8	8,4	2 024,3
Dez.	51,5	10,0	—	41,5	19,8	2 385,4	8,3	7,0	—	1,3	19,1	10,8	8,3	2 138,6
Jan.	59,9	10,0	—	49,9	20,2	2 488,7	15,2	7,3	—	7,9	19,1	11,2	7,9	2 207,1
Girozentralen														
Sept.	1 147,9	488,1	26,5	659,8	268,4	1 596,5	840,8	421,6	26,5	419,2	188,1	165,4	22,7	1 069,9
Okt. ⁶⁾	1 343,0	477,5	27,8	865,5	260,5	1 656,8	831,7	405,0	27,8	426,7	176,3	167,7	8,6	1 112,7
Nov.	1 307,3	492,8	27,4	814,5	304,4	1 687,1	883,2	421,1	27,4	462,1	184,1	176,3	7,8	1 108,9
Dez.	1 274,2	471,3	30,7	802,9	299,2	1 764,4	898,1	404,9	30,7	493,2	191,8	185,0	6,8	1 159,8
Jan.	1 453,6	482,5	29,6	971,1	296,4	1 759,8	905,6	419,7	29,6	485,9	190,0	183,0	7,0	1 158,0
Sparkassen														
Sept.	2 096,9	1 573,0	35,9	523,9	357,2	2 009,4	2 005,9	1 525,6	35,8	480,3	323,3	310,3	13,0	1 765,5
Okt. ⁶⁾	2 105,2	1 555,7	35,5	549,5	368,4	2 063,8	2 002,0	1 507,9	35,5	494,1	335,5	322,3	13,2	1 812,6
Nov.	2 161,2	1 602,0	34,4	559,2	384,3	2 119,7	2 061,3	1 559,0	34,4	502,3	348,0	334,3	13,7	1 862,3
Dez.	2 173,6	1 595,3	31,8	578,3	399,2	2 185,0	2 076,3	1 550,5	31,8	525,8	362,9	349,1	13,8	1 912,8
Jan.	2 257,4	1 656,5	31,9	600,9	411,5	2 222,1	2 155,1	1 613,6	31,9	541,5	374,5	357,0	17,5	1 940,9
Zentralkassen ^{o)}														
Sept.	341,8	189,2	97,8	152,6	5,2	30,0	340,8	188,5	97,8	152,3	5,1	5,1	0,0	30,0
Okt. ⁶⁾	343,5	196,8	96,4	146,7	5,8	30,0	342,8	196,1	96,4	146,7	5,8	5,8	0,0	30,0
Nov.	366,6	209,8	109,8	156,8	6,9	30,2	365,8	209,0	109,8	156,8	6,9	6,9	0,0	30,2
Dez.	344,3	189,4	117,1	154,9	7,5	31,5	344,2	189,3	117,1	154,9	7,5	7,5	0,0	31,5
Jan.	340,2	190,0	108,9	150,2	8,2	32,2	340,2	190,0	108,9	150,2	8,2	8,2	0,0	32,2
Kreditgenossenschaften ^{o)}														
Okt. ⁵⁾	1 159,7	819,7	41,7	340,0	158,4	166,0	1 155,5	818,3	41,7	337,2	156,1	148,9	7,2	162,0
Okt. ⁵⁾	1 179,2	831,6	42,6	347,6	159,2	168,5	1 175,0	830,2	42,6	344,8	156,8	149,4	7,4	164,5
Nov.	1 223,6	867,0	41,8	356,6	162,7	173,0	1 219,2	865,6	41,8	353,6	160,4	153,2	7,2	168,9
Dez.	1 218,7	844,6	41,3	374,1	164,2	178,4	1 214,6	843,1	41,3	371,5	161,9	154,6	7,3	174,2
Jan.	1 281,4	902,7	40,0	378,7	165,5	184,6	1 278,5	901,3	40,0	377,2	162,9	155,1	7,8	180,4
Sonstige Kreditinstitute														
Okt. ⁵⁾	222,4	123,7	31,5	98,7	30,0	10,1	212,9	123,4	31,5	89,5	30,0	28,4	1,6	10,1
Okt. ⁵⁾	229,4	124,7	31,5	104,7	33,8	14,1	217,3	124,4	31,5	92,9	33,8	32,2	1,6	14,1
Nov.	226,6	121,5	29,9	105,1	35,4	15,0	215,2	121,3	29,9	93,9	35,4	33,8	1,6	15,0
Dez.	239,5	129,7	35,0	109,8	38,5	16,5	230,0	129,6	35,0	100,4	38,4	36,8	1,6	16,5
Jan.	240,5	135,9	40,8	104,6	38,2	16,5	231,3	135,9	40,8	95,4	38,1	36,5	1,6	16,5
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Okt. ⁵⁾	690,1	104,7	16,2	585,4	105,6	629,7	533,7	43,5	16,2	490,2	95,3	92,3	3,0	619,1
Okt. ⁵⁾	713,0	109,7	16,2	603,3	105,8	701,0	538,1	47,9	16,2	490,2	95,5	92,5	3,0	633,7
Nov.	767,1	151,6	26,6	615,5	103,3	719,4	593,4	77,8	26,6	515,6	93,5	90,2	3,3	651,8
Dez.	819,7	195,4	22,2	624,3	97,6	749,5	576,7	71,5	22,2	505,2	88,2	84,9	3,3	676,3
Jan.	792,8	129,1	26,8	663,7	91,0	774,8	604,0	74,8	26,8	529,2	81,7	81,7	—	701,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — ²⁾ Vgl. Anmerkung ³⁾. — ⁴⁾ Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erst- und zweit- sowie für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht. — ⁵⁾ In den Bankengruppen „Hypothekenbanken“ Oktober 1951 nicht geändert. — ⁶⁾ Aufgliederung in „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Staats-, Regional- und Lokalbanken“ und „Pri-

Kredite der Geschäftsbanken

gruppen
und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute												Stand am Monatsende 1951 bzw. 1952
bis 6 entfallen auf:							davon				davon				langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							Debitoren		Wechsel-obligo der Kundschaft		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)		Debitoren						
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre	insgesamt	durchlaufende Kredite	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29					
Alle Banken																			
1 289,2	318,6	970,6	147,6	135,8	11,8	1 053,8	1 630,1	745,1	17,6	885,0	120,7	108,4	12,3	1 000,9	Okt. ⁵⁾				
1 310,5	319,2	991,3	147,9	135,9	12,0	1 110,5	1 640,9	746,4	17,5	894,5	159,6	147,3	12,3	1 074,7	Okt. ⁵⁾				
1 131,2	330,9	800,3	186,6	166,8	19,8	1 160,5	1 701,8	775,0	20,1	926,8	166,0	154,0	12,0	1 046,7	Nov.				
1 057,5	312,7	744,8	172,9	169,8	3,1	1 229,9	1 806,2	780,7	15,2	1 025,5	176,3	164,0	12,3	1 076,0	Dez.				
1 232,3	241,5	990,8	173,0	169,9	3,1	1 271,8	1 787,8	762,8	14,7	1 025,0	173,1	166,6	6,5	1 101,0	Jan.				
Kreditbanken +)																			
471,1	130,2	340,9	16,7	14,5	2,2	21,2	359,1	142,5	14,6	216,6	26,4	17,8	8,6	20,6	Okt. ⁵⁾				
471,1	130,2	340,9	17,0	14,6	2,4	21,1	360,7	143,8	14,6	216,9	26,5	17,9	8,6	20,5	Okt. ⁵⁾				
380,0	135,8	244,2	16,8	14,6	2,2	21,8	420,1	143,9	13,9	279,2	26,7	18,1	8,6	20,5	Nov.				
284,3	72,8	211,5	16,7	14,5	2,2	28,8	479,5	151,6	8,7	327,9	29,9	19,8	10,1	29,1	Dez.				
336,4	77,2	259,2	16,7	14,4	2,3	29,2	437,3	156,3	8,7	281,0	24,2	19,7	4,5	34,5	Jan.				
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																			
30,8	6,7	24,1	1,3	1,3	—	219,6	2,5	2,4	—	0,1	17,1	17,1	0,0	61,3	Sept.				
32,8	4,6	28,2	1,2	1,2	—	222,8	2,2	2,1	—	0,1	17,0	16,9	0,1	62,1	Okt. ⁶⁾				
37,0	4,4	32,6	0,9	0,9	—	231,3	3,2	3,1	—	0,1	16,9	16,8	0,1	16,9	Nov.				
43,2	3,0	40,2	0,7	0,7	—	246,8	3,7	3,6	—	0,1	11,9	11,9	0,0	16,9	Dez.				
44,7	2,7	42,0	1,1	0,9	0,2	281,6	3,5	3,4	—	0,1	12,9	12,9	0,0	27,0	Jan.				
Girozentralen																			
307,1	66,5	240,6	80,3	72,1	8,2	526,6	782,2	316,2	1,4	466,0	44,2	42,2	2,0	479,4	Sept.				
511,3	72,5	438,8	84,2	75,9	8,3	544,1	696,9	275,1	2,0	421,8	45,3	43,3	2,0	485,5	Okt. ⁶⁾				
424,1	71,7	352,4	120,3	104,1	16,2	578,2	687,7	290,2	1,9	397,5	47,3	45,3	2,0	497,9	Nov.				
376,1	66,4	309,7	107,4	107,2	0,2	604,6	721,6	299,8	2,3	421,8	52,6	51,9	0,7	507,9	Dez.				
548,0	62,8	485,2	106,4	106,3	0,1	601,8	736,6	275,9	2,2	460,7	53,8	53,2	0,6	508,9	Jan.				
Sparkassen																			
91,0	47,4	43,6	33,9	32,6	1,3	243,9	27,6	11,8	—	15,8	3,4	3,4	—	22,7	Sept.				
103,2	47,8	55,4	32,9	31,5	1,4	251,2	25,7	10,4	—	15,3	3,3	3,3	—	24,6	Okt. ⁶⁾				
99,9	43,0	56,9	36,3	34,9	1,4	257,4	24,9	11,4	—	13,5	3,5	3,5	—	24,6	Nov.				
97,3	44,8	52,5	36,3	35,7	0,6	272,2	24,8	11,0	—	13,8	4,4	4,4	—	26,1	Dez.				
102,3	42,9	59,4	37,0	36,4	0,6	281,2	29,4	10,9	—	18,5	3,6	3,6	—	25,7	Jan.				
Zentralkassen ^{o)}																			
1,0	0,7	0,3	0,1	0,1	—	—	471,2	271,2	0,1	200,0	4,8	4,8	0,0	66,0	Sept.				
0,7	0,7	—	—	—	—	—	443,6	258,2	0,2	185,4	5,0	5,0	—	67,1	Okt. ⁶⁾				
0,8	0,8	—	—	—	—	—	452,1	270,3	0,8	181,8	4,8	4,8	—	67,4	Nov.				
0,1	0,1	—	—	—	—	—	448,9	250,5	2,3	198,4	5,3	5,3	—	68,8	Dez.				
—	—	—	—	—	—	—	463,4	255,7	3,2	207,7	5,3	5,3	—	70,8	Jan.				
Kreditgenossenschaften ^{o)}																			
4,2	1,4	2,8	2,3	2,3	—	4,0	6,3	2,0	0,4	4,3	3,2	3,2	—	—	Okt. ⁵⁾				
4,2	1,4	2,8	2,4	2,4	—	4,0	6,2	2,0	0,4	4,2	3,2	3,2	0,0	—	Okt. ⁵⁾				
4,4	1,4	3,0	2,3	2,3	—	4,1	6,7	1,9	0,4	4,8	3,6	3,6	0,0	—	Nov.				
4,1	1,5	2,6	2,3	2,3	—	4,2	7,5	3,2	0,5	4,3	3,3	3,3	0,0	0,0	Dez.				
2,9	1,4	1,5	2,6	2,6	—	4,2	6,9	3,3	0,5	3,6	3,6	3,6	0,0	—	Jan.				
Sonstige Kreditinstitute																			
9,5	0,3	9,2	—	—	—	—	39,8	34,0	—	5,8	2,0	0,8	1,2	10,6	Okt. ⁵⁾				
12,1	0,3	11,8	—	—	—	—	44,5	34,0	—	10,5	2,0	0,8	1,2	10,6	Okt. ⁵⁾				
11,4	0,2	11,2	—	—	—	—	42,2	33,7	—	8,5	2,0	0,8	1,2	10,8	Nov.				
9,5	0,1	9,4	0,1	0,1	—	0,0	48,8	35,1	—	13,7	2,0	0,7	1,3	11,6	Dez.				
9,2	0,0	9,2	0,1	0,1	—	0,0	47,4	33,1	—	14,3	2,0	0,8	1,2	11,6	Jan.				
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																			
156,4	61,2	95,2	10,3	10,3	—	10,6	56,6	20,7	0,3	35,9	18,6	18,3	0,3	330,3	Okt. ⁵⁾				
174,9	61,8	113,1	10,3	10,3	—	67,3	61,0	20,7	0,3	40,3	57,3	57,0	0,3	404,1	Okt. ⁵⁾				
173,7	73,8	99,9	9,8	9,8	—	67,6	64,9	23,5	3,2	41,4	61,2	61,0	0,2	408,5	Nov.				
243,0	123,9	119,1	9,4	9,4	—	73,2	71,4	26,0	1,5	45,4	66,7	66,5	0,2	415,8	Dez.				
188,8	54,3	134,5	9,3	9,3	—	73,6	63,3	24,2	0,1	39,1	67,5	67,4	0,1	422,7	Jan.				

deutscher Länder und Landeszentralbanken ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen malig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten^{o)}, „Girozentralen“, „Sparkassen“ und „Zentralkassen“ hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute im vatbankiers^{o)} umseitig. — ^{o)} Aufgliederung umseitig.

Stand am Monats- ende 1951 bzw. 1952	Kredite an													
	insgesamt													von den Spalten 1
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis weniger als 6 Monate)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ²⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ³⁾	Wirtschaft und Private							
		Debitoren					kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlau- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)	
ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft	ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Kreditbanken, Aufgliederung														
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen														
Sept.	5 328,9	2 958,9	547,5	2 370,0	180,1	310,3	5 264,8	2 954,1	547,5	2 310,7	170,8	158,0	12,8	310,2
Okt. ⁷⁾	5 346,1	2 634,8	562,2	2 711,3	183,7	313,8	5 046,4	2 630,3	562,2	2 416,1	173,4	153,1	20,3	313,1
Nov.	5 445,6	2 780,7	578,2	2 664,9	187,6	324,3	5 238,9	2 776,5	578,2	2 462,4	177,5	164,9	12,6	323,6
Dez.	5 715,6	2 853,1	650,2	2 862,5	200,3	335,2	5 563,6	2 848,6	650,2	2 715,0	190,2	175,4	14,8	334,5
Jan.	5 960,3	3 088,4	655,1	2 871,9	153,0	383,5	5 757,0	3 083,4	655,1	2 673,6	142,9	129,2	13,7	382,5
Staats-, Regional- und Lokalbanken														
Okt. ⁸⁾	2 462,3	1 453,2	386,2	1 009,1	237,9	581,6	2 295,9	1 328,0	385,9	967,9	233,4	226,7	6,7	561,2
Okt. ⁸⁾	2 483,7	1 470,5	386,9	1 018,2	240,2	586,4	2 322,2	1 345,3	386,6	976,9	235,7	229,0	6,7	565,9
Nov.	2 589,6	1 541,6	390,9	1 048,0	243,2	600,3	2 419,7	1 410,2	390,6	1 009,5	238,7	233,2	5,5	579,2
Dez.	2 778,2	1 558,1	403,6	1 220,1	230,5	629,9	2 650,5	1 490,1	403,5	1 160,4	226,1	222,4	3,7	601,7
Jan.	2 861,7	1 631,0	396,7	1 230,7	246,4	638,0	2 732,2	1 559,2	396,7	1 173,0	242,0	238,5	3,5	609,8
Privatbankiers														
Okt. ⁸⁾	1 251,6	665,4	265,9	586,2	71,2	57,9	1 246,5	664,9	265,9	581,6	69,2	36,9	32,3	57,9
Okt. ⁸⁾	1 284,8	686,6	267,0	598,2	79,6	66,5	1 279,8	686,1	267,0	593,7	77,4	39,6	37,8	66,5
Nov.	1 309,7	707,3	280,5	602,4	86,1	68,6	1 306,4	707,0	280,5	599,4	83,9	38,7	45,2	68,6
Dez.	1 458,2	790,3	306,5	667,9	76,4	73,8	1 453,5	789,9	306,5	663,6	74,3	38,8	35,5	73,8
Jan.	1 469,0	819,3	306,6	649,7	75,7	75,3	1 465,4	818,9	306,6	646,5	73,6	35,6	38,0	75,3
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:														
Gewerbliche Zentralkassen														
Sept.	17,5	10,8	2,3	6,7	0,3	0,9	17,2	10,8	2,3	6,4	0,3	0,3	—	0,9
Okt. ⁷⁾	16,5	10,5	2,5	6,0	0,4	1,0	16,5	10,5	2,5	6,0	0,4	0,4	—	1,0
Nov.	17,9	10,4	2,4	7,5	0,7	1,0	17,9	10,4	2,4	7,5	0,7	0,7	—	1,0
Dez.	15,2	7,9	2,0	7,3	0,7	1,0	15,2	7,9	2,0	7,3	0,7	0,7	—	1,0
Jan.	14,3	8,2	2,1	6,1	0,8	1,0	14,3	8,2	2,1	6,1	0,8	0,8	—	1,0
Gewerbliche Kreditgenossenschaften														
Okt. ⁸⁾	844,6	552,0	39,3	292,6	102,1	105,3	840,5	550,6	39,3	289,9	99,8	94,6	5,2	101,3
Okt. ⁸⁾	863,9	563,7	40,2	300,2	102,9	107,6	859,8	562,3	40,2	297,5	100,5	95,1	5,4	103,6
Nov.	898,0	589,2	39,6	308,8	105,3	111,3	893,7	587,8	39,6	305,9	103,0	97,6	5,4	107,2
Dez.	888,0	564,3	39,2	323,7	107,0	114,9	884,0	562,9	39,2	321,1	104,6	99,2	5,4	110,7
Jan.	931,7	605,1	37,5	326,6	107,5	118,2	929,0	603,7	37,5	325,3	105,0	99,3	5,7	114,0
Ländliche Zentralkassen														
Sept.	324,3	178,4	95,5	145,9	4,9	29,1	323,6	177,7	95,5	145,9	4,8	4,8	0,0	29,1
Okt. ⁷⁾	327,0	186,3	93,9	140,7	5,4	29,0	326,3	185,6	93,9	140,7	5,4	5,4	0,0	29,0
Nov.	348,7	199,4	107,4	149,3	6,2	29,2	347,9	198,6	107,4	149,3	6,2	6,2	0,0	29,2
Dez.	329,0	181,4	115,1	147,6	6,9	30,6	328,9	181,3	115,1	147,6	6,9	6,9	0,0	30,6
Jan.	325,9	181,8	106,8	144,1	7,4	31,3	325,9	181,8	106,8	144,1	7,4	7,4	0,0	31,3
Ländliche Kreditgenossenschaften⁵⁾														
Okt. ⁸⁾	315,1	267,7	2,4	47,4	56,3	60,7	315,0	267,7	2,4	47,3	56,3	54,3	2,0	60,7
Okt. ⁸⁾	315,3	267,9	2,4	47,4	56,3	60,9	315,2	267,9	2,4	47,3	56,3	54,3	2,0	60,9
Nov.	325,6	277,8	2,2	47,8	57,5	61,7	325,5	277,8	2,2	47,7	57,5	55,6	1,9	61,7
Dez.	330,6	280,2	2,1	50,4	57,3	63,5	330,5	280,2	2,1	50,3	57,3	55,4	1,9	63,5
Jan.	349,7	297,6	2,5	52,1	57,9	66,4	349,5	297,6	2,5	51,9	57,9	55,8	2,1	66,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ohne Bank hin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als und langfristige durchlaufende Kredite. — ²⁾ Vgl. Anmerkung ³⁾. — ⁴⁾ Erfasst sind 1630 Institute von insgesamt 11 216 ländlichen Kreditgenossen-eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang veröffentlicht. — ⁵⁾ In den Bankengruppen „Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen“, „Gewerbliche Zentralkassen“ und „Ländliche Zentral-

Kredite der Geschäftsbanken

gruppen

einzelner Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Mo- nats- ende 1951 bzw. 1952
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)			
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite				
kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis weniger als 6 Monate)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁴⁾)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite						insgesamt	durch- lau- fende Kredite	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Kreditbanken, Aufgliederung																	
Nachfolgeinstitute ehemaliger Großbankfilialen																	
64,1	4,8	59,3	9,3	8,6	0,7	0,1	177,6	84,9	10,7	92,7	16,1	11,2	4,9	19,8	Sept.		
299,7	4,5	295,2	10,3	9,6	0,7	0,7	196,1	84,5	11,7	111,6	15,8	10,9	4,9	19,8	Okt. ⁷⁾		
206,7	4,2	202,5	10,1	9,5	0,6	0,7	223,8	71,7	11,6	152,1	16,1	11,2	4,9	19,8	Nov.		
152,0	4,5	147,5	10,1	9,6	0,5	0,7	236,9	86,6	6,9	150,3	19,2	12,9	6,3	28,1	Dez.		
203,3	5,0	198,3	10,1	9,6	0,5	1,0	207,2	81,0	6,5	126,2	12,8	12,1	0,7	33,8	Jan.		
Staats-, Regional- und Lokalbanken																	
166,4	125,2	41,2	4,5	4,5	—	20,4	108,4	43,4	0,2	65,0	8,0	6,4	1,6	0,7	Okt. ⁶⁾		
166,5	125,2	41,3	4,5	4,5	—	20,5	109,8	44,6	0,2	65,2	8,1	6,6	1,5	0,7	Okt. ⁶⁾		
169,9	131,4	38,5	4,5	4,5	—	21,1	134,0	53,6	0,3	80,4	8,1	6,5	1,6	0,8	Nov.		
127,7	68,0	59,7	4,4	4,4	—	28,2	156,7	46,1	0,2	110,6	8,0	6,5	1,5	0,9	Dez.		
129,5	71,8	57,7	4,4	4,4	—	28,2	157,3	54,1	0,6	103,2	8,6	7,1	1,5	0,8	Jan.		
Privatbankiers																	
5,1	0,5	4,6	2,0	0,5	1,5	0,0	54,6	14,6	2,8	40,0	2,6	0,4	2,2	—	Okt. ⁶⁾		
5,0	0,5	4,5	2,2	0,5	1,7	0,0	54,8	14,7	2,8	40,1	2,6	0,5	2,1	—	Okt. ⁶⁾		
3,3	0,3	3,0	2,2	0,5	1,7	0,0	62,3	15,5	2,0	46,8	2,6	0,4	2,2	—	Nov.		
4,7	0,4	4,3	2,1	0,4	1,7	0,0	85,9	18,8	1,5	67,1	2,8	0,5	2,3	—	Dez.		
3,6	0,4	3,2	2,1	0,4	1,7	0,0	72,9	21,2	1,6	51,7	2,8	0,5	2,3	—	Jan.		
Zentralkassen und Kreditgenossenschaften, Aufgliederung:																	
Gewerbliche Zentralkassen																	
0,3	—	0,3	—	—	—	—	216,3	86,2	—	130,1	0,2	0,2	0,0	33,6	Sept.		
—	—	—	—	—	—	—	216,4	81,3	—	135,1	0,1	0,1	—	34,1	Okt. ⁷⁾		
—	—	—	—	—	—	—	225,7	90,2	—	135,5	0,3	0,3	—	34,2	Nov.		
—	—	—	—	—	—	—	222,4	73,3	—	149,1	0,6	0,6	—	34,4	Dez.		
—	—	—	—	—	—	—	236,8	83,3	—	153,5	0,6	0,6	—	34,9	Jan.		
Gewerbliche Kreditgenossenschaften																	
4,1	1,4	2,7	2,3	2,3	—	4,0	6,3	2,0	0,4	4,3	3,2	3,2	—	—	Okt. ⁶⁾		
4,1	1,4	2,7	2,4	2,4	—	4,0	6,2	2,0	0,4	4,2	3,2	3,2	0,0	—	Okt. ⁶⁾		
4,3	1,4	2,9	2,3	2,3	—	4,1	6,7	1,9	0,4	4,8	3,6	3,6	0,0	—	Nov.		
4,0	1,4	2,6	2,4	2,4	—	4,2	7,5	3,2	0,5	4,3	3,3	3,3	0,0	0,0	Dez.		
2,7	1,4	1,3	2,5	2,5	—	4,2	7,0	3,4	0,5	3,6	3,6	3,6	0,0	—	Jan.		
Ländliche Zentralkassen																	
0,7	0,7	—	0,1	0,1	—	—	254,9	185,0	0,1	69,9	4,6	4,6	—	32,4	Sept.		
0,7	0,7	—	—	—	—	—	227,2	176,9	0,2	50,3	4,9	4,9	—	33,0	Okt. ⁷⁾		
0,8	0,8	—	—	—	—	—	226,4	180,1	0,8	46,3	4,5	4,5	—	33,2	Nov.		
0,1	0,1	—	—	—	—	—	226,5	177,2	2,3	49,3	4,7	4,7	—	34,3	Dez.		
—	—	—	—	—	—	—	226,7	172,5	3,2	54,2	4,7	4,7	—	35,8	Jan.		
Ländliche Kreditgenossenschaften ⁵⁾																	
0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt. ⁶⁾		
0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt. ⁶⁾		
0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov.		
0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez.		
0,2	—	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan.		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag und Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. Weiter- 2 Mill. RM betrug. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen schaften (Stand 31. 12. 1950). Volumenmäßig sind etwa 42 vH der Einlagen und etwa 40 vH der Kredite nicht erfaßt. — ⁴⁾ Im Oktober 1951 wurde erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute kassen“ hat sich der Kreis der berichtspflichtigen Institute im Oktober 1951 nicht geändert.

4. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaft und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1950				
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4
März	1 208,7	1 146,2	62,5	1 707,1
April	1 232,7	1 170,2	62,5	1 751,8
Mai	1 248,6	1 186,1	62,5	1 786,0
Juni	1 285,3	1 222,8	62,5	1 833,5
Juli	1 350,9	1 288,4	62,5	1 868,8
August	1 368,6	1 306,1	62,5	1 958,5
September	1 400,5	1 338,0	62,5	1 999,2
Oktober	1 439,5	1 376,9	62,6	2 030,5
November	1 460,7	1 398,2	62,5	2 052,3
Dezember	1 511,0	1 448,5	62,5	2 079,1
1952				
Januar	1 547,7	1 485,2	62,5	2 094,0

5. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 bzw. 780 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
				insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	1951			1951			1951		
	30. 9. 1)	30. 9. 1)	31. 12.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	30. 6.	30. 9.	31. 12.
1. Wohnungsbau	67,5	92,9	94,2	3 136,8	3 494,7	3 959,9	223,6	259,0	327,5
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	6 077,3	6 643,0	7 185,1	3 269,2	3 603,4	3 911,4	2 004,3	2 155,2	2 272,8
3. Land-, Forst- und Wasser- wirtschaft, Jagd, Fischerei	(218,9)	(332,2)	(363,6)	(189,1)	(211,9)	(236,5)			
4. Handel	110,4	134,9	133,6	485,8	537,2	612,1	222,0	252,4	259,0
5. Fremdenverkehr	3 939,5	4 335,2	4 415,9	301,5	336,4	360,2	1,1	1,3	1,3
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	34,1	45,6	50,7	65,1	73,1	79,0	19,6	21,0	21,5
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	208,8	228,4	154,8	249,0	255,5	312,8	83,4	84,1	84,1
8. Sonst. öffentl. Kreditneh- mer (Bund, Länder, Ge- meinden, Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	5,1	6,1	6,2	36,5	38,9	43,4	15,3	16,3	16,4
9. Sonstige private Kredit- nehmer	385,1	420,0	682,5	553,0	669,9	780,5	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	357,8	411,1	589,5	419,6	464,1	512,7	—	—	—
	11 185,6	12 317,2	13 312,5	8 516,5	9 473,2	10 572,0	2 569,8	2 789,8	2 983,1
	2 509,7	2 695,3	2 772,6						

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Ab September 1951 wurde zur Verbesserung des Repräsentationsgrades der Kreditnehmerstatistik eine Reihe weiterer Kreditinstitute in die Repräsentativerhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende September 1951 sowohl für den Kreis der bisher erfaßten 586 Institute als auch für den Gesamtkreis der in Zukunft berichtenden 780 Kreditinstitute veröffentlicht. Die kurzfristigen Ausleihungen der 780 Kreditinstitute repräsentierten am 31. 12. 1951 = 82,8 vH des kurzfristigen Kreditvolumens. — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

6. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

VII. Kreditvolumen

in Mill. DM

Freigaben	Stand						
	1949	1950		1951		1952	
	31. Dez.	30. Juni	31. Dez.	30. Juni	31. Dez.	31. Jan.	29. Febr.
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	3 146,9	3 640,0	3 665,0	3 674,6
davon in Anspruch genommen:							
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 847,5	3 335,7	3 394,8	3 426,0
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:							
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,8	541,5	680,7	776,5	776,5	776,5
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	465,6	512,0	518,7	521,2
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	425,8	464,3	474,1	478,2
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	222,0	255,8	257,8	260,2
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	189,6	293,0	294,6	296,9
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	93,4	135,1	138,6	138,8
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	70,5	71,0	71,0	71,0
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	17,3	17,3	17,3	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	114,6	150,3	154,5	155,4
Fremdenverkehr	—	—	11,0	19,6	21,5	21,6	21,7
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	70,6	71,0
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	9,2	9,4	9,4	9,4
Binnenhäfen	—	—	4,7	9,2	10,0	10,0	10,0
Privatbahnen	—	—	2,2	6,1	6,8	6,8	6,8
Seehäfen	—	—	2,9	4,1	4,7	4,7	4,7
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,4	0,6	0,6	0,6
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Exportintensive Industrie	—	—	—	—	12,1	20,7	27,4
Forschung	—	—	—	—	0,2	0,2	0,3
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für:							
Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie							
(Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	— ²⁾	— ²⁾	— ²⁾
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für:							
Zuschüsse für die							
Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	33,6	36,7	37,0
Forschung	—	—	11,6	11,6	16,0	16,7	18,3
Exportförderung	—	—	—	—	1,0	1,0	1,0
Wohnungsbau	—	—	—	—	0,3	0,3	0,3
Verschiedene Zwecke	—	—	—	—	9,2	9,4	15,2
Vertriebenenbank AG	—	—	—	—	10,0	25,0	25,0
Industriekreditbank AG	—	—	—	—	4,8	4,8	6,0
Industriebank AG Berlin für:							
Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	246,1	292,5	296,0	298,6
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	299,4	304,3	270,2	248,6

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Berichtigung; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat, sowie ohne 100 Mill. DM, die Berlin im Mai 1951 aus GARIOA-Mitteln für Investitionskredite zur Verfügung gestellt wurden. — ²⁾ Ab August 1951 in den über die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleiteten Beträgen enthalten.

VIII. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				sonstige Einlagen												Bargeld und Bank-einlagen (ohne Spar-einlagen) insgesamt (Sp. 1+5)	Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geld-volumen (Spalten 17+18)	Spar-einlagen
	davon				davon															
	insgesamt	Bargeld-umlauf außerhalb der Geld-institute ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft und Privaten		insgesamt	Termin-einlagen von Wirtschaft und Privaten (einschl. Anlage- und Fest-konten)	Einlagen deutscher öffentlicher Stellen						Hohe Kom-missare und sonstige alliierte Dienst-stellen	Gegenwert-mittel		„Asser-vaten-konto Einfuhr-bewilligungen“ bei den Landes-zentral-banken (Bar-depots)				
			bei den monatl. berich-tenden Geld-instituten	beim Zentral-bank-system ²⁾			insgesamt	insgesamt	Sichteinlagen		Termin-einlagen	Gegen-wert-konten des Bundes		Sonder-konten KfW, Berliner Industrie-bank						
									bei den monatl. berich-tenden Geld-instituten	beim Zentral-bank-system auf Giro-konto					durch das Zentral-bank-system angelegt					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1948																				
Dezember	11 477	6 054	5 198	225	4 382	1 011	2 916	2 331	1 451	880	—	585	455	—	—	—	15 859	135	15 994	1 599
1949																				
März	11 580	5 934	5 422	224	4 898	979	3 353	2 425	1 452	933	40	928	566	—	—	—	16 478	153	16 631	2 097
Juni	12 512	6 287	5 950	275	5 054	991	3 385	2 543	1 701	701	141	842	592	86	—	—	17 566	170	17 736	2 469
September	13 209	6 763	6 259 ³⁾	187	5 247	1 068	3 578	2 685	1 744	605	336	893	485	116	—	—	18 456	182	18 638	2 751
Dezember	13 777	7 058	6 534	185	6 987	1 120	3 666	2 671	1 806	538	327	995	1 151 ⁶⁾	1 024	4	22	20 764	504 ⁷⁾	21 268	3 061
1950																				
Januar	13 182	6 902	6 102	178	6 721	1 189	3 994	2 916	1 775	676	465	1 078	1 018	157	363	—	19 903	504	20 407	3 240
Februar	13 187	7 000	5 998	189	7 328	1 246	4 176	2 913	1 682	825	406	1 263	1 034	629	243	—	20 515	508	21 023	3 377
März	13 413	7 148	6 080	185	7 358	1 333	4 162	2 911	1 659	702	550	1 251	1 025	683	155	—	20 771	513	21 284	3 498
April	13 740	7 279	6 284	177	7 639	1 446	4 149	2 799	1 624	752	423	1 350	1 070	736	238	—	21 379	522	21 901	3 611
Mai	13 934	7 168	6 561	205	8 046	1 518	4 349	2 856	1 657	724	475	1 493	1 090	831	258	—	21 980	532	22 512	3 702
Juni	14 261	7 440	6 609	212	8 129	1 757	3 912	2 507	1 493	563	451	1 405	1 194	1 098	168	—	22 390	535	22 925	3 826
Juli ⁴⁾	—	7 494	—	208	—	—	3 818	—	—	586	437	—	965	951	330	—	22 705	544	23 249	3 855
August ⁴⁾	—	7 409	—	204	—	—	3 817	—	—	569	435	—	1 012	1 002	196	—	23 245	554	23 799	3 869
September	15 428	7 627	7 583 ⁵⁾	218	8 315	2 091	4 010	2 474	1 452	585	437	1 536	1 036	759	419	—	23 743	559	24 302	3 894
Oktober ⁶⁾	—	7 512	—	188	—	—	3 888	—	—	569	369	—	1 040	955	295	131	24 231	569	24 800	3 968
November	15 574	7 487	7 882	205	8 925	2 289	4 051	2 403	1 410	622	371	1 648	941	1 179	143	322	24 499	570	25 069	4 008
Dezember	15 792	7 682	7 805	305	9 111	2 434	4 190	2 456	1 535	701	220	1 734	904	988	174	421	24 903	576	25 479 ⁹⁾	4 065
1951																				
Januar	15 219	7 209	7 756	254	9 320	2 586	3 958	2 157	1 386	602	169	1 801	1 033	1 053	130	560	24 539	576	25 115	3 070
Februar	15 329	7 222	7 822	285	9 818	2 756	4 144	2 277	1 427	679	171	1 867	1 025	1 177	82	634	25 147	581	25 728	4 076
März	15 327	7 292	7 719	316	9 397	2 805	4 097	2 214	1 434	471	309	1 883	1 009	902	276	308	24 724	580	25 304	4 064
April	15 631	7 451	7 884	296	9 252	2 874	3 824	1 886	1 310	332	244	1 938	1 056	1 004	217	277	24 883	584	25 467	4 091
Mai	15 613	7 395	7 912	306	10 075	2 956	4 104	2 153	1 370	423	360	1 951	1 052	954	322	687	25 688	588	26 276	4 133
Juni	16 311	7 781	8 205	325	10 394	2 964	4 321	2 151	1 388	375	388	2 170	1 092	998	240	779	26 705	598	27 303	4 201
Juli	16 607	7 946	8 362	299	10 521	3 067	4 215	1 975	1 289	419	267	2 239	1 107	1 145	135	852	27 128	602	27 730	4 285
August	17 311	8 331	8 648	332	10 676	3 153	4 424	2 154	1 302	551 ⁸⁾	301	2 270	956 ⁸⁾	1 070	229	844	27 987	611	28 598	4 375
September	17 545	8 656	8 535	354	10 756	3 123	4 413	2 137	1 344	469 ¹⁰⁾	-324	2 276	929	1 219 ¹⁰⁾	191	881	28 301	611	28 912	4 453
Oktober	17 986	8 564	9 149	273	10 026	3 290	4 307	2 052	1 331	156	565	2 255	970	1 252	141	66	28 012	623	28 635	4 554
(Oktober) ¹¹⁾	(18 027)	(8 562)	(9 192)	(273)	(10 081)	(3 337)	(4 315)	(2 056)	(1 335)	(156)	(565)	(2 259)	(970)	(1 252)	(141)	(66)	(28 108)	(527)	(28 635)	(4 567)
November	18 430	8 778	9 330	322	10 559	3 385	4 738	2 469	1 426	282	761	2 269	962	1 294	155	25	28 989	532	29 521	4 660
Dezember	18 589	8 801	9 521	267	10 792	3 345	5 265	2 918	1 625	363	930	2 347	995	1 133	53 ¹²⁾	1	29 381	543	29 924	4 984
1952																				
Januar	18 027	8 685	9 070	272	10 924	3 672	5 059	2 555	1 436	270	849	2 504	1 012	1 132	49	—	28 951	544	29 495	5 196
Februar	—	—	—	270	—	—	—	—	—	415	706	—	933	1 177	46	—	—	—	—	—

1) Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumschlag. — 2) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalten 15 und 16 der obigen Übersicht. — 3) Ab September mit Währungsguthaben für durch die Bank deutscher Länder gestellte Akkreditive. — 4) Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Summe der Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten bei den monatlich berichtenden Geldinstituten Ende Juli 1950: 8 939 Mill. DM, Ende August 1950: 9 605 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 10 222 Mill. DM. — 5) Ab September einschließlich Teilzahlungsfinanzierungsinstitute. — 6) Hierin enthalten eine statistisch bedingte Zunahme von 689 Mill. DM. — 7) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 8) Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertfonds auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu ersehen) 410 Mill. DM, sondern nur 255 Mill. DM. — 9) Die bisher in Spalte 13 nachgewiesenen Guthaben der STEG-Verwaltung (133 Mill. DM) wurden auf den Bund (Spalte 10) übertragen. — 10) Veränderung in Höhe von 56 Mill. DM bedingt durch Übertragung des ERP-Sonderkontos der Bundeshauptkasse bei der BdL von Spalte 10 nach Spalte 14. — 11) Nach Einbeziehung einer Anzahl in der monatlichen Bankenstatistik bisher nicht erfaßter Institute. — 12) Ab Dezember nur noch Sonderkonto der Berliner Industriebank. Die Sonderkonten der KfW wurden auf die Gegenwertkonten des Bundes (Spalte 14) übertragen.

2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken
bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes *) 1)

VIII. Geldvolumen

einschließlich Postscheckkämtern

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich ²⁾	Viertel- jahres- durch- schnitt
	Mrd. DM				
	1	2	3	4	5
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	.
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	.
November	31,7	31,7	8,9	3,6	
Dezember	34,9	36,3	9,0	4,0	
1951 Januar	34,4	33,0	8,8	3,8	3,9
Februar	32,3	33,8	8,9	3,8	
März	34,3	35,8	8,8	4,0	
April	33,4	33,4	8,9	3,8	3,9
Mai	33,6	36,5	9,0	4,1	
Juni	36,1	34,7	9,3	3,7	
Juli	36,4	35,0	9,3	3,8	3,8
August	36,8	34,0	9,6	3,5	
September	38,2	38,2	9,5	4,0	
Oktober ³⁾	39,7	36,8	10,1	3,6	3,9
Oktober ³⁾	39,9	36,9	10,1	3,7	
November	39,5	39,5	10,3	3,8	
Dezember	43,4	45,2	10,7	4,2	
1952 Januar	40,2	38,7	10,1	3,8	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — 2) Quotient Spalte 2: Spalte 3. — 3) Im Oktober 1951 wurde eine Anzahl früher nicht erfaßter Kreditinstitute erstmalig in die Gesamterhebung einbezogen. Um den hierdurch bedingten statistischen Zugang erkennbar zu machen, sind die Ergebnisse per Ende Oktober 1951 sowohl für den alten als auch für den neuen Kreis der berichtspflichtigen Institute veröffentlicht.

IX. Sonstige Geld-

1. Im Bundesgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾	Hessen ³⁾	Württemberg-Baden ³⁾	Bremen ³⁾	Nordrhein-Westfalen ⁴⁾					
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6	6	6	6	6					
Lombardsatz	7	7	7	7	7					
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. M.	10 1/2	1/8% p. M.	10 1/2	1/8% p. M.	10 2/5	1/4% p. M.	10 1/2	1/4% p. M.	10 1/2
Kreditprovision										
b) Kontoüberziehungen	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. T.	13	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12 1/2	1/8% p. T.	12	1/8% p. T.	12
Überziehungsprovision										
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%	Diskontsatz + 1%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Akzeptprovision	1/8% p. M.	9	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2	1/4% p. M.	9 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. M.	8 7/10	1/8% p. M.	8	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/24% p. M.	8
Diskontprovision										
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. M.	8 7/10	1/8% p. M.	8 1/2	1/12% p. M.	8	1/8% p. M.	8 - 8 1/2	1/12% p. M.	8 1/2
Diskontprovision										
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. M.	9	1/8% p. M.	9	1/8% p. M. ¹⁰⁾	8 1/2	1/8% p. M.	8 1/2 - 9	1/8% p. M.	9
Diskontprovision										
d) Abschnitte unter DM 1 000	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%	Diskontsatz + 1 1/2%
Zinsen	1/8% p. M.	9 1/2	1/8% p. M.	9	1/8% p. M. ¹⁰⁾	9	1/4% p. M.	9 1/2 - 10	1/8% p. M.	9 ⁹⁾
Diskontprovision										
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	Lombardsatz + 1 1/2%	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung	keine Vereinbarung
Kreditprovision		1/4% p. M.	10 1/2							
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos	1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal			keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2% pr. Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—	DM 2.—			DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% min.DM-,50	1/2% min.DM-,50			1/2% min.DM-,50		1/2% min.DM-,50		1/2% min.DM-,50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — ⁴⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — ¹⁰⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾		Schleswig-Holstein ²⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Baden ²⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /00 p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/24-1/12 ⁰ /0 p. M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/12 ⁰ /0 p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M.	9 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ /0 1/8 ⁰ /0 p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ /0 1/4 ⁰ /0 p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ /0 v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ /00 a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstzoll per Quartal		1 ⁰ /00 vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM-, 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM-, 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -, 50		DM 2.— 1/2 ⁰ /00 min. DM -, 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/0 per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/0 p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg- Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}
2) von 12 Monaten und darüber	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 ^{1/4} 3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} ⁹⁾ 4 ^{5/8} ⁹⁾	4 ^{3/8} 4 ^{5/8}
d) 12 Monate und darüber	4 ^{3/4} 5	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ^{3/4} 5
4. für Festgelder.					
a) 30 bis 89 Tage	3 ^{1/4} 3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}
b) 90 bis 179 Tage	3 ^{1/2} 3 ^{3/4}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}	3 ^{7/8} 4 ^{1/8}
c) 180 bis 359 Tage	4 4 ^{1/4}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}	4 ^{1/4} 4 ^{1/2}
d) 360 Tage und darüber	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}	4 ^{5/8} 4 ^{7/8}
Zinsvoraus bei Genossen- schaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichs- aufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Ge- währung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Ge- währung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichs- aufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Ge- währung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zins- voraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000,- und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1 1/4%. — 7) Der Bankierkundschaft 1 3/4%. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines ande-Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündi-falls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

IX. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ²⁾³⁾⁴⁾	Hamburg ²⁾⁸⁾	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁹⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 1936, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Änder-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indexziffern, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamt- index	darunter 4 ⁰ /ige Schuldverschreibungen							
		Pfandbriefe		Kommunalobligationen einschl. Stadtanleihen		Industrieobligationen			
		Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern	Durchschnitts- kurse ¹⁾	Indexziffern		
1949									
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8		
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8		
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3		
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5		
1950									
1. Vj.-Durchschn.	107,0	7,85	104,5	7,78	109,4	7,28	118,1		
2. Vj.- "	106,0	7,74	102,9	7,71	108,5	7,37	119,7		
3. Vj.- "	106,1	7,77	103,4	7,68	108,2	7,27	118,1		
4. Vj.- "	106,4	7,77	103,4	7,61	107,2	6,96	113,0		
1951									
1. Vj.-Durchschn.	101,1	7,49	99,7	7,49	105,4	6,48	105,3		
2. Vj.- "	98,5	7,17	99,6	7,21	101,4	6,97	113,1		
Juli	96,2	69,41	92,4	70,49	99,2	70,79	114,9		
August	96,3	69,53	92,5	70,27	98,9	70,66	114,7		
September	96,3	69,54	92,5	70,11	98,7	70,92	115,1		
Oktober	97,2	70,29	93,5	70,21	98,8	71,49	116,1		
November	108,2	79,16	105,4	73,07	102,8	77,92	126,5		
Dezember	105,7	76,63	102,0	73,27	103,1	77,80	126,3		
1952 Januar	110,6	80,41	107,0	76,49	107,7	80,91	131,4		
Februar	112,4	81,74	108,8	76,36	107,5	83,38	135,4		

¹⁾ Bis Juni 1951 in DM für 100,— RM Nennwert, ab Juli 1951 in Prozenten des im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes.

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Summe		
	davon					insgesamt		halb- jährlich bzw. monatlich		seit der Währungs- reform	seit der Währungs- reform
	Pfand- briefe ¹⁾	Kommunal- obli- gationen ¹⁾	Industrie- obli- gationen	Schuldver- schreibungen von Kredit- instituten	Anleihen der öffentl. Hand	halbjährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform				
1948 Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	0,5	0,5	47,0	
1949 1. Halbjahr	188,0	55,5	153,0	—	64,0	460,5	507,0	28,9	29,4	536,4	
2. " "	164,5	73,0	147,7	160,0	296,4	841,6	1 348,6	12,7	42,1	1 390,7	
1950 1. Halbjahr	145,0	57,0	41,5	8,0	40,6	292,1	1 640,7	21,0	63,1	1 703,8	
2. " "	99,5	133,1	112,0	—	176,5	521,1	2 161,8	36,2	99,3	2 261,1	
1951 1. Halbjahr	179,0	20,0	38,0	—	121,7	358,7	2 520,5	113,5	212,8	2 733,3	
Juli	30,0	22,0	—	—	0,5	52,5	2 573,0	26,3	239,1	2 812,1	
August	65,0	10,0	5,0 ²⁾	—	1,0	81,0	2 654,0	8,2	247,3	2 901,3	
September	70,0	5,0	0,2	—	2,2	78,4	2 732,4	4,6	251,9	2 984,3	
Oktober	31,0	—	10,0	—	1,6	42,6	2 775,0	4,3	256,2	3 031,2	
November	85,0	—	—	—	1,4	86,4	2 861,4	6,4	262,6	3 124,0	
Dezember	45,0	—	47,0 ³⁾	—	1,1	93,1	2 954,5	11,5	274,1	3 228,6	
1952 Januar	14,0	60,0	31,5 ³⁾	—	0,2	105,7	3 060,2	12,2	286,3	3 346,5	
Februar	20,0	5,0	1,2 ³⁾	—	—	26,2	3 086,4	5,1	291,4	3 377,8	
zusammen	1 168,5	444,6	597,1 ³⁾	168,0	708,2	3 086,4	3 086,4 ⁷⁾	291,4	291,4	3 377,8	
davon waren am 29. Februar 1952 verkauft:	936,9	318,4	284,0 ⁴⁾	118,3 ⁵⁾	636,5 ⁶⁾	—	2 294,1	—	286,9	2 581,0	

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen beruhen auf der Umbuchung von Landesbodenbriefen, die ursprünglich unter den Pfandbriefen ausgewiesen wurden und jetzt in den Kommunalobligationen enthalten sind. — ²⁾ Wandelschuldverschreibungen. — ³⁾ Hiervon 249,5 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hier nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Einschließlich derjenigen Beträge der Bundesbahnleihe, die vorübergehend gegen Sonderschatzanweisungen der Bundesbahn umgetauscht worden sind. — ⁷⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3¹/₂%, 0,1 Mill. DM mit 4¹/₂%, 1634,0 Mill. DM mit 5%, 160 Mill. DM mit 5¹/₂%, 544,1 Mill. DM mit 6%, 589,9 Mill. DM mit 6¹/₂% verzinslich, 50 Mill. DM Prämien-Schatzanweisungen, 100,3 Mill. DM verzinsliche Schatzanweisungen.

X. Öffentliche Finanzen

1. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950 in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1950/51 ¹⁾	Rechnungsjahr 1951/52 ²⁾				
		April bis Sept.	Oktober	November	Dezember	Januar
I. Einnahmen insgesamt	12 354,2	7 132,2	1 484,2	1 401,2	1 712,5	1 680,2
darunter:						
1. Bundessteuern	9 849,7	6 778,1	1 438,9	1 347,8	1 698,2	1 587,5
darunter:						
Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	—	821,0	139,6	159,3	433,0	185,9
2. Ablieferungen der Deutschen Bundespost	139,0	79,2	12,5	12,5	12,5	12,5
3. Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—
4. Nettoüberschuß aus der Münzprägung	400,0	62,6	— 3,4	— 1,3	— 3,9	0,9
5. Interessenquoten der Länder	917,1	23,2	— 1,2	1,5	8,7	6,3
6. Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	300,5	—	—	—	— 50,8	0,4
II. Ausgaben insgesamt	12 611,0	7 145,3	1 501,8	1 375,9	1 510,7	1 490,4
darunter:						
1. Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	4 646,0	2 658,9	566,2	601,7	541,8	554,8
2. Soziale Kriegsfolgelasten	3 359,0	1 725,3	414,8	339,3	359,4	344,7
darunter:						
a) Kriegsfolgenhilfe	615,8	204,5	37,7	39,8	48,1	37,8
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	270,3	180,8	31,9	31,9	34,9	33,5
c) Unterhaltshilfe für ehemalige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	114,7	69,5	13,4	13,3	13,6	13,4
d) Kriegsofperversorgung	2 339,3	1 264,7	330,3	252,8	261,5	258,3
3. Sonstige Soziallasten	1 696,8	1 180,2	202,4	178,4	206,1	216,3
davon:						
a) Arbeitslosenhilfe	996,6	503,6	85,2	79,1	84,5	92,7
b) Zuschüsse z. Sozialversicherung	700,2	676,6	117,2	98,5	120,6	122,7
4. Finanzhilfe Berlin	520,5	332,2	56,5	42,1	65,0	69,2
5. Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	467,4	302,1	25,5	6,1	43,4	39,1
6. Wohnungsbau	396,6	109,3	25,6	23,4	36,3	66,5 ³⁾
7. Schuldendienst	148,9	86,2	17,7	6,2	70,1	10,9
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)	— 256,8	— 13,1	— 17,6	+ 25,3	+ 201,8	+ 189,4 ⁴⁾

¹⁾ Einschl. Auslaufperiode. — ²⁾ Nur Buchungen, die das Rechnungsjahr 1951/52 betreffen. — ³⁾ Einschl. Bergarbeiter-Wohnungsbau aus der Kohlenbergbauabgabe. — ⁴⁾ Differenz durch Aufrunden. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Kurz- und mittelfristige Neuverschuldung des Bundes

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Kassenkredite von der Bank deutscher Länder	Schatzwechselumlauf	Unverzinsliche Schatzanweisungen		Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Lombardkredit der Landeszentralbanken	Insgesamt	davon im Rahmen des Kreditplans in Anspruch genommene Kredite
			Insgesamt	darunter mittelfristig				
1949 Dez.	—	213,3	—	—	—	—	213,3	207,3
1950 März	—	236,0	—	—	—	—	236,0	230,0
Juni	638,4	336,4	—	—	200,0	147,0	1 321,8	968,8
Sept.	597,3	600,2	—	—	200,0	—	1 397,5	1 191,5
Dez.	578,4	498,7	—	—	300,0	—	1 377,1	1 076,8
1951 März	202,8	457,9	196,1	—	300,0	—	1 156,8	660,7
Juni	526,7	416,0	198,5	—	200,0	—	1 341,2	942,7
Sept.	166,6	630,0	333,4	36,2	250,0	—	1 280,0	796,6
Okt.	—	683,5	591,4	92,1	100,0	—	1 374,9	683,5
Nov.	—	642,3	664,4	109,0	100,0	—	1 406,7	642,3
Dez.	—	608,2	697,8	123,7	100,0	—	1 406,0	608,2
1952 Januar	—	486,8	688,7	123,7	—	—	1 175,0	486,8
Febr.	88,0	469,1	593,8	123,7	—	—	1 150,9	557,1

3. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern
in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr		Rechnungsjahr 1951/52				
	1949/50	1950/51	April bis Juni	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.	Januar ³⁾	Februar ³⁾
	insgesamt						
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 203,6	11 533,6	3 327,1	4 065,8	4 912,7	.	.
darunter							
Lohnsteuer	2 113,2	1 693,0	579,4	727,5	814,1	346	251
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	1 947,6	461,9	554,3	750,4	187	121
Körperschaftsteuer	1 448,1	1 532,0	450,8	592,6	767,1	124	67
Vermögensteuer	115,2	109,2	30,0	28,6	34,7	.	.
Umsatzsteuer	3 991,1	4 925,1	1 399,2	1 727,5	2 061,2	835	608
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	346,4	93,7	93,4	96,3	.	.
Wechselsteuer	33,9	47,5	12,9	13,3	14,0	.	.
Beförderungssteuer	261,7	250,8	72,8	83,7	90,4	19	38
Notopfer Berlin	325,7	389,2	133,4	154,8	177,6	52	40
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 205,9	4 636,0	1 213,8	1 323,6	1 484,1	.	.
darunter							
Tabaksteuer	2 190,6	2 100,6	550,3	538,1	606,6	186	167
Kaffeesteuer	280,7	356,3	97,4	102,4	112,9	41	37
Zuckersteuer	378,1	385,8	66,8	114,5	108,3	44	29
Salzsteuer	36,3	39,5	7,6	10,8	10,3	.	.
Biersteuer	302,4	314,7	56,3	78,9	81,2	21	25
Aus dem Spiritusmonopol	502,0	487,8	114,4	107,1	142,7	61	51
Zündwarensteuer	53,1	60,9	13,8	15,2	14,3	.	.
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	96,7	117,0	147,8	149,0	48	41
Zölle	346,5	707,2	167,9	188,1	238,6	80	84
Insgesamt	15 409,5	16 169,7²⁾	4 541,0²⁾	5 389,4	-6 396,8	2 175	1 678
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen ¹⁾	1 009,0	9 876,2	2 763,1	3 210,6	3 732,3	1 383	1 116

¹⁾ Die seit Beginn des Rechnungsjahres von den Ländern an den Bund abgeführten Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind dabei nicht berücksichtigt. — ²⁾ Differenz durch Abrundung. — ³⁾ Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Die Hauptposten der kurzfristigen Verschuldung der Länder¹⁾
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Direktkredite des Bankensystems			Kredite der Bundespost ³⁾	Schatzwechselkredite und unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuer- gutscheine	Kredite des Arbeits- stocks ⁴⁾
	insgesamt	davon					
		Kassenkredite des Zentralbankensystems	Kredite der Geschäftsbanken ²⁾				
1949 Dezember	209,3	83,9	125,4	44,5	169,5	—	166,2
1950 März	180,4	102,0	78,4	42,5	173,3	—	182,3
Juni	174,2	87,4	86,8	41,5	157,9	—	158,4
September	210,4	85,8	124,6	40,0	217,6	—	146,8
Dezember	200,9	141,9	59,0	36,5	250,1	—	144,8
1951 März	205,8	124,6	81,2	33,5	213,1	69,2	140,2
Juni	205,2	127,4	77,8	33,5	163,5	92,3	138,1
September	176,7	106,3	70,4	26,5	124,4	98,0	135,1
Oktober	251,7	132,8	121,8 ⁵⁾	16,5	128,5	102,3	135,1
November	310,8	182,0	128,8	16,5	113,6	110,0	133,1
Dezember	227,0	168,0	59,0	15,5	134,7	113,6	132,1
1952 Januar	175,8	114,5	61,3	14,5	185,3	112,5	130,9
Februar	.	87,0	.	14,5	182,5	121,3	.

¹⁾ Ohne Verschuldung der Länder beim Bund und bei privaten Kreditgebern (z. B. Versicherungsgesellschaften). — ²⁾ Ausschließlich mittel- und langfristiger Kredite. — ³⁾ Ursprünglich kurzfristig gewährte Ausleihungen aus Postscheckgeldern. — ⁴⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für Rechnung der Länder verauslagte Beträge im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge, die ursprünglich nur für einen Monat kreditiert wurden. — ⁵⁾ Berichtigt. Die Abweichung gegenüber der ursprünglich ausgewiesenen Zahl (118,9) ist darauf zurückzuführen, daß ab Oktober 1951 der Kreis der erfaßten Kreditinstitute erweitert wurde.

5. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes
in Mill. DM

X. Öffentliche
Finanzen

Einnahme- / Ausgabeart	Rechnungsjahr 1950/51		Rechnungsjahr 1951/52 ¹⁾		
	Insgesamt (einschl. Aus- laufperiode)	Okt. bis Dez.	April bis Juni	Juli bis Sept.	Okt. bis Dez.
I. Haushaltseinnahmen					
1. Landessteuern					
a) Bruttoeinnahmen	6 323,8	1 639,7	1 778,5	2 179,3	2 670,7
b) Abgeführter Bundesanteil (Vorauszahlung)	.	.	307,8	517,0	728,4
c) dem Lande verblieben	.	.	1 470,7	1 662,3	1 942,3
2. Gemeindesteuern (nur Hamburg und Bremen)	185,9	50,1	54,3	57,5	72,7
3. Zuweisungen vom Bund	.	.	46,4	91,2	111,5
4. Umlagen und Beiträge der Gemeinden	220,7	51,5	54,0	66,1	61,3
5. Schuldenaufnahme insgesamt	1 095,1	303,9	205,7	290,4	481,0
davon:					
vom Bund					
aus Soforthilfemitteln	(607,1)	(172,4)	(34,8)	(42,9)	(77,7)
aus Umstellungsgrundschulden	(351,7)	(103,3)	(38,1)	(91,5)	(177,6)
von sonstigen Geldgebern	(136,3)	(28,2)	(46,4)	(52,3)	(134,8)
6. Schuldentilgung	.	.	5,5	15,6	17,0
7. Vermögensveräußerungen und Rücklagen	58,4	0,8	12,6	6,5	9,6
8. Laufende Einnahmen und Ablieferungen des Erwerbsvermögens	.	.	333,9	123,9	82,3
9. Sonstige Einnahmen	2 293,5	464,4	322,7	354,0	394,8
10. Reineinnahmen insgesamt	10 177,4	2 510,4	2 505,8	2 667,5	3 172,5
II. Haushaltsausgaben					
1. Abführungen an den Bund	924,0	210,7	1,8	11,9	13,0
2. Zuweisungen an Gemeinden insgesamt	1 743,1	429,2	339,3	418,6	504,4
davon:					
Allgemeine Finanzzuweisungen	.	.	(167,7)	(201,1)	(213,8)
Zweckgebundene Finanzzuweisungen	.	.	(127,9)	(141,0)	(154,7)
Darlehen und Zuschüsse für Investitionszwecke	(392,5)	(74,6)	(43,7)	(76,5)	(135,9)
3. Sonstige Darlehen und Zuschüsse für Investitionszwecke	1 725,4	406,7	131,5	389,3	686,7
darunter: zur Förderung des Wohnungsbaus	(1 319,6)	(348,5)	(106,5)	(324,4)	(599,2)
4. Schuldentilgung und Zuführung an Rücklagen	103,2	7,6	28,8	29,9	30,3
5. Ausgaben für eigene Bauten und Beschaffungen	.	.	74,4	102,4	119,1
6. Vermögenmehrende Ausgaben des Erwerbsvermögens	629,5	132,0	50,0	— 15,1	19,2
7. Personal- und Sachausgaben insgesamt	2 836,3 ⁴⁾	707,3 ⁴⁾	816,1	809,7	841,7
darunter: für Schul- und Bildungswesen	.	.	(273,3)	(260,7)	(267,1)
für Finanz- und Steuerverwaltung	.	.	(133,3)	(137,7)	(141,4)
8. Versorgung	624,5	154,6	181,9	165,1	203,0
9. Zinsendienst	427,2	174,5	166,5	41,4	200,8
10. Laufende Ausgaben für das Erwerbsvermögen	.	.	129,4	111,2	51,9
11. Sozialaufwand (einschl. Kriegsfolgelasten)	122,8 ⁵⁾	48,8 ⁵⁾	64,0	99,3	104,1
12. Sonstige Ausgaben	1 599,5	413,2	236,0	308,1	453,7
13. Reinausgaben insgesamt	10 735,5	2 684,6	2 219,7	2 471,8	3 227,9
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)					
Saldo aus Absetzungen abzüglich Zusetzungen ²⁾	- 558,1	- 174,2	+ 286,1	+ 195,7	- 55,4
	.	.	+ 19,3	- 0,8	- 2,7
IV. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (-)					
laut Abschlußnachweisung der Landeshauptkassen ³⁾	.	.	+ 305,4	+ 194,9	- 58,1

¹⁾ Seit dem Beginn des Rechnungsjahres 1951 ist die Statistik zur Finanzlage der Länder erheblich erweitert worden. Einzelne Posten sind daher nicht mehr unmittelbar zu vergleichen. — ²⁾ Posten, die die aus dem verschiedenartigen Aufbau des Finanzwesens in den einzelnen Ländern resultierenden Unterschiede in der Verbuchung von Einnahmen und Ausgaben zum Ausdruck bringen. — ³⁾ Ohne Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus Überschüssen der Vorjahre. — ⁴⁾ Einschließlich der in den Ausgaben des Erwerbsvermögens enthaltenen Personal- bzw. Sachausgaben. — ⁵⁾ Nur Kriegsfolgelasten. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

6. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) oder Fehlbetrag (-)	Gesamte Überschüsse seit der Währungsreform ¹⁾	Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ²⁾
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstattungen der Länder für Arbeitslosenfürsorge		Arbeitslosenunterstützung	Arbeitslosenfürsorge			
Mill. DM									Anzahl
Rechnungsjahr 1949/50	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	.
Rechnungsjahr 1950/51	1 153,9 ³⁾	1 098,1	33,8 ³⁾	880,2 ³⁾	604,8	—	+273,7	733,6	.
1950 April/Juni	264,6	246,5	15,3	224,2	165,6	—	+ 40,4	500,3	410 579
1950 Juli/Sent.	290,1	273,6	12,5	183,8	113,4	—	+106,3	606,5	311 234
1950 Okt./Dez.	292,4	285,4	2,4	169,4	98,9	—	+123,0	729,4	484 701
1951 Januar	111,1	106,1	1,2	99,7	78,8	—	+ 11,4	740,8	684 084
1951 Februar	91,3	87,8	1,7	95,8	74,3	—	- 4,6	736,3	587 461
1951 März	98,3	94,6	2,1	85,9	64,4	—	+ 12,4	748,7	484 586
Nachtrag	6,2	4,3	- 1,4	21,3	9,5	—	- 15,1	733,6	.
Rechnungsjahr 1951/52									
1951/52 April	98,0	95,9	1,6	59,1	40,3	—	+ 38,9	772,5	378 937
1951/52 Mai	103,1	100,2	1,1	68,3	46,5	—	+ 34,8	807,2	357 320
1951/52 Juni	110,7	106,9	1,1	70,0	45,3	—	+ 40,7	847,9	340 884
1951/52 Juli	115,5	109,0	1,1	71,8	45,1	—	+ 43,7	891,7	331 857
1951/52 August	113,0	110,5	1,1	71,9	47,2	—	+ 41,1	932,8	328 853
1951/52 September	106,7	104,3	1,3	67,0	43,2	—	+ 39,7	972,5	322 874
1951/52 Oktober	125,0	115,3	0,5	75,7	45,6	—	+ 49,2 ⁴⁾	1 021,7	319 506
1951/52 November	114,3	111,6	2,4	73,4	44,3	—	+ 40,9	1 058,3	357 984
1951/52 Dezember	108,9	100,6	1,1	88,6	57,0	—	+ 20,3	1 078,6	540 991
1952 Januar	141,9	124,1	1,5	125,6	94,9	—	+ 16,3	1 094,9	709 599

1) Stand am Monatsende; ohne Erstattungsrückstände der Länder. — 2) Stand am Monatsende. — 3) Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschusst wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen werden die Erstattungen der Länder für die von der Arbeitslosenversicherung vor dem 1. April 1950 bevorschusteten Zahlungen nachgewiesen. — 4) Differenz durch Abrunden. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

7. Umlauf von unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bund		Länder		Deutsche Bundesbahn			Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen		Insgesamt (Umlauf am Monatsende) ¹⁾
	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Unverzinsl. Schatzanweisungen Sonderreihe 5	Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen	Schatzwechsel	
1949 März	—	—	21,8	2,5	169,5	—	—	—	5,0	198,8
1949 Juni	—	—	21,8	7,5	206,0	—	129,0	1,0	18,5	383,7
1949 September	—	156,0	20,5	2,5	160,0	—	250,0	1,0	—	589,9
1949 Dezember	—	213,4	23,5	146,0	115,2	—	298,2	1,0	—	797,2
1950 März	—	236,0	23,5	149,9	71,9	—	387,2	39,6	33,2	941,2
1950 Juni	—	336,4	2,8	155,1	86,4	—	402,9	54,9	25,2	1 063,8
1950 September	—	600,2	2,8	214,8	131,6	—	380,8	70,0	28,0	1 428,2
1950 Dezember	—	498,7	2,8	247,2	89,4	—	537,6	57,7	33,9	1 467,3
1951 Januar	50,8	499,1	2,8	243,4	55,4	—	576,3	56,0	41,5	1 525,3
1951 Februar	146,2	393,6	2,8	249,7	43,7	—	554,6	62,0	40,7	1 493,3
1951 März	196,2	457,9	2,8	210,3	40,3	—	602,3	50,2	29,5	1 589,4
1951 April	196,2	496,2	2,8	200,9	58,7	—	606,0	44,2	27,6	1 632,5
1951 Mai	196,2	448,3	2,8	186,2	64,3	—	626,3	26,8	26,2	1 577,0
1951 Juni	198,5	416,0	2,8	160,7	115,3	—	598,6	24,1	18,5	1 534,5
1951 Juli	198,9	500,1	2,8	146,9	128,1	—	613,4	24,1	13,5	1 627,7
1951 August	204,5	567,9	2,8	147,6	158,3	—	551,7	24,1	12,9	1 669,7
1951 September	333,4	630,0	2,8	121,6	157,6	—	586,1	23,6	7,9	1 863,0
1951 Oktober	591,4	683,5	2,8	125,7	148,5	—	623,9	8,3	1,9	2 186,0
1951 November	664,4	642,3	2,8	110,8	168,2	—	583,4	5,1	0,9	2 177,8
1951 Dezember	697,8	608,2	11,8	122,9	151,1	48,9	642,1	4,5	—	2 287,3
1952 Januar	688,2	486,8	82,6	102,7	188,9	284,8	581,7	3,3	—	2 419,0
1952 Februar	593,8	469,1	86,3	96,2	172,4	329,6	578,0	3,2	—	2 328,4

1) Differenz durch Aufrunden.

XI. Außenhandel

1. Außenhandel des Bundesgebiets *) nach Warengruppen *)

Spezialhandel

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)								Ausfuhr							
	Ins- gesamt	Er- näh- rungs- wirt- schaft	Gewerbliche Wirtschaft						Ins- gesamt	Er- näh- rungs- wirt- schaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren					zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zu- sammen	Vor- erzeug- nisse	End- erzeug- nisse						zu- sammen	Vor- erzeug- nisse	End- erzeug- nisse
Mill. DM																
1949 4. Vj. gesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,8	124,4	1 197,9	42,2	1 155,7	249,2	283,0	623,5	211,8	411,7
1950 Januar	966,1	503,3	462,8	240,6	124,7	97,5	49,8	47,7	442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5
Februar	708,2	324,2	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6	473,8	11,6	462,2	80,6	103,1	278,5	97,7	180,8
März	822,6	423,6	399,0	220,4	82,2	96,4	49,0	47,4	590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,4	54,3	542,0	13,4	528,6	78,9	104,8	344,9	122,1	222,8
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4	594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	96,1	43,0	53,1	651,9	8,5	643,4	105,8	125,1	412,5	139,4	273,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,8	102,2	51,1	51,1	727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1	751,2	12,1	739,1	102,3	155,0	481,8	154,7	327,1
September	1 006,3	472,1	534,2	275,6	129,1	129,5	68,8	60,7	696,8	10,0	686,8	112,7	130,6	443,5	158,1	285,4
Oktober	1 312,4	561,9	750,5	368,1	202,8	179,6	94,0	85,6	901,3	27,1	874,2	108,4	142,4	623,4	228,0	395,4
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8	979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	80,8	93,3	1 009,4	36,9	972,5	96,8	164,2	711,5	228,5	483,0
1950 insgesamt	11 373,9	5 013,4	6 360,5	3 367,6	1 564,3	1 428,6	714,5	714,1	8 362,2	195,7	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5
1951 Januar	1 241,7	472,4	769,3	438,9	172,8	157,6	83,9	73,7	912,8	59,8	853,0	96,3	144,5	612,2	219,4	392,8
Februar	1 221,8	485,8	736,0	424,5	156,1	155,4	92,1	63,3	971,7	31,3	940,4	92,8	153,2	694,4	226,7	467,7
März	1 257,7	461,4	796,3	477,5	162,6	156,2	93,3	62,9	1 090,3	36,1	1 054,2	124,3	169,2	760,7	254,3	506,4
April	1 078,6	389,3	689,3	427,0	142,2	120,1	73,0	47,1	1 153,0	35,6	1 117,4	117,5	162,5	837,4	290,4	547,0
Mai	1 050,0	450,9	599,1	393,6	122,7	82,8	43,7	39,1	1 147,0	28,6	1 118,4	99,7	164,4	854,3	296,1	558,2
Juni	1 072,5	482,1	590,4	376,4	136,6	77,4	39,4	38,0	1 249,7	26,6	1 223,1	114,0	167,4	941,7	322,3	619,4
Juli	1 196,4	514,8	681,6	406,9	177,2	97,5	47,0	50,5	1 347,5	34,3	1 313,2	114,3	187,4	1 011,5	354,6	656,9
August	1 208,4	501,9	706,5	410,6	169,5	126,4	66,3	60,1	1 319,9	34,3	1 285,6	111,1	184,6	989,9	367,9	622,0
September	1 577,6	642,1	935,5	469,2	232,4	233,9	106,8	127,1	1 368,8	47,3	1 321,5	114,2	193,3	1 014,0	370,2	643,8
Oktober	1 183,5	456,0	727,5	435,7	175,6	116,2	61,4	54,8	1 260,2	49,6	1 210,6	108,6	176,5	925,5	320,6	604,9
November	1 269,0	504,8	764,2	466,4	167,1	130,7	67,3	63,4	1 167,4	52,4	1 115,0	107,5	181,7	825,8	288,9	536,9
Dezember	1 376,8	521,4	855,4	522,7	198,6	134,1	74,3	59,8	1 580,7	55,0	1 525,7	106,9	224,4	1 194,4	369,0	825,4
1952 Januar	1 402,6	499,6	903,0	554,1	216,8	132,1	70,6	61,5	1 311,6	49,3	1 262,3	97,2	189,8	975,3	345,2	630,1
Februar	1 461,0	518,2	942,8	596,7	213,8	132,3	75,8	56,5	1 273,9	30,3	1 243,6	104,0	210,9	928,7	308,5	620,2
Mill. \$																
1949 4. Vj. gesamt	635,4	358,7	276,7	140,8	78,4	57,5	27,7	29,8	283,9	10,1	273,8	59,5	68,5	145,8	48,9	96,9
1950 Januar	230,1	120,0	110,1	57,3	29,7	23,1	11,8	11,3	104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9	112,4	2,8	109,6	19,2	24,8	65,6	23,2	42,4
März	195,5	100,7	94,8	52,4	19,6	22,8	11,6	11,2	139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9	127,7	3,2	124,5	18,7	25,0	80,8	28,9	51,9
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9	140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6
Juni	187,9	72,0	115,9	68,0	25,1	22,8	10,2	12,6	153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9
Juli	225,4	101,5	123,9	74,0	25,7	24,2	12,1	12,1	171,6	2,4	169,2	25,3	35,9	108,0	37,7	70,3
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5	177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3	165,2	2,3	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4
Oktober	311,9	133,6	178,3	87,5	48,2	42,6	22,4	20,2	214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8	233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2
Dezember	314,8	121,8	193,0	103,4	48,2	41,4	19,2	22,2	241,1	8,8	232,3	23,1	39,2	170,0	54,7	115,3
1950 insgesamt	2 703,7	1 192,3	1 511,4	800,9	372,0	338,5	169,6	168,9	1 980,5	46,6	1 933,9	277,9	376,0	1 280,0	442,4	837,6
1951 Januar	295,4	112,4	183,0	104,4	41,1	37,5	20,0	17,5	217,5	14,2	203,3	23,0	34,5	145,8	52,3	93,5
Februar	290,6	115,5	175,1	101,0	37,2	36,9	21,9	15,0	231,2	7,4	223,8	22,1	36,5	165,2	54,1	111,1
März	299,2	109,8	189,4	113,6	38,7	37,1	22,2	14,9	259,7	8,6	251,1	29,6	40,4	181,1	60,7	120,4
April	256,6	92,6	164,0	101,6	33,8	28,6	17,4	11,2	274,6	8,5	266,1	28,0	38,8	199,3	69,3	130,0
Mai	249,8	107,2	142,6	93,7	29,2	19,7	10,4	9,3	273,0	6,8	266,2	23,8	39,2	203,2	70,6	132,6
Juni	255,0	114,6	140,4	89,5	32,5	18,4	9,4	9,0	297,4	6,4	291,0	27,2	39,9	223,9	76,9	147,0
Juli	284,5	122,4	162,1	96,8	42,1	23,2	11,2	12,0	320,6	8,2	312,4	27,2	44,7	240,5	84,6	155,9
August	287,5	119,4	168,1	97,7	40,3	30,1	15,8	14,3	313,9	8,1	305,8	26,5	44,0	235,3	87,7	147,6
September	375,2	152,7	222,5	111,6	55,3	55,6	25,4	30,2	325,4	11,2	314,2	27,2	46,1	240,9	88,3	152,6
Oktober	281,6	108,5	173,1	103,7	41,7	27,7	14,6	13,1	301,4	11,8	289,6	25,9	42,1	221,6	76,7	144,9
November	302,0	120,1	181,9	111,0	39,7	31,2	16,0	15,2	278,7	12,5	266,2	25,7	43,1	197,4	69,0	128,4
Dezember	327,6	124,0	203,6	124,4	47,2	32,0	17,7	14,3	377,6	13,1	364,5	25,5	53,5	285,5	88,1	197,4
1952 Januar	333,8	118,9	214,9	131,8	51,6	31,5	16,8	14,7	313,6	11,8	301,8	23,2	45,2	233,4	82,6	150,8
Februar	347,7	123,3	224,4	141,9	50,9	31,6	18,1	13,5	304,3	7,3	297,0	24,8	50,3	221,9	73,6	148,3

+) Einschließlich West-Berlin. — *) Werte für 1949 und 1950 berichtigt. Nachträglich vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Änderungen der Ergebnisse für 1951 sind nicht berücksichtigt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

Länder		1950	1951				1952			
		insgesamt	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	insgesamt	Januar	Februar	
I. EZU-Länder, gesamt		Einfuhr Ausfuhr	7 868,5 6 316,0	2 597,3 2 206,1	1 738,4 2 533,8	2 352,7 2 912,5	2 184,1 2 975,2	8 872,5 10 627,6	791,2 972,7	812,6 962,0
Saldo			- 1 552,5	- 391,2	+ 795,4	+ 559,8	+ 791,1	+ 1 755,1	+ 181,5	+ 149,4
davon:										
1. Kontinentale EZU-Länder		Einfuhr Ausfuhr	5 753,0 5 396,4	1 829,9 1 817,2	1 069,2 2 002,3	1 587,1 2 187,6	1 568,9 2 290,5	6 055,1 8 297,6	525,3 754,8	584,0 771,3
Saldo			- 356,6	- 12,7	+ 933,1	+ 600,5	+ 721,6	+ 2 242,5	+ 229,5	+ 187,3
2. Sterling-Länder		Einfuhr Ausfuhr	1 846,1 865,4	713,5 360,0	603,1 484,5	688,2 660,2	501,9 627,1	2 506,7 2 131,8	226,8 203,8	200,7 176,4
Saldo			- 980,7	- 353,5	- 118,6	- 28,0	+ 125,2	- 374,9	- 23,0	- 24,3
3. Sonstige EZU-Länder (Indonesien, UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Sudan)		Einfuhr Ausfuhr	269,4 54,2	53,9 28,9	66,1 47,0	77,4 64,7	113,3 57,6	310,7 198,2	39,1 14,1	27,9 14,3
Saldo			- 215,2	- 25,0	- 19,1	- 12,7	- 55,7	- 112,5	- 25,0	- 13,6
II. Sonstige Verrechnungsländer, gesamt		Einfuhr Ausfuhr	984,8 1 003,6	422,9 433,3	533,4 584,8	611,3 664,6	605,4 637,4	2 173,0 2 320,1	246,6 206,2	232,9 193,4
Saldo			+ 18,8	+ 10,4	+ 51,4	+ 53,3	+ 32,0	+ 147,1	- 40,4	- 39,5
davon:										
1. Lateinamerika		Einfuhr Ausfuhr	285,0 252,1	213,1 219,6	307,4 312,5	293,2 368,2	278,6 354,1	1 092,3 1 254,4	121,1 109,8	124,2 96,1
Saldo			- 32,9	+ 6,5	+ 5,1	+ 75,0	+ 75,5	+ 162,1	- 11,3	- 28,1
2. Europa		Einfuhr Ausfuhr	523,9 598,9	145,7 161,6	149,3 197,3	251,8 224,2	258,5 218,4	805,3 801,5	87,4 72,8	76,9 74,1
Saldo			+ 75,0	+ 15,9	+ 48,0	- 27,6	- 40,1	- 3,8	- 14,6	- 2,8
darunter: Osteuropa		Einfuhr Ausfuhr	(467,5) (518,7)	(93,6) (143,7)	(103,2) (165,9)	(217,6) (202,5)	(222,7) (192,7)	(637,1) (704,8)	(57,7) (62,4)	(48,2) (60,8)
Saldo			(+ 51,2)	(+ 50,1)	(+ 62,7)	(- 15,1)	(- 30,0)	(+ 67,7)	(+ 4,7)	(+ 12,6)
3. Afrika		Einfuhr Ausfuhr	99,0 80,7	22,1 22,4	22,1 32,3	27,3 31,4	31,6 38,6	103,1 124,7	11,5 10,8	14,4 14,4
Saldo			- 18,3	+ 0,3	+ 10,2	+ 4,1	+ 7,0	+ 21,6	- 0,7	+ 0,0
4. Asien		Einfuhr Ausfuhr	76,9 71,9	42,0 29,7	54,6 42,7	39,0 40,8	36,7 26,3	172,3 139,5	26,6 12,8	17,4 8,8
Saldo			- 5,0	- 12,3	- 11,9	+ 1,8	- 10,4	- 32,8	- 13,8	- 8,6
III. Freie Dollar-Länder, gesamt		Einfuhr Ausfuhr	2 505,3 1 017,8	699,8 340,0	926,9 418,1	1 013,4 454,9	1 039,8 385,6	3 679,9 1 598,6	364,8 129,6	415,5 115,0
Saldo			- 1 487,5	- 359,8	- 508,8	- 558,5	- 654,2	- 2 081,3	- 235,2	- 300,5
davon:										
1. Vereinigte Staaten von Amerika		Einfuhr Ausfuhr	1 811,2 433,0	550,5 203,7	706,5 258,0	671,0 284,5	793,8 245,7	2 721,8 991,9	305,4 85,8	338,4 76,5
Saldo			- 1 378,2	- 346,8	- 448,5	- 386,5	- 548,1	- 1 729,9	- 219,6	- 261,9
2. Canada		Einfuhr Ausfuhr	42,5 41,4	14,2 16,8	34,9 31,7	57,1 34,5	109,9 21,2	216,1 104,2	19,9 4,2	11,3 7,8
Saldo			- 1,1	+ 2,6	- 3,2	- 22,6	- 88,7	- 111,9	- 15,7	- 3,5
3. Lateinamerika		Einfuhr Ausfuhr	492,8 400,1	33,6 71,9	101,4 75,5	128,6 87,0	41,7 64,9	305,3 299,3	15,6 20,9	37,4 16,4
Saldo			- 92,7	+ 38,3	- 25,9	- 41,6	+ 23,2	- 6,0	+ 5,3	- 21,0
4. Osteuropa		Einfuhr Ausfuhr	10,3 22,1	1,2 3,8	0,1 5,6	1,4 5,1	0,7 5,7	3,4 20,2	0,1 1,1	0,2 2,3
Saldo			+ 11,8	+ 2,6	+ 5,5	+ 3,7	+ 5,0	+ 16,8	+ 1,0	+ 2,1
5. Afrika		Einfuhr Ausfuhr	3,7 3,9	1,3 7,9	2,2 5,7	1,9 4,4	1,5 3,3	6,9 21,3	0,3 1,1	0,6 1,1
Saldo			+ 0,2	+ 6,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 14,4	+ 0,8	+ 0,5
6. Asien		Einfuhr Ausfuhr	144,8 117,3	99,0 35,9	81,8 41,6	153,4 39,4	92,2 44,8	426,4 161,7	23,5 16,5	27,6 10,9
Saldo			- 27,5	- 63,1	- 40,2	- 114,0	- 47,4	- 264,7	- 7,0	- 16,7
IV. Nicht ermittelte Länder und Eismeergebiete		Einfuhr Ausfuhr	15,3 24,8	0,0 5,5	0,1 7,6	0,0 7,9	0,0 9,5	0,1 30,5	- 3,1	- 3,5
Saldo			+ 9,5	+ 5,5	+ 7,5	+ 7,9	+ 9,5	+ 30,4	+ 3,1	+ 3,5
Alle Länder		Einfuhr Ausfuhr	11 373,9 8 362,2	3 720,0 2 984,9	3 198,8 3 544,3	3 977,4 4 039,9	3 829,3 4 007,7	14 725,5 14 576,8	1 402,6 1 311,6	1 461,0 1 273,9
Saldo			- 3 011,7	- 735,1	+ 345,5	+ 62,5	+ 178,4	- 148,7	- 91,0	- 187,1

+) Einschließlich West-Berlin. — *) Gesamtaußenhandel; Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. — †) Einschließlich der Gebiete in nicht den Sterling-Ländern angehören) verrechnen in £-Sterling. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

Mill. DM

Länder		1950	1951				1952		
		insgesamt	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	insgesamt	Januar	Februar
EZU-Länder, gesamt	Einfuhr	7 868,5	2 597,3	1 738,4	2 352,7	2 184,1	8 872,5	791,2	812,6
	Ausfuhr	6 316,0	2 206,1	2 533,8	2 912,5	2 975,2	10 627,6	972,7	962,0
	Saldo	- 1 552,5	- 391,2	+ 795,4	+ 559,8	+ 791,1	+ 1 755,1	+ 181,5	+ 149,4
davon:									
1. Belgien-Luxemburg ¹⁾	Einfuhr	503,4	254,9	140,6	183,1	185,8	764,4	73,7	80,1
	Ausfuhr	691,2	233,9	251,0	261,2	274,5	1 020,6	89,2	96,1
	Saldo	+ 187,8	- 21,0	+ 110,4	+ 78,1	+ 88,7	+ 256,2	+ 15,5	+ 16,0
2. Dänemark	Einfuhr	490,7	151,2	70,6	114,3	90,1	426,2	30,2	35,6
	Ausfuhr	353,4	114,0	138,2	143,5	139,3	535,0	48,2	51,5
	Saldo	- 137,3	- 37,2	+ 67,6	+ 29,2	+ 49,2	+ 108,8	+ 18,0	+ 15,9
3. Frankreich ¹⁾ mit Saargebiet	Einfuhr	1 260,3	408,1	198,2	227,1	246,0	1 079,4	86,8	100,4
	Ausfuhr	804,7	236,2	281,1	354,8	428,7	1 300,8	144,0	123,6
	Saldo	- 455,6	- 171,9	+ 82,9	+ 127,7	+ 182,7	+ 221,4	+ 57,2	+ 29,2
darunter:									
Saargebiet	Einfuhr	(181,2)	(49,1)	(38,0)	(47,9)	(50,4)	(185,4)	(18,8)	(21,4)
Ausfuhr	(152,8)	(41,6)	(49,2)	(60,1)	(86,5)	(237,4)	(25,6)	(22,7)	
Saldo	(- 28,4)	(- 7,5)	(+ 11,2)	(+ 12,2)	(+ 38,1)	(+ 52,0)	(+ 6,8)	(+ 1,3)	
4. Griechenland	Einfuhr	58,3	14,1	12,1	19,9	32,1	78,2	8,5	9,9
	Ausfuhr	135,6	38,4	34,8	32,4	33,5	139,1	11,4	12,7
	Saldo	+ 77,3	+ 24,3	+ 22,7	+ 12,5	+ 1,4	+ 60,9	+ 2,9	+ 2,8
5. Italien ¹⁾ mit Triest	Einfuhr	507,4	173,1	106,1	133,9	135,9	549,0	48,7	47,7
	Ausfuhr	494,0	152,2	161,0	162,7	197,4	673,3	61,8	69,9
	Saldo	- 13,4	- 20,9	+ 54,9	+ 28,8	+ 61,5	+ 124,3	+ 13,1	+ 22,2
6. Niederlande ¹⁾	Einfuhr	1 256,7	260,9	174,4	315,4	279,4	1 030,1	71,4	98,3
	Ausfuhr	1 168,7	356,4	372,9	378,2	356,3	1 403,8	105,4	109,2
	Saldo	- 88,0	+ 93,5	+ 198,5	+ 62,8	+ 76,9	+ 433,7	+ 34,0	+ 10,9
7. Indonesien	Einfuhr	233,7	43,3	55,1	70,2	110,6	279,2	38,1	24,4
	Ausfuhr	52,2	28,8	46,1	60,8	54,7	190,4	12,6	13,0
	Saldo	- 181,5	- 14,5	- 9,0	- 9,4	- 55,9	- 88,8	- 25,5	- 11,4
8. Norwegen	Einfuhr	217,4	63,2	58,2	76,4	47,5	245,3	17,2	23,2
	Ausfuhr	119,1	45,0	57,0	66,3	78,2	246,5	21,7	25,3
	Saldo	- 98,3	- 18,2	- 1,2	- 10,1	+ 30,7	+ 1,2	+ 4,5	+ 2,1
9. Österreich	Einfuhr	178,3	61,9	42,9	65,7	66,6	237,1	25,2	27,5
	Ausfuhr	311,6	118,8	124,8	125,5	130,6	499,7	43,4	49,8
	Saldo	+ 133,3	+ 56,9	+ 81,9	+ 59,8	+ 64,0	+ 262,6	+ 18,2	+ 22,3
10. Portugal ¹⁾	Einfuhr	74,6	30,1	28,5	19,9	33,6	112,1	16,1	12,5
	Ausfuhr	57,7	23,0	26,4	29,7	27,5	106,6	9,5	12,0
	Saldo	- 16,9	- 7,1	- 2,1	+ 9,8	- 6,1	- 5,5	- 6,6	- 0,5
11. Schweden	Einfuhr	637,0	180,0	133,4	237,4	252,5	803,3	77,7	73,7
	Ausfuhr	531,2	221,0	225,3	263,8	263,7	973,8	101,9	95,9
	Saldo	- 105,8	+ 41,0	+ 91,9	+ 26,4	+ 11,2	+ 170,5	+ 24,2	+ 22,2
12. Schweiz	Einfuhr	350,3	104,9	63,4	127,4	82,6	378,3	26,4	31,3
	Ausfuhr	492,3	192,6	224,2	238,8	243,3	898,9	78,7	79,8
	Saldo	+ 142,0	+ 87,7	+ 160,8	+ 111,4	+ 160,7	+ 520,6	+ 52,3	+ 48,5
13. Türkei	Einfuhr	218,6	127,5	40,8	66,6	116,8	351,7	43,4	43,8
	Ausfuhr	230,9	85,7	105,6	130,7	117,5	439,5	39,6	39,5
	Saldo	+ 18,3	- 41,8	+ 64,8	+ 64,1	+ 0,7	+ 87,8	- 3,8	- 4,3
14. Großbritannien ¹⁾	Einfuhr	1 007,4	391,9	275,5	363,9	257,5	1 288,8	107,8	97,1
	Ausfuhr	509,3	206,4	291,7	405,3	387,4	1 290,8	116,6	101,7
	Saldo	- 498,1	- 185,5	+ 16,2	+ 41,4	+ 129,9	+ 2,0	+ 8,8	+ 4,6
15. Sonstige Sterling-Teilnehmer-Länder ²⁾	Einfuhr	25,3	5,8	3,0	3,3	8,0	20,1	1,4	1,1
	Ausfuhr	25,2	10,3	17,3	17,3	15,4	60,3	4,9	4,0
	Saldo	- 0,1	+ 4,5	+ 14,3	+ 14,0	+ 7,4	+ 40,2	+ 3,5	+ 2,9
16. Nichtteilnehmer-Sterling-Länder ²⁾	Einfuhr	813,4	315,8	324,6	321,0	236,4	1 197,8	117,6	102,5
	Ausfuhr	330,9	143,3	175,5	237,6	224,3	780,7	82,3	70,7
	Saldo	- 482,5	- 172,5	- 149,1	- 83,4	- 12,1	- 417,1	- 35,3	- 31,8
17. Sonstige EZU-Länder ²⁾ (UNO-Treuhandgebiete, Brit.-Ägypt. Sudan)	Einfuhr	35,7	10,6	11,0	7,2	2,7	31,5	1,0	3,5
	Ausfuhr	2,0	0,1	0,9	3,9	2,9	7,8	1,5	1,3
	Saldo	- 33,7	- 10,5	- 10,1	- 3,3	+ 0,2	- 23,7	+ 0,5	- 2,2

Übersee. — ¹⁾ Teilnehmer- bzw. Nichtteilnehmer-Länder an der OEEC. — ²⁾ Diese EZU-Länder (Nichtteilnehmer-Länder, die nach dem OEEC-Länderverzeichnis

XII. Produktion, Beschäftigung und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet, arbeitstäglich, 1936 = 100 (Neuberechnung)

Zeit	Arbeits-tage	Gesamtindex							Verarbeitende Industrie												
		ohne		Bergbau					Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien												
		einschl. Nahrungs- und Genußmittel, Energie u. Bau	Bau	Bau u. Energie	Ins-gesamt	darunter:			Ins-gesamt	darunter:											
						Kohlen-bergbau	Eisen-Erz-bergbau	Frddöl-gewinnung		Ins-gesamt	Mineralöl-verarbeitung	Steine und Erden	Eisen- und Stahlerzeugung	Eisen Stahl und Temperguß	NE-Metall-Halbzg.-produkte	Chem. Ind. (einschl. Kohlen-werstoffe und Kunst-faser)	Sägerei und Holzbe-arbeitung	Papier-erzeugung	Gummi- und Asbest-verarbeitung		
1948 MD		63	63	60	81	79	88	143	58	57	32	51	38	43	46	73	72	52	82		
1949		90	90	87	96	93	112	190	86	84	76	79	63	68	62	103	99	77	105		
1950		114	113	111	107	100	136	252	112	106	155	96	82	88	87	134	107	98	118		
1951		136	136	133	119	109	164	308	135	127	201	105	94	113	106	163	115	113	131		
1952																					
1950																					
Januar	26	93	94	91	102	98	118	215	90	87	83	60	72	76	67	113	90	87	94		
Februar	24	96	98	94	104	98	127	237	94	90	101	59	74	77	72	118	95	89	99		
März	27	99	100	97	105	99	129	240	96	96	128	77	75	79	70	123	98	91	96		
April	23	103	103	101	105	99	130	246	100	99	126	85	76	80	72	126	113	90	92		
Mai	24	109	109	107	104	97	128	250	107	103	149	97	79	82	78	128	110	96	100		
Juni	25,5	110	109	107	102	95	129	250	108	107	143	109	80	82	79	131	106	99	110		
Juli	26	111	110	108	104	96	136	255	109	109	149	112	82	82	86	133	111	97	113		
August	27	117	116	114	104	96	139	262	115	116	192	119	85	85	95	144	110	102	125		
September	26	125	125	123	106	98	143	261	124	123	193	121	89	95	97	154	114	106	142		
Oktober	26	132	132	129	109	101	146	267	131	123	182	117	92	103	108	150	113	108	146		
November	25	133	132	129	117	109	156	268	137	107	201	108	96	111	113	146	113	110	154		
Dezember	24	131	132	129	117	109	152	273	130	114	213	83	85	107	102	138	105	100	143		
1951																					
Januar	26	124	126	123	115	107	145	271	124	115	173	69	86	109	105	150	95	102	133		
Februar	24	130	131	129	117	109	147	278	130	121	177	81	85	109	111	158	113	108	150		
März	25	133	133	131	118	110	151	278	132	125	204	90	86	111	107	161	119	109	158		
April	25	136	137	134	119	110	163	289	136	132	206	106	95	115	113	166	128	116	145		
Mai	23,5	138	138	136	117	107	163	298	137	132	212	111	95	115	114	165	135	113	134		
Juni	26	136	136	133	116	106	163	306	135	132	214	118	96	113	109	163	123	116	135		
Juli	26	131	131	128	115	105	171	309	130	128	212	118	94	107	109	156	120	114	117		
August	27	130	130	127	115	104	172	319	128	125	199	119	93	107	98	154	110	112	111		
September	25	137	136	133	116	105	171	333	135	129	197	118	94	111	98	162	113	114	112		
Oktober	27	144	144	141	119	108	170	336	143	131	207	122	99	119	105	162	105	115	122		
November	24,5	153	153	150	129	118	175	340	152	135	213	113	104	127	111	169	110	122	133		
Dezember	24	140	140	137	125	114	179	335	138	122	199	90	99	115	94	152	104	113	122		
1952																					
Januar *)	26	133	135	131	125	114	181	337	132	124	204	79	103	119	93	164	98	116	130		
Februar *)	25	135	137	133	125	113	182	357	134	124	216	72	103	123	90	155	98	114	142		

Zeit	Arbeits-tage	Verarbeitende Industrie															Energie	Bau
		Investitionsgüterindustrien									Verbrauchsgüterindustrien ohne Nahrungs- u. Genußmittel							
		Ins-gesamt	Stahlbau (einschl. Waggonbau)	Maschinenbau	Fahrzeugbau	Schiffbau	Elektrotechnik	Feinmechanik und Optik	Fisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	Ins-gesamt	darunter:				Nahrungs- und Genußmittel insgesamt			
											Keramikindustrie	Ledererzeugung	Schuhindustrie	Textilindustrie				
darunter:		Ins-gesamt	darunter:		Ins-gesamt	darunter:		Ins-gesamt	darunter:									
darunter:	darunter:		darunter:	darunter:		darunter:	darunter:											
1948 MD		51	39	56	30	27	106	53	47	54	64	40	48	51	80	112	123	70
1949		83	59	97	74	36	150	86	63	86	89	63	70	89	99	136	151	88
1950		115	58	125	127	54	200	123	95	113	102	73	78	118	113	155	173	110
1951		152	68	166	166	72	275	164	126	132	130	72	81	132	120	182	202	129
1952																		
1950																		
Januar	26	88	55	100	90	41	158	91	66	98	93	68	60	110	87	152	170	71
Februar	24	93	53	106	99	46	172	94	68	102	98	68	65	114	88	148	165	69
März	27	96	54	111	102	44	168	106	71	103	95	64	76	115	84	147	163	81
April	23	103	56	118	113	53	168	110	79	100	93	66	72	99	99	146	162	103
Mai	24	107	57	122	126	55	166	118	86	107	91	67	79	112	114	142	158	112
Juni	25,5	110	61	121	131	53	168	132	89	103	96	63	71	105	116	141	156	115
Juli	26	109	57	121	124	54	173	124	91	99	92	65	54	102	123	143	157	123
August	27	115	60	120	134	53	196	118	102	110	100	75	74	114	119	151	166	128
September	26	129	62	135	142	57	234	137	113	125	108	86	93	130	116	160	178	134
Oktober	26	136	63	138	153	61	252	148	121	134	117	84	101	141	137	169	189	139
November	25	146	63	149	158	63	274	155	131	142	127	89	106	146	140	180	201	137
Dezember	24	143	61	158	148	67	264	141	118	134	115	84	90	133	135	183	206	112
1951																		
Januar	26	137	55	138	162	61	250	133	126	131	119	88	88	135	106	180	202	83
Februar	24	147	57	151	164	68	268	152	132	136	125	91	97	140	103	178	199	102
März	25	150	54	158	168	66	271	158	132	137	126	84	96	138	103	178	199	113
April	25	154	64	162	176	70	272	166	135	137	133	74	88	140	103	179	199	128
Mai	23,5	156	71	166	180	75	274	160	133	133	130	60	80	130	116	174	192	144
Juni	26	156	69	177	169	73	274	155	127	125	132	55	66	128	112	170	186	135
Juli	26	150	75	162	169	70	272	158	119	117	126	56	44	117	109	171	188	143
August	27	142	69	156	151	68	264	142	115	119	126	59	66	118	115	175	192	142
September	25	152	72	173	144	76	283	178	121	130	128	67	82	129	120	183	202	149
Oktober	27	158	73	172	169	75	291	187	125	137	137	74	92	136	150	191	212	145
November	24,5	170	78	189	176	79	305	202	136	149	144	83	101	147	160	200	223	146
Dezember	24	159	81	189	160	81	269	177	120	131	130	70	78	121	140	203	227	123
1952																		
Januar *)	26	156	73	176	172	76	258	179	127	128	139	73	74	124	102	205	229	94
Februar *)	25	163	68	186	178		271	181	133	127	137	71	78	123	104	202	225	82

*) Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung, -einfuhr und -ausfuhr

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Einfuhr von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks	Ausfuhr von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks
	monatlich	arbeits-tägig ¹⁾		
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 "	5 927	234,7	.	.
1948 "	7 253	285,1	.	.
1949 "	8 603	338,1	192 ²⁾	175 ²⁾
1950 "	9 229	364,7	359	2 011
1951 "	9 910	392,9	925	2 117
1950 Mai	8 667	361,1	375	1 642
Juni	8 978	345,3	343	1 928
Juli	9 169	352,6	332	2 218
August	9 445	349,8	349	2 322
September	9 216	354,5	349	2 283
Oktober	9 499	365,4	351	2 105
November	10 022	400,9	349	2 266
Dezember	9 584	399,4	378	1 981
1951 Januar	10 138	389,9	388	1 785
Februar	9 455	394,0	351	1 861
März	10 038	401,5	405	2 204
April	10 023	400,9	634	2 120
Mai	9 373	390,5	701	1 844
Juni	10 041	386,2	813	2 015
Juli	9 814	377,5	660	1 999
August	10 121	374,8	816	1 925
September	9 346	373,8	1 120	1 896
Oktober	10 490	388,5	1 102	1 981
November	10 322	430,1	1 467	2 005
Dezember	9 763	406,8	1 398	1 920
1952 Januar	10 669	410,4	1 249	1 850
Februar	10 240	409,6	1 409	1 903

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ab November 1950 einschl. Sonder-schichten. — ²⁾ 2. Halbjahr.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

XII. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferro-legierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß ¹⁾	Walzstahlfertigerzeugnisse
1949 M.-D. ²⁾	595	763	528
1950 "	789	1 010	681
1951 "	891	1 125	780
1950 April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März	783	1 027	713
April	867	1 121	784
Mai	920	1 121	744
Juni	945	1 187	813
Juli	917	1 158	801
August	942	1 186	819
September	933	1 136	768
Oktober	972	1 259	876
November	951	1 204	822
Dezember	951	1 119	787
1952 Januar	1 020	1 257	880
Februar	988	1 232	842

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — ²⁾ 2. Halbjahr.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger
		Insgesamt	Männer	Frauen		
1949 M.-D.	13 524,2	1 263,0	911,3	351,4	149,6	872
1950 "	13 902,9	1 585,2	1 131,1	454,2	115,6	1 276
1951 "	14 608,8	1 430,8	976,4	454,5	116,2	1 194
1950 Februar	.	1 981,9	1 481,1	500,8	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	1 362,9	489,0	126,6	1 544
April	.	1 783,8	1 291,1	492,7	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	1 192,1	476,2	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	1 081,9	456,2	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	1 005,9	446,0	128,2	1 177
August	.	1 341,2	917,5	423,7	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	863,5	408,1	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	827,6	402,6	129,9	984
November	.	1 316,2	899,6	416,6	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,0	1 240,8	449,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	1 350,9	470,4	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	1 207,1	455,4	132,4	1 449
März	14 246,5	1 566,7	1 120,6	446,1	144,5	1 346
April	.	1 446,1	994,2	451,9	135,3	1 213
Mai	.	1 386,9	932,1	454,8	126,9	1 166
Juni	14 720,6	1 325,7	874,9	450,8	125,9	1 110
Juli	.	1 292,1	846,3	445,8	124,8	1 070
August	.	1 259,3	818,7	440,6	122,9	1 040
September	14 884,7	1 235,0	795,9	439,1	124,2	1 020
Oktober	.	1 213,9	777,4	436,5	105,9	1 002
November	.	1 306,6	851,1	455,5	81,9	1 057
Dezember	14 583,3	1 653,6	1 147,1	506,5	66,0	1 313
1952 Januar	.	1 825,4	1 295,5	529,9	88,0	1 519
Februar	.	1 892,9	1 365,5	527,4	107,7	1 641

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

5. Preisindexziffern

1938 = 100

Zeit	Bundesgebiet ¹⁾											USA		Großbritannien
	Indexziffer der Grundstoffpreise			Indexziffer der Erzeugerpreise industrieller Produkte				Indexziffer der Lebenshaltungskosten				Moody's Index ²⁾	Reuter's Index ²⁾	
	Gesamt	darunter		Gesamt	darunter			Gesamt	darunter					
		Nahrungsmittel	Industriestoffe		Grundstoffe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter		Ernährung	Bekleidung	Hausrat			
					erzeugende Industrien									
1949 M.-D.	191	172	204	185	191	185	175	160	165	219	184	245	301	
1950	207	173	230	183	196	171	170	151	156	189	163	291	369	
1951	250	200	284	221	245	189	203	164	174	207	187	340	436	
1950 Januar	196	169	214	182	192	176	172	154	160	197	170	245	336	
Februar	197	170	214	181	192	175	167	154	160	194	168	249	341	
März	196	168	215	180	191	174	166	153	159	191	166	249	342	
April	197	168	216	179	190	173	165	153	160	189	164	252	343	
Mai	197	168	216	178	190	171	164	156	168	188	163	266	352	
Juni	198	168	218	178	190	170	165	151	157	185	162	277	356	
Juli	203	176	222	179	191	170	166	149	153	183	161	302	366	
August	207	176	228	180	192	169	170	148	150	182	159	320	384	
September	218	179	245	185	198	169	175	148	149	184	160	329	395	
Oktober	220	177	249	187	201	169	176	149	150	187	161	325	398	
November	224	177	256	189	206	170	177	150	152	189	163	336	403	
Dezember	230	177	265	195	216	172	178	151	155	192	165	345	411	
1951 Januar	240	182	279	205	229	177	186	154	157	197	171	364	428	
Februar	245	184	286	212	238	181	193	156	159	203	177	371	444	
März	251	187	293	218	244	183	201	161	168	209	183	366	445	
April	250	192	289	222	249	185	205	163	170	211	186	362	449	
Mai	245	191	281	223	248	189	205	165	175	212	188	350	446	
Juni	245	196	278	222	247	190	205	167	180	211	189	342	446	
Juli	247	201	278	221	245	190	203	167	179	210	190	330	432	
August	251	207	281	222	247	192	203	166	176	208	190	321	430	
September	251	210	278	221	244	194	205	165	175	207	191	317	428	
Oktober	255	217	280	224	246	196	208	168	180	206	193	322	427	
November	261	214	292	228	253	196	210	169	183	206	195	320	427	
Dezember	262	215	294	228	253	197	211	170	185	205	196	320	428	
1952 Januar	262	217	292	228	252	200	210	170	187	203	197	319	427	
Februar	259	216	288	226	249	200	208	171	188	201	197	307	416	

¹⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Baden, Württemberg-Hohenzollern. — ²⁾ Umgerechnet auf Grund der Originalziffern des Statistischen Bundesamtes. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XIII. Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM

1. Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder¹⁾

Land	Landeswährung und Einheiten der Werteinheit	In Kraft seit:	Geldkurs	Briefkurs	Land	Landeswährung und Einheiten der Werteinheit	In Kraft seit:	Geldkurs	Briefkurs
			(Einzahlung, Gutschrift, Ankauf, Export) DM	(Auszahlung, Lastschrift, Verkauf, Import) DM				(Einzahlung, Gutschrift, Ankauf, Export) DM	(Auszahlung, Lastschrift, Verkauf, Import) DM
Ägypten	£E 1,000	28. 6. 51	12,05	12,07	Luxemburg	lfrs 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41
Belgien	bfrs 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41	Niederlande	hfl 100,00	21. 12. 49	110,41	110,63
Dänemark	dkr 100,00	21. 12. 49	60,75	60,87	Norwegen	nKr 100,00	21. 12. 49	58,74	58,86
Frankreich	ffrs 100,00	10. 2. 50	1,199	1,201	Österreich	öS 100,00	21. 12. 49	29,14	29,20
Großbritannien	£ 1,--	21. 12. 49	11,75	11,77	Schweden	sKr 100,00	21. 12. 49	81,10	81,26
Irland (Republik)	irl. £ 1,--	21. 12. 51	11,75	11,77	Schweiz	sfrs 100,00	21. 12. 49	95,95	96,15
Italien	Lit 100,00	31. 10. 50	0,671	0,673	Tschechoslowakei	Kc 100,00	21. 12. 49	8,39	8,41
Jugoslawien	Din 100,00	27. 4. 50	8,39	8,41	Vereinigte Staaten von Amerika	US-\$ 1,00	19. 9. 49	4,195	4,205
		1. 1. 52	1,398	1,402					

¹⁾ Diese Kurse sind über die jeweilige Relation der Fremdvaluta zum US-\$ in Verbindung mit dem festen Wertverhältnis der DM zum US-\$ errechnet, ohne daß hierdurch amtliche Devisenkurse festgestellt worden sind.

2. Feste Kursrelationen verschiedener Währungen zum US-\$ und hieraus errechnete DM-Werte

Land	Zeit		Grundkurse ¹⁾		Zeit ²⁾		Abgeleitete Relationen ³⁾	
	von	bis	US-\$ 1,00 = ... Einheiten der Landeswährung	... Einheiten der Landeswährung = ... US-\$	von	bis	DM 100,00 = ... Einheiten der Fremdwährung	... Einheiten der Fremdwährung = ... DM
Ägypten	18. 12. 46	18. 9. 49	£ E 0,241955	£ E 1,000 = 4,133	21. 6. 48	18. 9. 49	£ E 7,2587	£ E 1,000 = 13,78
	19. 9. 49		£ E 0,348242	£ E 1,000 = 2,87156	19. 9. 49		£ E 8,2915	£ E 1,000 = 12,06
Belgien	18. 12. 46	21. 9. 49	bfrs 43,8275	bfrs 100,00 = 2,28167	21. 6. 48	18. 9. 49	bfrs 1 314,825	bfrs 100,00 = 7,61
	22. 9. 49		bfrs 50,00	bfrs 100,00 = 2,00	22. 9. 49		bfrs 1 190,475	bfrs 100,00 = 8,40
Bundesrepublik Deutschland	1. 5. 48	18. 9. 49	RM/DM 3,333333	RM/DM 100,00 = 30,00	21. 6. 48	18. 9. 49	DM 1,00 = US-\$ 0,30	US-\$ 1,00 = DM 3,33 ⁴⁾
	19. 9. 49		DM 4,200004	DM 100,00 = 23,8095	19. 9. 49		DM 1,00 = US-\$ 0,238095	US-\$ 1,00 = DM 4,20 ⁴⁾
Dänemark	18. 12. 46	18. 9. 49	dKr 4,79901	dKr 100,00 = 20,8376	21. 6. 48	18. 9. 49	dKr 143,970	dKr 100,00 = 69,46
	19. 9. 49		dKr 6,90714	dKr 100,00 = 14,4778	20. 9. 49		dKr 164,456	dKr 100,00 = 60,81
Frankreich z. Z.	21. 9. 49		ffrs 350,00	ffrs 100,00 = 0,28571	21. 9. 49		ffrs 8 333,325	ffrs 100,00 = 1,20
Griechenland	20. 9. 49		Dr 15 000,00	Dr 1 000,00 = 0,06667	20. 9. 49		Dr 357 142,5	Dr 1 000,00 = 0,28
Großbritannien	18. 12. 46	18. 9. 49	£ 0,248139	£ 1,-- = 4,03	21. 6. 48	18. 9. 49	£ 7,444170	£ 1,-- = 13,43
	19. 9. 49		£ 0,357143	£ 1,-- = 2,80	20. 9. 49		£ 8,503397	£ 1,-- = 11,76
Irland (Republik)	Das irl. Pfund ist pari mit dem Pfund Sterling (s. Großbritannien)							
Italien z. Z.	21. 9. 49		Lit 625,00	Lit 100,00 = 0,16	21. 9. 49		Lit 14 880,938	Lit 100,00 = 0,672
					24. 5. 49	18. 9. 49	Din 1 500,000	Din 100,00 = 6,67
Jugoslawien	24. 5. 49	31. 12. 51	Din 50,00	Din 100,00 = 2,00	19. 9. 49	31. 12. 51	Din 1 190,475	Din 100,00 = 8,40
	1. 1. 52		Din 300,00	Din 100,00 = 0,333333	1. 1. 52		Din 7 142,850	Din 100,00 = 1,40
Luxemburg	18. 12. 46	21. 9. 49	lfrs 43,8275	lfrs 100,00 = 2,28167	21. 6. 48	18. 9. 49	lfrs 1 314,825	lfrs 100,00 = 7,61
	22. 9. 49		lfrs 50,00	lfrs 100,00 = 2,00	22. 9. 49		lfrs 1 190,475	lfrs 100,00 = 8,40
Niederlande	18. 12. 46	20. 9. 49	hfl 2,65285	hfl 100,00 = 37,6953	21. 6. 48	18. 9. 49	hfl 79,586	hfl 100,00 = 125,65
	21. 9. 49		hfl 3,80	hfl 100,00 = 26,3158	21. 9. 49		hfl 90,476	hfl 100,00 = 110,52
Norwegen	18. 12. 48	19. 9. 49	nKr 4,96278	nKr 100,00 = 20,15	21. 6. 48	18. 9. 49	nKr 148,883	nKr 100,00 = 67,17
	20. 9. 49		nKr 7,14286	nKr 100,00 = 14,00	20. 9. 49		nKr 170,068	nKr 100,00 = 58,80
Österreich	28. 10. 46	21. 11. 49	öS 10,00	öS 100,00 = 10,00	21. 6. 48	18. 9. 49	öS 300,000	öS 100,00 = 33,33
	22. 11. 49	5. 10. 50	öS 14,40	öS 100,00 = 6,9444	19. 9. 49	21. 11. 49	öS 238,095	öS 100,00 = 42,00
	6. 10. 50		öS 21,36	öS 100,00 = 4,6816	22. 11. 49	5. 10. 50	öS 342,857	öS 100,00 = 29,17
Schweden	13. 7. 46	19. 9. 49	sKr 3,5943	sKr 100,00 = 27,8218	6. 10. 50		öS 508,571	öS 100,00 = 19,66
	20. 9. 49		sKr 5,17321	sKr 100,00 = 19,3304	21. 6. 48	18. 9. 49	sKr 107,829	sKr 100,00 = 92,74
Schweiz	seit 1946	30. 11. 48	sfrs 4,31	sfrs 100,00 = 23,20186	20. 9. 49		sKr 123,172	sKr 100,00 = 81,18
	1. 12. 48	18. 9. 49	sfrs 4,305	sfrs 100,00 = 23,22880	21. 6. 48	30. 11. 48	sfrs 129,300	sfrs 100,00 = 77,34
	19. 9. 49	12. 10. 49	sfrs 4,30	sfrs 100,00 = 23,25581	1. 12. 48	18. 9. 49	sfrs 129,150	sfrs 100,00 = 77,43
	13. 10. 49		sfrs 4,37282	sfrs 100,00 = 22,86854	19. 9. 49	12. 10. 49	sfrs 102,381	sfrs 100,00 = 97,67
Tschechoslowakei	18. 12. 46		Kc 50,00	Kc 100,00 = 2,00	13. 10. 49		sfrs 104,115	sfrs 100,00 = 96,05
					21. 6. 48	18. 9. 49	Kc 1 500,000	Kc 100,00 = 6,67
					19. 9. 48	Kc 1 190,475	Kc 100,00 = 8,40	

¹⁾ Zugleich die maßgeblichen Umrechnungskurse bei Dollarfakturierung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik (ausgenommen die Schweiz, da in der Schweiz bei der Umrechnung von US-\$ in Landeswährung der in der Schweiz notierte freie Dollarkurs zugrunde gelegt wird). — ²⁾ Frühester Zeitpunkt ist der 21. 6. 1948 (Neuordnung des Geldwesens nach dem Emissionsgesetz). — ³⁾ Errechnet über die Grundkurse in Verbindung mit dem festen Wertverhältnis der DM zum US-\$. Amtliche Devisenkurse sind durch diese Umrechnung nicht festgestellt worden. — ⁴⁾ Festes Wertverhältnis.

Anmerkung

Der dritte, inzwischen erweiterte Teil dieser Übersicht erscheint aus Raumgründen nicht mehr in den Monatsberichten. Stattdessen wird die gesamte Übersicht in vierteljährlicher Folge als Sonderdruck erstellt, der laufend den Landeszentralbanken, der Berliner Zentralbank und den Außenhandelsbanken zur Auskunftserteilung an Interessenten übermittelt werden wird.

